

Frauen in Familie, Beruf und Gesellschaft

Ausgabe 1983



Statistisches Bundesamt

Verlag W. Kohlhammer

Frauen in Familie, Beruf und Gesellschaft

Ausgabe 1983

Statistisches Bundesamt
Bibliothek - Dokumentation - Archiv

Statist. Bundesamt - Bibliothek



03-00154

(72.1660)



Statistisches Bundesamt
Verlag W. Kohlhammer

Herausgeber:
Statistisches Bundesamt
Gustav-Stresemann-Ring 11
6200 Wiesbaden

Auslieferung:
Verlag W. Kohlhammer GmbH
Abt. Veröffentlichungen des
Statistischen Bundesamtes
Philipp-Reis-Str. 3
6500 Mainz 42

Erscheinungsfolge: unregelmäßig

Erschienen im Mai 1983

Preis: DM 8,90

Bestellnummer: 1020300-83900
ISBN: 3-17-003221-6

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe
unter Einsendung eines Belegexemplares gestattet.

Vorwort

Die familiäre, berufliche und gesellschaftliche Situation der Frauen in der Bundesrepublik Deutschland ist in unregelmäßiger Folge seit mehr als 30 Jahren in Sonderveröffentlichungen dargestellt worden. Zuletzt bot das von den Vereinten Nationen proklamierte "Internationale Jahr der Frau" 1975 den Anlaß, frauenspezifische Daten aus den Arbeitsgebieten der verschiedenen Fachabteilungen des Statistischen Bundesamtes zu einer Querschnittsveröffentlichung zusammenzufassen. Diese Ausgabe unter dem Titel "Die Frau in Familie, Beruf und Gesellschaft" war sehr schnell vergriffen. Das große Interesse der breiten Öffentlichkeit an dieser Darstellung legte es nahe, eine Neuauflage der Veröffentlichung zu planen und herauszugeben.

In der vorliegenden Ausgabe "Frauen in Familie, Beruf und Gesellschaft" wurden die 1975 vorgelegten Ergebnisse anhand neuen Zahlenmaterials aktualisiert. Der textlichen Kommentierung wurde ein breiterer Raum zugewiesen, zugleich wurde der Umfang der meisten tabellarischen Übersichten gegenüber 1975 reduziert. Damit - und auch durch das handlichere Format - wird die Funktion des vorliegenden Bandes als Querschnittsveröffentlichung unterstrichen, die in den Einzelveröffentlichungen der vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen 19 Fachserien verstreuten Daten unter einem speziellen Gesichtspunkt zusammenzufassen, ohne jedoch das dort vorhandene Datenangebot zu wiederholen.

Wiesbaden, im Mai 1983

Franz Kroppenstedt
Präsident des Statistischen Bundesamtes

Inhalt

	Seite
Vorwort	3
1 Bevölkerung	9
1.1 Altersaufbau der Bevölkerung	10
1.2 Familienstand und Alter der Frauen	13
1.3 Ausländer im Bundesgebiet	16
1.4 Eheschließungen	19
1.5 Ehescheidungen	22
1.6 Geburtenentwicklung	26
1.7 Sterbefälle und Lebenserwartung	28
1.8 Bevölkerungsvorausschätzung	32
1.9 Wanderungen innerhalb des Bundesgebietes	34
1.10 Wanderungen über die Grenzen des Bundesgebietes	36
2 Haushalte und Familien	39
2.1 Haushalte nach ihrer Größe	40
2.2 Haushalte nach Größe und Einkommen	42
2.3 Haushalte nach Größe und Ländern	44
2.4 Haushalte nach Größe und Gemeindegrößenklassen	46
2.5 Einpersonenhaushalte nach Alter und Familienstand	48
2.6 Einpersonenhaushalte nach Alter und Erwerbstätigkeit	50
2.7 Familien mit Kindern	52
2.8 Ausländische Familien mit Kindern	54
2.9 Durchschnittliche Zahl der in Familien lebenden ledigen Kinder	56
2.10 Familien und Erwerbstätigkeit	58
2.11 Familien und Einkommen	60
3 Frauen im Berufsleben	63
3.1 Erwerbsbeteiligung der Frauen	64
3.2 Erwerbstätige nach Wirtschaftsabteilungen	66
3.3 Erwerbstätige Frauen nach Stellung im Beruf	68
3.4 Auszubildende nach Ausbildungsberufen	70
3.5 Erwerbstätige und ihre Ausbildung	72
3.6 Erwerbstätige in ausgewählten Berufsordnungen	74
3.7 Erwerbstätige nach ihrer wöchentlichen Arbeitszeit	76
3.8 Wochenarbeitszeiten und Verdienste	79
3.9 Erwerbstätige Frauen und ihr Einkommen	84

	Seite
3.10 Erwerbstätige in ausgewählten Berufen nach dem Einkommen	86
3.11 Erwerbstätige Frauen nach Zahl der Kinder	88
3.12 Familienstand und Alter der Frauen	90
3.13 Erwerbstätige Frauen mit Kindern nach ihrer wöchentlichen Arbeitszeit	94
3.14 Erwerbstätige nach ausgewählten Berufsbereichen und -gruppen sowie nach Staatsangehörigkeit	97
3.15 Erwerbstätige nach Wirtschaftsabteilungen, Stellung im Beruf und Staatsangehörigkeit	100
3.16 Ausländische Erwerbstätige nach Alter und Familienstand	102
3.17 Betriebsinhaber und Familienangehörige in der Landwirtschaft	104
3.18 Personalentwicklung im unmittelbaren öffentlichen Dienst	106
3.19 Beschäftigte des unmittelbaren öffentlichen Dienstes nach Alter und Beschäftigungsbereichen	108
3.20 Vollbeschäftigte im unmittelbaren öffentlichen Dienst ...	111
3.21 Arbeitslose	114
3.22 Berufliche Förderung	116
 4 Bildung	 119
4.1 Bevölkerung nach Bildungsabschluß	120
4.2 Schüler in der allgemeinen Aus- und Fortbildung	122
4.3 Schüler in der beruflichen Aus- und Fortbildung	124
4.4 Schulabgänger nach Abschlußart	126
4.5 Studenten und Studienanfänger nach Fächergruppen im Wintersemester 1980/81	128
4.6 Studenten nach Hochschularten	130
4.7 Von deutschen Studenten bestandene Prüfungen an Hochschulen	132
4.8 Lehrer an Schulen der allgemeinen und beruflichen Aus- und Fortbildung	134
4.9 Hauptberufliches wissenschaftliches und künstlerisches Personal an Hochschulen	136
 5 Sozialwesen	 139
5.1 Überwiegender Lebensunterhalt der Bevölkerung	140
5.2 Leistungen der Arbeitsförderung	144
5.3 Empfänger von Sozialhilfe	146
5.4 Bevölkerung nach der Art des Krankenversicherungsschutzes	148

	Seite
6 Gesundheitswesen	150
6.1 Kranke Personen nach Krankheitsarten	151
6.2 Kranke Personen nach der Beteiligung am Erwerbsleben und der Art der Behandlung	154
6.3 Rauchgewohnheiten der Bevölkerung	156
6.4 An Tuberkulose Erkrankte	158
6.5 Behinderte nach Art der schwerwiegendsten Behinderung ...	160
6.6 Sterbefälle nach Todesursachen	162
6.7 Müttersterblichkeit	166
6.8 Schwangerschaftsabbrüche	170
6.9 Im Gesundheitswesen tätige Personen	174
 7 Öffentliches Leben	 177
7.1 Wahlbeteiligung der Männer und Frauen	178
7.2 Stimmabgabe der Männer und Frauen	180
7.3 Kombination der Erst- und Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 1980	184
7.4 Abgeordnete des Deutschen Bundestages seit 1949	186
7.5 Abgeordnete in den deutschen Landtagen	188
7.6 Mitglieder in Gewerkschaften	190
7.7 Mitglieder im Deutschen Sängerbund	192
7.8 Mitglieder im Deutschen Sportbund	194
 8 Definitionen	 198
 9 Stichwortverzeichnis	 216
 10 Quellenverzeichnis	 219

Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet;
sie schließen Berlin (West) ein.

Zeichenerklärung

- 0 Weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden
- ... Angabe fällt später an
- / keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
- . Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- () Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert Fehler aufweisen kann

1 Bevölkerung

Ausgangsbasis der Bevölkerungsstatistik in der Bundesrepublik Deutschland sind die in etwa zehnjährigen Abständen stattfindenden Volkszählungen. Die in tiefer regionaler Gliederung ausgewerteten Daten vermitteln einen umfassenden Überblick über die demographische und sozio-ökonomische Struktur der Bevölkerung sowie auch über Haushalte und Familien. Die Zählungsergebnisse dienen ferner als Auswahlgrundlage der nachfolgenden Stichprobenerhebungen (Mikrozensus) sowie als Ausgangsbasis für die laufende Fortschreibung der Bevölkerung zwischen den Zählungen. Für diese Fortschreibung werden die in der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung registrierten Veränderungsfälle (Geburten, Sterbefälle, Eheschließungen, Ehescheidungen) und Zu- und Fortzüge (Meldevorgänge) herangezogen. Im Rahmen dieser Fortschreibung, wie auch in den Zählungen, werden die Personen ihrer Wohngemeinde (Wohnbevölkerung) zugeordnet. Zur Vermeidung von Mehrfachzählungen werden Personen mit mehreren Wohnungen derjenigen Gemeinde zugeordnet, von der aus sie ihrer Arbeit bzw. Ausbildung nachgehen oder in der sie sich überwiegend aufhalten. Dies gilt auch für Ausländer mit nicht nur vorübergehendem Aufenthalt im Bundesgebiet. Nicht zur Wohnbevölkerung gehören Angehörige der ausländischen Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familien.

Die Daten der Zählungen und der darauf aufbauenden Bevölkerungsfortschreibung sind die Grundlage für zahlreiche demographische und sozialpolitische Analysen, aber auch für Fragen der Bildungsplanung und der Raumordnungspolitik.

1.1 Altersaufbau der Bevölkerung

Der Altersaufbau einer Bevölkerung ist das Ergebnis der demographischen Entwicklung über einen Zeitraum von mindestens drei Generationen. Er ist damit zugleich ein Spiegelbild der historischen Entwicklung der Bevölkerung.

Von 1950 bis 1980 hat sich die Bevölkerung in der Bundesrepublik von 50,8 Mill. auf 61,7 Mill. erhöht. Die Zahl der weiblichen Einwohner des Bundesgebietes stieg von 27,1 Mill. auf 32,2 Mill. Im gleichen Zeitraum sind beachtliche Veränderungen in der Altersstruktur eingetreten.


Die typische Form der graphischen Darstellung des Altersaufbaues einer Bevölkerung ist als "Alterspyramide" bekannt. An der Basis, mit den Neugeborenen beginnend, werden dabei entsprechend ihrer zahlenmäßigen Stärke die einzelnen Jahrgänge übereinander als Stäbchen-diagramme gezeichnet. In der Regel werden links die männlichen und rechts die weiblichen Personen dargestellt.


Die typische Pyramidenform ergab sich für Deutschland vor dem 1. Weltkrieg, als nahezu jeder Geburtsjahrgang zahlenmäßig stärker war als der vorangegangene. Aus der Alterspyramide des Jahres 1950 lassen sich die Auswirkungen zweier Weltkriege ablesen: Vom Alter 20 ab ein Frauenüberschuß in allen älteren Altersjahren und auffällige Geburtenrückgänge, bedingt durch die Zeit des 1. und 2. Weltkrieges. Die Alterspyramide des Jahres 1980 hat noch ausgeprägter die Form eines Tannenbaumes. In dieser Alterspyramide wiederholen sich die Einschnitte, die schon in der Alterspyramide des Jahres 1950 zu sehen waren. Die Geburtenzunahme bis 1964 und der darauf folgende starke Rückgang der Geburtenzahl ist an der Basis dieser Pyramide deutlich sichtbar.


Als Folge des Geburtenrückganges hat sich der Anteil der unter 15jährigen Mädchen an der weiblichen Bevölkerung zwischen 1950 und 1980 von 21,4 auf 16,7 % verringert. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil der 65 Jahre und älteren Frauen von 9,7 % auf 19 %. Im Jahre 1980 waren 23,6 % aller Frauen 60 Jahre oder älter gegenüber 14,6 % im Jahre 1950. Im erwerbsfähigen Alter, d.h. zwischen 15 bis unter 65 Jahre, befanden sich 1980 64,3 % der weiblichen Bevölkerung des Bundesgebietes. 1950 waren es hingegen 68,9 %.

Ein Vergleich des Altersaufbaues der Gesamtbevölkerung von 1980 mit dem Altersaufbau der Ausländer in der Bundesrepublik zeigt, daß für die Gesamtbevölkerung allgemein ein Überschuß der Frauen festzustellen ist, während bei den Ausländern eindeutig die Männer überwiegen. Insbesondere fällt auf, daß bei den ausländischen Frauen die Anteile in den Altersgruppen der unter 40jährigen wesentlich höher und umgekehrt bei den über 40jährigen ausländischen Frauen sehr viel niedriger sind als in der Gesamtbevölkerung.

ALTERSAUFBAU UND FAMILIENSTANDSGLIEDERUNG DER WOHNBEVÖLKERUNG

 Ledig

 Verheiratet

 Verwitwet

 Geschieden

13.9.1950¹⁾

Altersjahre

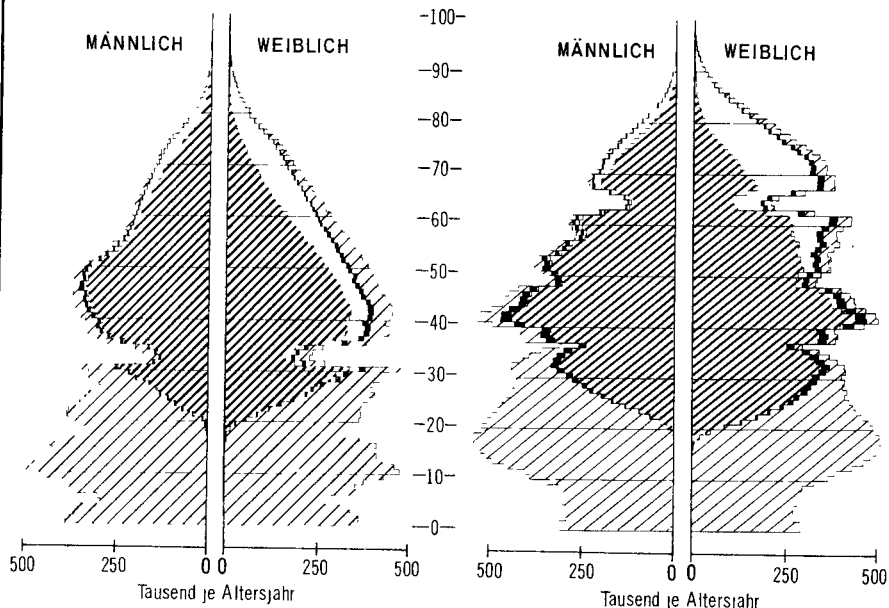
31.12.1980

MÄNNLICH

WEIBLICH

MÄNNLICH

WEIBLICH



1) Volkszählungsergebnis

Statistisches Bundesamt 83 0365

1.1 Altersaufbau der Bevölkerung*)

Jahr	Ins- ge- samt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren									
		unter 15	15 - 20	20 - 30	30 - 40	40 - 50	50 - 60	60 - 65	65 - 70	70 - 75	75 und mehr
	1 000	%									

Insgesamt

1950 ¹⁾	50 798	23,3	7,2	14,7	12,6	15,9	12,1	4,6	3,8	2,9	2,6
1960	55 785	21,5	6,9	15,6	13,6	11,7	14,1	5,6	4,2	3,1	3,5
1965	59 297	22,6	6,4	15,3	13,4	11,2	13,0	6,0	4,8	3,4	3,9
1970 ¹⁾	60 651	23,2	6,6	13,2	14,7	12,8	10,4	6,1	5,2	3,7	4,3
1972	61 809	22,6	6,8	13,0	15,3	12,3	10,0	5,9	5,3	4,0	4,5
1974	61 991	21,8	7,2	13,2	15,4	12,5	9,9	5,7	5,4	4,2	4,7
1976	61 442	20,6	7,7	13,8	14,5	13,0	10,6	5,0	5,4	4,4	5,1
1978	61 322	19,2	8,2	14,2	13,9	13,6	11,7	3,9	5,3	4,5	5,5
1979	61 439	18,5	8,4	14,4	13,6	14,0	11,9	3,6	5,3	4,6	5,7
1980	61 658	17,8	8,6	14,7	13,3	14,3	11,9	3,9	5,0	4,6	5,9

darunter: Ausländer

1979	4 251	27,7	7,4	20,3	22,5	13,1	5,5	1,0	0,9	0,6	0,9
1980	4 566	27,5	8,2	20,0	21,9	13,3	5,6	1,1	0,9	0,7	0,9

Weiblich

1950 ¹⁾	27 080	21,4	6,7	14,8	13,6	16,1	12,8	4,9	3,9	3,0	2,8
1960	29 611	19,9	6,4	14,3	13,8	12,7	14,6	6,0	4,8	3,6	4,0
1965	31 126	20,9	5,9	13,9	12,4	12,2	14,1	6,4	5,4	4,0	4,6
1970 ¹⁾	31 784	21,6	6,1	12,2	13,3	13,1	11,5	6,7	5,7	4,4	5,3
1972	32 276	21,0	6,4	12,1	14,0	12,1	11,3	6,6	5,9	4,7	5,7
1974	32 287	20,3	6,7	12,4	14,1	11,9	11,1	6,5	6,1	4,9	6,1
1976	32 179	19,2	7,1	12,9	13,3	12,1	11,7	5,7	6,2	5,1	6,6
1978	32 107	17,9	7,6	13,3	12,9	12,6	12,6	4,4	6,2	5,3	7,1
1979	32 122	17,3	7,8	13,4	12,6	13,0	12,7	4,2	6,2	5,5	7,4
1980	32 177	16,7	7,9	13,7	12,3	13,4	12,4	4,6	5,9	5,5	7,6

darunter: Ausländerinnen

1979	1 869	30,7	7,6	22,4	20,3	9,9	5,1	1,0	1,0	0,8	1,2
1980	1 990	30,5	8,1	21,0	20,8	10,3	5,2	1,1	1,0	0,8	1,2

*) Bevölkerungsfortschreibung.

1) Volkszählungsergebnisse.

1.2 Familienstand und Alter der Frauen

In den vergangenen 30 Jahren haben sich - wie bereits festgestellt - nicht nur die Anteile der weiblichen Bevölkerung in den einzelnen Altersgruppen, sondern es haben sich auch in den einzelnen Altersgruppen der Frauen die Gliederungen nach dem Familienstand ("altersspezifische Familienstandsquoten") teilweise erheblich verändert. So war im Jahre 1950 die Hälfte aller Frauen im Alter von 20 bis unter 30 Jahren ledig. Dies war noch als Folge der im 2. Weltkrieg erlittenen Männerverluste anzusehen. Zwischen 1950 und 1970 hatte sich dann die Heiratshäufigkeit deutlich erhöht. Dadurch verringerte sich innerhalb dieses Zeitraumes die Ledigenquote der 20- bis unter 30jährigen Frauen von 49,7 auf 27 %. In den folgenden Jahren ist dieser Anteil, bedingt durch den Rückgang der Zahl junger Ehen, wieder gestiegen, und zwar auf 42,9 % im Jahre 1980. Als gegenläufige Veränderung war in der Gruppe der 20- bis unter 30jährigen Frauen zu beobachten, daß der Anteil der Verheirateten von 1950 (47,5 %) bis 1970 (70,6 %) sehr stark zunahm, in den folgenden 10 Jahren jedoch laufend zurückging und 1980 einen Anteil von 54,7 % erreichte. Der Anteil aller verwitweten und geschiedenen Frauen ist insgesamt betrachtet in dem Berichtszeitraum ständig gestiegen. Allerdings zeigt sich auch eine Folge des 2. Weltkrieges: 1950 war von den 30- bis unter 40jährigen Frauen fast jede achte (12,7 %) verwitwet oder geschieden. Das zeigt sich deutlich im Vergleich mit 1980, wo in der gleichen Altersgruppe jede fünfzehnte Frau verwitwet oder geschieden war. Von den Ende 1980 im Bundesgebiet lebenden 32,2 Mill. Frauen waren 35,4 % ledig, 47,1 % verheiratet und 17,5 % verwitwet oder geschieden. Gegenüber 1950 hat sich der Anteil der Ledigen verringert und derjenige der Verheirateten sowie der Verwitweten oder Geschiedenen etwas erhöht.

1.2 Familienstand und Alter der Frauen

1.2.1 1950 und 1961

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt				Weiblich			
	ins- gesamt	davon			zu- sammen	davon		
		ledig	verhei- ratet	verwitw. oder gesch.		ledig	verhei- ratet	verwitw. oder gesch.
	1 000	%			1 000	%		

1950¹⁾

unter 20	15 507	99,7	0,3	0,0	7 596	99,4	0,6	0,0
20 - 30	7 495	57,3	40,9	1,8	4 037	49,7	47,5	2,8
30 - 40	6 465	15,5	75,9	8,6	3 699	14,9	72,5	12,7
40 - 50	8 104	10,0	81,1	8,9	4 357	12,1	74,6	13,3
50 - 60	6 124	9,4	77,2	13,4	3 435	12,8	67,2	19,9
60 - 70	4 251	8,5	65,0	26,6	2 381	11,4	50,3	38,3
70 u. mehr ..	2 851	8,1	41,1	50,8	1 575	10,4	25,9	63,7
Insgesamt ..	50 798	44,7	45,8	9,5	27 080	42,5	43,6	13,9

1961¹⁾

unter 20	15 867	99,4	0,6	0,0	7 740	98,8	1,2	0,0
20 - 30	8 652	49,9	49,1	1,0	4 212	39,6	59,0	1,4
30 - 40	7 685	12,1	84,5	3,4	4 082	13,1	82,1	4,8
40 - 50	6 585	8,0	80,8	11,3	3 797	10,0	72,8	17,2
50 - 60	7 939	8,0	76,3	15,7	4 372	10,5	65,2	24,3
60 - 70	5 598	8,9	65,2	25,9	3 258	12,2	50,4	37,4
70 u. mehr ..	3 850	8,6	40,3	51,1	2 301	11,3	24,2	64,4
Insgesamt ..	56 175	40,9	48,8	10,2	29 762	38,1	46,2	15,7

1) Volkszählungsergebnisse.

1.2 Familienstand und Alter der Frauen

1.2.2 1970 und 1980

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt				Weiblich			
	ins- gesamt	davon			zu- sammen	davon		
		ledig	verhei- ratet	verwitw. oder gesch.		ledig	verhei- ratet	verwitw. oder gesch.
	1 000	%			1 000	%		

1970¹⁾

unter 20	18 054	99,0	0,9	0,0	8 803	98,2	1,8	0,0
20 - 30	8 018	39,8	58,5	1,7	3 886	27,0	70,6	2,4
30 - 40	8 883	10,7	86,0	3,3	4 249	8,6	87,2	4,2
40 - 50	7 740	7,7	85,8	6,5	4 170	9,8	80,7	9,5
50 - 60	6 278	6,9	75,9	17,2	3 648	8,9	65,0	26,2
60 - 70	6 850	7,9	65,3	26,8	3 938	10,4	50,0	39,7
70 u. mehr ..	4 828	9,1	39,8	51,1	3 090	11,9	23,9	64,2
Insgesamt ..	60 651	39,6	49,9	10,4	31 784	36,4	47,3	16,3

1980²⁾

unter 20	16 278	99,4	0,6	0,0	7 922	98,8	1,1	0,0
20 - 30	9 069	55,0	43,1	1,8	4 400	42,9	54,7	2,4
30 - 40	8 174	13,8	80,4	5,8	3 963	8,4	85,0	6,6
40 - 50	8 846	7,6	85,5	6,9	4 307	6,2	85,1	8,7
50 - 60	7 325	6,9	81,1	12,1	3 995	8,6	73,8	17,5
60 - 70	5 499	6,6	64,7	28,7	3 356	8,5	50,3	41,3
70 u. mehr ..	6 467	8,3	39,7	52,0	4 234	10,5	23,2	66,3
Insgesamt ..	61 658	39,5	49,0	11,5	32 177	35,4	47,1	17,5

1) Volkszählungsergebnisse.

2) Bevölkerungsfortschreibung am 31.12.

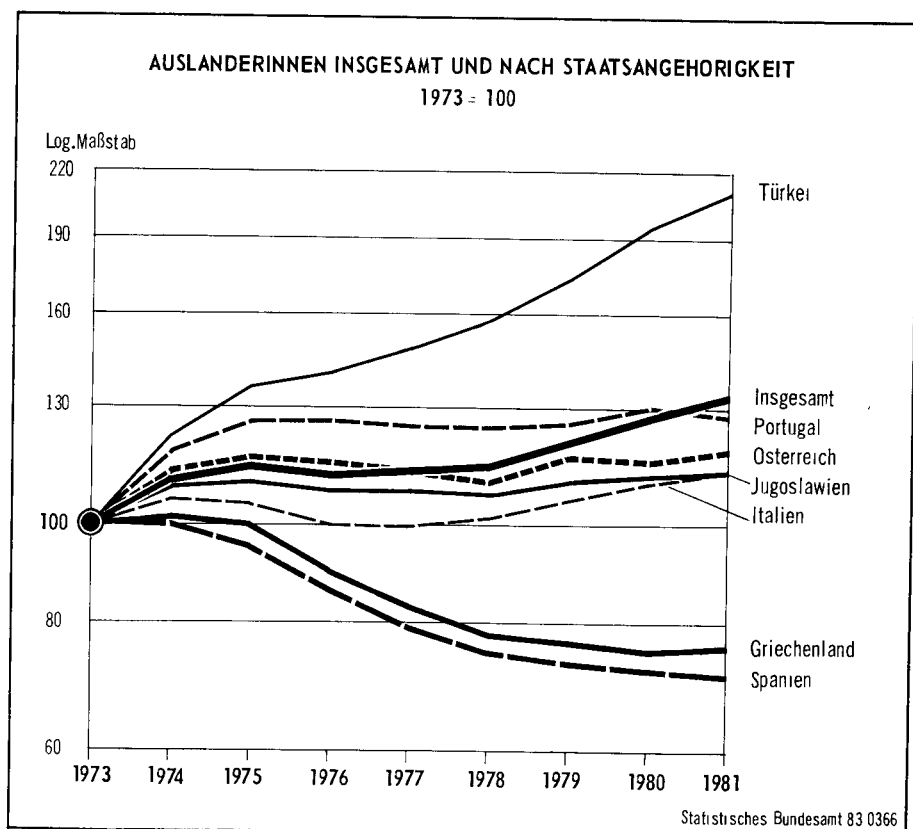
1.3 Ausländer im Bundesgebiet

Der seit 1977 wieder zu beobachtende Anstieg der Ausländerzahl hat sich auch 1981 fortgesetzt. Nach der Auszählung des Ausländerzentralregisters haben sich am 30. September 1981 rd. 4,63 Mill. Ausländer nicht nur vorübergehend in der Bundesrepublik Deutschland aufgehalten. Im Vergleich zum Vorjahr waren das 176 400 Personen mehr. Dieser Anstieg beruhte überwiegend auf einem Überschuß der Zuwanderungen aus dem Ausland. Von den Ende September 1981 erfaßten Ausländern besaßen rd. 3,4 Mill. oder 73,3 % die Staatsangehörigkeit eines der früheren Anwerbeländer (Türkei, Jugoslawien, Italien, Griechenland, Spanien, Portugal). Die stärkste Gruppe stellten die Türken mit über 1,5 Mill., gefolgt von den Jugoslawen (637 300), Italienern (624 500), Griechen (299 300), Spaniern (176 900) und Portugiesen (109 400).

Unter den in der Bundesrepublik lebenden Ausländern gab es, wie in den Vorjahren auch, 1981 mehr Männer (2,71 Mill.) als Frauen (1,92 Mill.). Das Zahlenverhältnis zwischen Männern und Frauen betrug 100 : 71. Nach den wichtigsten Nationalitäten unterschieden war bei den griechischen und portugiesischen Staatsangehörigen, die in der Bundesrepublik leben, der höchste Frauenanteil festzustellen, woraus sich eine Relation von je 100 : 86 ergab, gefolgt von den Jugoslawen 100 : 77, Spaniern 100 : 74 und Türken 100 : 69. Den niedrigsten Frauenanteil wiesen die Italiener auf, bei denen auf 100 Männer 62 Frauen entfielen.

Von den ausländischen Frauen waren 34,8 % weniger als 6 Jahre im Bundesgebiet. 26,8 % hielten sich 6 bis unter 10 Jahre und 38,3 % 10 Jahre und mehr im Bundesgebiet auf. Daraus ergab sich für die ausländischen Frauen eine durchschnittliche Aufenthaltsdauer in der Bundesrepublik von 8 Jahren und 9 Monaten. Von den ausländischen Männern waren 32,4 % weniger als 6 Jahre im Bundesgebiet ansässig. Bei 21,5 % betrug die Aufenthaltsdauer 6 bis unter 10 Jahre, bei 46,0 % 10 und mehr Jahre. Hieraus ergab sich eine durchschnittliche Aufenthaltsdauer der ausländischen Männer von 9 Jahren und 10 Monaten.

Die Unterschiede in der Aufenthaltsdauer von ausländischen Männern und Frauen sind überwiegend darauf zurückzuführen, daß die im Bundesgebiet lebenden ausländischen Arbeitnehmer erst nach dem Erlaß des Anwerbestopps in verstärktem Maße Familienangehörige nachgeholt haben. Besonders deutlich zeigt sich dies, wenn man nach Nationalitäten differenziert. So waren im Jahre 1981 von den türkischen Männern 36,1 %, von der weiblichen türkischen Bevölkerung hingegen 42,0 % weniger als 6 Jahre im Bundesgebiet ansässig und damit fast ausschließlich erst nach dem Erlaß des Anwerbestopps (23.11.1973) in die Bundesrepublik eingereist oder hier geboren worden. Von den italienischen Männern hielten sich 27,4 % im Jahre 1981 weniger als 6 Jahre in der Bundesrepublik auf, gegenüber 33,6 % der italienischen Frauen.



1.3 Ausländer im Bundesgebiet *)

Staats- angehörigkeit	Ins- gesamt	Davon Aufenthaltsdauer von ... bis unter ... Jahren					
		unter 4	4-6	6-10	10-15	15-20	20 u. mehr
		%					
	1 000						

Männlich

EG-Staaten	710	20,5	6,9	16,6	28,5	14,7	12,8
dar.: Italien ...	386	20,9	7,2	16,2	30,4	15,1	10,2
Griechenland	161	10,4	5,2	18,9	37,6	20,3	7,7
Jugoslawien	361	11,7	4,7	22,2	51,6	7,0	2,7
Österreich	102	19,6	4,4	15,6	27,5	13,3	19,5
Portugal	59	10,0	6,9	39,5	32,0	10,5	1,0
Spanien	102	6,4	3,4	18,6	37,1	24,8	9,7
Türkei	916	27,9	8,5	28,7	27,4	6,7	0,7
Übrige Staaten	461	45,8	8,1	13,8	13,8	5,3	13,1
Insgesamt ...	2 710	25,3	7,1	21,5	29,1	9,6	7,3

Weiblich

EG-Staaten	524	21,0	8,0	20,7	28,2	12,5	9,5
dar.: Italien	238	24,7	8,9	21,6	27,7	12,1	5,0
Griechenland	139	10,5	6,0	22,6	39,7	17,6	3,6
Jugoslawien	277	15,0	8,3	29,7	40,7	4,9	1,3
Österreich	74	16,1	6,3	19,6	26,4	12,9	18,8
Portugal	51	13,4	10,4	45,9	25,2	4,4	0,6
Spanien	75	8,6	5,5	23,7	31,5	25,0	5,7
Türkei	630	28,8	13,2	34,6	20,1	3,0	0,3
Übrige Staaten	288	40,7	10,2	17,5	14,9	4,9	11,7
Insgesamt ...	1 920	24,8	10,0	26,8	25,3	7,4	5,6

*) Ergebnis des Ausländerzentralregisters 1981. - Die Aufenthaltsdauer ergibt sich ohne Berücksichtigung von Aufenthaltsunterbrechungen als Differenz zwischen Auszählungstichtag und Datum der ersten Einreise in das Bundesgebiet. Ein Ausländer, der beispielsweise vom 1.1.1972 bis zum 31.12. 1976 im Bundesgebiet wohnte und ab 1.1.1981 seinen Wohnsitz erneut im Geltungsbereich des Ausländergesetzes hat, hielt sich am 30.9.1981 noch bis unter zehn Jahre im Bundesgebiet auf.

1.4 Eheschließungen

Nach dem Krieg nahm die Zahl der Eheschließungen in der Bundesrepublik Deutschland zunächst zu. Man kann vermuten, daß viele junge Menschen durch eine Familiengründung die Geborgenheit geben und finden wollten, die sie in den Jahren des Krieges, der Flucht und der Nachkriegszeit in vielen Fällen vermissen mußten.

Im Jahr 1960 wurden 521 445 Eheschließungen registriert. Danach setzte ein fast kontinuierlicher Rückgang bis zum - bisherigen - Tiefstand von 328 215 Eheschließungen im Jahre 1978 ein, dem ein kleiner Anstieg auf 362 408 Eheschließungen 1980 folgte. Der Anteil der Erstehen, d.h. von Ehen, bei denen beide Partner vor der Eheschließung ledig waren, ist von 1960 bis 1980 von 83,4 % auf 74,3 % zurückgegangen. Gegenläufig hierzu ist der Anteil der Wiederverheiratungen (beide Partner waren schon einmal verheiratet) in diesem Zeitraum von 6,0 % auf 10,1 % gestiegen.

Betrachtet man die Eheschließungen nach dem bisherigen Familienstand, so zeigt sich, daß von 1960 bis 1980 der Anteil der vorher ledigen Männer von 87,1 auf 81,6 % und von vorher ledigen Frauen von 90,2 auf 82,6 % zurückgegangen ist. Auch die Zahl der Verwitweten, die eine neue Ehe eingingen war in diesem Zeitraum rückläufig. Sehr stark gestiegen sind dagegen von 1960 bis 1980 die Anteile der vorher Geschiedenen. Bei den Männern stieg der entsprechende Wert von 8,3 auf 15,0 %, bei den Frauen von 6,7 auf ebenfalls 15,0 %. Die Entwicklung dieser beiden Anteile hängt sehr eng mit der Entwicklung der Scheidungszahlen zusammen.

Das durchschnittliche Heiratsalter hat sich in der Zeit von 1960 bis 1980 nicht allzusehr verändert. Den stärksten Anstieg, mit 8,6 % von 45,6 auf 49,5 Jahre, gab es bei den vor einer neuerlichen Eheschließung verwitweten Frauen. Die größte Abnahme hatten die vorher geschiedenen Männer mit 5,4 % von 40,7 auf 38,5 Jahre zu verzeichnen.

1980 sind 28 011 Ehen zwischen Deutschen und Ausländern geschlossen worden. Das waren 7,7 % aller Eheschließungen. Damit wurde der höchste Stand seit zwanzig Jahren erreicht. Ehen zwischen einer deutschen Frau und einem Ausländer wurden 1980 in 18 927 Fällen geschlossen.

Von den Ausländern als Ehepartner deutscher Frauen spielten in den sechziger Jahren die Mitglieder fremder Stationierungsstreitkräfte eine wesentlich größere Rolle als heute. Im Jahr 1980 standen die Türken mit 3 339 geschlossenen Ehen mit deutschen Frauen an erster Stelle. Es folgten die US-Amerikaner mit 2 472 Fällen, die Italiener mit 2 301 und die Österreicher mit 1 200 Eheschließungen. Von den deutschen Männern wurden seit 1970 Jugoslawinnen als Ehepartnerinnen bevorzugt. 1980 wurden 1 204 derartiger Ehen geschlossen. An zweiter Stelle folgten die Österreicherinnen (969) vor den Französinen mit 606 Eheschließungen mit deutschen Partnern.

1.4.1 Eheschließungen

Jahr	Eheschließungen					
	insgesamt		und zwar			
			Erst- ehen ¹⁾	Wieder- verheira- tungen ²⁾	Ehen zw- ischen Deut- schen u. Aus- ländern	darunter Ehen deut- scher Frauen mit ausländi- schem Partner
	Anzahl	je 1 000 Ein- wohner				
1951	522 946	10,3	386 472	45 261	.	.
1960	521 445	9,4	434 656	31 361	19 458	15 600
1965	492 128	8,3	403 018	32 222	26 794	18 648
1970	444 510	7,3	355 740	34 838	24 797	14 645
1975	386 681	6,3	293 053	38 557	27 094	16 054
1978	328 215	5,4	246 640	32 317	23 341	14 875
1980	362 408	5,9	269 240	36 644	28 011	18 927

1) Beide Ehepartner waren vor der Eheschließung ledig.

2) Beide Ehepartner waren vor der Eheschließung verwitwet oder geschieden.

1.4.2 Eheschließende nach dem bisherigen Familienstand

Jahr	Von 100 Eheschließenden					
	Männern			Frauen		
	waren vor der Eheschließung					
	ledig	verwit-wet ¹⁾	geschie-den ²⁾	ledig	verwit-wet ¹⁾	geschie-den ²⁾
1950	80,7	6,6	12,7	80,7	11,0	8,3
1960	87,1	4,6	8,3	90,2	3,0	6,7
1965	86,6	4,6	8,9	88,8	3,0	8,2
1970	85,4	4,5	10,2	86,8	2,9	10,3
1975	82,3	4,1	13,6	83,6	2,8	13,7
1978	82,0	3,8	14,2	83,3	2,5	14,2
1980	81,6	3,4	15,0	82,6	2,4	15,0

1) Einschl. der Fälle, in denen der bisherige Ehepartner für tot erklärt worden ist.

2) Einschl. "frühere Ehe aufgehoben".

1.4.3 Durchschnittliches Heiratsalter nach dem bisherigen Familienstand der Eheschließenden

Jahr	Durchschnittliches Heiratsalter in Jahren							
	zu-sammen	Familienstand vor der Eheschließung			zu-sammen	Familienstand vor der Eheschließung		
		ledig	verwit-wet	ge-schieden		ledig	verwit-wet	ge-schieden
Männer								
1950 ¹⁾ ..	31,0	28,1	48,7	39,5	27,4	25,4	36,3	34,8
1960	28,5	25,9	54,7	40,7	25,2	23,7	45,6	36,7
1965	28,5	26,0	56,1	39,3	25,4	23,7	47,1	35,4
1970	28,3	25,6	57,1	38,4	24,9	23,0	48,1	35,0
1975	28,4	25,3	57,8	37,9	25,1	22,7	49,6	34,6
1978	28,9	25,9	57,7	38,4	25,5	23,1	49,4	35,0
1980	29,0	26,1	57,4	38,5	25,8	23,4	49,5	35,1

1) Bundesgebiet ohne Saarland.

1.5 Ehescheidungen

Nach dem Krieg stieg die Zahl der Scheidungen zunächst an. Trennungen der Ehepartner während des Krieges und durch Gefangenschaft führten, häufiger als in Zeiten des Friedens, zu einem Auseinanderleben. Schnell geschlossene Bindungen hielten den Nöten und Anforderungen der Nachkriegszeit nicht stand. Die Zahl der Ehescheidungen erreichte 1950 eine Höhe (84 740), wie sie in den folgenden zwanzig Jahren nicht mehr verzeichnet wurde. Der dann einsetzende Rückgang hatte schon 1956 mit 46 101 Scheidungen seinen tiefsten Stand. Die Zahl der Ehescheidungsurteile stieg danach wieder an und erreichte im Jahr 1976 den bisherigen Höchststand mit 108 258. 1977 brachte einen Einschnitt, denn ab dem 1. Juli dieses Jahres erfolgten die Ehescheidungen nach neuen gesetzlichen Bestimmungen. Wie sich die Anzahl der Scheidungen nach dem neuen Recht entwickeln wird, muß abgewartet werden. Immerhin ist die Zahl der Scheidungen von 79 490 im Jahr 1979 auf 96 222 im Jahr 1980 gestiegen.

Betrachtet man die geschiedenen Ehen nach der Zahl der noch lebenden minderjährigen Kinder, so ist der Anteil dieser Ehen an allen geschiedenen Ehen von 1950 bis 1980 von 57,4 auf 52,9 % gesunken, während er im gleichen Zeitraum bei den geschiedenen Ehen ohne Kinder von 42,6 auf 47,1 % gestiegen ist.

Der Anteil der geschiedenen Ehen mit Kindern steigt naturgemäß mit der Ehedauer an. Von den Ehepaaren, die 1980 innerhalb der ersten zwei Jahre geschieden wurden, hatten 18,2 % Kinder. Ehepaare, die sich nach 15 bis 17 Jahren Ehedauer trennten, hatten zu 86,2 % Kinder.

Aus der Statistik geht nicht hervor, welcher Ehepartner nach der Scheidung das Sorgerecht (bzw. die Sorgepflicht) hat. Nach den Angaben der Familienstatistik über alleinerziehende Väter und Mütter läßt sich jedoch schließen, daß die Kinder in den meisten Fällen den Müttern zugesprochen wurden.

Jede fünfte Scheidung (21,9 %) betraf 1980 eine Ehe mit einer Ehedauer von 3 bis 5 Jahren. Fast die Hälfte (45,8 %) der geschiedenen Ehen hatte noch keine neun Jahre bestanden.

Von den 96 222 Scheidungen im Jahr 1980 wurde das Scheidungsverfahren in 9,3 % der Fälle von beiden Ehepartnern beantragt. In 59,0 % der Fälle beantragten es die Frauen, von denen wiederum 76,9 % die Zustimmung ihres Ehepartners hatten. Männer beantragten zu 31,7 % das Scheidungsverfahren, davon 78,8 % mit der Zustimmung ihrer Ehepartnerin.

1.5 Ehescheidungen^{*)}

1.5.1 Geschiedene Ehen nach der Zahl der noch lebenden minderjährigen Kinder dieser Ehe

Jahr	Insgesamt			Davon mit ... Kind(ern)			
				0	1	2	3 und mehr
	Anzahl	je 10 000 Einwohner	je 10 000 bestehende Ehen	Anzahl			
1950	84 740 ^{a)}	16,9	67,5	36 062	27 443	13 256	7 913
1960	48 878 ^{a)}	8,8	35,0	20 635	16 975	7 550	3 713
1970	76 520	12,6	50,9	27 764	25 819	14 551	8 386
1975	106 829	17,3	67,4	43 959	33 795	19 395	9 680
1980	96 222	15,6	61,5	45 344	30 011	15 641	5 226

^{*)} Scheidungsstatistik.

a) Einschl. der Fälle mit unbekannter Kinderzahl.

1.5 Ehescheidungen *)
1.5.2 Geschiedene Ehen 1980 nach der Ehedauer

Ehedauer	1980				
	Geschiedene Ehen insgesamt			darunter mit Kindern 1)	
	Anzahl	%	Je 10 000 Ehen	Anzahl	% ²⁾
bis zu 2 Jahre	6 067	6,3	59,5	1 104	18,2
3 - 5 Jahre	21 050	21,9	200,0	7 396	35,1
6 - 8 Jahre	16 993	17,7	157,4	8 127	47,8
9 - 11 Jahre	13 450	14,0	115,0	8 513	63,3
12 - 14 Jahre	10 454	10,9	88,7	7 901	75,6
15 - 17 Jahre	8 430	8,8	66,2	6 959	82,6
18 Jahre und mehr	19 778	20,6	22,4	10 878	55,0
Insgesamt ...	96 222	100	61,5	50 878	52,9

1) Noch lebende minderjährige Kinder dieser Ehen.

2) In Prozent der geschiedenen Ehen insgesamt.

1.5.3 Geschiedene 1980 nach Geschlecht und Altersgruppen

Alter	Männer absolut	%	Frauen absolut	%
bis 26 Jahre	10 713	11,1	22 288	23,2
27 - 36 Jahre	39 935	41,5	38 634	40,2
37 - 46 Jahre	30 889	32,1	24 619	25,6
47 - 56 Jahre	10 258	10,7	7 414	7,7
57 - 64 Jahre	2 771	2,9	2 274	2,4
65 Jahre und älter	1 656	1,7	993	1,0
Insgesamt ...	96 222	100	96 222	100

*) Scheidungsstatistik.

1.6 Geburtenentwicklung

Die Zahl der Geburten in der Bundesrepublik Deutschland ist innerhalb von nur zehn Jahren (1965 bis 1975) von 1 044 300 auf 600 500 zurückgegangen. In dieser Zeit stieg die Anzahl der Lebendgeborenen ausländischer Eltern von 22 500 auf 91 900. Ohne Berücksichtigung dieser Ausländerkinder betrug der Rückgang der lebendgeborenen deutschen Kinder rd. 50 %. Außer in Kriegszeiten hat es nie zuvor einen derartig starken, vorwiegend auf eine Änderung des generativen Verhaltens zurückzuführenden Einschnitt gegeben. Die allgemeine Geburtenziffer (Zahl der Lebendgeborenen je 1 000 Einwohner), die um die Jahrhundertwende noch bei 36 gelegen hatte, reduzierte sich von 17,7 im Jahre 1965 auf 9,7 im Jahre 1975. Seit dieser Zeit zeichnet sich eine Stabilisierung ab, für die Jahre 1979 und 1980 sogar eine leichte Zunahme der Lebendgeborenen, die auf starke Jahrgänge, die ins heiratsfähige Alter kommen, zurückzuführen ist. Von den 620 700 lebendgeborenen Kindern im Jahr 1980 hatten 13,0 % eine ausländische Staatsangehörigkeit. Dieser Anteil lag jedoch unter der Höchstquote von 16,0 % im Jahre 1975.

Das durchschnittliche Alter der Mütter bei der Geburt des ersten Kindes hat von 1970, mit 24 Jahren und 4 Monaten, bis 1980 auf 25 Jahre und etwas über 2 Monate zugenommen. Der durchschnittliche Abstand von der Eheschließung bis zur Geburt eines Kindes hatte sich schon seit 1965 kontinuierlich erhöht. Betrug die durchschnittliche Ehe-dauer der Eltern bei der Geburt des ersten Kindes 1965 noch 1 Jahr und 11 Monate, so lag sie 1980 schon bei 2 Jahren und knapp 9 Monaten. Das zweite Kind wurde 1965 nach durchschnittlich 4 Jahren und etwas über 8 Monaten Ehedauer geboren, 1980 dagegen erst nach 5 Jahren und rd. 9 Monaten.

1.6 Geburtenentwicklung *)

Art der Nachweisung	1965	1970	1975	1978	1980
Lebendgeborene insgesamt, in 1 000	1 044,3	810,8	600,5	576,5	620,7
davon:					
Ehelich geboren, Eltern Deutsche	956,5	701,6	449,1	439,0	468,7
Mutter Deutsche/ Vater Ausländer	13,1	11,8	11,9	13,7	15,8
Vater Deutscher/ Mutter Ausländerin..	3,3	5,5	10,9	11,9	12,4
Eltern Ausländer	22,5	47,6	91,9	71,8	76,8
Nichtehelich geboren, Mutter Deutsche.	46,7	40,7	32,8	36,9	43,0
Mutter Aus- länderin	2,3	3,6	4,0	3,2	3,9
Lebendgeborene je 1 000 Einwohner	17,7	13,4	9,7	9,4	10,1
Lebendgeborene je 1 000 Frauen im Alter von 15 - 45 Jahre	85,2	67,2	47,6	44,5	46,7
Knaben je 1 000 lebendgeborene Mädchen ..	1 058	1 055	1 061	1 058	1 054
Durchschnittliches Alter der Mutter bei der Geburt des 1. Kindes	24,88	24,34	24,81	25,06	25,19
Durchschnittliche Ehedauer der Eltern bei der Geburt des					
1. Kindes	1,92	1,97	2,49	2,70	2,73
2. Kindes	4,69	5,08	5,42	5,69	5,76
3. Kindes	7,18	7,95	8,27	8,45	8,60
4. Kindes	9,11	10,11	10,61	10,73	10,87
5. und weiteren Kindes	11,74	12,76	13,64	13,73	14,00

*) Geburtenstatistik.

1.7 Sterbefälle und Lebenserwartung

Im Jahr 1950 wurden in der Bundesrepublik Deutschland 528 747 Sterbefälle registriert, davon 49,5 % Frauen. 25 Jahre später wurde mit 749 260 (50,5 % Frauen) die bisher höchste Zahl von Sterbefällen verzeichnet. In den folgenden Jahren ging sie wieder zurück und lag im Jahre 1980 bei 714 117, wovon 51,3 % Frauen waren.

Die Zunahme der Sterbefälle bis 1975 war nicht die Folge einer allgemeinen höheren Sterblichkeit, sondern beruhte darauf, daß einerseits die Gesamtzahl der Bevölkerung durch Zuwanderungen angestiegen war, andererseits die Zahl der älteren Personen zugenommen hatte. Die allgemeine Sterbeziffer (Sterbefälle bezogen auf jeweils 1 000 Einwohner) betrug 1950 10,5, im Jahr 1975 12,1 und 1980 11,6.

Sehr stark ging in diesem Zeitraum die Säuglingssterblichkeit (Gestorbene im ersten Lebensjahr) zurück. 1950 entfielen noch auf jeweils 1 000 Lebendgeburten 55,3 gestorbene Säuglinge, 1975 waren es 19,7 und 1980 12,7. Das Niveau des Jahres 1980 war aber immer noch 90 % höher als die Säuglingssterblichkeit in Schweden, wo auf 1 000 Lebendgeburten 6,7 gestorbene Säuglinge kamen.

Bis zum Jahre 1971 gab es in der Bundesrepublik Deutschland einen Überschuß der Lebendgeborenen über die Sterbefälle. 1964 wurde der höchste Stand mit 421 309 mehr Lebendgeborenen als Gestorbenen verzeichnet. Aus dem folgenden Schaubild geht hervor, daß ab 1967 infolge starker Abnahme der Geburtenzahl und einer Zunahme der Sterbefälle der Überschuß der Lebendgeborenen ständig kleiner wurde und sich ab 1972 in einen Überschuß der Sterbefälle über die Lebendgeborenen wandelte. Dieser Überschuß belief sich im Jahr 1979 auf 129 748. Er verminderte sich, vor allem infolge der Zunahme der Lebendgeborenen, im Jahr 1980 auf 93 460.

Der Rückgang der Säuglingssterblichkeit, aber auch die Veränderungen der allgemeinen Lebensbedingungen und die Fortschritte in der Medizin, haben wesentlich dazu beigetragen, daß die durchschnittliche Lebenserwartung ständig zugenommen hat. Nach der Sterbetafel 1871/81 wurde für ein männliches Neugeborenes eine durchschnittliche Lebenserwartung von 35,6 Jahren und für ein neugeborenes Mädchen eine um drei Jahre höhere durchschnittliche Lebenserwartung (38,5 Jahre) ausgewiesen. Hundert Jahre später hat sich die zu erwartende durchschnittliche Lebensspanne für Neugeborene verdoppelt. Für Knaben ergibt sich aus der Sterbetafel 1978/80 eine durchschnittliche Lebenserwartung von 69,6 Jahren und für Mädchen von 76,4 Jahren. Der Unterschied der durchschnittlichen Lebenserwartung zwischen den Geschlechtern hat sich in diesen einhundert Jahren mehr als verdoppelt.

1.7 Sterbefälle und Lebenserwartung

1.7.1 Sterbefälle

Jahr	Gestorbene 1)						Allgemeine Sterbe- ziffer (Sterbe- fälle bezogen auf jeweils 1 000 Einwohner)
	insgesamt			darunter		Überschuß der Geborenen (+) bzw. Ge- storbenen (-)	
	insgesamt	männlich	weiblich	im ersten Lebens- jahr	in den ersten 7 Lebens- tagen		
1950	528 747	266 895	261 852	45 252	.	+ 284 088	10,5
1955	581 872	299 280	282 592	34 284	19 699	+ 238 256	11,1
1960	642 962	332 503	310 459	32 724	20 137	+ 325 667	11,6
1965	677 628	347 968	329 660	24 947	17 342	+ 366 700	11,5
1970	734 843	369 975	364 868	19 165	13 301	+ 75 965	12,1
1975	749 260	371 074	378 186	11 875	6 967	- 148 748	12,1
1980	714 117	348 015	366 102	7 821	3 904	- 93 460	11,6

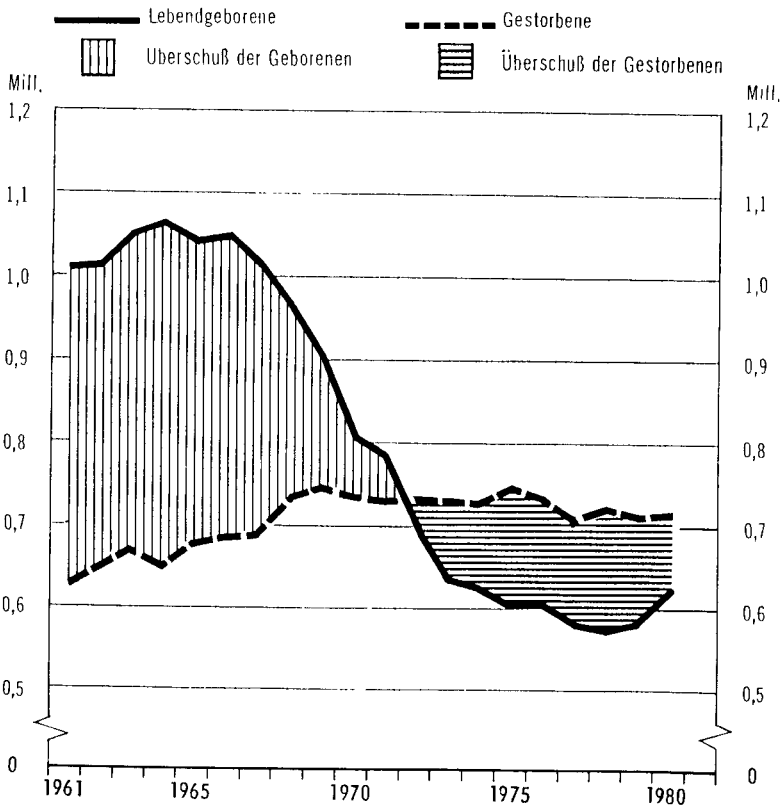
1) Ohne Totgeborene, nachträglich beurkundete Kriegsterbefälle und gerichtliche Todeserklärungen.

1.7 Sterbefälle und Lebenserwartung

1.7.2 Lebenserwartung in Jahren

Alter	Geschlecht	1871/81	1901/10	1932/34	1949/51	1960/62	1970/72	1978/80
0	männlich	35,58	44,82	59,86	64,56	66,86	67,41	69,60
	weiblich	38,45	48,33	62,81	68,48	72,39	73,83	76,36
1	männlich	46,52	55,12	64,43	67,80	68,31	68,20	69,68
	weiblich	48,06	57,20	66,41	71,01	73,46	74,32	76,28
5	männlich	49,39	55,15	61,70	64,47	64,68	64,49	65,87
	weiblich	51,01	57,27	63,56	67,61	69,78	70,56	72,45
10	männlich	46,51	51,16	57,28	59,76	59,88	59,68	61,01
	weiblich	48,18	53,35	59,09	62,84	64,93	65,70	67,55
20	männlich	38,45	42,56	48,16	50,34	50,34	50,21	51,44
	weiblich	40,19	44,84	49,84	53,24	55,17	55,97	57,77
30	männlich	31,41	34,55	39,47	41,32	41,14	41,00	42,11
	weiblich	33,07	36,94	41,05	43,89	45,53	46,30	48,07
40	männlich	24,46	26,64	30,83	32,32	31,91	31,77	32,80
	weiblich	26,32	29,16	32,33	34,67	36,09	36,77	38,48
50	männlich	17,98	19,43	22,54	23,75	23,10	23,05	24,08
	weiblich	19,29	21,35	23,85	25,75	27,00	27,65	29,26
60	männlich	12,11	13,14	15,11	16,20	15,49	15,31	16,30
	weiblich	12,71	14,17	16,07	17,46	18,48	19,12	20,60
70	männlich	7,34	7,99	9,05	9,84	9,60	9,35	9,95
	weiblich	7,60	8,45	9,58	10,42	11,12	11,63	12,82
80	männlich	4,10	4,38	4,84	5,24	5,24	5,36	5,74
	weiblich	4,22	4,65	5,15	5,57	5,85	6,16	6,95
90	männlich	2,34	2,35	2,63	2,66	2,69	2,81	3,74
	weiblich	2,37	2,59	2,72	2,89	3,03	3,16	4,03

LEBENDGEBORENE UND GESTORBENE



Statistisches Bundesamt 83 0367

1.8 Bevölkerungsvorausschätzung

Die Veränderungen der Geburtenhäufigkeiten von 1964 bis 1974 hatten die Ergebnisse der ersten Vorausschätzungen, die noch von dem hohen Geburtenniveau zu Anfang der sechziger Jahre ausgingen, sehr bald überholt. Es wurde daher nötig, diese Vorausschätzungen in den letzten Jahren laufend zu revidieren. Eine Vorausschau der möglichen Entwicklung der Bevölkerung sowohl in ihrer Gesamtheit als auch hinsichtlich ihrer Struktur ist für die von der Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft zu lösenden Aufgaben zu einer unentbehrlichen Ausgangsinformation geworden. Es muß hier aber nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß alle Vorausschätzungen Modellcharakter haben. Sie zeigen, wie Größenordnungen und Strukturen in einer Bevölkerung aussehen, wenn die zugrunde gelegten Annahmen zutreffen.

Im Gegensatz zur Vorausschätzung der Geburten kann die Weiterentwicklung der zum Basiszeitpunkt bereits lebenden Jahrgänge relativ genau abgeschätzt werden. Für den Bericht der Bundesregierung (Bundestags-Drucksache 8/4437, August 1980) über die Entwicklung der deutschen Bevölkerung hat das Statistische Bundesamt eine Modellrechnung unter Zugrundelegung von sog. Status quo-Annahmen durchgeführt. Bei dieser Modellrechnung wurde von dem Geburtenniveau des Jahres 1978, ferner von den Sterblichkeitsverhältnissen der deutschen Bevölkerung in den Jahren 1976 bis 78 ausgegangen und diese für den gesamten Vorausschätzungszeitraum als unverändert beibehalten sowie ein nach Geschlecht und Alter ausgeglichener Wanderungssaldo angenommen. Nach dieser Modellrechnung würde die deutsche Bevölkerung zwischen 1980 und dem Jahr 2000 von 57,1 Mill. auf 52,1 Mill. abnehmen. In der folgenden Tabelle sind die Ergebnisse dieser Modellrechnung für die deutsche Gesamtbevölkerung sowie für die weibliche deutsche Bevölkerung dargestellt. Die weibliche Bevölkerung würde in diesem Zeitraum um 3,2 Mill., die männliche Bevölkerung um 1,8 Mill. zurückgehen. Der Anteil der unter 15jährigen Personen würde in der erwähnten Zeit voraussichtlich von 17,8 % auf 15 % (bei den weiblichen Jugendlichen von 16,4 auf 14,2 %) abnehmen, während der Anteil der im erwerbsfähigen Alter stehenden Personen (15 bis unter 65 Jahre) von 65,7 auf 68,4 % (bei den Frauen von 63,4 auf 65,8 %) zunehmen würde - obwohl sich die absolute Zahl in dieser Altersgruppe ebenfalls vermindert.

Lediglich der Anteil der älteren Personen (65 Jahre und älter) würde auch bei abnehmender Gesamtzahl nahezu unverändert bleiben (1980: 16,5 % und 2000: 16,6 %).

1.8 Bevölkerungsvorausschätzung
Modellrechnung für die deutsche Bevölkerung nach Altersgruppen

Alter von ... bis unter ... Jahren	1980	1990	2000
Insgesamt			
0 - 10	5 542 800	5 472 300	5 031 700
10 - 20	9 465 800	5 517 300	5 447 400
20 - 25	4 189 900	4 586 400	2 463 800
25 - 50	19 179 500	19 862 500	19 944 000
50 - 60	7 093 700	7 560 500	6 774 400
60 - 65	2 192 600	3 233 000	3 819 500
65 und mehr	9 420 100	8 660 600	8 659 400
Insgesamt ...	57 084 300	54 892 600	52 140 200
Weiblich			
0 - 10	2 705 200	2 667 700	2 453 000
10 - 20	4 622 200	2 695 600	2 658 100
20 - 25	2 043 200	2 247 900	1 206 400
25 - 50	9 498 300	9 811 600	9 836 900
50 - 60	3 972 600	3 832 600	3 452 200
60 - 65	1 329 100	1 758 200	1 998 500
65 und mehr	6 028 000	5 762 900	5 417 400
Zusammen ...	30 198 500	28 776 500	27 022 400

1.9 Wanderungen innerhalb des Bundesgebietes

Als Wanderung im Sinne der Wanderungsstatistik gilt jedes Beziehen einer Wohnung und jeder Auszug aus einer Wohnung. Die Erfassung der Wanderungsfälle knüpft an die Meldevorgänge im Meldewesen an. 1980 haben rd. 3,0 Mill. Personen ihren Wohnsitz von einer Gemeinde in eine andere Gemeinde des Bundesgebietes verlegt. In diesen Zahlen sind Umzüge innerhalb einer Gemeinde nicht enthalten, da sie in der amtlichen Statistik nicht erfaßt werden. Die Mehrzahl dieser Personen (2,2 Mill., darunter 1,1 Mill. Frauen) waren im Bundesland ihres bisherigen Wohnsitzes verzogen. 820 000 Personen wechselten bei ihrem Umzug auch das Bundesland. Die Mobilität der männlichen Bevölkerung hinsichtlich der Wanderungen zwischen den Ländern des Bundesgebietes ist in der Regel höher als die der weiblichen. 1980 kamen auf 1 000 männliche Personen 15,5 und auf 1 000 weibliche Personen 11,4 Umzüge nach einem anderen Bundesland. Berechnet man für die vorgenannte Personengruppe alters- und geschlechtsspezifische Mobilitätsziffern, so zeigt sich, daß bis zur Altersgruppe der 18- bis unter 25jährigen die Mobilität der weiblichen Personen nahezu so groß ist wie die der männlichen Personen. Dies ist weitgehend darauf zurückzuführen, daß Kinder und Jugendliche im allgemeinen mit ihren Eltern umziehen. Bis zur Altersgruppe der 50- bis unter 65jährigen bleibt die Mobilität der Frauen dann hinter derjenigen der Männer zurück. 1980 kamen beispielsweise auf 1 000 Männer im Alter von 25- bis unter 30 Jahren 37 Umzüge nach einem anderen Bundesland, auf 1 000 Frauen gleichen Alters hingegen nur 27. In den vorangegangenen Jahren, z. B. 1974, waren ähnliche Tendenzen zu beobachten.

1.9 Wanderungen innerhalb des Bundesgebietes *)

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt		Männlich		Weiblich	
	Anzahl	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 1 000 Einwohner

1974

unter 6	58 441	14,3	30 340	14,5	28 101	14,1
6 - 18	101 285	8,6	51 694	8,5	49 591	8,6
18 - 25	261 027	43,6	144 391	47,4	116 636	39,7
25 - 30	150 379	38,1	95 688	46,5	54 691	28,9
30 - 35	119 402	25,7	80 142	32,9	39 260	17,8
35 - 40	74 155	15,0	50 526	19,6	23 629	10,0
40 - 50	64 172	8,3	42 712	10,9	21 460	5,6
50 - 65	54 879	5,6	25 211	6,3	29 668	5,2
65 und mehr	46 004	5,0	17 883	5,2	28 121	5,0
Insgesamt ...	929 744	15,0	538 587	18,2	391 157	12,1

1980

unter 6	47 993	13,6	24 817	13,7	23 176	13,5
6 - 18	81 822	7,5	42 840	7,7	38 982	7,4
18 - 25	239 860	35,8	125 268	36,2	114 592	35,4
25 - 30	138 678	32,2	81 433	37,1	57 245	27,2
30 - 35	90 238	22,7	56 831	27,8	33 407	17,4
35 - 40	61 249	14,3	39 840	18,0	21 409	10,3
40 - 50	68 751	7,9	44 948	10,1	23 803	5,6
50 - 65	47 588	4,9	23 233	5,5	24 355	4,5
65 und mehr	43 705	4,6	15 759	4,6	27 946	4,6
Insgesamt ...	819 884	13,3	454 969	15,5	364 915	11,4

*) Wanderungsstatistik.

1.10 Wanderungen über die Grenzen des Bundesgebietes

Im Jahre 1980 sind rd. 753 000 Personen über die Grenzen des Bundesgebietes zugezogen und mehr als 441 000 Personen fortgezogen. Der Anteil der Frauen betrug jeweils knapp 40 %. Die Ausländer hatten an den knapp 1 195 000 Wanderungsfällen einen Anteil von 85 %. An den fast 177 000 Zu- und Fortzügen deutscher Personen über die Grenzen des Bundesgebietes waren im Jahre 1980 zu mehr als der Hälfte Frauen beteiligt. Dieses Verhältnis entspricht in etwa auch der Geschlechterrelation in der deutschen Bevölkerung. Bei den Ausländern überwogen dagegen 1980 bei den Wanderungen die Männer mit einem Anteil von fast zwei Dritteln.

Zwischen 1970 und 1975 hatte sich die Zahl der Zuzüge von Frauen über die Grenzen des Bundesgebietes um 40,2 % verringert. Da im gleichen Zeitraum die Anzahl der Zuzüge insgesamt gesehen noch stärker zurückgegangen war (57,5 %), erhöhte sich der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der zugezogenen Personen von 33,5 % im Jahr 1970 auf 47,1 % im Jahr 1975. Dieses hing im wesentlichen damit zusammen, daß von den verheirateten Ausländern viele zunächst ohne ihre Familien in die Bundesrepublik Deutschland gekommen waren und erst später, nachdem sie als Arbeitnehmer festen Fuß gefaßt hatten, ihre Familien nachkommen ließen.

Seit 1976 nimmt die Zahl der Zuzüge über die Grenzen des Bundesgebietes sowohl insgesamt als auch bei den Frauen wieder zu. Im Vergleich von 1976 zu 1980 war die Zunahme der zugezogenen Frauen mit 26,0 % allerdings wesentlich geringer als die Zuwachsrate der Zuzüge insgesamt mit 51,1 %. Daher ist der Anteil der weiblichen Personen an allen Zugezogenen in dem genannten Zeitraum wieder zurückgegangen und zwar von 46,1 auf 38,4 %.

1.10 Wanderungen über die Grenzen des Bundesgebietes *)

Jahr	Zuzüge		Fortzüge		Saldo	
	insgesamt	je 1 000 Einwohner	insgesamt	je 1 000 Einwohner	insgesamt	je 1 000 Einwohner

Insgesamt

1965	839 914	14,2	496 162	8,4	+ 343 752	+ 5,8
1970	1 072 442	17,7	498 397	8,2	+ 574 045	+ 9,5
1975	456 112	7,4	655 290	10,6	- 199 178	- 3,2
1976	498 667	8,1	570 888	9,3	- 72 221	- 1,2
1979	666 716	10,9	420 714	6,9	+ 246 002	+ 4,0
1980	753 436	12,2	441 489	7,2	+ 311 947	+ 5,1

Weiblich

1965	257 767	8,3	132 592	4,3	+ 125 175	+ 4,0
1970	359 187	11,3	158 086	5,0	+ 201 101	+ 6,3
1975	214 857	6,6	252 515	7,8	- 37 658	- 1,2
1976	229 753	7,1	235 190	7,3	- 5 437	- 0,2
1979	269 184	8,4	173 648	5,4	+ 95 536	+ 3,0
1980	289 510	9,0	170 992	5,3	+ 118 518	+ 3,7

Ausländer

1975	367 318	94,2	600 371	153,9	- 233 053	- 59,7
1976	388 158	100,8	515 604	133,9	- 127 446	- 33,1
1979	545 918	128,5	366 153	86,2	+ 179 765	+ 42,3
1980	632 285	138,5	386 035	84,5	+ 246 250	+ 53,9

Weiblich

1975	168 982	100,8	224 237	133,8	- 55 255	- 33,0
1976	173 109	102,9	206 345	122,7	- 33 236	- 19,8
1979	207 759	111,2	145 006	77,6	+ 62 753	+ 33,6
1980	228 615	114,9	142 524	71,6	+ 86 091	+ 43,3

*) Wanderungsstatistik.

Seit der ersten Volkszählung im Deutschen Reich am 1. Dezember 1871 wird der Privathaushalt als Erhebungseinheit angesehen. Bis einschließlich der Zählung im Jahre 1895 wurden die Privathaushalte nur in Ein- und Mehrpersonenhaushalte unterschieden, erst ab der Volkszählung im Dezember 1900 wurden die Mehrpersonenhaushalte auch nach der Haushaltsgröße aufgeschlüsselt.

Eine eigenständige Familienstatistik besteht in der Bundesrepublik Deutschland, seitdem im Oktober 1957 der Mikrozensus als laufende Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens erstmals durchgeführt wurde. Um den grundsätzlichen Unterschied zwischen der Betrachtung des Haushaltes und der Betrachtung der Familie zu zeigen, gleichzeitig aber auch die enge Verbindung zwischen diesen beiden Formen statistisch sichtbar zu machen, wurde damals ein neues Konzept der Haushalts- und Familienstatistik entwickelt. In den vorangegangenen Erhebungen konnten nur die Familien, die in Einfamilienhaushalten ohne familienfremde Personen lebten, nachgewiesen werden. Die Aufgabe des neuen Konzepts lag insbesondere darin, die Haushaltstypen, wie sie in der Volkszählung 1950 erstmals angewendet worden waren, zu erweitern und eine Familienstatistik zu entwickeln sowie Kombinationsmöglichkeiten zwischen den Haushalts- und Familientypen zu schaffen. Die Grundlage dieser Familienstatistik ist nach wie vor die Erfassung der Haushalte, die, sofern es sich um Mehrfamilienhaushalte handelt, in einzelne Familien untergliedert werden. Dieser methodische Weg führt zu dem statistischen Familienbegriff, der vom Zusammenleben im Haushalt ausgeht und somit Elterngeneration und die mit ihr zusammenlebenden ledigen Kinder umfaßt.

Die Wandlungen der Familienstruktur sind nur über die letzten beiden Jahrzehnte hinweg in Zahlen faßbar. Trotzdem ist der Trend der Verkleinerung der Familien in seinen Ansätzen bereits zu erkennen. Dieser Trend bedeutet, ausgehend von der statistischen Familiendefinition, Verringerung der Kinderzahl und Zunahme alleinlebender, verwitweter und geschiedener Personen.

2.1 Haushalte nach ihrer Größe

Der Begriff Privathaushalt bezieht sich auf zusammen wohnende und gemeinsam wirtschaftende Personen, die untereinander sowohl verwandt als auch nicht verwandt sein können. Zu den Haushalten zählen auch Personen, die für sich allein leben und wirtschaften. Personen mit mehreren Wohnungen werden an jedem dieser Wohnsitze im Rahmen der Haushaltszählung erfaßt.

Die Entwicklung der Privathaushalte seit 1950 ist durch eine deutliche Zunahme ihrer Zahl gekennzeichnet. Im Mai 1981 wurden fast 10 Mill. Haushalte mehr als im Jahre 1950 festgestellt. Diese Zunahme wird vor allem von den Einpersonenhaushalten getragen, deren Anzahl in diesem Zeitraum um fast das Eindreiviertelfache zunahm. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Haushalte stieg von 18,5 auf 30,8 % in diesem Zeitraum. Die Zahl der Mehrpersonenhaushalte nahm hingegen weniger stark zu: Sie stieg um 4,8 Mill. (prozentuale Zunahme + 38,7 %) auf 17,4 Mill. im Mai 1981. Hier ist in letzter Zeit nur noch eine ganz geringe Zunahme zu verzeichnen. 1974 bis 1981 stieg die Zahl der Mehrpersonenhaushalte um 0,9 % an. Sollte der bisherige Verlauf der Entwicklung auch in nächster Zukunft noch anhalten, so wird hier eine Stagnation oder sogar ein Rückgang zu erwarten sein, während die Zahl der Einpersonenhaushalte weiterhin zunehmen dürfte.

In den meisten Einpersonenhaushalten leben Frauen. Im September 1950 belief sich ihr Anteil auf 60,5 %. In den folgenden Jahren stieg dieser Anteil um rd. 10 Prozentpunkte an und liegt seitdem um 70 %. Der Anteil der allein lebenden Frauen an der Gesamtzahl aller Haushalte ist von 11,2 % im Jahre 1950 auf 21,3 % im Jahre 1981 angewachsen, während der entsprechende Anteil der allein lebenden Männer im gleichen Zeitraum nur von 7,3 auf 9,5 % angestiegen ist.

2.1 Haushalte nach ihrer Größe *)

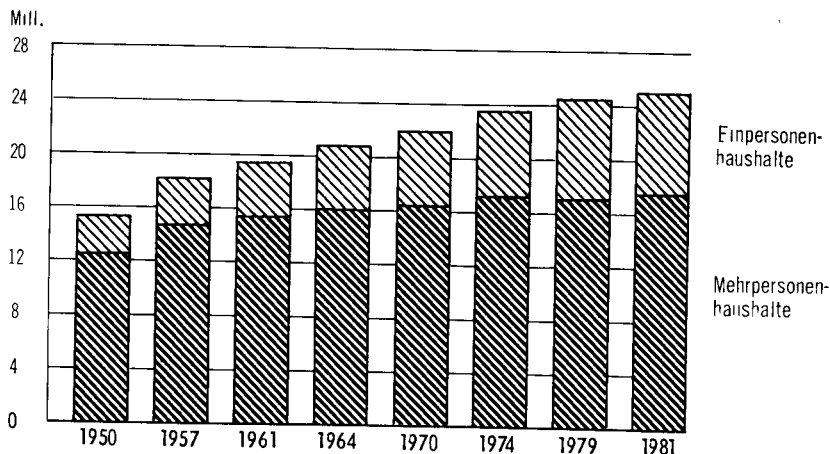
Zeitpunkt	Insgesamt			Ein- personen- haushalte von Frauen	Anteil der Ein- personenhaushalte von Frauen an allen Einpersonen- haushalten
	Ins- gesamt	Ein- personen- haushalte	Mehr- personen- haushalte		
1 000					%
13. 9. 1950 ¹⁾	15 371	2 849	12 522	1 723	60,5
Okt. 1957 ²⁾	18 141	3 353	14 788	2 424	72,3
6. 6. 1961	19 460	4 010	15 450	2 754	68,7
April 1964	20 848	4 848	16 000	3 527	72,8
27. 5. 1970	21 991	5 527	16 464	3 931	71,1
April 1974	23 651	6 431	17 221	4 582	71,2
April 1979	24 486	7 353	17 133	5 158	70,1
Mai 1981	25 100	7 730	17 370	5 340	69,1

*) 1950, 1961 und 1970 Ergebnis der Volkszählung, sonst Ergebnis des Mikrozensus. -
1950 Wohnbevölkerung, 1957 bis 1968 wohnberechtigte Bevölkerung, 1970 und ab
1974 Bevölkerung in Privathaushalten.

1) Ohne Saarland und Berlin.

2) Ohne verheiratet getrenntlebende Bezugspersonen.

HAUSHALTE NACH IHRER GRÖSSE¹⁾



1) 1950, 1961 und 1970 Ergebnis der Volkszählung, sonst Ergebnis des Mikrozensus.

Statistisches Bundesamt 83 0368

2.2 Haushalte nach Größe und Einkommen

Die monatlichen Nettoeinkommen der Privathaushalte verteilen sich relativ ungleichmäßig über die Breite der Einkommensskala. Dies ist nicht nur darin begründet, daß die Einkommen der Haushaltsmitglieder - z.B. entsprechend der beruflichen Stellung bzw. Qualifikation - unterschiedlich hoch sind, vielmehr spielen hierbei auch die Zahl der Personen im Haushalt oder deren Lebensalter eine gewichtige Rolle: Auf einen großen Haushalt, der sich überwiegend aus Erwerbstätigen zusammensetzt, entfällt ein höheres Einkommen als auf einen kleineren mit nur einem erwerbstätigen Haushaltsmitglied. Daraus resultiert, daß mehr als der Hälfte (55,0 %) der Haushalte mit drei und mehr Personen im Mai 1981 ein monatliches Nettoeinkommen von 2 500 DM oder mehr zufloß. Bei den Zweipersonenhaushalten betrug dieser Anteil hingegen 36,1 %, bei den Einpersonenhaushalten nur 5,5 %.

Die Haushalte von alleinstehenden, d.h. von ledigen, verheiratet getrenntlebenden, verwitweten oder geschiedenen Personen, sind im Durchschnitt kleiner, als dies in der Gesamtheit der Fall ist; folglich sind hier auch die Haushalte mit höherem Einkommen weniger stark vertreten: Im Mai 1981 bezogen 13,0 % der Haushalte von Alleinstehenden, gegenüber 34,3 % aller Haushalte, ein monatliches Nettoeinkommen von 2 500 DM oder mehr. Bei den Haushalten mit alleinstehenden Frauen lag dieser Anteil bei 9,9 %, bei denen mit alleinstehenden Männern hingegen bei 19,7 %.

In Bezug auf diese Anteilswerte reichen die unterschiedlichen Haushaltsgrößen als Erklärung der Differenz nicht mehr aus, da es nur geringe geschlechtsspezifische Unterschiede hinsichtlich der Haushaltsgröße von Alleinstehenden gibt: Von den 6,9 Mill. Haushalten von alleinstehenden Frauen waren 77,3 % Einpersonenhaushalte, 14,8 % umfaßten zwei und weitere 7,9 % drei oder mehr Personen. Der Anteil der alleinlebenden Männer (Einpersonenhaushalte) an den Haushalten von alleinstehenden Männern war mit 74,9 % geringfügig niedriger; der Anteil der Zweipersonenhaushalte war mit 18,7 % etwas höher, derjenige der größeren Haushalte mit 6,4 % wiederum etwas geringer. Die Erklärung ist in der unterschiedlichen Alters- und Erwerbsstruktur der männlichen bzw. weiblichen Alleinstehenden und den daraus resultierenden Einkommensunterschieden zu suchen.

2.2 Haushalte nach Größe und Einkommen*)

1 000

Haushalte mit ... Person(en)	Ins- gesamt	Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... DM								Son- stige Haus- halte 1)
		unter 600	600	1 200	1 800	2 500	3 000	4 000	5 000	
			1 200	1 800	2 500	3 000	4 000	5 000 und mehr		
Insgesamt										
1	7 730	692	2 905	2 430	1 002	201	144	33	45	276
2	7 200	69	612	1 649	1 972	975	1 040	335	252	296
3 und mehr	10 171	15	186	1 115	2 630	1 575	2 245	988	782	635
Insgesamt.	25 100	776	3 703	5 194	5 605	2 752	3 429	1 356	1 079	1 207
Alleinstehende ²⁾										
1	7 730	692	2 905	2 430	1 002	201	144	33	45	276
2	1 620	31	192	330	435	240	223	62	40	68
3 und mehr	750	7	79	128	157	92	130	59	42	56
Zusammen .	10 100	731	3 176	2 889	1 594	533	497	154	127	400
darunter:										
Frauen										
1	5 340	499	2 390	1 559	530	96	63	12	15	176
2	1 025	27	160	247	276	128	108	29	16	34
3 und mehr	546	6	74	108	115	65	88	36	22	31
Zusammen .	6 910	532	2 624	1 914	920	289	260	78	54	241

*) Ergebnis des Mikrozensus 1981. - Bevölkerung in Privathaushalten.

1) Haushalte, deren Bezugsperson Selbständiger Landwirt oder Mithelfender Familienangehöriger ist sowie ohne Angabe.

2) Ledige, verheiratet Getrenntlebende, Verwitwete oder Geschiedene.

2.3 Haushalte nach Größe und Ländern

Die durchschnittliche Haushaltsgröße ist in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich. Den mit Abstand höchsten Wert wies im Mai 1981 Rheinland-Pfalz mit 263 Personen je 100 Haushalte auf. Mit deutlichem Abstand folgten Niedersachsen mit 256, das Saarland mit 254, Bayern mit 253 sowie Baden-Württemberg mit 252 Personen je 100 Haushalte.

Nordrhein-Westfalen entsprach dem Bundesdurchschnitt von 246 Personen. Als einzige Flächenstaaten lagen Schleswig-Holstein mit 244 und Hessen mit 243 Personen unter diesem Durchschnitt, den die Stadtstaaten Bremen mit 221, Hamburg mit 205 und Berlin mit 180 Personen je 100 Haushalte deutlich unterschritten.

Die Haushalte, in denen die Bezugsperson eine Frau war, hatten eine etwas andere Verteilung. Hier lag das Saarland mit 145 Personen je 100 Haushalte an der Spitze, während Baden-Württemberg mit 136 Personen dem Bundesdurchschnitt entsprach. Die Differenzen sind bei dieser Gruppe von Haushalten wesentlich geringer. Der Unterschied zwischen dem höchsten Durchschnittswert (Saarland 145) und dem niedrigsten (Berlin 127) betrug 18 Personen, gegenüber 83 Personen bei allen Haushalten.

In den durchschnittlichen Haushaltsgrößen der Länder drücken sich unterschiedliche Verteilungen der Haushalte nach der Anzahl der Haushaltsmitglieder aus. So ist die unterdurchschnittliche Haushaltsgröße in den Stadtstaaten auch dadurch bedingt, daß in Hamburg 41,2 %, in Bremen 35,3 % und in Berlin 52,4 % aller Haushalte Einpersonenhaushalte sind. Den niedrigsten Anteil von Einpersonenhaushalten hatte Rheinland-Pfalz mit 24,3 %, das gleichzeitig mit 26,0 % den höchsten Anteil an Haushalten mit vier und mehr Personen aufwies. Unter den Haushalten, in denen die Bezugsperson eine Frau war, betrug der Anteil der Einpersonenhaushalte 76,6 %; Hamburg (79,1 %) und Berlin (80,5 %) wiesen überdurchschnittliche Anteile und das Saarland mit 72,0 % den niedrigsten Anteil dieser Haushalte auf.

2.3 Haushalte nach Größe und Ländern *)

Land	Ins- gesamt	Davon mit ... Person(en)					Haus- haltsmit- glieder	Personen je Haushalt
		1	2	3	4	5 und mehr		
	1 000							

Insgesamt

Schleswig-Holstein ..	1 056	320	316	176	161	84	2 575	2,44
Hamburg	794	327	252	106	77	32	1 628	2,05
Niedersachsen	2 832	810	806	494	436	287	7 245	2,56
Bremen	317	112	101	50	38	16	701	2,21
Nordrhein-Westfalen .	6 921	2 086	1 996	1 246	1 027	566	17 033	2,46
Hessen	2 300	695	670	425	346	163	5 577	2,43
Rheinland-Pfalz	1 383	336	405	283	220	139	3 641	2,63
Baden-Württemberg ...	3 702	1 110	1 017	640	590	344	9 320	2,52
Bayern	4 352	1 288	1 223	779	625	436	11 030	2,53
Saarland	409	104	126	81	64	35	1 040	2,54
Berlin (West)	1 035	542	288	113	64	29	1 868	1,80
Bundesgebiet ...	25 100	7 730	7 200	4 394	3 649	2 129	61 658	2,46

Haushalte, in denen die Bezugsperson eine Frau ist

Schleswig-Holstein ..	285	218	42	16	6	/	392	1,37
Hamburg	273	216	41	12	/	/	352	1,29
Niedersachsen	770	582	120	42	16	10	1 069	1,39
Bremen	101	78	14	6	/	/	139	1,37
Nordrhein-Westfalen .	1 872	1 449	276	94	37	17	2 523	1,35
Hessen	605	472	88	30	11	/	802	1,33
Rheinland-Pfalz	335	243	59	23	6	/	478	1,43
Baden-Württemberg ...	986	755	149	53	19	10	1 344	1,36
Bayern	1 210	905	192	72	25	15	1 692	1,40
Saarland	107	77	19	7	/	/	155	1,45
Berlin (West)	430	346	59	18	5	/	548	1,27
Bundesgebiet ...	6 974	5 340	1 057	373	134	70	9 494	1,36

*) Ergebnis des Mikrozensus 1981. - Bevölkerung in Privathaushalten.

2.4 Haushalte nach Größe und Gemeindegrößenklassen

Zwischen der Haushaltsgröße und der Einwohnerzahl der Gemeinden besteht insofern ein Zusammenhang, daß der Anteil der großen Haushalte in kleinen Gemeinden deutlich größer ist als in Großstädten. Umgekehrt ist in den Großstädten ein erheblich größerer Anteil kleiner Haushalte festzustellen: Im Mai 1981 umfaßten von den Haushalten in Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern 19,1 % vier und weitere 15,8 % fünf oder mehr Personen. In den Großstädten mit 100 000 oder mehr Einwohnern beliefen sich diese Anteile auf nur 10,5 bzw. 4,7 %. Dafür bestanden dort mehr als zwei Drittel der Haushalte aus einer oder zwei Personen (39,8 % Ein- und 29,9 % Zweipersonenhaushalte). In den Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern betrugen deren Anteile hingegen lediglich 19,8 bzw. 25,9 %.

Im Bundesdurchschnitt entfielen 246 Personen auf 100 Haushalte. In den Gemeinden mit bis zu 5 000 Einwohnern betrug dieser Mittelwert 296 und in Gemeinden mit 5 000 bis unter 20 000 Einwohnern 270 Personen je 100 Haushalte. Die durchschnittliche Haushaltsgröße übertraf auch in den Gemeinden mit 20 000 bis unter 100 000 Einwohnern mit 249 Personen je 100 Haushalte knapp den Bundesdurchschnitt. Nur in den Großstädten mit 100 000 oder mehr Einwohnern, die 38,6 % aller Privathaushalte und 33,4 % der Bevölkerung in Privathaushalten umfaßten, lag dieser Mittelwert mit 212 Personen je 100 Haushalte deutlich unter dem Durchschnitt der Gesamtheit. Dort konzentrierte sich die Hälfte (49,8 %) der Alleinlebenden (Einpersonenhaushalte), aber nur ein gutes Fünftel (21,2 %) der Haushalte mit fünf oder mehr Personen war dort ansässig.

Haushalte, in denen die Bezugsperson eine Frau ist, unterscheiden sich in ihrer Verteilung nicht wesentlich von der Gesamtheit aller Haushalte. Abgesehen davon, daß diese Haushalte durchschnittlich weniger Personen umfassen, sind auch hier die größeren Haushalte eher auf die kleineren Gemeinden konzentriert, die kleineren dagegen auf die Großstädte.

Im Mai 1981 betrug in dieser Gruppe die durchschnittliche Zahl der Personen je 100 Haushalte insgesamt 136. Dabei lagen auch hier die Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern mit 154 und die mit 5 000 bis unter 20 000 Einwohnern mit 142 über dem Durchschnitt, während

2.4 Haushalte nach Größe und Gemeindegrößenklassen *)

Gemeinden von ... bis unter ... Einwohnern	Ins- gesamt	Davon mit ... Person(en)					Haus- haltsmit- glieder	Personen je Haushalt
		1	2	3	4	5 und mehr		
	1 000							
Insgesamt								
unter 5 000 .	3 087	612	801	596	590	489	9 132	2,96
5 000 - 20 000 .	5 728	1 363	1 604	1 109	1 010	641	15 490	2,70
20 000 - 100 000 .	6 600	1 903	1 898	1 223	1 028	548	16 466	2,49
100 000 und mehr ..	9 686	3 851	2 897	1 466	1 020	451	20 570	2,12
Insgesamt ...	25 100	7 730	7 200	4 394	3 649	2 129	61 658	2,46
Haushalte, in denen die Bezugsperson eine Frau ist								
unter 5 000 .	645	448	111	47	22	16	992	1,54
5 000 - 20 000 .	1 320	975	210	83	31	20	1 879	1,42
20 000 - 100 000 .	1 800	1 373	277	101	33	16	2 452	1,36
100 000 und mehr ..	3 209	2 545	458	141	47	18	4 171	1,30
Zusammen ...	6 974	5 340	1 057	373	134	70	9 494	1,36

*) Ergebnis des Mikrozensus 1981. - Bevölkerung in Privathaushalten.

die Gemeinden mit 20 000 bis unter 100 000 Einwohnern mit 136 Personen je 100 Haushalte dem Bundesdurchschnitt entsprachen. Die Großstädte mit 100 000 oder mehr Einwohnern lagen mit 130 Personen je 100 Haushalte weniger deutlich unter dem Durchschnitt, als dies bei der Gesamtheit der Haushalte der Fall war.

2.5 Einpersonenhaushalte nach Alter und Familienstand

Im Mai 1981 war die Mehrheit der in Einpersonenhaushalten lebenden Personen bis zu 45 Jahren ledig. In der Altersgruppe bis unter 25 Jahren waren dies 96,3 %, in der Altersgruppe der 25- bis unter 45-jährigen immerhin noch 68,6 %. Von den Alleinlebenden im Alter von 45 bis unter 65 Jahren waren rd. vier Zehntel (41,8 %) und von denjenigen, die das 65. Lebensjahr bereits vollendet hatten, sogar 82,4 % verwitwet. In den beiden Altersgruppen der 25- bis unter 45- und der 45- bis unter 65jährigen waren jeweils 17,2 % bzw. 20,2 % der Alleinlebenden geschieden.

Die Aufgliederung der alleinlebenden Frauen nach Alter und Familienstand ergibt ein ähnliches Bild, das sich aber in einigen Aspekten deutlich von dem aller Einpersonenhaushalte unterscheidet. Zwar waren auch hier in den beiden unteren Altersgruppen (bis unter 45 Jahre) die Ledigen mit ähnlichen Prozentsätzen vertreten (95,6 % bzw. 69,2 %), jedoch war in der Altersgruppe der 45- bis unter 65-jährigen der Anteil der Verwitweten mit 51,7 % erheblich größer. Der Anteil der Witwen an den Frauen im Rentenalter (65 Jahre oder mehr) entsprach mit 83,3 % in etwa dem bei den Einpersonenhaushalten insgesamt. Der Anteil der Geschiedenen in den beiden mittleren Altersgruppen weicht von den Anteilswerten aller Einpersonenhaushalte geringfügig ab: Bei den 25- bis unter 45jährigen alleinlebenden Frauen ist der Anteil der Geschiedenen mit 19,5 % höher, während er bei den 45- bis unter 65jährigen mit 17,0 % niedriger ist als die entsprechenden Werte (17,2 % bzw. 20,2 %) der Geschiedenen aller Einpersonenhaushalte.

Bei den alleinlebenden ledigen Frauen fällt die relativ gleichmäßige Verteilung über die Altersgruppen auf. Bei den verheiratet Getrenntlebenden entfiel dagegen auf die beiden mittleren Altersgruppen (25 bis unter 45 und 45 bis unter 65 Jahren) ein Anteil von sieben Zehntel (70,9 %). In ähnlicher Weise konzentrierten sich die alleinlebenden geschiedenen Frauen mit 67,0 % auf die Altersgruppen der 25- bis unter 65jährigen. Von den Witwen, die mit 60,5 % die größte Gruppe der alleinlebenden Frauen darstellen, waren hingegen weit mehr als drei Viertel (80,2 %) 65 Jahre oder älter.

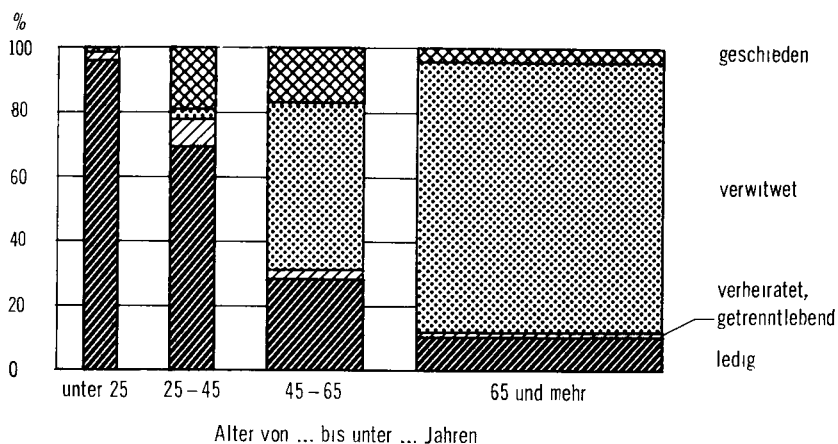
2.5 Einpersonenhaushalte nach Alter und Familienstand *)

1 000

Alter von ... bis unter ... Jahren	Ins- gesamt	Familienstand			
		ledig	ver- heiratet getrennt- lebend	ver- witwet	ge- schieden
Insgesamt					
unter 25	818	788	19	/	11
25 - 45	1 624	1 114	205	26	279
45 - 65	1 656	509	120	693	334
65 und mehr	3 631	404	47	2 991	190
Insgesamt ...	7 730	2 815	390	3 710	814
Frauen					
unter 25	432	413	11	/	8
25 - 45	594	411	51	16	116
45 - 65	1 204	338	39	623	205
65 und mehr	3 110	341	27	2 592	150
Zusammen ...	5 340	1 503	127	3 231	479

*) Ergebnis des Mikrozensus 1981. - Bevölkerung in Privathaushalten.

FRAUEN IN EINPERSONENHAUSHALTEN IM MAI 1981¹⁾



1) Ergebnis des Mikrozensus.

Statistisches Bundesamt 83 0369

2.6 Einpersonenhaushalte nach Alter und Erwerbstätigkeit

Der Anteil der Frauen an den in Einpersonenhaushalten Lebenden ist erheblich größer als der entsprechende Anteil der Männer (69,1 zu 30,9 %). Hinsichtlich der Beteiligung am Erwerbsleben sowie der beruflichen Stellung der Erwerbstätigen sind jedoch z.T. wesentliche Abweichungen von diesen Anteilswerten festzustellen: Im Mai 1981 waren 49,0 % der alleinlebenden Erwerbstätigen Frauen. Bei den alleinlebenden Nichterwerbstätigen betrug der Anteil sogar 80,6 %.

Unter den alleinlebenden Erwerbstätigen war der Anteil der Frauen in der Gruppe der Angestellten am höchsten (65,4 %). In den anderen Kategorien der Stellung im Beruf lag der Anteil der Frauen dagegen unter dem Durchschnittswert von 49,0 %; er erreichte bei den Beamten 40,6, bei den Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen 41,8 % und bei den Arbeitern 31,7 %.

Bezogen auf die alleinlebenden erwerbstätigen Frauen war die Gruppe der Angestellten mit 62,2 %, der Arbeiterinnen mit 23,7 %, der Beamtinnen mit 7,3 % sowie der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen mit 6,8 % vertreten. Von den alleinlebenden erwerbstätigen Männern waren hingegen nur 31,5 % Angestellte. Hier stellten die Arbeiter mit 49,0 % die größte Gruppe. Die drittgrößte Gruppe bildeten mit 10,3 % die Beamten.

Der Anteil der alleinlebenden erwerbstätigen Frauen an den alleinlebenden Erwerbstätigen war mit 33,6 % bei den 35- bis unter 45jährigen am niedrigsten, erreichte aber bereits in der nächsthöheren Altersgruppe (45 bis unter 55 Jahre) mit 51,8 % einen Wert, der knapp unter dem der jüngsten Altersgruppe (55,4 %) lag. Bei den 25- bis unter 35jährigen lag der Anteil bei 40,4 %. In den beiden letzten Altersgruppen (55 bis unter 65 Jahre sowie 65 Jahre oder älter) waren von den alleinlebenden Erwerbstätigen 74,5 % bzw. 69,7 % Frauen.

2.6 Einpersonenhaushalte nach Alter und Erwerbstätigkeit*)

1 000

Beteiligung am Erwerbsleben Stellung im Beruf	Ins- gesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren					
		unter 25	25 - 35	35 - 45	45 - 55	55 - 65	65 und mehr

Insgesamt

Erwerbstätige	2 822	513	788	583	488	373	76
Selbständige und Mit- helfende Familienange- hörige	225	9	45	51	40	41	40
dar.: außerhalb der Land- und Forstwirtschaft .	203	8	44	48	34	35	33
Beamte	249	47	96	53	31	21	/
Angestellte	1 314	273	411	245	196	173	17
Arbeiter	1 034	184	236	234	222	139	18
Nichterwerbstätige	4 908	305	188	64	124	671	3 556
dar.: Rentner	4 535	151	89	34	97	639	3 526
Insgesamt ...	7 730	818	976	648	612	1 044	3 631

Frauen

Erwerbstätige	1 382	284	318	196	253	278	53
Selbständige und Mit- helfende Familienange- hörige	94	/	13	12	14	28	26
dar.: außerhalb der Land- und Forstwirtschaft .	85	/	12	11	12	25	23
Beamte	101	12	40	19	15	15	/
Angestellte	860	212	226	125	140	143	14
Arbeiter	328	58	40	41	85	92	12
Nichterwerbstätige	3 958	148	57	23	80	593	3 057
dar.: Rentner	3 777	71	27	13	66	568	3 031
Zusammen ...	5 340	432	375	219	333	871	3 110

*) Ergebnis des Mikrozensus 1981. - Bevölkerung in Privathaushalten.

2.7 Familien mit Kindern

Als Familie wird in der Familienstatistik die Eltern-Kind-Gemeinschaft angesehen, die in einem Haushalt zusammenlebt. Diese umfaßt sowohl Ehepaare als auch die sogenannte Ein-Eltern-Familie. Sie bezieht aber auch kinderlose Ehepaare sowie Alleinlebende (verheiratet Getrenntlebende, Verwitwete und Geschiedene) mit ein. Nicht einbezogen sind die Kinder, die aus dem elterlichen Haushalt ausgeschieden sind bzw. eine eigene Familie gegründet haben.

Im Mai 1981 lebten im Bundesgebiet 22,8 Millionen Familien, von denen die überwiegende Mehrzahl (66,6 %) aus Ehepaaren bestand. Bei etwas mehr als der Hälfte der Familien (52,2 %) handelte es sich um solche, in denen keine ledigen Kinder lebten. Während sich diese zu jeweils fast der Hälfte aus Ehepaaren (49,6 %) und Alleinstehenden (50,4 %) zusammensetzten, bestanden die Familien mit ledigen Kindern weit überwiegend (85,2 %) aus Ehepaaren. Bei den Alleinstehenden mit ledigen Kindern überwogen wiederum die Frauen bei weitem (84,1 %). Dieser hohe Anteil wurde lediglich bei den verheiratet Getrenntlebenden wesentlich unterschritten (71,5 %), während er bei den Verwitweten fast gleich hoch (83,8 %) und bei den Geschiedenen etwas höher lag (86,9 %). Bei den Ledigen war dafür der Anteil der Frauen deutlich höher (93,0 %).

Fast die Hälfte der alleinstehenden Frauen mit Kindern (48,2 %) war verwitwet, aber auch die Geschiedenen stellten mit 31,8 % eine beachtliche Gruppe dar; die Ledigen (9,8 %) und die verheiratet Getrenntlebenden (10,2 %) spielten hingegen eine wesentlich geringere Rolle. Insgesamt zählte jedoch die überwiegende Mehrheit (77,2 %) der in der Familienstatistik erfaßten alleinstehenden Frauen zu den sog. "Restfamilien", in denen zum Zeitpunkt der Erfassung keine ledigen Kinder lebten. Auch fast die Hälfte der alleinstehenden Männer mit Kindern (49,2 %) war verwitwet; ein weiteres Viertel war geschieden. Der Anteil der verheiratet Getrenntlebenden war mit 21,5 % doppelt so hoch wie bei den Frauen; dafür betrug der Anteil der Ledigen (3,8 %) hier nur knapp die Hälfte. Der Anteil der alleinstehenden Männer ohne Kinder an der Gesamtzahl der in der Familienstatistik erfaßten alleinstehenden Männer war mit 84,5 % deutlich höher als bei den alleinstehenden Frauen.

2.7 Familien mit Kindern *)

1 000

Familienstand	Ins- gesamt	Ohne Kinder	Mit Kindern				
			ohne Altersbe- grenzung	unter 18 Jahren	unter 15 Jahren	unter 6 Jahren	unter 3 Jahren
Familien	22 772	11 896	10 876	8 337	6 907	2 751	1 563
Ehepaare	15 163	5 899	9 264	7 432	6 230	2 558	1 466
Alleinstehende	7 609	5 996	1 613	905	677	193	96
ledig	143	X	143	116	102	63	43
verh. getrenntlebend	629	436	193	157	126	49	23
verwitwet	5 272	4 492	780	244	145	20	8
geschieden	1 566	1 069	497	388	304	61	23
darunter:							
alleinstehende Frauen	5 955	4 597	1 357	764	584	175	89
ledig	133	X	133	109	96	59	41
verh. getrenntlebend	292	154	138	119	101	43	20
verwitwet	4 514	3 861	654	197	116	15	7
geschieden	1 015	583	432	340	270	58	21

*) Ergebnis des Mikrozensus 1981. - Bevölkerung am Familienwohnsitz.

Die ledigen Kinder, die mit alleinstehenden Männern bzw. Frauen in einer Familie zusammenleben, sind im Durchschnitt etwas älter als die mit Ehepaaren zusammenlebenden. Dies zeigt sich daran, daß im Mai 1981 der Anteil der Alleinstehenden an den Familien mit Kindern unter 18 Jahren vergleichsweise höher war als an den Familien mit Kindern im Alter unter 6 Jahren. Der Vergleich der Altersstruktur der Kinder alleinstehender Frauen zeigt dagegen, daß der Anteil der Frauen an den Alleinstehenden mit Kindern unter 18 Jahren etwas niedriger als bei den Alleinstehenden mit Kindern im Alter unter 6 Jahren ist. Daraus läßt sich schließen, daß die Kinder alleinstehender Frauen im Durchschnitt etwas jünger sind als die Kinder, die mit alleinstehenden Männern zusammen leben.

2.8 Ausländische Familien mit Kindern

Von den 22,8 Mill. Familien, die im Mai 1981 im Bundesgebiet lebten, waren 1,5 Mill. (6,4 %) "Ausländerfamilien". Der Anteil der Ehepaare war hier mit 77,5 % deutlich höher als in der Gesamtheit aller Familien, die in der Bundesrepublik in einem Haushalt lebten. Dagegen lag der Anteil der Familien, in denen zum Zeitpunkt der Erfassung keine Kinder lebten, mit 34,9 % erheblich niedriger. Hauptursache für diese Unterschiede ist die von der Gesamtheit der Wohnbevölkerung des Bundesgebietes abweichende Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung.

Nur eine kleine Minderheit (8,0 %) der Familien mit Kindern bestand hier aus solchen, in denen alleinstehende Mütter oder alleinstehende Väter mit ihren Kindern zusammenlebten, wobei bemerkenswert ist, daß der Anteil der alleinstehenden Mütter hier mit 63,2 % deutlich niedriger ist als in der Gesamtheit (84,1 %). Dieser Unterschied ist vor allem dadurch bedingt, daß 63,3 % der verheiratet getrenntlebenden Ausländer mit Kindern Männer waren, deren Ehefrauen in den Heimatländern lebten. Bei den übrigen Alleinstehenden mit Kindern waren die Anteile der Frauen deutlich höher, lagen jedoch durchweg unter den Anteilswerten der Gesamtheit der Familien.

Vier Zehntel (39,6 %) der alleinstehenden ausländischen Frauen mit Kindern waren geschieden. Die verheiratet Getrenntlebenden und die Witwen bildeten mit 22,9 % bzw. 20,8 % die beiden nächstgrößeren Gruppen, während die Ledigen mit einem Sechstel (16,7 %) den kleinsten Anteil ausmachten.

In gut einem Drittel (35,5 %) der 1,0 Mill. "Ausländerfamilien" mit ledigen Kindern lebte im Mai 1981 ein Kind. Der Anteil der Familien mit zwei Kindern war mit 36,3 % noch ein wenig höher, während der Anteil der Familien mit drei oder mehr Kindern mit 28,2 % ein gutes Viertel ausmachten. Bei den Ehepaaren lag der Anteil der Ein-Kind-Familien etwas niedriger (33,2 %), die Anteile der Familien mit zwei bzw. drei oder mehr Kindern lagen etwas höher (37,3 bzw. 29,5 %). Dagegen war bei den Alleinstehenden der Anteil der Familien mit einem Kind (63,2 %) deutlich höher, die Anteile der Familien mit zwei bzw. drei oder mehr Kindern waren mit 23,7 bzw. 13,2 % erheblich niedriger.

2.8 Ausländische Familien mit Kindern*)

1 000

Familienstand	Ins- gesamt	Ohne Kinder	Mit ... Kind(ern)				Kinder
			zu- sammen	1	2	3 und mehr	
Familien	1 463	511	951	338	345	268	2 003
Ehepaare	1 134	259	876	291	327	258	1 884
Alleinstehende	328	253	76	48	18	10	119
ledig	9	X	9	8	/	/	11
verh. getrenntlebens ..	181	151	30	18	9	/	46
verwitwet	59	45	14	8	/	/	25
geschieden	79	56	23	15	/	/	36
darunter:							
alleinstehende Frauen ..	126	78	48	30	10	8	77
ledig	8	X	8	7	/	/	10
verh. getrenntlebens ..	30	19	11	6	/	/	19
verwitwet	44	35	10	/	/	/	18
geschieden	43	25	19	12	/	/	29

*) Ergebnis des Mikrozensus 1981. - Bevölkerung am Familienwohnsitz.

Von den 2,0 Mill. Kindern in "Ausländerfamilien" lebte die weit über-
wiegende Mehrzahl (rd. 1,9 Mill. = 94,1 %) bei Ehepaaren; nur 119 000
(5,9 %) lebten mit alleinstehenden Müttern oder Vätern zusammen.
Knapp zwei Drittel dieser Kinder lebten bei einer alleinstehenden
Mutter.

2.9 Durchschnittliche Zahl der in Familien lebenden ledigen Kinder

Die durchschnittliche Zahl der Kinder je Familie hat im Verlauf des letzten Jahrzehnts leicht abgenommen: Entfielen 1970 auf 100 Familien 189 Kinder, so waren es 1981 noch 180. Der seit mehr als einem Jahrzehnt zu beobachtende Geburtenrückgang hat sich auf die durchschnittliche Kinderzahl der Familien bis heute noch nicht sehr stark ausgewirkt, da die Kinder aus den geburtenstarken Jahrgängen der sechziger Jahre noch überwiegend in ihren elterlichen Familien leben. Erst wenn sie in den kommenden Jahren das Alter erreichen, in dem Kinder üblicherweise die elterlichen Familien verlassen, wird sich der Geburtenrückgang auch in der durchschnittlichen Zahl der Kinder je Familie deutlich niederschlagen.

Die durchschnittliche Zahl der Kinder in den "Ausländerfamilien" hat sich hingegen deutlich anders entwickelt. Sie stieg von 190 Kindern je 100 Familien im Jahre 1970 auf 210 im Jahre 1981. Hier wirken sich nicht nur die im Vergleich zu den Deutschen höheren Geburtenzahlen der im Bundesgebiet lebenden Ausländerinnen aus, sondern auch die Zuwanderung ausländischer Kinder im Zuge der Familienzusammenführung.

Im Durchschnitt leben bei Ehepaaren aufgrund der unterschiedlichen Altersstrukturen mehr Kinder als bei Alleinstehenden. Insgesamt hat sich diese Differenz aber verringert. Lebten 1970 bei 100 Ehepaaren im Durchschnitt 196 Kinder, so waren es 1981 nur 185. Die durchschnittliche Zahl der Kinder je 100 "Alleinerziehende" ist hingegen mit 148 in 1970 wie in 1981 gleich geblieben.

Auch hier zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen Deutschen und Ausländern: Während bei den deutschen Ehepaaren diese Zahl von 196 in 1970 auf 182 in 1981 zurückging, stieg sie bei den ausländischen von 195 auf 215 an. Während die durchschnittliche Kinderzahl der Alleinstehenden bei den Ausländern in diesem Zeitraum leicht von 152 auf 157 anstieg, stagnierte sie bei den Deutschen bei einem Durchschnitt von 148 Kindern je 100 Alleinstehende.

In der Aufgliederung nach dem Geschlecht zeigt sich zunächst, daß sich die durchschnittlichen Kinderzahlen der alleinstehenden Mütter und der alleinstehenden Väter insgesamt von 1970 bis 1981 unterschiedlich entwickelt haben, wobei diese Zahl je 100 alleinstehender

2.9 Durchschnittliche Zahl der in Familien lebenden ledigen Kinder ^{*)}

Kinder je 100 Familien

Familienstand	Insgesamt			Deutsche Familien			Ausländische Familien		
	1970	1975	1981	1970	1975	1981	1970	1975	1981
Familien	189	188	180	189	188	177	190	191	210
Ehepaare	196	194	185	196	193	182	195	195	215
Alleinstehende	148	153	148	148	153	148	152	144	157
davon:									
alleinstehende									
Männer 1)	157	149	143	157	149	142	141	148	149
verh. getrennt-									
lebend	195	149	148	209	158	149	142	137	147
verwitwet	149	152	145	149	151	145	150	171	143
geschieden	148	149	140	149	148	137	122	170	178
alleinstehende									
Frauen	147	153	149	147	153	149	159	142	161
ledig	120	121	119	119	121	118	148	118	126
verh. getrennt-									
lebend	161	175	161	161	183	161	157	139	170
verwitwet	145	149	145	145	149	144	170	170	191
geschieden	162	169	161	162	170	161	150	141	155

*) 1970 Ergebnis der Volkszählung; sonst Ergebnis des Mikrozensus (1975 aus der EG-Arbeitskräftestichprobe). - Bevölkerung am Familienwohnsitz.

1) Einschl. einer geringen Zahl lediger Väter.

Mütter von 147 auf 149 zugenommen, je 100 alleinstehender Väter hingegen von 157 auf 143 abgenommen hat. Bei den ausländischen Alleinstehenden hat sich die durchschnittliche Kinderzahl im gleichen Zeitraum anders entwickelt: Während sie bei den Frauen leicht von 159 auf 161 Kinder zunahm, stieg sie bei den Männern deutlich von 141 auf 149 Kinder je 100 Alleinstehende an.

2.10 Familien und Erwerbstätigkeit

Von den 15,2 Mill. Ehepaaren im Mai 1981 waren in 5,5 Mill. Fällen (36,2 %) beide Ehepartner erwerbstätig. Bei 6,0 Mill. Ehepaaren (39,4 %) war nur der Ehemann und bei 0,5 Mill. Ehepaaren (3,1 %) nur die Ehefrau erwerbstätig. Die Zahl der Ehepaare, in denen beide Partner keiner Erwerbstätigkeit nachgingen, betrug 3,2 Mill. (21,3 %). Von den in der Familienstatistik erfaßten 1,7 Mill. alleinstehenden Männern waren 0,8 Mill. (51,2 %) erwerbstätig, bei den 6,0 Mill. alleinstehenden Frauen hingegen 1,3 Mill. (21,7 %).

Bei rd. 68 % der Ehepaare, in denen nur der Ehemann erwerbstätig war, lebte mindestens ein Kind im Alter von weniger als 18 Jahren. Der Anteil der Ehepaare mit Kindern unter 18 Jahren an den Ehepaaren, in denen beide Partner erwerbstätig waren, war mit 55,1 % ebenfalls recht hoch. Deutlich niedriger war dieser Anteil jedoch bei den Ehepaaren, von denen nur die Ehefrau erwerbstätig war (25,7 %) bzw. bei denen beide Partner nicht erwerbstätig waren (7,0 %). Bei letzteren spielt sicherlich das Alter der Ehepartner eine Rolle, da es sich hierbei weit überwiegend um Rentner und Rentnerinnen handelt, deren Kinder in der Regel nicht mehr in der elterlichen Familie leben.

Von den 7,6 Mill. in der Familienstatistik erfaßten Alleinstehenden waren nur 28,1 % erwerbstätig; von diesen wiederum lebten 27,4 % mit mindestens einem ledigen Kind unter 18 Jahren zusammen. Dabei war der entsprechende Anteil der Männer mit 14,4 % wesentlich niedriger als der der Frauen mit 36,0 %.

Hinsichtlich der beruflichen Stellung der erwerbstätigen Ehepaare ergibt sich eine deutliche Übereinstimmung zwischen den meisten Ehepartnern: So waren im Mai 1981 77,2 % der Arbeiterinnen mit Arbeitern verheiratet. Von den selbständig oder als mithelfende Familienangehörige tätigen Ehefrauen waren 64,4 % mit einem Mann in der gleichen beruflichen Stellung verheiratet. Nur bei den Beamtinnen sowie bei den weiblichen Angestellten entstammte in weniger als der Hälfte der Fälle der Ehepartner der gleichen Gruppe. Die Frauen, die mit einem Mann in der gleichen beruflichen Stellung verheiratet waren, bildeten jedoch auch hier mit 45,4 % bei den Beamtinnen bzw. 42,4 % bei den weiblichen Angestellten die mit deutlichem Abstand größten Gruppen.

2.10 Familien und Erwerbstätigkeit *)

1 000

Beteiligung am Erwerbsleben und Stellung im Beruf des Ehemannes	Ins- gesamt	Ehefrau bzw. alleinstehende Bezugsperson ist						
		erwerbstätig					nicht erwerbstätig	
		zu- sammen	Selb- ständige und Mit- helfende Familien- ange- hörige	Beamte	Ange- stellte	Ar- beiter	zu- sammen	dar.mit überw. Lebens- unter- halt durch Rente u. dgl.
Alleinstehende								
Ehepaare								
Erwerbstätig	11 466	5 490	965	207	2 556	1 762	5 976	61
Selbständige und Mithelfende								
Familienangeh. ...	1 569	1 130	621	19	415	76	439	33
Beamte	1 150	499	26	94	305	74	651	/
Angestellte	3 546	1 523	114	74	1 084	252	2 023	12
Arbeiter	5 202	2 338	205	20	752	1 361	2 863	15
Nichterwerbstätig ...	3 697	471	44	16	194	217	3 226	3 066
dar. mit überw. Lebensunterhalt durch Rente u.dgl.	3 398	332	35	7	135	155	3 066	3 066
Insgesamt ...	15 163	5 961	1 009	222	2 750	1 979	9 202	3 126
Alleinstehende ¹⁾								
Männer	1 655	847	112	59	220	456	808	751
Frauen	5 955	1 293	152	44	664	433	4 662	4 445
Insgesamt ...	7 609	2 140	264	103	884	888	5 470	5 196
Ehepaare mit ledigen Kindern unter 18 Jahren								
Erwerbstätig	7 085	3 023	583	124	1 297	1 019	4 062	6
Selbständige und Mithelfende								
Familienangeh. ...	906	659	352	13	251	43	247	/
Beamte	730	277	17	60	158	42	453	-
Angestellte	2 156	767	73	42	515	136	1 390	/
Arbeiter	3 293	1 321	141	9	374	797	1 972	/
Nichterwerbstätig ...	347	121	10	6	41	63	226	158
dar. mit überw. Lebensunterhalt durch Rente u.dgl.	216	58	6	/	21	30	158	158
Zusammen ...	7 432	3 144	593	130	1 339	1 082	4 288	163
Alleinstehende mit ledigen Kindern unter 18 Jahren								
Männer	141	122	16	12	33	62	19	14
Frauen	764	465	34	17	256	158	300	211
Zusammen ...	906	587	50	28	289	220	319	225

*) Ergebnis des Mikrozensus 1981. - Bevölkerung am Familienwohnsitz.

1) Verheiratet Getrenntlebende, Verwitwete, Geschiedene mit oder ohne Kinder, sowie Ledige mit Kindern.

2.11 Familien und Einkommen

Die Aufgliederung der Ehepaare nach dem monatlichen Nettoeinkommen der Ehepartner zeigt nicht nur erhebliche Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen, sondern auch, daß die Eheschließung für viele Frauen gleichbedeutend mit dem Verzicht auf ein eigenes Einkommen ist. Im Mai 1981 verfügten 49,3 % der 15,2 Mill. Ehefrauen über kein eigenes Einkommen. Bei den in der Familienstatistik erfaßten alleinstehenden Frauen (verheiratet getrenntlebende, verwitwete, geschiedene) war der Prozentsatz derjenigen, die z.B. von Angehörigen unterhalten werden, mit 0,9 % verschwindend gering. Gleiches gilt für die alleinstehenden Männer sowie für die Ehemänner, von denen nur 0,4 bzw. 0,5 % ohne eigenes Einkommen waren.

Mehr als sieben Zehntel (71,7 %) der Ehefrauen, von denen Einkommensangaben vorlagen, bezogen im Mai 1981 monatliche Nettoeinkommen von weniger als 1 200 DM. Von den Ehemännern entfielen nur 9,9 % auf diese Einkommensklasse. Hier lag das Schwergewicht mit 34,6 % im Bereich zwischen 1 200 und 1 800 DM; 33,5 % der Ehemänner bezogen 1 800 bis unter 2 500 DM sowie 22,0 % 2 500 DM oder mehr netto im Monat. Die Ehefrauen waren in diesen beiden oberen Einkommensklassen lediglich mit 5,7 bzw. 2,3 % vertreten.

Der Anteil der Ehefrauen ohne eigenes Einkommen steigt bis zur Nettoeinkommenshöhe des Ehemannes von 4 000 bis unter 5 000 DM an: Bei einem Nettoeinkommen des Ehemannes von weniger als 600 DM verfügten 27,0 % der Ehefrauen über kein eigenes Einkommen. Bei den Ehepaaren, bei denen das Nettoeinkommen des Ehemannes zwischen 600 und 1 200 DM betrug, belief sich dieser Anteil bereits auf 39,1 % und bei denen mit einem Nettoeinkommen von 1 200 bis unter 1 800 DM auf 45,0 %. In der nächsthöheren Einkommensklasse (1 800 DM bis unter 2 500 DM) waren 55,3 % der Ehefrauen ohne eigenes Einkommen und bei den Ehepaaren, in denen der Ehemann 3 000 bis 4 000 DM netto bezog, belief sich dieser Anteil auf 61,0 %. Daraus läßt sich der Schluß ziehen, daß mit steigendem Einkommen des Ehemannes für die Ehefrauen die Notwendigkeit, ein eigenes Einkommen zu erzielen, offensichtlich geringer wird.

2.11 Familien und Einkommen*)

1 000

Monatliches Nettoeinkommen des Ehemannes von ... bis unter ... DM Alleinstehende	Ins-gesamt	Monatliches Nettoeinkommen der Ehefrau bzw. der Alleinstehenden					Son- stige ¹⁾
		kein Ein- kommen	von ... bis unter ... DM				
			unter 600	600 - 1 200	1 200 - 1 800	1 800 - 2 500	2 500 und mehr

Ehepaare

Kein Einkommen	72	/	/	16	26	13	7	/
unter - 600	187	50	65	32	20	7	/	10
600 - 1 200	1 225	479	320	269	76	17	7	55
1 200 - 1 800	4 920	2 213	833	1 019	624	56	12	163
1 800 - 2 500	4 760	2 632	649	775	392	159	21	132
2 500 - 3 000	1 192	697	136	172	78	47	27	35
3 000 - 4 000	1 197	730	109	167	68	42	34	47
4 000 - 5 000	373	231	31	43	21	15	13	19
5 000 und mehr	372	201	29	41	24	17	22	38
Sonstige 1)	866	238	23	30	19	8	5	544
Insgesamt ...	15 163	7 477	2 198	2 564	1 349	381	150	1 045

Alleinstehende²⁾

Männer	1 655	7	87	332	614	359	172	84
Frauen	5 955	54	643	2 767	1 588	509	152	241
Insgesamt ...	7 609	61	730	3 099	2 202	869	324	324

*) Ergebnis des Mikrozensus 1981. - Bevölkerung am Familienwohnsitz.

1) Selbständige in der Land- und Forstwirtschaft, Mithelfende Familienangehörige sowie ohne Angabe.

2) Verheiratet Getrenntlebende, Verwitwete, Geschiedene mit oder ohne Kinder, sowie Ledige mit Kindern.

Die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen werden auch bei den Alleinstehenden deutlich: Während 60,2 % der alleinstehenden Frauen, von denen Einkommensangaben vorlagen, monatliche Nettoeinkommen von weniger als 1 200 DM bezogen, belief sich der entsprechende Anteil bei den alleinstehenden Männern lediglich auf 26,8 %. Am oberen Ende der Einkommensskala lagen dagegen die Anteile der Männer deutlich über denen der Frauen: 11,0 % der alleinstehenden Männer gegenüber 2,7 % der alleinstehenden Frauen erzielten monatliche Nettoeinkommen in Höhe von 2 500 DM oder mehr.

3 Frauen im Berufsleben

Die Veränderungen in der Beteiligung am Erwerbsleben werden bei den Frauen entscheidend durch die sehr hohen Heiratswahrscheinlichkeiten zwischen dem 18. und 30. Lebensjahr und dem damit häufig verbundenen Ausscheiden aus dem Erwerbsleben aus familiären Gründen einerseits sowie durch den späteren Wiedereintritt in das Erwerbsleben andererseits beeinflusst. Im langfristigen Vergleich wirken sich die Veränderungen der Heiratshäufigkeit, des Heiratsalters und der Geburtenziffer hierbei besonders aus. Der Verlauf der altersspezifischen Erwerbsquoten bei der weiblichen Bevölkerung wird, wie im folgenden noch genauer gezeigt wird, maßgeblich durch den Verlauf der altersspezifischen Erwerbsquoten der verheirateten Frauen bestimmt. Bei den verheirateten Frauen hat sich von 1907 bis 1965 - durch die wirtschaftlichen, sozialen und vor allem familiensoziologischen Wandlungen bedingt - eine wesentliche Veränderung in der Beteiligung am Erwerbsleben ergeben. Das bei der weiblichen Bevölkerung zunächst im 18. bis 19. Altersjahr liegende Maximum der Erwerbsbeteiligung (Erwerbsquote) hatte von 1882 bis 1965 von 69 % auf 82,5 % zugenommen. Aufgrund der Verlängerung der Ausbildungszeiten verlagerte sich in den darauffolgenden Jahren das Maximum der Erwerbsbeteiligung in die Altersgruppe der 20- bis 24jährigen Frauen, für die im Jahre 1981 eine Erwerbsquote von 66,7 % ermittelt wurde. Das Niveau der Erwerbsbeteiligung ist bei den Frauen, insbesondere bei den verheirateten Frauen, seit Beginn unseres Jahrhunderts ständig gestiegen. Im Jahre 1907 waren von den über 15jährigen verheirateten Frauen 26 % am Erwerbsleben beteiligt. 1965 betrug die Beteiligungsquote 33,7 % und erreichte im Jahre 1981 die Höhe von 39,6 %.

3.1 Erwerbsbeteiligung der Frauen

Der Verlauf der Erwerbsbeteiligung im Leben der Frauen, ausgedrückt durch die Erwerbsquoten, ließ sich bisher ganz allgemein in 3 Phasen einteilen: Ausbildung und Aufnahme einer Erwerbstätigkeit (bis zum 25. Altersjahr), Unterbrechung der Erwerbstätigkeit durch Heirat und Familiengründung (vom 25. bis zum 40./45. Altersjahr) und Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit (nach dem 45. Altersjahr). In der Altersgruppe der 15- bis unter 20jährigen Frauen war in den letzten 11 Jahren ein weiterer starker Rückgang der Erwerbsbeteiligung zu verzeichnen, der auf eine Verlängerung der Ausbildungsdauer hinweist. Am stärksten war dieser Rückgang bei den ledigen Frauen in dieser Altersgruppe; er betrug 14 %. Bei den verheirateten Frauen war im gleichen Zeitraum dagegen nur eine Abnahme der Erwerbsbeteiligung von 3 % zu beobachten. Der Rückgang der Erwerbsbeteiligung setzte sich bei den ledigen Frauen in den Altersgruppen der 20- bis unter 25jährigen (- 10 %) und 25- bis unter 30jährigen (- 2 %) noch fort, während bei den gleichaltrigen verheirateten Frauen relativ starke Zunahmen der Erwerbsbeteiligung festzustellen waren (+ 11 % bzw. + 12 %). Darüber hinaus hatten von 1970 bis 1981 die Erwerbsquoten der verheirateten Frauen bis zur Altersgruppe der 55- bis unter 60jährigen ebenfalls zugenommen. Die gleiche Tendenz war, mit Ausnahme der 20- bis unter 25jährigen, auch bei den verwitweten und geschiedenen Frauen zu verzeichnen, während die Erwerbsbeteiligung bei den ledigen Frauen vom 30. Altersjahr an, abgesehen von kleineren Schwankungen, keine sehr wesentlichen Veränderungen innerhalb des Beobachtungszeitraumes zeigten. Sehr stark zurückgegangen ist die Erwerbsbeteiligung vor und nach der Pensionierungsschwelle. Die Erwerbsquote der 65 Jahre und älteren Frauen hat sich in den letzten 11 Jahren in etwa halbiert, und zwar unabhängig vom Familienstand. Die Verlaufsform der Erwerbsbeteiligung aller Frauen wird entscheidend durch die Veränderungen in der Gruppe der verheirateten Frauen bestimmt. Die Erwerbsbeteiligung der ledigen Frauen entspricht, mit etwas niedrigerem Niveau, dem Kurventyp der Erwerbsbeteiligung der männlichen Bevölkerung. Bei der männlichen Bevölkerung erstreckte sich der Rückgang der Erwerbsbeteiligung bis etwa zur Altersgrenze der 25- bis unter 35jährigen, im Altersabschnitt der 35- bis unter 50jährigen Männer blieb die Erwerbsbeteiligung nahezu unverändert. Für die 60 Jahre und älteren Männer war ebenso wie bei den Frauen ein Rückgang in der Beteiligung am Erwerbsleben zu verzeichnen.

3.1 Erwerbsbeteiligung der Frauen*)

Jahr	Ins- gesamt	Alter von ... bis unter ... Jahren							
		15-20	20-25	25-35	35-45	45-55	55-60	60-65	65 und mehr

Erwerbspersonen auf 100 Männer bzw. Frauen nach Altersgruppen
(Erwerbsquoten)

Männer

1970	59,2	66,9	86,8	96,2	98,1	95,2	87,3	69,4	16,1
1974	57,9	57,4	81,3	94,8	98,3	95,2	86,2	61,9	13,4
1979	57,8	52,9	81,1	93,6	98,2	94,8	82,3	39,5	7,7
1981	58,7	46,3	81,5	93,1	98,1	94,9	81,9	44,5	7,0

Frauen

1970	30,0	64,4	67,1	47,9	47,1	46,3	34,7	17,8	5,8
1974	31,1	53,0	68,0	52,9	50,6	49,4	37,0	17,7	5,1
1979	32,1	46,2	69,2	58,1	54,0	48,9	38,4	11,4	3,1
1981	33,3	40,4	71,0	60,4	56,5	50,7	39,0	13,3	2,8

Ledige Frauen

1970	27,1	64,9	84,4	89,0	88,0	84,5	74,7	37,6	11,4
1974	25,2	52,7	77,1	86,2	88,8	87,3	76,0	40,8	9,6
1979	27,5	45,7	75,5	86,0	88,6	86,8	77,1	24,3	6,8
1981	28,9	39,9	75,0	85,7	89,8	85,9	78,0	26,3	6,0

Verheiratete Frauen

1970	35,4	58,2	54,2	41,4	41,4	39,6	28,7	15,1	6,4
1974	39,0	56,8	60,3	47,8	46,2	42,9	30,3	14,7	5,7
1979	40,1	56,1	61,1	51,8	49,7	43,3	31,4	9,6	3,6
1981	41,4	56,9	64,1	54,0	52,1	45,8	32,0	11,5	3,1

Verwitwete und geschiedene Frauen

1970	20,9	75,0	79,0	75,2	69,9	54,2	35,6	16,7	4,3
1974	20,6	/	77,9	77,8	73,3	60,7	40,3	16,6	3,9
1979	19,6	/	80,3	81,4	77,4	62,3	43,9	11,2	2,3
1981	19,6	/	79,4	80,6	79,4	64,4	45,3	13,2	2,0

*) 1970 Ergebnis der Volkszählung, ab
1974 Ergebnis des Mikrozensus,- Wohnbevölkerung.

3.2 Erwerbstätige nach Wirtschaftsabteilungen

Einen der Schwerpunkte der jährlichen Mikrozensususerhebungen bildet die Untersuchung des Umfangs und der Struktur der Erwerbstätigkeit. Von besonderem Interesse ist dabei die Verteilung der Erwerbstätigen nach den einzelnen Wirtschaftsabteilungen. Im Vergleich der Erwerbstätigen nach diesem Merkmal ergeben sich von 1973 bis 1981 teilweise erhebliche Veränderungen. Besonders auffallend ist dabei der kontinuierliche Rückgang der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei von rd. 1,9 Mill. im Jahre 1973 auf rd. 1,4 Mill. in 1981. Dieser Veränderung steht im gleichen Zeitraum eine Erhöhung der Zahl der Erwerbstätigen in den Dienstleistungsbereichen, zu denen z.B. auch die Erwerbstätigen bei den "Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen" zählen, gegenüber. Andere Wirtschaftsabteilungen, wie z.B. der "Handel" oder "Verkehr und Nachrichtenübermittlung", weisen im Beobachtungszeitraum vergleichsweise geringere Veränderungen bei der Zahl der in diesen Wirtschaftsabteilungen erwerbstätigen Personen auf.

Die Zahl der erwerbstätigen Frauen, die 1973 nur knapp unter 10 Mill. Personen lag, ging in den darauffolgenden Jahren zurück und wies im Jahre 1976 mit 9,58 Mill. erwerbstätigen Frauen ihren bislang tiefsten Stand auf. Dieser Rückgang dürfte weniger auf konjunkturelle Einflüsse als vielmehr auf die Auswirkungen einer verlängerten Ausbildung und einen damit verzögerten Eintritt der jüngeren Frauen in das Erwerbsleben zurückzuführen sein. Im Jahre 1980 überstieg die Zahl der erwerbstätigen Frauen erstmals die 10 Millionen-Grenze. Bei den erwerbstätigen Frauen ist im Beobachtungszeitraum eine starke Zunahme in den Dienstleistungsbereichen zu verzeichnen, während sich in der "Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei" ein Rückgang von 1,025 Mill. erwerbstätigen Frauen im Jahre 1973 auf 688 000 1981 ergab.

3.2 Erwerbstätige nach Wirtschaftsabteilungen*)

1 000

Wirtschaftsabteilungen	1973	1976	1977	1979	1980	1981
Insgesamt						
Land- u. Forstwirtschaft, Tierhaltung u. Fischerei ..	1 932	1 612	1 541	1 441	1 437	1 400
Energiewirtschaft u. Wasser- versorgung, Bergbau	540	535	515	517	530	556
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	10 306	9 405	9 693	9 473	9 674	9 615
Baugewerbe	2 101	1 801	1 710	1 882	1 970	1 943
Handel	3 306	3 095	3 010	3 154	3 207	3 138
Verkehr u. Nachrichtenüber- mittlung	1 556	1 525	1 492	1 528	1 515	1 522
Kreditinstitute u. Versiche- rungsgewerbe	762	783	779	840	861	893
Dienstleistungen, soweit nicht an anderer Stelle genannt	3 717	4 053	4 179	4 374	4 460	4 634
Organisationen ohne Erwerbs- charakter u. Private Haushalte	425	402	411	466	553	530
Gebietskörperschaften u. Sozialversicherung	2 422	2 542	2 554	2 672	2 666	2 716
Insgesamt	27 066	25 752	25 884	26 347	26 874	26 947
Frauen						
Land- u. Forstwirtschaft, Tierhaltung u. Fischerei ..	1 025	837	791	723	706	688
Energiewirtschaft u. Wasser- versorgung, Bergbau	44	46	45	49	52	48
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	3 084	2 711	2 771	2 687	2 775	2 736
Baugewerbe	145	147	135	158	161	162
Handel	1 817	1 713	1 678	1 769	1 792	1 779
Verkehr u. Nachrichtenüber- mittlung	298	286	288	311	322	326
Kreditinstitute u. Versiche- rungsgewerbe	366	378	369	403	414	443
Dienstleistungen, soweit nicht an anderer Stelle genannt	2 287	2 503	2 597	2 714	2 765	2 844
Organisationen ohne Erwerbs- charakter u. Private Haushalte	293	259	268	302	347	356
Gebietskörperschaften u. Sozialversicherung	616	700	696	747	758	792
Zusammen	9 974	9 580	9 638	9 860	10 092	10 174

*) Ergebnis des Mikrozensus.- Wohnbevölkerung.

3.3 Erwerbstätige Frauen nach Stellung im Beruf

Ein wichtiges Gliederungsmerkmal der Erwerbstätigen ist die sog. "Stellung im Beruf". Hierbei wird nach "Selbständigen" und "Mithelfenden Familienangehörigen" einerseits und "abhängigen Erwerbstätigen (Beamte, Angestellte und Arbeiter)" andererseits unterschieden. Im Mai 1981 waren von den 10,174 Mill. erwerbstätigen Frauen 8,921 Mill. abhängige Erwerbstätige (87,7 %). Der Anteil der Selbständigen und der Mithelfenden Familienangehörigen an den erwerbstätigen Frauen betrug dagegen nur 4,7 bzw. 7,6 %. Von den 772 000 weiblichen Mithelfenden Familienangehörigen arbeitete der größte Teil in der Land- und Forstwirtschaft (541 000).

Die meisten Selbständigen unter den Frauen waren im Dienstleistungssektor mit 214 000 - davon die Hälfte im Alter von 25 bis unter 45 Jahren - zu finden. Bezogen auf alle in diesem Sektor tätigen Frauen waren es 4,8 %. Unter den in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Frauen waren 9,6 % Selbständige (66 000); es war dies innerhalb der Wirtschaftsbereiche der höchste Anteil weiblicher Selbständiger. Im Bereich Handel und Verkehr betrug der Anteil der als Selbständige tätigen Frauen 7,0 % (148 000) und im Produzierenden Gewerbe 1,8 % (53 000). Als abhängig Erwerbstätige arbeiteten ebenfalls die weitest aus meisten Frauen im Dienstleistungssektor, nämlich 4,13 Mill. (46,3 % aller abhängig erwerbstätigen Frauen). Im Produzierenden Gewerbe waren es 2,8 Mill. Frauen, im Handel und Verkehr 1,9 Mill. und in der Land- und Forstwirtschaft 81 000, die im Mai 1981 als Abhängige tätig waren.

Die Selbständigen und die Mithelfenden Familienangehörigen waren im Durchschnitt älter als die abhängig Beschäftigten: 50,8 % der selbständig bzw. 56,0 % der als Mithelfende Familienangehörige erwerbstätigen Frauen waren 45 Jahre oder älter, während sich der Anteil dieser Altersgruppe bei den abhängig beschäftigten Frauen nur auf 27,0 % belief.

3.3 Erwerbstätige Frauen nach Stellung im Beruf*)

1 000

Stellung im Beruf	Ins- gesamt	Im Alter von ... bis unter ... Jahren			
		15 - 25	25 - 45	45 - 65	65 u. mehr

Land- u. Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei

Selbständige	66	/	19	40	6
Mithelf. Familienangehörige ...	541	24	205	263	48
Abhängige	81	28	24	27	/
Zusammen	688	54	249	330	56

Produzierendes Gewerbe

Selbständige	53	/	24	22	5
Mithelf. Familienangehörige ...	74	/	35	32	5
Abhängige	2 821	714	1 291	803	12
Zusammen	2 947	717	1 350	857	22

Handel und Verkehr

Selbständige	148	/	64	65	16
Mithelf. Familienangehörige ...	72	/	30	34	7
Abhängige	1 885	541	839	494	11
Zusammen	2 105	545	933	593	33

Sonstige Wirtschaftsbereiche (Dienstleistungen)

Selbständige	214	8	115	76	15
Mithelf. Familienangehörige ...	87	/	39	38	6
Abhängige	4 134	1 114	1 959	1 028	34
Zusammen	4 435	1 125	2 113	1 141	55

Insgesamt

Selbständige	480	14	222	202	42
Mithelf. Familienangehörige ...	772	31	309	366	66
Abhängige	8 921	2 397	4 114	2 353	58
Insgesamt	10 174	2 442	4 645	2 921	166

*) Ergebnis des Mikrozensus 1981.- Wohnbevölkerung.

3.4 Auszubildende nach Ausbildungsberufen

Der Anteil der weiblichen Auszubildenden hat sich von 1974 (35,1 %) bis 1980 (38,1 %) etwas erhöht. Im Bereich Pflanzenbau, Tierzucht und Fischerei war die Zunahme relativ am stärksten (von 17,9 auf 29,2 %). In den Fertigungsberufen, in denen auch 1980 die relativ größte Zahl Auszubildender anzutreffen war (51,1 % aller Auszubildenden), ist der Anteil der weiblichen Auszubildenden von 1974 auf 1980 um 2,4 Prozentpunkte angestiegen, fiel aber mit 7,0 % auch 1980 kaum ins Gewicht. Bei den technischen Berufen hingegen war im gleichen Zeitraum ein deutlicher Anstieg von 38,1 auf 49,2 % festzustellen, während sich der Anteil der weiblichen Auszubildenden in den Dienstleistungsberufen nur leicht von 70,1 auf 75,6 % erhöhte.

Zu den sogenannten "Frauenberufen" zählen z.B. die Floristen (1980 = 94,8 % weibliche Auszubildende) oder die Apothekenhelfer (99,7 %). Dabei fällt auf, daß in diesen Berufen sich die Tendenz, weibliche Auszubildende einzustellen, gegenüber 1974 noch verstärkt hat. In anderen Berufen, zumeist im Dienstleistungssektor, zeigt sich eine stagnierende Tendenz auf z.T. relativ hohem Niveau: So betrug z.B. bei den Bankkaufleuten der Anteil weiblicher Auszubildender 1974 53,8 % und 1980 53,4 %. Eine deutlich ansteigende Tendenz im Bereich der technischen Berufe zeigt sich z.B. bei den Technischen Zeichnern, bei denen der Anteil der weiblichen Auszubildenden von 34,3 % im Jahre 1974 auf 48,9 % im Jahre 1980 zugenommen hat. Ähnliche Zunahmen sind im Bereich der Fertigungsberufe z.B. bei den Konditoren (von 17,6 auf 32,3 %) und noch stärker bei den Schriftsetzern (von 6,8 auf 40,7 %) festzustellen.

3.4 Auszubildende nach Ausbildungsberufen*)

1 000

Berufsbereich ¹⁾ Ausbildungsberuf	Auszubildende					
	1974			1980		
	insgesamt	weiblich	%	insgesamt	weiblich	%
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	26,6	4,8	17,9	48,7	14,2	29,2
dar.: Florist (IH)	4,0	3,7	93,2	8,5	8,1	94,8
Bergleute, Mineralgewinner ..	0,9	0,0	0,1	9,4	-	-
Fertigungsberufe	660,9	30,2	4,6	874,5	60,8	7,0
dar.: Schriftsetzer (IH, Hw)	5,0	0,3	6,8	3,0	1,2	40,7
Zahntechniker (Hw) ..	6,8	2,6	38,7	11,8	4,6	38,7
Augenoptiker (Hw) ..	4,4	2,2	49,2	4,9	2,5	50,5
Konditor (Hw)	5,5	1,0	17,6	9,8	3,2	32,3
Keramiker (IH) ..	0,2	0,1	52,1	0,3	0,2	63,8
Technische Berufe	54,9	20,9	38,1	46,9	23,1	49,2
dar.: Biologielaborant (IH)	0,8	0,5	60,5	1,1	0,8	70,5
Chemielaborant (IH)	6,4	2,6	39,9	6,5	3,1	47,4
Technischer Zeich- ner (IH)	20,2	6,9	34,3	15,1	7,4	48,9
Bauzeichner (IH) ...	16,2	6,2	38,4	13,3	7,3	54,6
Dienstleistungsberufe	585,7	410,8	70,1	733,3	554,1	75,6
dar.: Kaufmann im Groß- u. Außenhandel (IH) ..	48,9	19,3	39,4	50,3	20,8	41,4
Buchhändler (IH) ...	2,2	1,6	71,8	3,0	2,4	80,8
Drogist (IH)	6,4	6,0	93,3	4,3	4,1	94,4
Apothekenhelfer (FB)	11,1	11,1	99,8	9,5	9,5	99,7
Bankkaufmann (IH) ..	43,6	23,5	53,8	45,8	24,4	53,4
Sparkassenkaufmann (OD)	2,1	1,2	57,7	2,4	1,3	53,4
Versicherungskauf- mann (IH)	9,5	4,8	50,6	9,5	4,0	42,4
Speditionskaufmann (IH)	9,2	2,7	29,4	9,5	3,6	39,7
Reiseverkehrskauf- mann (IH)	2,7	2,2	80,5	3,7	3,1	82,8
Fachgeh. im steuer- u. wirt.berat. Ber- uf (FB)	17,4	12,3	70,7	20,8	16,7	80,4
Schaufenstergestal- ter (IH)	6,6	4,0	60,2	5,2	3,7	71,1
Friseur (Hw)	48,0	45,5	94,8	71,1	67,7	95,2
Hotel- u. Gaststät- tengehilfen (IH) ..	3,8	3,6	96,3	8,6	8,4	97,4
Insgesamt ...	1 330,8 ^{a)}	467,0 ^{a)}	35,1	1 712,7	652,2	38,1

*) Ergebnis: Fachserie 11, Reihe 3, Berufliche Bildung.

1) IH = Industrie und Handel (einschl. Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrs-
gewerbe), Hw = Handwerk, OD = Öffentlicher Dienst, FB = Freie Berufe.a) Einschl. Praktikanten und Fachoberschüler, die den einzelnen Berufen nicht zu-
geordnet werden können.

3.5 Erwerbstätige und ihre Ausbildung

Der Ausbildungsstand der erwerbstätigen Frauen unterscheidet sich vom Durchschnitt aller Erwerbstätigen teilweise nicht unerheblich. Bei fast allen Ausbildungsabschlüssen - allgemeinbildend oder beruflich - liegen die Anteile der Frauen unter den Durchschnittswerten. Dabei sind die Abweichungen bei den beruflichen Ausbildungsabschlüssen stärker als bei den allgemeinbildenden Schulabschlüssen. Während zum Beispiel 68,3 % der erwerbstätigen Frauen einen Volks-(Haupt-)schulabschluß hatten, im Vergleich zu 71,0 % aller Erwerbstätigen, konnten nur 62,6 % einen beruflichen Ausbildungsabschluß nachweisen gegenüber 72,9 % bei allen Erwerbstätigen. Die geringste Differenz ergab sich beim Hochschulabschluß (5,1 % gegenüber 5,6 % aller Erwerbstätigen), und einen Realschulabschluß hatten sogar erheblich mehr Frauen (22,1 %) als der Durchschnitt aller Erwerbstätigen (17,4 %).

Die qualifizierteren Ausbildungsabschlüsse sind bei den Frauen auf wenige Berufe konzentriert. In den in der Tabelle aufgeführten Berufsordnungen waren solche in überdurchschnittlichem Umfang nur in einigen wenigen Berufen, wie z.B. Unternehmer, Geschäftsführer, Geschäftsbereichsleiter; Stenographen, Stenotypisten, Maschinenschreiber; Krankenschwestern, -pfleger, Hebammen; Sprechstundenhelfer oder Kindergärtnerinnen, Kinderpflegerinnen zu finden. Fachhochschul- oder Hochschulabschluß gab es hier - mit Ausnahme der Real-, Volks-, Sonderschullehrerinnen - nur in sehr geringem Umfang.

3.5 Erwerbstätige und ihre Ausbildung*)

1 000

Ausgewählte Berufsordnung ¹⁾	Ge- schlecht	Ins- gesamt	Und zwar						
			mit allgemeinbildendem Schulabschluß			mit beruflichem Ausbildungsabschluß			
			Volks- (Haupt-) schul- ab- schluß	Real- schul- oder gleich- wertiger Abschluß	Fach- hoch-/ Hoch- schul- reife	zusammen	darunter		
							Fach- schul- ab- schluß ²⁾	Fach- hoch- schul- ab- schluß ³⁾	Hoch- schul- ab- schluß ⁴⁾
Familieneigene Land- arbeitskräfte, a.n.g. ...	zusammen	478	449	21	6	143	16	/	/
	weiblich	401	380	16	/	108	11	/	/
Koche	zusammen	275	252	18	/	120	8	/	/
	weiblich	199	188	9	/	65	/	/	/
Groß- und Einzelhandels- kaufleute, Einkäufer ...	zusammen	607	358	184	65	504	54	17	13
	weiblich	194	129	53	11	138	7	/	/
Verkäufer	zusammen	1 176	1 006	144	25	837	18	5	/
	weiblich	984	863	105	15	682	8	/	/
Bankfachleute	zusammen	344	103	193	47	298	16	8	7
	weiblich	165	56	94	15	134	/	/	/
Unternehmer, Geschäfts- führer, Geschäfts- bereichsleiter	zusammen	513	230	160	123	481	75	49	40
	weiblich	87	48	28	11	70	6	/	/
Buchhalter	zusammen	261	142	103	16	235	11	/	/
	weiblich	191	106	76	10	168	7	/	/
Datenverarbeitungsfach- leute	zusammen	113	45	33	35	105	14	10	13
	weiblich	21	11	/	/	17	/	/	/
Bürofachkräfte	zusammen	3 354	1 789	1 246	317	2 809	177	80	56
	weiblich	1 975	1 075	771	127	1 555	71	23	16
Stenographen, Steno- typisten, Maschinen- schreiber	zusammen	358	162	162	34	300	19	7	6
	weiblich	349	156	159	32	291	19	6	5
Krankenschwestern-, -pfleger, Hebammen	zusammen	382	190	154	38	318	45	7	5
	weiblich	324	156	140	27	270	39	5	/
Sprechstundenhelfer	zusammen	225	84	125	16	181	10	/	/
	weiblich	224	83	124	16	179	10	/	/
Kindergärtnerinnen, Kinderpflegerinnen	zusammen	123	47	59	17	108	33	8	/
	weiblich	118	45	57	16	104	32	8	/
Real-, Volks-, Sonderschullehrer	zusammen	444	/	/	443	445	/	/	442
	weiblich	257	/	/	256	257	/	/	256
Friseure	zusammen	209	194	14	/	158	37	/	/
	weiblich	170	159	10	/	121	17	/	/
Gastwirte, Hoteliers, Gaststättenkaufleute ...	zusammen	190	151	29	9	128	13	/	/
	weiblich	92	77	13	/	47	/	/	/
Erwerbstätige insgesamt	insgesamt	26 874	19 094	4 689	3 057	19 591	1 850	772	1 507
	weiblich	10 092	6 894	2 229	951	6 316	392	129	512

*) Ergebnis des Mikrozensus 1980. - Wohnbevölkerung.

1) Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1975.

2) Einschl. einer Meister-/Technikerausbildung.

3) Einschl. Ingenieurschulabschluß:

4) Einschl. Lehrerausbildung.

3.6 Erwerbstätige in ausgewählten Berufsordnungen

Die Altersstruktur der Erwerbstätigen in einem bestimmten Beruf gibt - zusammen mit anderen Komponenten - u.a. Aufschluß über den Nachwuchs- bzw. Ersatzbedarf dieses Berufs. Sie wird beeinflusst durch Faktoren wie Veränderungen in der Dauer des Schulbesuches, vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben aufgrund der flexiblen Altersgrenze, altersspezifische Arbeitslosigkeit und - insbesondere bei Selbständigen - Fortsetzung der beruflichen Tätigkeit über die gesetzliche Altersgrenze hinaus. Ob der Ersatzbedarf in der durch die demographischen Faktoren bestimmten Größenordnung berufsspezifisch tatsächlich erforderlich wird, hängt allerdings auch von der wirtschaftlichen und der technischen Entwicklung sowie dem Wandel der Wirtschaftsstruktur ab, für den die Umschichtung der Erwerbstätigkeit von der Landwirtschaft und vom Produzierenden Gewerbe in den Dienstleistungssektor beispielhaft ist.

Die Gesamtzahl der Erwerbstätigen verteilte sich im April 1980 zu je rd. einem Fünftel auf die drei Altersgruppen unter 25 Jahre, von 25 bis unter 35 Jahre und von 45 bis unter 55 Jahre und zu über einem Viertel auf die Altersgruppe von 35 bis unter 45 Jahre. Knapp ein Zehntel aller Arbeitskräfte war im Alter von 55 bis unter 65 Jahren, 1,7 % hatten die "Altersgrenze" von 65 Jahren bereits überschritten.

Die Altersstruktur der Frauen unterschied sich gegenüber den Durchschnittswerten insofern, als mehr Berufe, die insbesondere von Frauen ausgeübt werden, in den mittleren Altersgruppen unter dem Durchschnitt, in den höheren Altersgruppen mehr über dem Durchschnitt lagen. So wurden insbesondere die Berufe "Familieneigene Landarbeitskräfte, a.n.g." und "Raum-, Hausratreiniger" überdurchschnittlich häufig von älteren Frauen ausgeübt. Die Altersgruppen der unter 25-jährigen dominierten dagegen vor allem bei den Sprechstundenhelferinnen, Friseurinnen, Kindergärtnerinnen, -pflegerinnen, Bankfachleuten sowie Krankenschwestern, -pflegern, Hebammen. In diesen Berufen lagen die Anteile der unter 25jährigen zwischen 35,2 % und 60,7 %.

3.6 Erwerbstätige in ausgewählten Berufsordnungen*)

1 000

Ausgewählte Berufsordnung ¹⁾	Geschlecht	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren					
			unter 25	25 - 35	35 - 45	45 - 55	55 - 65	65 und mehr
Familieneigene Landarbeitskräfte, a.n.g.	zusammen	478	43	59	106	121	73	76
	weiblich	401	19	50	104	119	67	42
Oberbekleidungsnäher	zusammen	92	31	18	21	16	5	/
	weiblich	90	31	18	21	15	/	/
Näher, a.n.g.	zusammen	112	30	20	26	26	10	/
	weiblich	109	30	19	26	25	9	/
Köche	zusammen	275	54	57	64	61	35	/
	weiblich	199	28	33	49	54	31	/
Groß- u. Einzelhandelskaufleute, Einkäufer ...	zusammen	607	85	104	165	137	81	35
	weiblich	194	41	32	46	36	26	12
Verkäufer	zusammen	1 176	342	208	289	214	102	21
	weiblich	984	293	161	242	185	88	16
Bankfachleute	zusammen	344	106	100	76	40	22	/
	weiblich	165	67	47	29	14	7	/
Unternehmer, Geschäftsführer, Geschäftsbe- reichsleiter	zusammen	513	16	85	178	146	75	14
	weiblich	87	7	20	25	18	13	/
Buchhalter	zusammen	261	27	61	80	55	34	/
	weiblich	191	22	45	60	39	22	/
Datenverarbeitungsfachleute	zusammen	113	12	45	39	13	/	/
	weiblich	21	/	7	5	/	/	/
Bürofachkräfte	zusammen	3 354	766	805	834	598	335	17
	weiblich	1 975	548	480	466	310	161	10
Stenographen, Stenotypisten, Maschinenschreiber	zusammen	358	60	105	111	53	29	/
	weiblich	349	59	103	108	50	28	/
Krankenschwestern, -pfleger, Hebammen	zusammen	382	132	92	73	55	26	5
	weiblich	324	114	75	59	48	23	/
Sprechstundenhelfer	zusammen	225	137	43	24	13	7	/
	weiblich	224	136	43	24	12	7	/
Kindergärtnerinnen, Kinderpflegerinnen	zusammen	123	54	36	19	10	/	/
	weiblich	118	52	35	17	10	/	/
Real-, Volks-, Sonder- schullehrer	zusammen	444	14	194	140	62	32	/
	weiblich	257	13	120	76	31	16	/
Friseure	zusammen	209	104	45	28	18	10	/
	weiblich	170	99	37	19	10	/	/
Gastwirte, Hoteliers, Gaststättenkaufleute ..	zusammen	190	12	36	55	50	24	13
	weiblich	92	7	16	27	24	12	7
Kellner, Stewards	zusammen	139	34	43	32	22	8	/
	weiblich	99	23	28	23	19	6	/
Raum-, Hausratreiniger .	zusammen	493	22	70	156	164	75	6
	weiblich	479	20	68	151	160	74	6
Erwerbstätige ins- gesamt	insges.	26 874	5 467	5 784	7 018	5 547	2 613	446
	weibl.	10 092	2 422	2 198	2 418	1 900	975	179

*) Ergebnis des Mikrozensus April 1980.- Wohnbevölkerung.

1) Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1975.

3.7 Erwerbstätige nach ihrer wöchentlichen Arbeitszeit

In der Berichtswoche vom 4. bis 10. Mai 1981 betrug die normalerweise geleistete Wochenarbeitszeit bei den erwerbstätigen Frauen im Durchschnitt 35,9 Stunden und bei den erwerbstätigen Männern 42,7 Stunden. Eine überdurchschnittliche Wochenarbeitszeit war vor allem sowohl bei den männlichen als auch weiblichen Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft zu verzeichnen. Hier wirkte sich die höhere wöchentliche Arbeitsstundenzahl der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen entscheidend aus. Aber auch die abhängig Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft weisen überdurchschnittliche Wochenarbeitszeiten auf. Eine unterdurchschnittliche Wochenarbeitszeit erreichten die weiblichen Erwerbstätigen in den Wirtschaftsbereichen Handel und Verkehr (34,4 Stunden) sowie Dienstleistungen (35,4 Stunden), während die Arbeitszeit der im Produzierenden Gewerbe erwerbstätigen Frauen mit 36,1 Stunden geringfügig über dem Gesamtdurchschnitt lag. Bei den erwerbstätigen Männern war hingegen im Produzierenden Gewerbe die durchschnittlich niedrigste Arbeitszeit zu verzeichnen. Bedingt durch den höheren Anteil derjenigen Erwerbstätigen, die in der Berichtswoche normalerweise unter 21 bzw. 21 bis 39 Stunden arbeiteten, ergaben sich bei den weiblichen Erwerbstätigen allgemein durchschnittlich niedrigere wöchentliche Arbeitsstundenzahlen als bei den männlichen Erwerbstätigen. Insgesamt gesehen lag die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit der männlichen Erwerbstätigen um 6,8 Stunden höher. Die Abweichungen waren jedoch - nach Wirtschaftsbereichen differenziert - sehr unterschiedlich. Im Produzierenden Gewerbe betrug z.B. diese Differenz 5,3 Stunden und im Handel und Verkehr 9,3 Stunden.

In der Berichtswoche vom Mai 1981 haben 453 000 Erwerbstätige (darunter 54 000 Frauen) neben ihrer ersten Erwerbstätigkeit noch eine zweite laufend ausgeübte Tätigkeit angegeben. Rund zwei Drittel dieser Nebentätigkeiten (284 000, darunter 18 000 Frauen) wurden in der Land- und Forstwirtschaft ausgeübt.

3.7 Erwerbstätige nach ihrer wöchentlichen Arbeitszeit*)

3.7.1 Frauen

Stellung im Beruf	Erwerbs- tätige zusammen	Davon mit... normalerweise geleisteten Arbeitsstunden				Geleistete Ar- beitsstunden	
		unter 21	21-39	40	41 u.mehr	zusammen	je Person
	1 000					Mill. ¹⁾	Anzahl

Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei

Selbständige	66	10	10	7	40	3,2	47,9
Mith. Familienangehörige	541	115	102	56	268	23,3	43,1
Abhängige	81	16	10	36	19	3,1	37,6
Zusammen ...	688	141	122	99	327	29,5	42,9

Produzierendes Gewerbe

Selbständige	53	12	6	15	19	2,1	39,7
Mith. Familienangehörige	74	34	9	11	21	2,4	32,6
Abhängige	2 821	336	374	2 002	109	101,7	36,1
Zusammen ...	2 947	381	389	2 027	149	106,2	36,1

Handel und Verkehr

Selbständige	148	20	17	28	83	6,6	44,8
Mith. Familienangehörige	72	26	14	11	21	2,5	34,3
Abhängige	1 885	344	392	1 036	114	63,3	33,6
Zusammen ...	2 105	390	422	1 075	218	72,4	34,4

Sonstige Wirtschaftsbereiche (Dienstleistungen)

Selbständige	214	45	26	39	105	9,5	44,3
Mith. Familienangehörige	87	35	12	9	30	3,2	36,8
Abhängige	4 134	770	482	2 573	309	144,4	34,9
Zusammen ...	4 435	850	519	2 622	444	157,1	35,4

Zusammen

Selbständige	480	87	58	88	247	21,3	44,4
Mith. Familienangehörige	772	210	137	87	339	31,3	40,5
Abhängige	8 921	1 465	1 257	5 647	552	312,5	35,0
Zusammen ...	10 174	1 762	1 453	5 822	1 137	365,2	35,9

*) Ergebnis des Mikrozensus 1981.- Wohnbevölkerung.

1) Bei der Berechnung der insgesamt geleisteten Arbeitsstunden wurden die Fälle ohne Angabe mit dem jeweiligen Durchschnitt eingerechnet.

3.7 Erwerbstätige nach ihrer wöchentlichen Arbeitszeit*)

3.7.2 Männer

Stellung im Beruf	Erwerbs- tätige zusammen	Davon mit... normalerweise geleisteten Arbeitsstunden				Geleistete Ar- beitsstunden	
		unter 21	21-39	40	41 u.mehr	zu- sammen	je Person
	1 000					Mill. ¹⁾	Anzahl

Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei

Selbständige	437	13	11	18	395	27,9	63,9
Mith. Familienangehörige	93	24	14	7	48	4,0	42,9
Abhängige	182	/	/	112	65	8,1	44,4
Zusammen ...	712	40	28	138	507	40,0	56,2

Produzierendes Gewerbe

Selbständige	495	10	10	134	341	25,8	52,2
Mith. Familienangehörige	7	/	/	/	/	0,2	29,4
Abhängige	8 665	22	53	7 648	942	353,5	40,8
Zusammen ...	9 167	36	64	7 783	1 285	379,5	41,4

Handel und Verkehr

Selbständige	384	8	9	65	303	20,9	54,5
Mith. Familienangehörige	8	/	/	/	/	0,3	39,1
Abhängige	2 164	18	15	1 756	375	90,3	41,7
Zusammen ...	2 556	28	25	1 823	681	111,6	43,7

Sonstige Wirtschaftsbereiche (Dienstleistungen)

Selbständige	470	20	20	78	352	25,6	54,3
Mith. Familienangehörige	9	/	/	/	/	0,4	39,3
Abhängige	3 858	62	49	3 078	669	160,0	41,5
Zusammen ...	4 338	86	71	3 157	1 025	185,9	42,9

Zusammen

Selbständige	1 786	51	50	295	1 390	100,2	56,1
Mith. Familienangehörige	118	33	17	12	56	4,9	41,6
Abhängige	14 869	105	120	12 595	2 050	611,9	41,2
Zusammen ...	16 773	189	186	12 901	3 497	717,0	42,7

*) Ergebnis des Mikrozensus 1981.- Wohnbevölkerung.

1) Bei der Berechnung der insgesamt geleisteten Arbeitsstunden wurden die Fälle ohne Angabe mit dem jeweiligen Durchschnitt eingerechnet.

3.8 Wochenarbeitszeiten und Verdienste

In den folgenden Tabellen werden die laufend gezahlten (also nicht die einmaligen, wie z.B. zusätzliches Urlaubsgeld) durchschnittlichen Bruttoverdienste der voll beschäftigten Arbeiter und Angestellten (ohne Auszubildende und ohne Leitende Angestellte mit voller Aufsichts- und Dispositionsbefugnis) sowie die bezahlten Wochenstunden der Arbeiter dargestellt. Diese Angaben werden für Wirtschaftszweige nachgewiesen, die für Frauenbeschäftigung typisch sind. Von den Arbeiterinnen waren 1981 82 %, von den weiblichen Angestellten 87 % in den ausgewählten Wirtschaftszweigen beschäftigt, von den Arbeitern dagegen 52 % und von den männlichen Angestellten 78 %. Zahlenmäßig überwogen aber nur in der Schuh- und der Bekleidungsindustrie die Arbeiterinnen. In der Bekleidungsindustrie, im Einzelhandel und bei Kredit- und sonstigen Finanzierungsinstituten war die Zahl der weiblichen Angestellten größer als die ihrer männlichen Kollegen.

Die Anzahl der bezahlten Stunden, die stark von der allgemeinen Konjunkturlage abhängt, ist von 1975 bis 1981 bei Männern um 0,4 Std., bei Frauen um 1,1 Std. gestiegen. Der Abstand in der Arbeitszeit zwischen den männlichen und weiblichen Arbeitern hat sich damit verringert, betrug 1981 aber immer noch rd. 2 Stunden.

Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst ist von 1975 bis 1981 bei männlichen und weiblichen Arbeitern um rd. 44 % gestiegen. In diesem Zeitraum hat der Durchschnittsverdienst der Männer die Höhe von 10,-- DM in allen Wirtschaftszweigen, bei Frauen in einem großen Teil der Wirtschaftszweige überschritten.

Von 1975 bis 1981 stiegen die Bruttomonatsverdienste der männlichen Angestellten um 45,8 %, die der weiblichen um 48,1 %. Da sich die Angestellten auf eine breitere Skala von Tätigkeiten verteilen, werden fünf Leistungsgruppen unterschieden (von denen die höchste (I) hier nicht erfaßt wird). Leistungsgruppe V umfaßt Angestellte ohne Berufsausbildung, IV Angestellte mit abgeschlossener Lehre, III Angestellte mit besonderen Fachkenntnissen oder längerer Berufserfahrung, die nach Anweisung selbständig arbeiten, und II Angestellte, die selbständige Leistungen in verantwortlicher Tätigkeit mit eingeschränkter Dispositionsbefugnis erbringen. In den einzelnen Leistungsgruppen erreichten die Angestellten der am geringsten bezahlten

Wirtschaftsgruppe bei Männern zwischen 69 % und 78 % und bei Frauen zwischen 71 % und 76 % der Angestellten in der am besten bezahlten Wirtschaftsgruppe.

Während im Gesamtdurchschnitt die Arbeiter der Leistungsgruppe III 80 % und die Arbeiterinnen 90 % der Leistungsgruppe I verdienten, hatten die männlichen und weiblichen Angestellten der Leistungsgruppe V nur die Hälfte des Verdienstes der Leistungsgruppe II. Auch bei den Angestellten waren die Männer stärker in den höheren Leistungsgruppen vertreten (Männer: 38 : 47 : 13 : 2, Frauen: 8 : 38 : 46 : 8). Noch krasser als bei den Arbeitern änderte sich die Relation von Männer- zu Frauenverdiensten durch die Untergliederung nach Leistungsgruppen. Während die Frauen im Gesamtdurchschnitt nur 65 % des Bruttomonatsverdienstes der Männer verdienten, erreichten sie in einzelnen Leistungsgruppen einen Vergleichsanteil bis zu 82 %. Auch bei Angestellten sind mit den Leistungsgruppen noch nicht alle auf der Qualifikation beruhenden Unterschiede zwischen Männer- und Frauenverdiensten aufgedeckt. Geringeres Alter und weniger Berufserfahrung führten, wie bei den Arbeitern, zu niedrigeren Verdiensten der Frauen. Hinzu kommt, daß von den weiblichen Angestellten nur 5,8 %, von den männlichen aber 45,0 % technische Angestellte waren, deren Verdienste im Durchschnitt 13 % über denen der kaufmännischen Angestellten lagen.

Die Leistungsgruppen - sie entsprechen der klassischen Dreiteilung in Fach-, angelernte und ungelernte Arbeiter (Leistungsgruppen 1, 2 und 3) - geben ein differenzierteres Bild vom Verdienstgefüge als der Gesamtdurchschnitt. Mit ihnen läßt sich z.B. zeigen, daß der Hilfsarbeiter in bestimmten Wirtschaftszweigen zum Teil mehr verdient als der Facharbeiter in anderen Wirtschaftszweigen. Die Leistungsgruppen tragen auch dazu bei, die Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen etwas aufzuhellen. Während sich die Männer im Verhältnis 58 : 32 : 10 auf die drei Leistungsgruppen verteilten, betrugen die entsprechenden Werte für die Frauen 6 : 47 : 47. Daher erreichten die Frauen den Verdienst ihrer männlichen Kollegen im Gesamtdurchschnitt nur zu 72 %, in den drei Leistungsgruppen aber zu 75 %, 78 % und 83 %. Da auch die Leistungsgruppen in sich noch qualitativ abgestufte Verdienste enthalten, bei denen die Frauen wiederum in den unteren Qualifikationen stärker vertreten sein dürften, ist auch der Abstand zwischen den Geschlechtern nach Leistungs-

gruppen noch z.T. qualifikationsbedingt. Andere Gründe für geringere Verdienste der Frauen sind z.B. ihr im Durchschnitt jüngeres Alter und die damit verbundene geringere Berufserfahrung, ferner weniger Überstunden und - weniger häufig als bei Männern - Zuschläge für schwierige Arbeitsbedingungen (z.B. für Lärm, Hitze). Diese Faktoren lassen sich jedoch nicht quantifizieren, so daß anhand der vorliegenden Ergebnisse eine Aussage über die Gleichstellung der Geschlechter bei der Entlohnung nicht möglich ist.

3.8 Wochenarbeitszeiten und Verdienste *)

3.8.1 Durchschnittliche Wochenarbeitszeiten und Bruttostundenverdienste der Arbeiter
in der Industrie nach ausgewählten Industriezweigen und Leistungsgruppen

Industriezweig	Jahr	Männliche Arbeiter						Weibliche Arbeiter				
		Be- zahlte Stunden	Bruttostundenverdienst (DM)				Be- zahlte Stunden	Bruttostundenverdienst (DM)				
			Leistungsgruppe			zu- sammen		Leistungsgruppe			zu- sammen	
			1	2	3			1	2	3		
Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau, dieser mit Handwerk)	1975	41,2	11,02	9,90	8,82	10,40	38,3	8,11	7,65	7,30	7,52	
	1981	41,6	15,77	14,18	12,66	14,94	39,4	11,86	11,00	10,56	10,83	
darunter:												
Chemische Industrie (ohne Chemie-faserindustrie)	1975	41,1	11,78	10,77	8,93	11,12	39,5	9,66	8,66	7,75	8,24	
	1981	41,4	16,67	15,26	12,86	15,84	39,9	13,60	12,19	10,93	11,75	
Maschinenbau ¹⁾	1975	41,3	11,09	9,81	8,98	10,56	38,1	9,01	8,15	7,83	7,99	
	1981	41,8	15,51	13,76	12,73	14,90	39,3	12,97	11,60	11,10	11,36	
Straßenfahrzeugbau	1975	39,5	12,06	10,78	9,72	11,54	37,6	10,51	9,73	8,65	9,40	
	1981	40,5	17,01	15,84	13,89	16,38	39,2	14,67	14,02	12,51	13,57	
Elektrotechnische Industrie ²⁾	1975	39,9	10,62	9,25	8,73	9,99	36,9	8,29	7,80	7,57	7,68	
	1981	40,9	15,05	13,13	12,55	14,25	39,0	12,45	11,09	11,07	11,11	
Feinmechanische-, optische- und Uhrenindustrie	1975	39,6	10,34	9,00	8,39	9,79	37,4	8,81	7,59	7,72	7,69	
	1981	40,4	14,61	12,95	11,92	13,98	39,0	12,76	10,94	11,04	11,02	
EBM-Warenindustrie, Stahlver-formung	1975	41,4	10,55	9,56	8,52	9,79	38,8	8,72	7,61	7,31	7,41	
	1981	41,9	14,79	13,46	12,30	13,84	39,7	11,86	10,87	10,63	10,73	
Papier- und pappeverarbeitende Industrie	1975	42,0	10,46	9,12	8,16	9,44	39,3	7,64	6,97	6,46	6,77	
	1981	43,0	14,75	12,92	11,98	13,47	39,9	11,01	10,02	9,39	9,79	
Druckerei- und Vervielfältigungs-industrie	1975	41,8	12,39	10,60	9,42	11,77	39,8	9,97	7,81	7,14	7,86	
	1981	42,0	17,14	14,89	12,94	16,24	40,3	13,89	11,06	10,22	11,21	
Schuhindustrie	1975	40,7	9,34	8,34	6,55	8,50	39,3	7,61	6,79	6,07	6,76	
	1981	40,5	13,51	11,91	9,71	12,42	39,4	11,13	10,20	9,21	9,98	
Textilindustrie	1975	41,1	9,66	8,76	7,92	9,06	38,3	8,02	7,46	6,89	7,36	
	1981	41,8	13,44	12,22	11,16	12,66	39,0	11,21	10,43	9,81	10,30	
Bekleidungsindustrie	1975	41,4	9,81	8,84	7,85	9,19	38,5	7,47	7,12	6,47	7,07	
	1981	41,3	13,90	12,45	11,66	13,09	39,0	10,67	10,03	9,05	9,97	
Nahrungs- und Genußmittel-industrie	1975	44,6	10,32	9,33	8,53	9,70	40,8	7,54	7,04	6,68	6,80	
	1981	44,5	14,71	13,35	12,29	13,92	40,6	11,17	10,47	9,54	9,81	

*) Ergebnisse der laufenden Verdiensterhebung in Industrie und Handel.

1) Ohne Herstellung von Büromaschinen sowie ohne Herstellung von Geräten und Einrichtungen für die automatische Datenverarbeitung.

2) Ohne Herstellung von Geräten und Einrichtungen für die automatische Datenverarbeitung.

3.8 Wochenarbeitszeiten und Verdienste *)

3.8.2 Durchschnittliche Bruttonomatsverdienste der Angestellten in Industrie und Handel
nach ausgewählten Wirtschaftszweigen und Leistungsgruppen

Wirtschaftszweig	Jahr	Männliche Angestellte					Weibliche Angestellte				
		Bruttonomatsverdienste (DM)									
		Leistungsgruppe				zu- sammen	Leistungsgruppe				zu- sammen
		II	III	IV	V		II	III	IV	V	
Industrie ¹⁾ , Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	1975 1981	3 028 4 386	2 325 3 314	1 745 2 498	1 499 2 139	2 468 3 598	2 423 3 467	1 842 2 638	1 354 1 978	1 153 1 755	1 570 2 325
darunter:											
Chemische Industrie (ohne Chemiefaserindustrie)	1975 1981	3 390 4 874	2 538 3 637	2 048 2 878	1 603 2 323	2 741 3 982	2 969 4 106	2 126 3 088	1 583 2 298	1 329 1 929	1 950 2 857
Maschinenbau (ohne Herstellung von Buromaschinen) 2)	1975 1981	3 038 4 379	2 369 3 402	1 805 2 612	1 511 2 210	2 586 3 789	2 624 3 680	1 931 2 759	1 483 2 148	1 174 1 740	1 678 2 461
Straßenfahrzeugbau	1975 1981	3 458 5 012	2 632 3 756	1 934 2 787	1 521 2 411	2 935 4 283	2 849 4 234	2 172 3 114	1 669 2 388	1 291 1 889	1 901 2 807
Elektrotechnische Industrie 2)	1975 1981	3 107 4 489	2 329 3 335	1 819 2 611	1 492 2 375	2 638 3 894	2 667 3 845	1 970 2 834	1 531 2 208	1 201 1 780	1 757 2 606
EBM-Warenindustrie, Stahlverformung, Oberflächenveredlung und Hartung ..	1975 1981	2 929 4 241	2 337 3 355	1 817 2 687	1 477 2 192	2 475 3 605	2 458 3 568	1 880 2 695	1 453 2 115	1 189 1 787	1 630 2 386
Textilindustrie	1975 1981	2 935 4 179	2 248 3 178	1 837 2 572	1 572 2 126	2 343 3 323	2 404 3 511	1 818 2 633	1 396 2 037	1 180 1 780	1 580 2 288
Bekleidungsindustrie	1975 1981	2 783 4 131	2 131 3 089	1 731 2 465	1 484 2 260	2 275 3 327	2 193 3 337	1 724 2 541	1 414 2 058	1 133 1 702	1 596 2 326
Nahrungs- und Genußmittelindustrie .	1975 1981	3 038 4 378	2 315 3 305	1 906 2 749	1 622 2 233	2 425 3 502	2 466 3 610	1 862 2 699	1 476 2 118	1 232 1 794	1 663 2 427
Hoch- und Tiefbau (einschl.Handwerk)	1975 1981	3 312 4 576	2 642 3 751	1 902 2 747	1 428 2 167	2 832 4 005	2 585 3 477	1 962 2 778	1 418 2 027	943 1 527	1 726 2 496
Handel, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	1975 1981	2 795 4 050	2 117 3 000	1 621 2 313	1 478 2 096	2 190 3 167	2 316 3 288	1 749 2 490	1 275 1 865	1 134 1 742	1 472 2 180
darunter:											
Großhandel	1975 1981	2 820 4 183	2 162 3 121	1 679 2 376	1 374 2 076	2 213 3 219	2 258 3 221	1 716 2 493	1 334 1 943	1 077 1 718	1 497 2 200
Einzelhandel	1975 1981	2 609 3 759	2 022 2 891	1 478 2 181	1 179 1 672	1 999 2 912	2 253 3 116	1 564 2 178	1 146 1 690	929 1 466	1 279 1 890
Kredit- und sonstige Finanzierungs-institute	1975 1981	2 858 4 052	2 110 2 883	1 738 2 351	1 717 2 330	2 280 3 200	2 428 3 495	1 896 2 640	1 599 2 194	1 391 1 960	1 742 2 476
Versicherungsgewerbe	1975 1981	2 921 4 128	2 080 2 907	1 688 2 417	1 528 2 212	2 387 3 465	2 520 3 579	1 884 2 717	1 559 2 315	1 282 1 970	1 781 2 649

*) Ergebnisse der laufenden Verdiensterhebung in Industrie und Handel.

1) Einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk.

2) Ohne Herstellung von Geräten und Einrichtungen für die automatische Datenverarbeitung.

3.9 Erwerbstätige Frauen und ihr Einkommen

Die Verknüpfung des Merkmals "Stellung im Beruf" mit dem Merkmal "Monatliches Nettoeinkommen" erlaubt die Betrachtung der erwerbstätigen Frauen unter mehr soziologischen Gesichtspunkten. In diesem Zusammenhang ist zu bemerken, daß die selbständigen Landwirte und alle Mithelfenden Familienangehörigen im Mikrozensus nicht nach dem monatlichen Nettoeinkommen befragt werden. Die folgenden Aussagen beschränken sich daher auf die abhängig erwerbstätigen Frauen, d.h. auf die Arbeiterinnen, Angestellten und Beamtinnen, wobei bei den zuerst genannten zu berücksichtigen ist, daß in dieser Gruppe auch die Auszubildenden mit einem niedrigen Einkommen einbezogen worden sind.

Von den rd. 5,4 Mill. Angestellten wiesen 2,0 Mill. (37,8 %) ein monatliches Nettoeinkommen von unter 1 000 DM auf, 2,5 Mill. (46,1 %) verdienten zwischen 1 000 und 1 800 DM netto im Monat und nur ein kleiner Teil (12,9 %), nämlich ca. 694 000, gaben ein darüber liegendes monatliches Nettoeinkommen an. Bei den Arbeiterinnen, der zahlenmäßig zweitstärksten Gruppe unter den erwerbstätigen Frauen, ergab sich demgegenüber folgende Einkommensverteilung: 56,5 % (1,8 Mill.) gaben ein monatliches Nettoeinkommen von unter 1 000 DM an und 39,0 % (1,2 Mill.) zwischen 1 000 und 1 800 DM. Nur 1,6 % (51 000) der Arbeiterinnen bezogen ein höheres Einkommen. Demgegenüber gaben von den 408 000 Beamtinnen mehr als die Hälfte (56,4 %) an, 1 800 DM und mehr im Monat zu verdienen.

Bei der Beurteilung dieser Angaben sollte berücksichtigt werden, daß der Anteil der Verheirateten unter den erwerbstätigen Frauen außerordentlich hoch ist und somit deren Einkommen auch als Zuverdienst zur Verbesserung des Haushaltseinkommens angesehen werden kann. Darüber hinaus sollte hierbei auch die, gegenüber den erwerbstätigen Männern, häufig andersartige Tätigkeitsstruktur der erwerbstätigen Frauen sowie der hohe Anteil an Teilzeitbeschäftigten berücksichtigt werden.

3.9 Erwerbstätige Frauen und ihr Einkommen *)

1 000

Stellung im Beruf	Ins- gesamt	Monatliches Nettoeinkommen von ... bis unter ... DM							Son- stige
		unter 600	600	1 000	1 200	1 800	2 200	3 000	
			- 1 000	- 1 200	- 1 800	- 2 200	- 3 000	und mehr	
Ledig									
Selbständige und Mith. Fam. Angeh.	103	6	10	5	11	7	6	9	50
Beamtinnen	147	/	15	7	40	24	42	16	/
Angestellte 2) ...	2 004	433	315	282	702	140	63	13	57
Arbeiterinnen 2) .	810	243	234	168	135	7	/	/	23
Zusammen ...	3 064	683	573	462	887	177	112	38	132
Verheiratet									
Selbständige und Mith. Fam. Angeh.	1 014	56	43	25	38	29	22	28	774
Beamtinnen	229	/	14	15	69	39	66	19	/
Angestellte 2) ...	2 838	435	799	316	874	201	83	26	104
Arbeiterinnen 2) .	1 990	596	612	334	367	15	/	/	62
Zusammen ...	6 071	1 091	1 468	689	1 348	284	173	74	944
Verwitwet									
Selbständige und Mith. Fam. Angeh.	104	/	6	6	11	8	8	8	55
Beamtinnen	9	-	-	-	/	/	/	/	/
Angestellte 2) ...	168	/	13	15	66	39	23	8	/
Arbeiterinnen 2) .	162	7	32	34	66	16	5	/	/
Zusammen ...	442	12	50	54	144	63	38	20	61
Geschieden									
Selbständige und Mith. Fam. Angeh.	32	/	/	/	7	/	/	/	5
Beamtinnen	23	/	/	/	/	/	9	/	/
Angestellte 2) ...	355	/	29	31	186	67	27	/	7
Arbeiterinnen 2) .	188	10	43	49	75	5	/	/	/
Zusammen ...	597	15	77	84	273	82	40	12	16
Insgesamt									
Selbständige und Mith. Fam. Angeh.	1 253	65	62	39	68	48	39	48	883
Beamtinnen	408	5	29	22	114	68	120	42	8
Angestellte 2) ...	5 364	874	1 155	644	1 827	447	195	52	171
Arbeiterinnen 2) .	3 149	856	922	584	643	42	9	/	92
Insgesamt ...	10 174	1 801	2 168	1 289	2 652	605	362	143	1 154

*) Ergebnis des Mikrozensus 1981. - Wohnbevölkerung.

1) Selbständige Landwirtinnen, Mithelfende Familienangehörige in der Landwirtschaft sowie Frauen, die keine Angaben über ihr Einkommen gemacht haben.

2) Einschl. Auszubildende.

3.10 Erwerbstätige in ausgewählten Berufen nach dem Einkommen

Bei den Nettoeinkommensgruppen, wie sie im Mikrozensus erfragt werden, ist zu berücksichtigen, daß sie nicht nur die Erwerbseinkommen einbeziehen, sondern auch andere Einkommensquellen einschließen. Dieser Sachverhalt wirkt sich zusätzlich sowohl auf die unterschiedliche Einkommensverteilung bei Männern und Frauen generell als auch innerhalb der Berufe aus. Einkünfte, die nicht aus Erwerbstätigkeit entstanden sind, finden sich in der Regel bei Frauen weniger häufig. Dazu kommt, daß es in einer Reihe von Berufen, insbesondere in solchen des Handwerks, weit weniger selbständige Frauen als Männer gibt.

Nach dieser Abgrenzung der Einkommen im Mikrozensus hatten über ein Fünftel aller Erwerbstätigen im April 1980 ein monatliches Nettoeinkommen von weniger als 1 000 DM, ein weiteres knappes Fünftel lag zwischen 1 000 und 1 400 DM. Rund 35 % verfügten über 1 400 und 2 200 DM. Nur annähernd 14 % dagegen gaben ein Einkommen in der Gruppe von 2 200 bis 4 000 DM an, fast 3 % ein solches von 4 000 und mehr, während etwas weniger als 9 % keine Angaben machten.

Von diesen Werten weicht die Einkommensverteilung bei den erwerbstätigen Frauen erheblich ab. Dort lagen über 40 % in der Einkommensgruppe von weniger als 1 000 DM, knapp ein Viertel gab zwischen 1 000 und 1 400 DM an, in der Gruppe von 1 400 bis unter 2 200 DM waren es noch reichlich 19 %, zwischen 2 200 und 4 000 DM 4,1 % und über 4 000 DM 0,4 %. Mehr als 11 % der erwerbstätigen Frauen machten keine Angaben.

Innerhalb der in der Tabelle aufgeführten Berufe liegt der Anteil der erwerbstätigen Frauen, die ein monatliches Nettoeinkommen von weniger als 1 000 DM angegeben haben, besonders hoch bei den Raum-, Hausratreinigerinnen (77,9 %), bei den Friseurinnen (74,1 %), bei den Näherinnen a.n.g. (66,1 %) und bei den Oberbekleidungsnäherinnen (65,6 %). Weit über dem Durchschnitt von 4,1 % in der Einkommensgruppe von 2 200 bis unter 4 000 DM liegen die Real-, Volks-, Sonderschullehrerinnen mit 37,6 %, die Unternehmerinnen, Geschäftsführerinnen, Geschäftsbereichsleiterinnen mit 17,2 % und die Groß- und Einzelhändlerkaufleute, Einkäuferinnen mit 11,3 %. In der Einkommensgruppe von 4 000 DM und mehr wurden nur noch bei Groß- und Einzelhändlerkaufleuten erwerbstätige Frauen (3,4 %), in statistisch gesichertem Umfang, festgestellt.

3.10 Erwerbstätige in ausgewählten Berufen nach dem Einkommen*)

1 000

Ausgewählte ¹⁾ Berufsordnung	Ge- schlecht	Ins- gesamt	Davon mit einem monatlichen Nettoeinkommen von ... bis unter ... DM				Ohne An- gabe des Ein- kommens
			unter 1 000	1 000 - 1 400	1 400 - 2 200	2 200 und mehr	
Familieneigene Landar- beitskräfte, a.n.g. ...	zusammen	478	/	/	/	-	476
	weiblich	401	/	-	-	-	400
Oberbekleidungsnäher	zusammen	92	60	27	/	/	/
	weiblich	90	59	26	/	/	/
Näher, a.n.g.	zusammen	112	73	30	6	/	/
	weiblich	109	72	30	/	/	/
Köche	zusammen	275	115	86	49	10	14
	weiblich	199	97	69	21	/	11
Groß- u. Einzelhandels- kaufleute, Einkäufer ...	zusammen	607	101	74	152	232	47
	weiblich	194	65	36	46	29	19
Verkäufer	zusammen	1 176	665	228	153	36	94
	weiblich	984	632	189	74	7	83
Bankfachleute	zusammen	344	55	79	128	74	8
	weiblich	165	38	60	59	/	/
Unternehmer, Geschäfts- führer, Geschäftsbe- reichsleiter	zusammen	513	18	24	103	341	27
	weiblich	87	15	15	31	20	7
Buchhalter	zusammen	261	58	48	99	43	13
	weiblich	191	57	42	66	15	12
Datenverarbeitungsfach- leute	zusammen	113	5	9	42	55	/
	weiblich	21	/	/	9	/	/
Bürofachkräfte	zusammen	3 354	791	700	1 217	500	146
	weiblich	1 975	683	551	565	68	108
Stenographen, Stenoty- pisten, Maschinen- schreiber	zusammen	358	82	80	155	26	15
	weiblich	349	82	79	151	23	15
Krankenschwestern, -pfleger, Hebammen	zusammen	382	111	96	147	13	15
	weiblich	324	97	89	119	6	13
Sprechstundenhelfer	zusammen	225	109	74	26	/	13
	weiblich	224	109	74	26	/	13
Kindergärtnerinnen, Kinderpflegerinnen	zusammen	123	42	46	30	/	/
	weiblich	118	41	45	28	/	/
Real-, Volks-, Sonder- schullehrer	zusammen	444	28	52	114	241	9
	weiblich	257	25	44	84	98	6
Friseure	zusammen	209	131	31	22	12	13
	weiblich	170	126	21	9	/	10
Gastwirte, Hoteliers, Gaststättenkaufleute ..	zusammen	190	35	32	51	37	36
	weiblich	92	25	18	19	9	22
Kellner, Stewards	zusammen	139	55	39	31	/	10
	weiblich	99	46	29	15	/	8
Raum-, Hausratreiniger .	zusammen	493	375	85	24	/	7
	weiblich	479	373	81	18	/	7
Erwerbstätige insgesamt	insges.	26 874	5 705	5 014	9 300	4 551	2 305
	weibl.	10 092	4 082	2 503	1 886	458	1 164

*) Ergebnis des Mikrozensus April 1980.- Wohnbevölkerung.

1) Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1975.

3.11 Erwerbstätige Frauen nach Zahl der Kinder

Im Mai 1981 waren 10,2 Mill. Frauen erwerbstätig. Dies entsprach einer Erwerbsquote von 38,0 %. Von ihnen waren 8,9 Mill. als Arbeitnehmerinnen, 647 000 als Selbständige und Mithelfende Familienangehörige außerhalb der Land- und Forstwirtschaft und 607 000 als Selbständige und Mithelfende Familienangehörige in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt. Die Zahl der erwerbstätigen Frauen mit Kindern betrug 4,5 Mill., wobei 48,4 % ein Kind, 35,5 % zwei Kinder und 16,1 % drei und mehr Kinder in ihrer Familie hatten.

Durchschnittlich kamen auf 100 erwerbstätige Frauen 174 Kinder. Bei den Arbeitnehmerinnen mit Kindern (3,6 Mill.) überwog die Einkindfamilie (51,9 %). Der Anteil der Zweikinderfamilie betrug 35,0 % und der Anteil der Arbeitnehmerinnen mit drei und mehr Kindern 13,1 %. Auf 100 Arbeitnehmerinnen, die in ihrer Familie Kinder hatten, kamen im Durchschnitt 165 Kinder. Bei den als Selbständige und Mithelfende Familienangehörige tätigen Frauen mit Kindern ergaben sich folgende Relationen: Mit einem Kind 33,2 %, mit zwei Kindern 37,7 % und mit drei und mehr Kindern 29,0 %. Im Durchschnitt hatten 100 Frauen dieser Gruppe 211 Kinder. Diese etwas höhere Kinderzahl wird insbesondere durch die in der Land- und Forstwirtschaft als Selbständige und Mithelfende Familienangehörige tätigen Frauen beeinflusst. Betrachtet man nur die Frauen mit Kindern dieser Gruppe allein (454 000), so hatten 26,4 % ein Kind, 35,2 % zwei Kinder und 38,1 % drei und mehr Kinder in ihrer Familie. Auf 100 in der Land- und Forstwirtschaft als Selbständige und Mithelfende Familienangehörige tätige Frauen, die in ihrer Familie Kinder hatten, kamen im Durchschnitt 236 Kinder. Bei den nichterwerbstätigen Frauen mit Kindern zeigte sich eine relativ ähnliche Aufgliederung nach der Kinderzahl wie bei den erwerbstätigen Frauen: 44,1 % hatten nur ein Kind, 36,5 % zwei Kinder und 19,4 % drei und mehr Kinder. Auf 100 nichterwerbstätige Frauen, die Kinder in ihrer Familie hatten, kamen 185 Kinder.

Im Mai 1981 waren von den 1,4 Mill. ausländischen Frauen 48,1 % erwerbstätig. Von den erwerbstätigen ausländischen Frauen mit Kindern hatten 41,5 % nur ein Kind in ihrer Familie. Für die erwerbstätigen ausländischen Frauen mit zwei Kindern in der Familie betrug der entsprechende Anteil 38,5 %; 20,1 % lebten mit drei und mehr Kindern zusammen. Von den nichterwerbstätigen ausländischen Frauen mit Kindern

3.11 Erwerbstätige Frauen nach Zahl der Kinder*)

1 000

Frauen Kinder	Ins- gesamt	Erwerbstätige						Nicht- er- werbs- tätige
		zu- sammen	Selbständige und Mithelfende Familienangehörige		Abhängige			
			zu- sammen	darunter außerhalb der Land- u. Forst- wirt- schaft	zu- sammen	darunter außerhalb der Land- u. Forst- wirt- schaft		

Insgesamt							
Insgesamt	26 759	10 178	1 254	647	8 924	8 842	16 581
ohne Kinder	16 250	5 721	414	261	5 308	5 258	10 528
mit Kindern	10 509	4 456	840	386	3 616	3 584	6 053
1 Kind	4 826	2 157	279	159	1 878	1 865	2 670
2 Kinder	3 790	1 583	317	157	1 266	1 254	2 207
3 Kinder u. mehr	1 893	717	244	71	471	465	1 176
Kinder insgesamt ..	18 927	7 751	1 776	706	5 975	5 914	11 176
darunter: Ausländerinnen							
Zusammen	1 359	653	27	25	626	623	705
ohne Kinder	553	289	9	9	280	279	263
mit Kindern	806	364	18	16	346	344	442
1 Kind	284	151	6	6	145	144	133
2 Kinder	291	140	9	8	131	130	151
3 Kinder u. mehr	231	73	/	/	70	70	158
Kinder zusammen ...	1 708	684	35	30	649	646	1 024

*) Ergebnis des Mikrozensus 1981.- Bevölkerung in Privathaushalten.

hatten 34,2 % zwei Kinder in der Familie. Der Anteil der nichterwerbstätigen Frauen, in deren Familie drei und mehr Kinder lebten, ist von allen in der nebenstehenden Tabelle ausgewiesenen Frauengruppen am höchsten (35,7 %). Daraus ergibt sich, daß auf 100 Frauen dieser letztgenannten Gruppe im Durchschnitt 232 Kinder entfielen.

3.12 Familienstand und Alter der Frauen

Von den 15- bis 24jährigen Frauen waren im Mai 1981 50,9 % erwerbstätig. Sie stellten ein Viertel aller erwerbstätigen Frauen. Unter den erwerbstätigen Frauen dieser Altersgruppe waren 20,1 % verheiratet, 8,0 % von ihnen hatten ledige Kinder. Von den nichterwerbstätigen Frauen dieser Altersgruppe waren 15,2 % verheiratet und 13,3 % hatten ledige Kinder in ihrer Familie.

Bei den 25- bis 34jährigen Frauen war der Anteil der Erwerbstätigen etwas höher (56,7 %). In dieser Altersgruppe waren die Unterschiede hinsichtlich des Familienstandes und der Kinderzahl noch stärker als in der jüngsten Gruppe: Bei den Nichterwerbstätigen betrug der Anteil der Verheirateten 87,9 % und 87,2 % hatten mindestens ein Kind. Bei den Erwerbstätigen dagegen lag der Anteil der Verheirateten mit 68,1 % niedriger, und nur 51,2 % hatten mindestens ein Kind in der Familie.

Bei den 35- bis 44jährigen Frauen erreichte der Grad der Erwerbstätigkeit 54,4 %. Bei den nichterwerbstätigen Frauen dieser Altersgruppe betrug der Anteil der Verheirateten 93,1 % und 91,9 % hatten mindestens ein lediges Kind. Bei den erwerbstätigen Frauen war der Anteil der Verheirateten mit 77,8 % höher als in den unteren Altersgruppen, jedoch deutlich niedriger als bei den nichterwerbstätigen Frauen. Von den erwerbstätigen Frauen hatten 74,5 % mindestens ein lediges Kind in der Familie. Der Anteil der Alleinstehenden mit Kindern war in dieser Altersgruppe bei den erwerbstätigen Frauen mehr als doppelt so hoch wie bei den nichterwerbstätigen Frauen.

Von den 45- bis 54jährigen Frauen waren immerhin noch 48,7 % erwerbstätig. Von den Erwerbstätigen dieser Altersgruppe waren 73,0 % verheiratet und 54,3 % hatten auch ledige Kinder in der Familie. Bei den nichterwerbstätigen Frauen zeigte sich eine ähnliche Entwicklung, die zweifellos dadurch hervorgerufen wurde, daß in diesem Alter ein großer Teil der Kinder bereits die Familie verlassen hatte.

Von den 55- bis 64jährigen Frauen waren 26,6 % erwerbstätig. Hiervon waren 56,1 % verheiratet, darunter 36,0 % ohne ledige Kinder. Bei den Nichterwerbstätigen lag der Anteil der Verheirateten mit 68,0 % höher. Bei der Gruppe der Älteren (65 Jahre und älter) liegt das Übergewicht bei den Alleinstehenden, vor allem bei den nichterwerbstätigen Frauen, aber auch bei der sehr kleinen Zahl der noch in diesem Alter erwerbstätigen Frauen.

3.12 Familienstand und Alter der Frauen*)

3.12.1 Frauen insgesamt

1 000

Alter der Frauen von ... bis unter ... Jahren	Ins- gesamt	Ver- heiratet zusammen- lebend	Alleinstehend				
			zu- sammen	ledig ¹⁾	ver- heiratet getrennt- lebend	ver- witwet	ge- schieden
Insgesamt							
15 - 25	4 924	871	4 054	3 986	42	/	23
25 - 35	3 983	3 053	931	630	89	23	189
35 - 45	4 351	3 689	661	236	73	89	265
45 - 55	3 935	3 185	750	247	43	273	187
55 - 65	3 665	2 376	1 289	307	32	777	173
65 und mehr	5 901	1 843	4 058	495	35	3 350	179
Insgesamt ...	26 759	15 016	11 743	5 900	313	4 515	1 015
ohne Kinder							
15 - 25	4 401	405	3 996	3 955	28	/	12
25 - 35	1 322	614	709	586	41	6	75
35 - 45	762	425	337	211	26	16	84
45 - 55	1 539	1 062	477	228	24	125	101
55 - 65	2 733	1 662	1 070	298	24	606	142
65 und mehr	5 493	1 697	3 797	489	32	3 107	169
Zusammen ...	16 250	5 865	10 385	5 766	174	3 861	584
mit Kindern (ohne Altersbegrenzung)							
15 - 25	524	466	58	32	14	/	11
25 - 35	2 661	2 439	222	43	48	17	114
35 - 45	3 589	3 264	325	25	46	73	181
45 - 55	2 395	2 123	272	19	19	148	86
55 - 65	933	714	219	9	8	171	31
65 und mehr	408	146	262	6	/	242	10
Zusammen ...	10 509	9 152	1 358	133	139	654	432

*) Ergebnis des Mikrozensus 1981. - Bevölkerung in Privathaushalten.

1) Einschl. Ledige, die Kinder in einer Familie sind.

3.12 Familienstand und Alter der Frauen*)

3.12.2 Erwerbstätige Frauen

1 000

Alter der Frauen von ... bis unter ... Jahren	Zu- sammen	Ver- heiratet zusammen- lebend	Alleinstehend				
			zu- sammen	ledig ¹⁾	ver- heiratet getrennt- lebend	ver- witwet	ge- schieden

Zusammen

15 - 25	2 504	504	2 001	1 957	26	/	16
25 - 35	2 259	1 538	721	507	58	15	142
35 - 45	2 365	1 841	524	208	54	54	208
45 - 55	1 918	1 400	518	209	28	141	140
55 - 65	976	548	429	169	11	166	83
65 und mehr	156	57	99	24	/	65	8
Zusammen ...	10 178	5 886	4 291	3 075	179	442	596

ohne Kinder

15 - 25	2 303	330	1 973	1 941	21	/	10
25 - 35	1 102	524	578	477	32	/	66
35 - 45	601	311	291	186	21	13	71
45 - 55	877	519	358	194	16	69	79
55 - 65	707	351	356	164	8	117	68
65 und mehr	131	46	85	24	/	52	8
Zusammen ...	5 721	2 080	3 641	2 985	100	256	301

mit Kindern (ohne Altersbegrenzung)

15 - 25	201	174	28	16	5	/	6
25 - 35	1 157	1 014	143	30	26	10	76
35 - 45	1 763	1 530	233	22	33	41	138
45 - 55	1 041	881	160	16	12	72	61
55 - 65	269	196	72	6	/	49	15
65 und mehr	25	11	14	/	/	13	/
Zusammen ...	4 456	3 806	650	90	79	186	296

*) Ergebnis des Mikrozensus 1981.- Bevölkerung in Privathaushalten.

1) Einschl. Ledige, die Kinder in einer Familie sind.

3.13 Erwerbstätige Frauen mit Kindern nach ihrer wöchentlichen Arbeitszeit

Mehr als zwei Drittel der im Mai 1981 erwerbstätigen Frauen hatten normalerweise 40 Stunden und mehr in der Berichtswoche gearbeitet. 14,3 % hatten eine übliche Arbeitszeit von 21 bis 39 Stunden und 17,3 % waren normalerweise 20 und weniger Stunden in der Berichtswoche tätig. Am höchsten war der Anteil derjenigen Frauen, die eine volle Arbeitszeit von 40 und mehr Stunden leisteten, in der Altersgruppe der 15- bis unter 25jährigen (93,1 %). Mit höherem Alter nahm dieser Anteil ab. Innerhalb der Altersgruppe der 45- bis unter 65jährigen entfielen 59,8 % und innerhalb der Altersgruppe der 65 Jahre und älteren Frauen 42,2 % auf die Arbeitszeitkategorie 40 Wochenstunden und mehr. Die relativen Anteile der teilzeitbeschäftigten Frauen nahmen dagegen mit höherem Alter stark zu: 20,8 bzw. 19,3 % der 45- bis unter 65jährigen erwerbstätigen Frauen arbeiteten normalerweise nur bis 20 bzw. 21 bis 39 Stunden in der Woche.

Bei den alleinstehenden erwerbstätigen Frauen waren die gleichen altersspezifischen Veränderungstendenzen hinsichtlich der Arbeitszeitaufgliederung zu beobachten. Allerdings lag hier ein etwas höheres Ausgangsniveau vor: 96,2 % der 15- bis unter 25jährigen alleinstehenden erwerbstätigen Frauen arbeiteten normalerweise 40 und mehr Stunden und nur jeweils rd. 2 % bis 20 bzw. 21 bis 39 Stunden in der Woche.

Bei den erwerbstätigen Frauen mit Kindern unter 18 Jahren in der Familie ist, unabhängig vom Alter der Kinder, ein relativ höherer Anteil von erwerbstätigen Müttern mit einer normalen Wochenarbeitszeit bis 20 Stunden zu verzeichnen. Bei diesen Müttern lagen die Anteile, je nach dem Alter der Mutter, zwischen 20,4 und 32,0 %. Für erwerbstätige Mütter mit einer Wochenarbeitszeit von 21 bis 39 Stunden beliefen sich, ebenfalls unabhängig vom Alter der Kinder unter 18 Jahren, die Anteile zwischen 17,0 und 22,3 %. Die Quote der erwerbstätigen Mütter mit einer vollen Wochenarbeitszeit von 40 und mehr Stunden war allgemein sehr viel niedriger als in der Gesamtheit aller erwerbstätigen Frauen. Die alleinstehenden erwerbstätigen Mütter mit Kindern unter 18 Jahren hatten, im Vergleich zur Gesamtheit aller erwerbstätigen Mütter mit Kindern und 18 Jahren (47,7 %), einen höheren Anteil an der Wochenarbeitszeit von 40 und mehr Stunden (64,8 %).

Bei einer Arbeitszeit bis 20 Stunden in der Woche war der Anteil der alleinstehenden erwerbstätigen Mütter mit Kindern unter 18 Jahren mit 15,9 %, im Vergleich zu allen erwerbstätigen Müttern mit Kindern unter 18 Jahren (31,0 %), nur etwa halb so hoch.

Von den als Selbständige und Mithelfende Familienangehörige tätigen Frauen hatten 60,7 % eine Wochenarbeitszeit von 40 und mehr Stunden, 15,6 % von 21 bis 39 Stunden und 23,7 % von unter 20 Stunden in der Berichtswoche. Für die erwerbstätigen Mütter dieser Gruppe ergab sich keine wesentlich andere Aufgliederung. Anders sah die Arbeitszeitsituation dagegen bei den abhängig beschäftigten Frauen aus. 69,5 % waren normalerweise 40 und mehr Stunden in der Woche tätig, 14,1 % arbeiteten 21 bis 39 Stunden und 16,4 % bis 20 Stunden in der Woche. Bei den abhängig beschäftigten Müttern mit Kindern unter 18 Jahren lag der Anteil der bis 20 Stunden bzw. 21 bis 39 Stunden in der Woche Tätigen erheblich über der Vergleichsquote aller abhängig beschäftigten Frauen, während der Anteil der abhängig beschäftigten Mütter mit einer Wochenarbeitszeit von 40 und mehr Stunden weit unter der Vergleichsquote lag.

3.13 Erwerbstätige Frauen mit Kindern nach ihrer wöchentlichen Arbeitszeit *)

Stellung im Beruf Wirtschafts- bereich Alter von ... bis unter ... Jahren	Erwerbstätige Frauen insgesamt				Mit Kindern unter 6 Jahren				Mit Kindern unter 18 Jahren			
	ins- gesamt	davon normaler- weise geleistete Wochenarbeitszeit			zu- sam- men	davon normaler- weise geleistete Wochenarbeitszeit			zu- sam- men	davon normaler- weise geleistete Wochenarbeitszeit		
		bis ein- schl. 20	21 bis 39	40 und mehr		bis ein- schl. 20	21 bis 39	40 und mehr		bis ein- schl. 20	21 bis 39	40 und mehr
		Stunden				Stunden				Stunden		
		1 000	%			1 000	%			1 000	%	

Insgesamt

Selbst. u. Mithelfende Familien- angehörige .	1 254	23,7	15,6	60,7	158	26,7	17,7	55,6	621	23,5	17,2	59,3
Abhängige ..	8 924	16,4	14,1	69,5	816	30,7	16,1	53,2	2 929	32,6	22,2	45,2
Insgesamt ..	10 178	17,3	14,3	68,5	974	30,0	16,4	53,6	3 550	31,0	21,3	47,7
15 - 25	2 504	3,3	3,6	93,1	193	20,5	16,7	62,8	201	20,4	17,0	62,6
25 - 45	4 623	21,9	16,7	61,4	767	32,5	16,2	51,3	2 722	32,0	21,4	46,5
45 - 65	2 894	20,8	19,3	59,8	15	/	/	57,5	627	29,8	22,3	47,9
65 u. mehr .	156	38,4	19,4	42,2	/	/	-	-	/	/	/	/

Alleinstehende¹⁾

Selbst. u. Mithelfende Familien- angehörige .	252	19,9	12,5	67,6	5	/	/	/	34	/	/	74,2
Abhängige ..	4 040	5,0	6,1	88,8	78	17,5	16,5	66,1	431	16,1	19,8	64,1
Zusammen ...	4 291	5,9	6,5	87,6	83	17,9	16,5	65,6	465	15,9	19,3	64,8
15 - 25	2 001	1,7	2,0	96,2	25	/	/	72,9	28	/	/	72,4
25 - 45	1 245	6,7	8,6	84,7	57	19,7	17,3	63,0	344	14,9	19,3	65,8
45 - 65	947	10,2	11,9	77,9	/	/	/	/	93	20,3	20,6	59,1
65 u. mehr .	99	38,5	19,2	42,3	-	-	-	-	/	/	-	/

*) Ergebnis des Mikrozensus Mai 1981. - Bevölkerung in Privathaushalten.

1) Einschl. Ledige, die Kinder in einer Familie sind.

3.14 Erwerbstätige nach ausgewählten Berufsbereichen und -gruppen sowie nach Staatsangehörigkeit

Angaben über Erwerbstätige in beruflicher Gliederung liegen aus dem Mikrozensus nur in Abständen von zwei Jahren vor. In der Tabelle sind die Ergebnisse vom April 1980 enthalten.

Unterschiedliche Schwerpunkte in der Erwerbstätigkeit zwischen Deutschen und Ausländern ergaben sich auch bei den Berufen. Mehr als die Hälfte der deutschen Erwerbstätigen war in Dienstleistungsberufen tätig, etwa drei Zehntel in Fertigungsberufen. Betrachtet man die erwerbstätigen deutschen Frauen für sich alleine, so arbeiteten mehr als sieben von zehn Frauen in einem Dienstleistungsberuf und etwa jede sechste in einem Fertigungsberuf. Im Gegensatz zu den deutschen Erwerbstätigen arbeiteten rd. zwei Drittel der ausländischen in Fertigungsberufen und knapp drei Zehntel in Dienstleistungsberufen. Auch von den erwerbstätigen ausländischen Frauen wurden, anders als bei den deutschen Frauen, fast sechs Zehntel in einem Fertigungsberuf und vier Zehntel in einem Dienstleistungsberuf gezählt.

Innerhalb der Fertigungsberufe hatten von den erwerbstätigen Frauen die Hilfsarbeiterinnen ohne nähere Tätigkeitsangabe, sowohl bei den Deutschen als auch bei den Ausländerinnen, den höchsten Anteil. Dieser betrug bei den deutschen Frauen mehr als ein Fünftel, bei den ausländischen Frauen sogar knapp ein Drittel. Die Bürofach-, Bürohilfskräfte stellten innerhalb der Dienstleistungsberufe bei den deutschen Frauen, mit etwas mehr als einem Drittel, die größte Gruppe. Bei den Ausländerinnen lagen dagegen die Reinigungsberufe mit gut einem Viertel der Erwerbstätigen an der Spitze.

Erhebliche Unterschiede zwischen deutschen und ausländischen erwerbstätigen Frauen zeigten sich auch bei den drei in der Tabelle nachgewiesenen Wirtschaftsbereichen. So waren weit mehr als die Hälfte der ausländischen Frauen im Produzierenden Gewerbe beschäftigt, von den deutschen Frauen dagegen nur knapp drei Zehntel. Anders im Bereich von Handel und Verkehr, in dem mehr als ein Fünftel der deutschen Frauen arbeiteten, im Gegensatz zu knapp einem Zehntel der Ausländerinnen. In den sonstigen Wirtschaftsbereichen (Dienstleistungen) war, im Verhältnis zu den beiden anderen Bereichen, der Anteil der deutschen Frauen mit über vier Zehnteln am höchsten. Der Anteilswert der ausländischen erwerbstätigen Frauen lag hier bei einem Drittel.

3.14 Erwerbstätige nach ausgewählten Berufsbereichen und -gruppen
sowie nach Staatsangehörigkeit*)

3.14.1 Fertigungsberufe

1 000

Ausgewählte, Berufsgruppen ¹⁾	Ge- schlecht	Darunter Wirtschaftsbereiche							
		Insgesamt		Produzierendes Gewerbe		Handel und Verkehr		Sonst. Wirt- schaftsber. (Dienstlei- stungen)	
		Deut- sche	Aus- län- der	Deut- sche	Aus- län- der	Deut- sche	Aus- län- der	Deut- sche	Aus- län- der
Fertigungsberufe zusammen	zus. weibl.	7 589 1 481	422 382	6 449 1 151	1 286 323	542 116	53 17	581 208	81 41
darunter:									
Kunststoffverar- beiter	zus. weibl.	30 12	11 /	30 12	11 /	/ /	/ -	/ /	- -
Metallverformer (spanlos)	zus. weibl.	46 18	20 7	45 18	20 7	/ /	/ -	/ -	/ -
Montierer und Me- tallberufe a.n.g.	zus. weibl.	192 90	113 48	185 88	112 48	/ /	/ /	/ /	/ -
Spinnberufe	zus. weibl.	26 17	11 6	26 16	11 6	/ -	- -	/ /	- -
Textilverarbeiter	zus. weibl.	311 276	43 35	273 245	41 33	23 19	/ /	15 12	/ /
Lederhersteller, Leder- und Fell- verarbeiter	zus. weibl.	99 52	13 8	86 47	12 7	10 /	/ /	/ /	/ /
Speisenbereiter .	zus. weibl.	222 163	56 39	31 25	6 /	16 12	/ /	174 125	45 31
Warenprüfer, Ver- sandfertigtmacher	zus. weibl.	311 176	64 39	247 135	55 33	47 32	7 /	15 8	/ /
Hilfsarbeiter ohne nähere Tä- tigkeitsangabe ..	zus. weibl.	784 319	379 124	612 256	345 111	69 30	19 6	97 30	14 7
Erwerbstätige insgesamt	insges. weibl.	24 707 9 423	2 167 669	10 659 2 612	1 515 376	4 513 2 049	210 66	8 124 4 062	417 222

*) Ergebnis des Mikrozensus April 1980.- Wohnbevölkerung.

1) Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1975.

3.14 Erwerbstätige nach ausgewählten Berufsbereichen und -gruppen
sowie nach Staatsangehörigkeit*)

3.14.2 Dienstleistungsberufe

1 000

Ausgewählte Berufsgruppen ¹⁾	Ge- schlecht	Insgesamt		Darunter Wirtschaftsbereiche					
				Produzierendes Gewerbe		Handel und Verkehr		Sonst. Wirt- schaftsber. (Dienstlei- stungen)	
		Deut- sche	Aus- län- der	Deut- sche	Aus- län- der	Deut- sche	Aus- län- der	Deut- sche	Aus- län- der
Dienstleistungsberufe zusammen	zus.	13 771	610	2 959	149	3 751	150	7 019	310
	weibl.	6 913	264	1 311	44	1 861	47	3 717	173
darunter:									
Warenkaufleute ..	zus.	1 972	70	399	10	1 451	51	112	9
	weibl.	1 225	29	196	/	963	22	59	/
Rechnungskaufleute, Datenver- arbeitungsfachleute	zus.	467	15	193	7	140	/	132	/
	weibl.	282	6	94	/	112	/	74	/
Bürofach-, Büro- hilfskräfte	zus.	3 737	67	1 273	28	869	15	1 584	25
	weibl.	2 344	42	810	16	506	8	1 020	17
Übrige Gesund- heitsdienstberufe ²⁾	zus.	761	36	9	-	7	-	745	36
	weibl.	662	32	5	-	7	-	651	32
Lehrer	zus.	697	24	6	/	8	/	682	23
	weibl.	342	11	/	-	/	-	338	11
Körperpfleger ...	zus.	216	11	/	-	/	/	212	11
	weibl.	179	8	/	-	/	/	175	8
Gästebetreuer ...	zus.	303	57	13	/	18	/	269	53
	weibl.	194	20	11	/	14	/	166	16
Hauswirtschaft- liche Berufe	zus.	152	13	9	/	/	/	135	13
	weibl.	147	13	8	/	/	/	132	12
Reinigungsberufe	zus.	555	88	90	22	64	9	401	57
	weibl.	487	68	77	14	51	5	357	48
Erwerbstätige insgesamt	insges.	24 707	2 167	10 659	1 515	4 513	210	8 124	417
	weibl.	9 423	669	2 612	376	2 049	66	4 062	222

*) Ergebnis des Mikrozensus April 1980. - Wohnbevölkerung.

1) Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1975.

2) Gesundheitsdienstberufe außer Ärzte und Apotheker.

3.15 Erwerbstätige nach Wirtschaftsabteilungen, Stellung im Beruf und Staatsangehörigkeit

Die wirtschaftlichen Schwerpunkte der Erwerbstätigkeit von Ausländern lagen 1981 im Verarbeitenden Gewerbe, gefolgt von den Dienstleistungen und dem Baugewerbe. Im Vergleich dazu standen in der Reihenfolge bei den Deutschen dieselben Wirtschaftsabteilungen wie bei den Ausländern an erster und zweiter Stelle, hingegen rangierten der Handel sowie Gebietskörperschaften und Sozialversicherung noch vor dem Baugewerbe.

In der Gliederung nach der Stellung im Beruf weicht die Struktur bei den Ausländern wesentlich von derjenigen der Deutschen ab. Wenn auch der Anteil der Selbständigen unter den ausländischen Erwerbstätigen zunahm (1970 waren es 1,6 %, 1981 dagegen bereits 4,0 %), so lag dieser Anteil immer noch unter der Hälfte desjenigen der Deutschen. Fast unbedeutend war mit 0,7 % der Anteil der Mithelfenden Familienangehörigen unter den Ausländern (Deutsche: 3,5 %). Der Schwerpunkt der Erwerbstätigkeit von Ausländern lag bei den Arbeitnehmern (zusammen 95,3 %), wobei die Arbeiter mit rd. drei Vierteln die größte Gruppe bildeten. Bei den deutschen Erwerbstätigen waren 1981 hingegen die Anteile von Angestellten und Arbeitern annähernd gleich groß (37,4 bzw. 35,7 %).

Bei den Ausländerinnen war, im Vergleich zu den Männern, der Anteil der Selbständigen und Arbeiter niedriger und der Anteil der Angestellten höher. Allerdings war der Anteil der weiblichen Angestellten bei den Ausländern im Mai 1981 wesentlich niedriger und derjenige der Arbeiterinnen wesentlich höher als bei den Deutschen.

3.15 Erwerbstätige nach Wirtschaftsabteilungen, Stellung
im Beruf und Staatsangehörigkeit*)

1 000

Wirtschafts- abteilung 1)	Ge- schl.	Stellung im Beruf									
		Ins- gesamt		Selbst. u. Mithelf. Familien- angehörige		Ange- stellte		Arbeiter		Auszu- bildende	
		Deut- sche ²⁾	Aus- län- der	Deut- sche	Aus- län- der	Deut- sche	Aus- län- der	Deut- sche	Aus- län- der	Deut- sche	Aus- län- der
Land- u. Forstwirt- schaft, Tierhaltung und Fischerei	z w	1 375 682	25 1 5	130 604	7 /	39 18	/ /	166 49	16 /	36 11	/ /
Energiewirtschaft u. Wasserversorgung, Bergbau	z w	504 46	52 /	/	/	187 33	/	293 11	48 /	21 /	/
Verarbeitendes Ge- werbe (ohne Bauge- werke)	z w	8 364 2 381	1 251 355	438 99	17 2 /	725 948	88 4 24 1	639 1 203	125 323	553 128	21 /
Baugewerbe	z w	1 743 157	200 6	167 22	/	306 108	8 1 /	146 18	184 /	124 9	/
Handel	z w	3 002 1 720	137 59	499 197	23 1 5 1	713 135	43 25	578 259	66 26	206 126	5 /
Verkehr u. Nachrich- tenübermittlung	z w	1 437 315	86 11	87 16	/	331 149	17 /	529 81	65 6	40 11	/
Kreditinstitute u. Versicherungsgewerbe	z w	874 432	19 11	47 9	/	728 367	15 9	39 28	/	46 26	/
Dienstleistungen, so- weit anderweitig nicht genannt	z w	4 304 2 670	330 174	673 270	46 2 13 1	011 396	126 61	845 574	151 94	241 195	8 6
Organisationen ohne Erwerbscharakter u. Private Haushalte ..	z w	506 341	24 15	7 /	/	302 207	12 5	139 112	11 9	18 12	/
Gebietskörperschaf- ten u. Sozialver- sicherung	z w	2 663 773	53 19	5 /	/	928 498	23 9	481 149	30 10	38 21	/
Insgesamt ...	i w	24 771 9 516	2 176 658	3 055 1 226	102 9 27 4	269 858	335 8 141 2	855 484	1 698 477	1 320 541	41 14

*) Ergebnis des Mikrozensus 1981.- Wohnbevölkerung.

1) Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1970.

2) Einschl. Beamte

3.16 Ausländische Erwerbstätige nach Alter und Familienstand

Nicht nur bei der Wohnbevölkerung insgesamt, auch bei den Erwerbstätigen, unterscheidet sich die Altersgliederung der Ausländer erheblich von der der Deutschen. Gleiches gilt auch für die Gliederung nach dem Familienstand.

Im Mai 1981 waren 658 000 Ausländerinnen im Bundesgebiet erwerbstätig, das war fast ein Drittel (30,2 %) aller ausländischen Erwerbstätigen. Der Anteil der Frauen an den ausländischen Erwerbstätigen war in der Altersgruppe der 25- bis unter 35jährigen mit 36,3 % am höchsten. Bei den bis 25jährigen war der Frauenanteil mit 35,7 % nur geringfügig niedriger. Dieser Anteil war bei den 35jährigen und älteren ausländischen Erwerbstätigen mit einem knappen Viertel (24,7 %) deutlich kleiner als bei den jüngeren.

Weit mehr als die Hälfte der erwerbstätigen Ausländerinnen (57,3 %) war jünger als 35 Jahre. Bei den erwerbstätigen Deutschen war der Anteil dieser Altersgruppe mit 45,5 % deutlich geringer. Dafür lag der Anteil der 45jährigen und älteren erwerbstätigen Ausländerinnen mit 15,5 % erheblich unter dem der Deutschen (31,4 %).

Von den erwerbstätigen Ausländerinnen waren fast drei Viertel (73,4 %) verheiratet, während sich dieser Anteil bei den Deutschen auf 58,7 % belief. Der Anteil der Alleinstehenden war dementsprechend bei den Ausländerinnen deutlich niedriger. Dies war vor allem dadurch bedingt, daß der Anteil der Ledigen unter ihnen mit 19,5 % um rd. ein Drittel geringer war als bei den Deutschen (30,8 %).

3.16 Ausländische Erwerbstätige nach Alter
und Familienstand *)

Alter von ... bis unter ... Jahren	Ins- gesamt	Familienstand			
		ledig	verhei- ratet	ver- witwet	ge- schieden
	1 000	%			

Insgesamt

unter 25	333	67,3	32,2	/	/
25 - 35	711	16,2	80,8	/	2,7
35 - 45	704	6,7	89,1	0,8	3,5
45 - 55	342	6,4	88,1	1,8	3,7
55 - 65	81	8,7	79,7	/	/
65 und mehr ...	6	/	/	/	/
Insgesamt ...	2 176	19,1	77,1	0,9	2,9

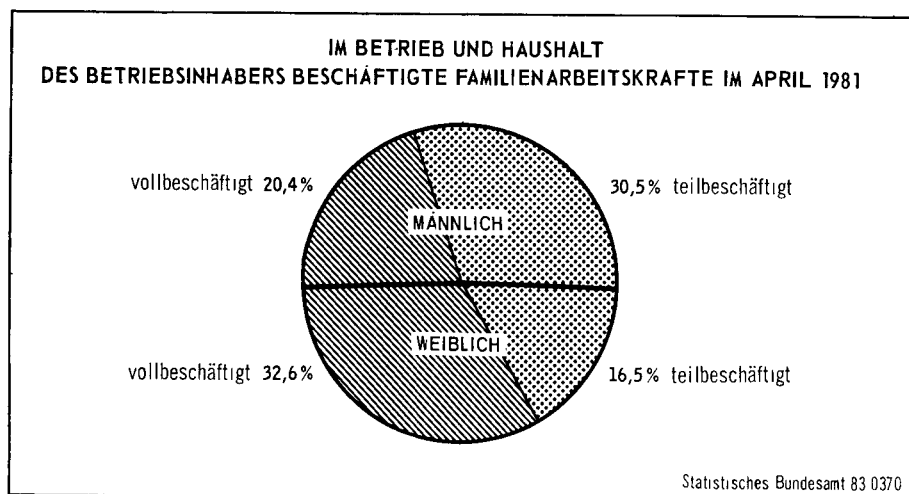
Frauen

unter 25	119	60,2	39,0	/	/
25 - 35	258	12,4	83,6	/	3,5
35 - 45	178	7,9	82,7	/	7,5
45 - 55	80	9,5	77,0	/	8,5
55 - 65	22	/	56,0	/	/
65 und mehr ...	/	/	/	/	/
Zusammen ...	658	19,5	73,4	2,0	5,0

*) Ergebnis des Mikrozensus 1981. - Wohnbevölkerung.

3.17 Betriebsinhaber und Familienangehörige in der Landwirtschaft

In den landwirtschaftlichen Betrieben wurden - nach der Arbeitskräfteerhebung vom April 1981 - 2,70 Mill. Betriebsinhaber und Familienangehörige im Alter von 15 und mehr Jahren ermittelt. Fast die Hälfte dieser Personen waren Frauen (1,32 Mill.). Bei den Betriebsinhabern (782 000) waren die Frauen allerdings nur mit einem Anteil von 8,2 % vertreten. Der Anteil der weiblichen Familienangehörigen, die im landwirtschaftlichen Betrieb (einschl. Haushalt des Betriebsinhabers) tätig waren, betrug dagegen 74,0 %. Von den 718 000 männlichen Betriebsinhabern hatten fast die Hälfte (47,0 %) angegeben, in ihrem Betrieb vollbeschäftigt zu sein, während der andere Teil mit betrieblichen Arbeiten teilbeschäftigt war. Daneben waren 45,6 % der männlichen Betriebsinhaber noch anderweitig erwerbstätig. Bei den 64 000 weiblichen Betriebsinhabern waren 68,9 % im landwirtschaftlichen Betrieb (einschl. Haushalt des Betriebsinhabers) vollbeschäftigt und 31,1 % teilbeschäftigt. Nur 16,0 % der weiblichen Betriebsinhaber waren noch anderweitig erwerbstätig. Von den 1,9 Mill. Familienangehörigen waren 51,6 % mit betrieblichen Arbeiten (ohne Haushaltstätigkeiten) beschäftigt, der entsprechende Anteil bei den weiblichen Familienangehörigen (52,4 %) lag nur wenig über dem der männlichen Familienangehörigen (50,0 %). Von den männlichen Familienangehörigen waren 41,4 % und von den weiblichen Familienangehörigen 17,5 % anderweitig erwerbstätig.



3.17 Betriebsinhaber und Familienangehörige in der Landwirtschaft*)

1 000

Alter von ... bis unter ... Jahren	Personen- gruppe Geschlecht	Ins- gesamt	Und zwar				
			im Betrieb ein- schl. Haushalt ¹⁾ beschäftigt		im Betrieb beschäftigt	anderweitig erwerbstätig	
			zu- sammen	vollbe- schäftigt	zu- sammen	zu- sammen	und im Be- trieb be- schäftigt
15 - 25	Betr.-Inh.	16	16	7	16	8	8
	Frauen	2	2	1	2	1	1
	Fam.-Angeh.	635	247	55	184	319	80
	Frauen	290	107	24	45	142	13
	Zusammen	651	263	63	200	327	88
	Frauen	292	110	25	48	143	14
25 - 65	Betr.-Inh.	711	711	361	711	329	329
	Frauen	50	50	38	50	9	9
	Fam.-Angeh.	887	796	600	659	170	83
	Frauen	721	689	564	553	75	29
	Zusammen	1 598	1 507	961	1 370	499	411
	Frauen	771	739	602	603	84	38
65 u. mehr	Betr.-Inh.	56	56	15	56	4	4
	Frauen	12	12	5	12	0	0
	Fam.-Angeh.	391	241	56	146	4	2
	Frauen	243	153	40	60	2	1
	Zusammen	448	296	71	201	7	5
	Frauen	254	165	45	72	2	1
Insgesamt	Betr.-Inh.	782	782	384	782	340	340
	Frauen	64	64	44	67	10	10
	Fam.-Angeh.	1 915	1 283	711	988	493	165
	Frauen	1 254	949	629	657	219	42
	Insgesamt	2 697	2 066	1 095	1 770	833	505
	Frauen	1 318	1 013	673	722	229	52

*) Arbeitskräftestichprobe in der Landwirtschaft im April 1981. - Bundesgebiet ohne Hamburg, Bremen und Berlin.

1) Des Betriebsinhabers.

3.18 Personalentwicklung im unmittelbaren Öffentlichen Dienst

Die Personalentwicklung von 1963 bis 1980 im Öffentlichen Dienst ist sowohl bei den Vollzeit- als auch bei den Teilzeitbeschäftigten durch eine Zunahme gekennzeichnet. Bei den Vollzeitbeschäftigten fiel sie mit 26,8 % wesentlich niedriger aus als bei den Teilzeitbeschäftigten mit 159,1 %. Das Ansteigen der Zahl der im Öffentlichen Dienst beschäftigten Frauen war mit 60,0 % bei den Vollzeitbeschäftigten und mit 194,3 % bei den Teilzeitbeschäftigten deutlich stärker als in der Gesamtheit.

Unterschieden nach der dienstlichen Stellung der Vollzeitbeschäftigten zeigte sich der stärkste Anstieg in diesem Zeitraum bei den Beamtinnen mit 110,8 %. Der Anteil der Frauen an den Beamten nahm von 13,3 % (1963) auf 20,8 % (1980) zu. Die Zahl der weiblichen Angestellten stieg im gleichen Zeitraum um 65,1 % an, während sich der Anteil der Frauen an den Angestellten von 50,5 % (1963) auf 54,9 % (1980) erhöhte. Die Zahl der Arbeiterinnen ging in diesem Zeitraum bei einem um rd. 18 % gleichbleibenden Anteil um 7,6 % zurück.

Teilzeitbeschäftigung wurde im Öffentlichen Dienst in zunehmendem Maße von Frauen ausgeübt: Ihr Anteil stieg von 82,3 % (1963) auf 93,4 % (1980). Besonders ausgeprägt war dieser Anstieg bei den Beamtinnen, deren Anteil von 36,1 auf 96,0 % anstieg, wobei er 1974 mit 96,8 % sogar noch etwas höher gelegen hatte. Der Anteil der weiblichen Angestellten stieg in der gleichen Zeit von 66,2 auf 91,1 % an. Bereits 1963 wiesen die Arbeiterinnen den höchsten Anteilswert (87,4 %) auf. Daran hatte sich auch 1980 mit einem Anteil von 95,1 % nichts geändert.

3.18 Personalentwicklung im unmittelbaren öffentlichen Dienst*)

Beschäftigungsumfang Dienstverhältnis	Ge- schl.	Ein- heit	2. Oktober		30. Juni	
			1963	1969	1974	1980
Vollbeschäftigte	i	1 000	2 850,2	3 021,9	3 462,0	3 613,9
	w	1 000	693,4	804,5	1 018,1	1 109,5
	w	%	24,3	26,6	29,4	30,7
Beamte u. Richter	z	1 000	1 254,3	1 384,8	1 562,0	1 683,5
	w	1 000	166,2	223,6	295,1	350,4
	w	%	13,3	16,1	18,9	20,8
Angestellte	z	1 000	741,1	861,8	1 055,0	1 126,3
	w	1 000	374,3	440,4	567,8	617,9
	w	%	50,5	51,1	53,8	54,9
Arbeiter	z	1 000	854,8	775,3	845,0	804,1
	w	1 000	152,9	140,5	155,3	141,3
	w	%	17,9	18,1	18,4	17,6
Teilzeitbeschäftigte ¹⁾ .	i	1 000	165,4	222,3	333,2	428,6
	w	1 000	136,0	196,1	307,1	400,3
	w	%	82,3	88,2	92,2	93,4
Beamte u. Richter	z	1 000	1,9	3,7	25,3	55,3
	w	1 000	0,7	2,5	24,5	53,1
	w	%	36,1	66,6	96,8	96,0
Angestellte	z	1 000	35,5	73,2	136,5	197,3
	w	1 000	23,5	60,5	122,4	179,7
	w	%	66,2	82,7	89,7	91,1
Arbeiter	z	1 000	128,0	145,4	171,4	176,0
	w	1 000	111,9	133,1	160,2	167,4
	w	%	87,4	91,6	93,5	95,1

*) Ergebnis der Personalstandstatistik.

1) Teilzeitbeschäftigte mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit eines Vollbeschäftigten.

3.19 Beschäftigte des unmittelbaren öffentlichen Dienstes nach Alter und Beschäftigungsbereichen

Am 30. Juni 1977 waren im unmittelbaren öffentlichen Dienst 3,8 Mill. Personen beschäftigt. Hiervon waren 35,8 % Frauen. Ihr Anteil lag in der Altersgruppe bis zu 25 Jahren mit 50,4 % am höchsten. Von den Bediensteten im Alter von 25 bis unter 35 Jahren waren 39,7 % und von denen im Alter von 35 bis unter 45 Jahren 29,1 % Frauen. In diesen Zahlen kommen indirekt die familiären Verpflichtungen vieler Frauen dieses Alters zum Ausdruck, die ihnen eine Berufstätigkeit zumindest erschweren. Diese Vermutung läßt sich aus der Tatsache ableiten, daß die weiblichen Bediensteten in den Altersgruppen der 45- bis unter 55jährigen sowie der 55- bis unter 60jährigen mit 32,1 bzw. 36,2 % wieder stärker vertreten waren. Bei den Sechzigjährigen oder älteren war mit 22,0 % der geringste Frauenanteil festzustellen. Dies ist auf die Regelung zurückzuführen, die den Frauen ein früheres Ausscheiden aus dem Berufsleben als den Männern ermöglicht.

Bei den öffentlichen Arbeitgebern finden Frauen in sehr unterschiedlichem Maße Beschäftigung. Den geringsten Anteil weiblicher Bediensteter wies am 30. Juni 1977 die Deutsche Bundesbahn mit 6,0 % auf. Der "Bundesbahner" ist also noch immer ein typischer Männerberuf, obwohl sehr viele Arbeitsplätze in diesem Bereich dies im Hinblick auf die körperlichen Anforderungen sicherlich kaum noch als notwendig erscheinen lassen. Bei der Deutschen Bundespost ist der Anteil der weiblichen Bediensteten mit 29,5 % fast fünfmal so hoch. Hierbei fällt auf, daß der Rückgang dieses Anteils in den mittleren Altersgruppen wesentlich weniger stark ausgeprägt ist als in den übrigen Bereichen des öffentlichen Dienstes. Ursache hierfür ist das relativ hohe Maß der Teilzeitbeschäftigung in diesen Altersgruppen: So waren 1977 von den rd. 60 000 bei der Deutschen Bundespost beschäftigten Frauen im Alter von 25 bis unter 45 Jahren rd. 26 000 (43,8 %) teilzeitbeschäftigt. Der höchste Anteil weiblicher Bediensteter war mit 50,2 % bei den Zweckverbänden festzustellen, hier war der "Einbruch" in den mittleren Altersgruppen besonders deutlich ausgeprägt. Der Anteil fiel von 81,8 % bei den bis zu 25jährigen über 47,9 % bei den 25- bis unter 35jährigen auf 38,6 % bei den 35- bis unter 45jährigen ab, stieg aber über 45,6 % bei den 45- bis unter 55jährigen auf 52,6 % bei den 55- bis unter 60jährigen an und betrug bei den 60jährigen oder älteren immer noch 42,8 %, was den bei weitem größten Anteil in dieser Altersgruppe bedeutete.

Bei den Gebietskörperschaften, die 77,0 % aller Beschäftigten im unmittelbaren Öffentlichen Dienst bzw. 87,3 % aller dort beschäftigten Frauen umfaßten, wies der Bund mit 23,1 % einen erheblich niedrigeren Frauenanteil auf als die Länder mit 40,3 % und die Gemeinden bzw. Gemeindeverbände mit 46,6 %. Dabei weicht die Altersstruktur der weiblichen Bediensteten bei Bund, Ländern und Gemeinden recht deutlich voneinander ab: Die Frauen im Bundesdienst waren im Durchschnitt älter als die Frauen im Dienst der Länder und Gemeinden. Dies wird daran deutlich, daß 45,3 % der weiblichen Bediensteten des Bundes gegenüber 26,6 % bei den Ländern und 31,4 % bei den Gemeinden 45 Jahre oder älter waren.

3.19 Beschäftigte des unmittelbaren öffentlichen Dienstes
nach Alter und Beschäftigungsbereichen*)

Alter von... bis unter... Jahren	Geschl.	Einheit	Insgesamt	Gebietskörperschaften				Zweckverbände	Deutsche Bundesbahn	Deutsche Bundespost
				zusammen	Bund	Länder	Gemeinden/Gv.			
unter 25 ...	z	1 000	545,2	395,9	35,4	196,8	163,6	4,2	51,7	93,4
	w	1 000	274,7	237,7	9,2	109,2	119,4	3,5	5,6	27,9
	w	%	50,4	60,0	25,9	55,5	72,9	81,8	10,9	29,9
25 - 35 ...	z	1 000	952,9	766,6	57,5	509,8	199,3	6,0	73,4	106,9
	w	1 000	378,4	343,2	15,1	229,4	98,7	2,9	3,9	28,4
	w	%	39,7	44,8	26,2	45,0	49,5	47,9	5,4	26,5
35 - 45 ...	z	1 000	1 030,8	794,2	97,2	432,0	265,0	7,9	114,4	114,4
	w	1 000	300,4	261,1	17,1	142,0	102,0	3,0	4,5	31,8
	w	%	29,1	32,9	17,6	32,9	38,5	38,6	3,9	27,8
45 - 55 ...	z	1 000	856,9	640,0	81,4	311,3	247,2	6,0	105,4	105,5
	w	1 000	275,0	232,4	20,5	113,8	98,1	2,8	5,9	34,0
	w	%	32,1	36,3	25,2	36,5	39,7	45,6	5,6	32,2
55 - 60 ...	z	1 000	313,5	247,4	35,8	122,3	89,4	2,0	31,6	32,5
	w	1 000	113,4	96,4	10,9	47,2	38,3	1,1	2,8	13,1
	w	%	36,2	39,0	30,4	38,6	42,9	52,6	9,0	40,3
60 u. mehr	z	1 000	131,0	107,0	19,0	51,6	36,5	0,8	11,0	12,1
	w	1 000	28,8	26,3	2,8	13,5	10,1	0,4	0,3	1,8
	w	%	22,0	24,6	14,7	26,1	27,7	42,8	2,7	15,1
Insgesamt .	i	1 000	3 830,2	2 951,0	326,2	1 623,8	1 001,1	27,0	387,5	464,7
	w	1 000	1 370,7	1 197,1	75,5	655,0	466,6	13,5	23,1	137,0
	w	%	35,8	40,6	23,1	40,3	46,6	50,2	6,0	29,5

*) Ergebnis der Personalstandstatistik. - Stichtag 30.6.1977.

3.20 Vollbeschäftigte im unmittelbaren öffentlichen Dienst

Von den rd. 3,6 Mill. Vollbeschäftigten im unmittelbaren öffentlichen Dienst waren fast die Hälfte (46,6 %) Beamte und Richter, ein knappes Drittel (31,2 %) Angestellte und ein gutes Fünftel (22,3 %) Arbeiter. Dabei waren die Laufbahngruppen bei den Beamten und Richtern einerseits sowie den Angestellten andererseits recht unterschiedlich besetzt: Zählten von den Beamten 20,7 % zum höheren Dienst, so waren es bei den Angestellten nur 7,1 %. Im gehobenen Dienst befanden sich 33,3 % der Beamten gegenüber 19,5 % der Angestellten. Im mittleren Dienst waren 36,3 % der Beamten, aber 67,5 % der Angestellten eingruppiert. Im einfachen Dienst war der Anteil der Beamten mit 9,7 % wiederum höher als der der Angestellten mit 5,9 %.

Die Verteilung der vollbeschäftigten weiblichen Bediensteten war im Vergleich hierzu recht unterschiedlich: Von den Beamtinnen und Richterinnen befanden sich 19,9 % im höheren Dienst, von den weiblichen Angestellten waren es jedoch nur 2,6 %. Mit 51,4 % war mehr als die Hälfte der Beamtinnen im gehobenen Dienst beschäftigt, gegenüber lediglich 12,2 % der weiblichen Angestellten. Dafür belief sich der Anteil der Beamtinnen im mittleren Dienst, in dem mit 78,3 % die Mehrzahl der weiblichen Angestellten zu finden war, auf 26,9 %. Im einfachen Dienst befanden sich 1,9 % der Beamtinnen gegenüber 6,9 % der weiblichen Angestellten.

Von den vollbeschäftigten Beamten und Richtern im Bundesdienst waren nur 4,4 % Frauen; bei den Ländern dagegen waren es - wohl hauptsächlich aufgrund des hohen Anteils von Frauen im Bildungswesen, das weitestgehend Länderangelegenheit ist - 27,3 %, während die Gemeinden und Gemeindeverbände mit 17,0 % ebenfalls, wenn auch nicht so weit wie der Bund, unter dem Durchschnitt lagen. Auch bei den Zweckverbänden, die ohnehin nur relativ wenige Beamte beschäftigen (6,5 %), war der Anteil der Frauen an dieser Gruppe mit 8,3 % relativ niedrig. Am niedrigsten lag er mit 2,6 % bei der Deutschen Bundesbahn, während bei der Deutschen Bundespost 19,7 % der Beamten Frauen waren.

Bei den vollbeschäftigten Angestellten im unmittelbaren öffentlichen Dienst lag dagegen der Anteil der Frauen wesentlich höher. Hier wies der Bund mit 45,5 % den niedrigsten Anteil auf. Bei der Deutschen Bundespost hingegen waren sieben von zehn (69,9 %) Angestellten

Frauen, die weit überwiegend (86,0 %) im mittleren Dienst beschäftigt waren. In den Ländern und Gemeinden sowie bei der Deutschen Bundesbahn entsprach der Anteil der Frauen an den Angestellten annähernd dem Durchschnitt von 54,9 %, während er bei den Zweckverbänden mit 49,2 % etwas darunter lag.

Bei den vollbeschäftigten Arbeitern im unmittelbaren öffentlichen Dienst war der Anteil der Frauen mit 17,6 % noch geringer als bei den Beamten und Richtern. Die Bundesbahn lag mit 5,8 % Arbeiterinnen sehr deutlich unter diesem Durchschnitt, während die Bundespost und der Bund diesen mit 14,6 bzw. 16,4 % fast erreichten. Die Zweckverbände sowie die Gemeinden wiesen hier mit 22,4 bzw. 21,5 % überdurchschnittliche Werte auf. Der höchste Frauenanteil war mit 23,8 % bei den Ländern zu verzeichnen.

Faßt man die entsprechenden Laufbahngruppen der Beamten und Richter sowie der Angestellten zusammen, so ergibt sich, daß am 30. Juni 1980 der Anteil der Frauen, die sich im höheren Dienst befanden, mit 8,8 % in etwa halb so groß war wie der der Männer mit 18,6 %. Im gehobenen Dienst war das Verhältnis fast ausgeglichen: 28,5 % der Männer bzw. 26,4 % der Frauen befanden sich in dieser Laufbahngruppe. Im mittleren Dienst waren 43,1 % der Männer gegenüber 59,7 % der Frauen beschäftigt, während von den im unmittelbaren öffentlichen Dienst vollbeschäftigten Männern 9,8 % im einfachen Dienst eingruppiert waren, befanden sich nur 5,1 % der Frauen in dieser Laufbahngruppe.

3.20 Vollbeschäftigte im unmittelbaren öffentlichen Dienst*)

Gliederungs- merkmal	Ins- gesamt	Gebietskörperschaften				Zweck- ver- bände	Deut- sche Bundes- bahn	Deut- sche Bundes- post
		zu- sammen	Bund	Länder	Gemein- den/Gv.			
Beamte u. Richter	1 683 455	1 197 986	111 087	947 397	139 502	1 924	188 210	295 335
Frauen	350 371	287 146	4 898	258 587	23 661	160	4 857	58 208
Frauen in % .	20,8	24,0	4,4	27,3	17,0	8,3	2,6	19,7
davon:								
Höherer Dienst	348 243	343 521	15 360	306 575	21 586	445	1 939	2 338
Frauen	69 572	69 446	617	66 674	2 155	33	26	67
Frauen in % .	20,0	20,2	4,0	21,7	10,0	7,4	1,3	2,9
Gehobener Dienst	561 261	503 406	33 791	395 992	73 623	1 103	22 751	34 001
Frauen	179 939	176 193	2 480	161 675	12 038	66	724	2 956
Frauen in % .	32,1	35,0	7,3	40,8	16,4	6,0	3,2	8,7
Mittlerer Dienst	610 978	337 793	58 409	236 053	43 330	369	134 293	138 523
Frauen	94 188	41 360	1 777	30 176	9 407	61	3 795	48 972
Frauen in % .	15,4	12,2	3,0	12,8	21,7	16,5	2,8	35,4
Einfacher Dienst	162 973	13 266	3 527	8 777	962	7	29 227	120 473
Frauen	6 672	147	24	62	61	-	312	6 213
Frauen in % .	4,1	1,1	0,7	0,7	6,3	-	1,1	5,2
Angestellte	1 126 320	1 064 472	93 336	465 809	505 327	18 579	8 062	35 207
Frauen	617 873	579 669	42 463	256 608	280 598	9 149	4 435	24 620
Frauen in % .	54,9	54,5	45,5	55,1	55,5	49,2	55,0	69,9
davon:								
Höherer Dienst	79 645	77 332	3 867	46 317	27 148	1 541	232	540
Frauen	16 049	15 758	546	9 803	5 409	233	14	44
Frauen in % .	20,2	20,4	14,1	21,2	19,9	15,1	6,0	8,1
Gehobener Dienst	219 385	212 798	13 181	108 937	90 680	3 356	669	2 562
Frauen	75 360	74 074	2 520	43 676	27 878	612	182	492
Frauen in % .	34,4	34,8	19,1	40,1	30,7	18,2	27,2	19,2
Mittlerer Dienst	760 716	715 557	72 008	285 070	358 479	12 451	6 852	25 856
Frauen	483 817	451 251	36 808	188 889	225 554	7 403	3 997	21 166
Frauen in % .	63,6	63,1	51,1	66,3	62,9	59,5	58,3	81,9
Einfacher Dienst	66 574	58 785	4 280	25 485	29 020	1 231	309	6 249
Frauen	42 647	38 586	2 589	14 240	21 757	901	242	2 918
Frauen in % .	64,1	65,6	60,5	55,9	75,0	73,2	78,3	46,7
Arbeiter	804 142	544 987	111 806	157 590	275 591	9 204	141 741	108 210
Frauen	141 251	115 159	18 317	37 568	59 274	2 066	8 175	15 851
Frauen in % .	17,6	21,1	16,4	23,8	21,5	22,4	5,8	14,6
Insgesamt	3 613 917	2 807 445	316 229	1 570 796	920 420	29 707	338 013	438 752
Frauen	1 109 495	981 974	65 678	552 763	363 533	11 375	17 467	98 679
Frauen in % .	30,7	35,0	20,8	35,2	39,5	38,3	5,2	22,5

*) Ergebnis der Personalstandstatistik. - Stichtag 30.6.1980.

3.21 Arbeitslose

Ende September 1981 waren bei den Arbeitsämtern 1 256 396 Personen als arbeitslos gemeldet. Bezogen auf die abhängigen Erwerbspersonen (ohne Soldaten) ergab das eine Arbeitslosenquote von 5,4 %. Über die Hälfte der Arbeitslosen waren Frauen; deren Arbeitslosenquote war mit 7,1 % deutlich höher als die der Männer (4,3 %).

Von den 640 067 arbeitslosen Frauen suchten 32,5 % eine Teilzeitbeschäftigung. 62,5 % der teilzeitarbeitsuchenden arbeitslosen Frauen wünschten eine Vormittagsbeschäftigung; nur 11,5 % eine Nachmittagsstelle.

Mehr als ein Viertel der arbeitslosen Frauen hatte keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld/-hilfe, da sie die Voraussetzung für den Leistungsbezug nicht erfüllten. Dabei dürfte es sich vorwiegend um diejenigen Frauen handeln, die neu auf den Arbeitsmarkt kamen oder sich nach einer längeren Unterbrechung wieder um einen Arbeitsplatz bemühten. Nur eine von vier der als arbeitslos registrierten Frauen hatte ihre schulische Ausbildung mit mittlerer Reife oder Hoch-/Fachhochschulreife abgeschlossen, während die überwiegende Mehrzahl, nämlich sechs von zehn, nur die Hauptschule besucht hatten. Mehr als die Hälfte der arbeitslosen Frauen hatte keine abgeschlossene Berufsausbildung. Die Zahl der arbeitslosen Frauen mit Fachhoch- bzw. Hochschulabschluß war im Jahr 1981 mit rd. 26 600 relativ hoch und ist in den letzten Jahren besonders stark angestiegen. Diese für Frauen ungünstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist u.a. dadurch bedingt, daß unter den weiblichen Arbeitslosen überdurchschnittlich viele Angehörige der Berufe vertreten waren, bei denen die Aufnahmefähigkeit des Marktes begrenzt ist (z.B. den Lehrerberufen).

3.21 Arbeitslose*)

Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt		Weiblich		
	Anzahl	%	Anzahl	%	% ¹⁾
Insgesamt	1 256 396	100	640 067	100	50,9

nach Altersgruppen

Alter von ... bis unter ... Jahren					
unter 25	375 010	29,9	203 323	31,8	54,2
25 - 45	549 822	43,8	284 733	44,5	51,8
45 - 65	331 564	26,4	152 011	23,7	45,8

nach der gewünschten Arbeitszeit

Vollzeitarbeit	1 044 126	83,1	431 769	67,5	41,4
Teilzeitarbeit	212 270	16,9	208 298	32,5	98,1

nach der Schulbildung

Ohne Hauptschulabschluß	186 518	14,8	76 535	12,0	41,0
Mit Hauptschulabschluß	746 479	59,4	387 920	60,6	52,0
Mittlere Reife	150 127	11,9	98 440	15,4	65,6
Hoch-/Fachhochschulreife	109 737	8,7	50 994	8,0	46,5
Ohne Angabe	63 535	5,1	26 178	4,1	41,2

nach der Berufsausbildung

Mit abgeschl. Berufsausb. ...	568 095	45,2	278 700	43,5	49,1
Praktische Berufsausb.	446 599	35,5	209 767	32,8	47,0
Berufsfach.-/Fachschulen ..	61 630	4,9	42 267	6,6	68,6
Fachhoch-/Hochschule	59 866	4,8	26 666	4,2	44,5
Ohne abgeschl. Berufsausb....	688 301	54,8	361 367	56,5	52,5

nach dem Leistungsbezug

Empfänger von					
Arbeitslosengeld	498 908	39,7	275 616	43,1	55,2
Arbeitslosenhilfe	146 665	11,7	45 002	7,0	30,7
Personen, die Arbeitslosengeld/-hilfe beantragt haben	342 417	27,3	151 646	23,7	44,3
Personen ohne Anspruch auf Leistungen	268 406	21,4	167 803	26,2	62,5

nach der Stellung im Beruf

Angestellte	442 362	35,2	313 056	48,9	70,8
Arbeiter	814 034	64,8	327 011	51,1	40,2

*) Bundesanstalt für Arbeit. - Stand Ende September 1981.

1) Anteil am Insgesamt (Spalte 1).

3.22 Berufliche Förderung

Die Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit zur beruflichen Förderung erreichen die Frauen noch immer in deutlich geringerem Maße als die Männer, wenngleich der Anteil der Frauen bei den Eintritten in derartige Maßnahmen von 24,4 % im Jahre 1974 auf 32,5 % im Jahre 1980 zugenommen hat. Dabei war die Umschulung mit einem Anteil von 41,0 % gegenüber 1974 gleich geblieben, während der Anteil der Frauen an der Einarbeitung von 34,2 auf 36,5 % und bei den Maßnahmen zur Fortbildung von 20,8 auf 29,7 % angestiegen ist.

In bezug auf die Beendigung der Maßnahmen fällt zunächst auf, daß der Anteil der Frauen an den Personen, die das Schulungsziel in Fortbildung und Umschulung insgesamt erreicht hatten (1974: 21,9 %, 1980: 31,6 %), in etwa den Proportionen bei den Eintritten entsprach (1974: 24,4 %, 1980: 32,5 %). Sobald es sich aber um qualifizierte Abschlüsse wie Meisterprüfungen oder Lehrabschlüsse handelte, zeigte sich eine wesentlich geringere Beteiligung, obwohl auch hier im Vergleich der Jahre 1980 und 1974 prozentual eine ansteigende Tendenz festzustellen war. Im Jahre 1980 legten nur 8,2 % (1974: 5,7 %) Frauen im Rahmen derartiger Maßnahmen die Meisterprüfung ab. Auch bei denjenigen, die auf diesem Wege eine Lehre erfolgreich abschließen konnten, waren weniger als ein Viertel (23,3 %) Frauen; allerdings ist hier gegenüber 1974 (= 13,1 %) eine deutliche Steigerung festzustellen.

Bei denjenigen, die das Schulungsziel in Fortbildung und Umschulung nicht erreicht hatten, lag der Anteil der Frauen dagegen mit 35,1 % im Jahre 1980 etwas höher als bei den erfolgreichen Abschlüssen. In ca. vier von fünf Fällen äußerte sich der Mißerfolg in einem vorzeitigen Ausscheiden. Besonders auffallend ist hierbei, daß der Anteil der Frauen an den "Abbrechern" sich von 1974 (= 16,9 %) auf 1980 (= 37,2 %) mehr als verdoppelt hat.

Bei der Maßnahme der Einarbeitung hat sich hingegen der Anteil der Frauen von 1974 (= 36,4 %) auf 1980 (= 35,3 %) leicht verringert. Hier war der Anteil der Frauen an denen, die die Maßnahme erfolgreich beendet haben, sowohl 1980 (= 36,5 %) als auch 1974 (= 37,3 %) deutlich höher als bei denen, die die Einarbeitung nicht beendeten (30,3 bzw. 29,8 %).

3.22 Berufliche Förderung*)

Gegenstand der Nachweisung	Teilnehmer					
	1974			1980		
	insges.	weibl.		insges.	weibl.	
	1 000		%	1 000		%

Eintritte in Maßnahmen zur beruflichen Förderung¹⁾

Fortbildung	200	42	20,8	176	53	29,9
Umschulung	36	15	41,0	38	16	41,0
Einarbeitung	11	4	34,2	33	12	36,5
Insgesamt	248	60	24,4	247	80	32,5

Austritte aus Maßnahmen zur beruflichen Förderung¹⁾

Schulungsziel in Fortbildung u. Umschulung erreicht	138	30	21,9	125	40	31,6
dar.: mit Prüfung	121	25	20,6	99	28	28,2
zum Meister	20	1	5,7	16	1	8,2
Lehrabschluß	8	1	13,1	10	2	23,3
Sonstige	93	23	24,5	73	24	33,3
Schulungsziel in Fortbildung u. Umschulung nicht erreicht	23	4	16,5	35	12	35,1
dar.: vorzeitig ausge- schieden	18	3	16,9	29	11	37,2
Einarbeitung	7	2	36,4	29	10	35,3
beendet	6	2	37,5	23	9	36,5
nicht beendet	1	0	29,8	5	2	30,3
Insgesamt	168	37	21,7	189	62	32,8

*) Bundesanstalt für Arbeit.

1) Meldungen; nicht identisch mit Personen, die im Berichtszeitraum die Maßnahmen begonnen bzw. beendet haben.

4 Bildung

Das Erreichen bestimmter beruflicher bzw. gesellschaftlicher Positionen ist u.a. davon abhängig, welche schulische Bildung eine Person erworben hat. Für die Darstellung und die Analyse der Situation der Frauen in Beruf und Gesellschaft sind deshalb die Ergebnisse der Bildungsstatistik von besonderer Bedeutung.

Diese Daten werden aus verschiedenen Quellen gewonnen:

- Der Mikrozensus gibt in zweijährigen Abständen einen Überblick über den Stand der schulischen und beruflichen Bildung der gesamten Bevölkerung.
- Die Schulstatistik liefert Daten über die Schüler an Schulen der allgemeinen sowie der beruflichen Aus- und Fortbildung.
- Die Hochschulstatistik weist nach, welche Fächer von den Studierenden belegt, welche Hochschulen von ihnen besucht und welche Prüfungen von ihnen abgelegt werden.
- Die Personalstatistik erbringt Angaben über die Unterrichtenden an Schulen und Hochschulen.

Die Ergebnisse dieser Statistiken zeigen, daß in bezug auf die schulische wie auf die berufliche Bildung in der Vergangenheit erhebliche geschlechtsspezifische Unterschiede feststellbar waren, die z.T. auch noch in die nahe Zukunft fortwirken werden. Sie machen aber auch deutlich, daß diese Unterschiede im Lauf der Zeit immer geringer geworden sind, und sie lassen vermuten, daß in nicht allzu ferner Zukunft das Geschlecht kein entscheidender Bestimmungsgrund mehr für das berufliche und gesellschaftliche Schicksal sein wird.

4.1 Bevölkerung nach Bildungsabschluß

Alle zwei Jahre werden im Rahmen des Mikrozensus die erworbenen Schul- bzw. beruflichen Bildungsabschlüsse der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland erfragt. Die Daten vom April 1978¹⁾ zeigen, daß hinsichtlich des Bildungs- bzw. Ausbildungsstandes zwischen Männern und Frauen beträchtliche Unterschiede bestehen: So war der Prozentsatz der Frauen, die die Hochschul- bzw. Fachhochschulreife erworben (5,5 %) oder die einen Hochschul- bzw. Fachhochschulabschluß erreicht hatten (3,0 %), nur rd. halb so hoch wie der der Männer (7,3 %) (beide Prozentzahlen bezogen auf die Wohnbevölkerung im Alter von fünfzehn oder mehr Jahren). Selbst der Anteil der Frauen, die eine Lehr- bzw. Anlernausbildung abgeschlossen hatten, lag mit 35,9 % um rund ein Drittel unter dem der Männer (50,8 %). Insgesamt hatten 65,6 % Männer gegenüber 40,7 % der Frauen eine berufliche Ausbildung abgeschlossen.

Aus diesen Differenzen werden unterschiedliche Einstellungen in bezug auf Bildung und Ausbildung von Knaben und Mädchen sichtbar, die sich im Laufe der Zeit verändert haben. Diese Veränderung wird in der Aufgliederung nach dem Alter deutlich, und zwar überlagern sich hier zwei Entwicklungstendenzen:

1. Jüngere Menschen haben tendenziell in höherem Umfang eine abgeschlossene Berufsausbildung bzw. die Schulbildung einer weiterführenden Schule als ältere Menschen.
2. Früher hatten Männer in höherem Umfang eine abgeschlossene Berufsausbildung als Frauen. Seit einiger Zeit ist dieser Unterschied zurückgegangen.

Von den (im April 1978) 25 bis unter 35 Jahre alten Männern hatten 57,9 % eine Lehre oder eine Anlernzeit abgeschlossen, bei den 65jährigen bzw. älteren waren es hingegen nur 48,1 %. Bei den Frauen der gleichen Altersgruppen waren es 53,8 bzw. 21,8 %. Ähnliche Differenzen ergeben sich bei den Personen mit abgeschlossener Hochschul- bzw. Fachhochschulausbildung. Hier sind die Unterschiede bei den 25- bis unter 35jährigen relativ gering; 7,4 % der Frauen gegenüber 11,9 % der Männer dieser Altersgruppe waren Hochschul- bzw. Fachhochschulabsolventen. Bei den 65jährigen oder älteren waren die entsprechenden Anteile deutlich niedriger, nämlich 1,2 % zu 6,0 %.

1) Neuere Zahlen lagen bei Redaktionsschluß dieses Bandes noch nicht vor.

4.1 Bevölkerung nach Bildungsabschluß*)

Alter von ... bis unter ... Jahren	Allgemeiner Schulabschluß			Ins- gesamt	Darunter mit beruflichem Bildungsabschluß			
	noch in Schul- aus- bildung	mit allgemeinem Schulabschluß			Lehr-/ Anlern- aus- bildung 2)	Fach- schul- ab- schluß 3)	Fach- hoch- schul-/ Hoch- schul- ab- schluß 4)	
		Volks- schul-/ Haupt- schul- ab- schluß 1)	Real- schul- oder gleich- wertiger Abschluß					Fach- hoch-/ Hoch- schul- reife
		% 5)		1 000		% 5)		

Weiblich

15 - 25 ...	24,4	44,7	22,0	8,9	4 428	34,0	1,2	1,4
25 - 35 ...	1,6	68,3	20,2	9,9	3 814	53,8	2,9	7,4
35 - 45 ...	1,3	76,6	16,7	5,3	4 531	45,7	2,3	4,1
45 - 55 ...	0,8	82,0	12,5	4,6	3 985	34,7	1,7	2,8
55 - 65 ...	-	82,8	13,6	3,6	3 574	31,2	1,7	2,0
65 und mehr	-	88,3	9,7	2,0	5 888	21,8	1,1	1,2
Zusammen ..	4,7	74,3	15,5	5,5	26 219	35,9	1,8	3,0

Männlich

15 - 25 ...	24,7	49,9	15,1	10,3	4 693	33,5	1,1	0,9
25 - 35 ...	1,1	65,9	16,1	16,9	3 892	57,9	8,1	11,9
35 - 45 ...	0,8	75,9	12,7	10,6	4 777	56,8	10,6	10,1
45 - 55 ...	0,4	78,8	11,4	9,4	3 670	56,9	9,5	8,0
55 - 65 ...	-	78,1	12,3	9,5	2 486	55,6	9,4	7,4
65 und mehr	-	82,6	9,7	7,7	3 525	48,1	7,8	6,0
Zusammen ..	5,4	70,6	13,1	10,9	23 044	50,8	7,5	7,3

*) Ergebnis des Mikrozensus 1978. - Nur Personen ab 15 Jahre.

1) Einschl. ohne Angabe.

2) Einschl. gleichwertiger Berufsfachschulabschluß sowie berufliches Praktikum.

3) Einschl. Meister-/Technikerausbildung.

4) Einschl. Lehrerausbildung.

5) Anteil an Spalte "Insgesamt".

4.2 Schüler in der allgemeinen Aus- und Fortbildung

Von den Schülern in Schulen der allgemeinen Ausbildung waren im Schuljahr 1981/82 48,8 % Mädchen bzw. Frauen. An den Schulen der allgemeinen Fortbildung, die in der Regel Berufstätigen einen höheren Bildungsabschluß ermöglichen, war der Anteil der Schülerinnen mit 48,1 % kaum geringer. Der Vergleich mit dem Schuljahr 1972/73 zeigt, daß die Zahl der Schülerinnen an diesen Schulen in verhältnismäßig kurzer Zeit um mehr als drei Viertel (+ 81,8 %) größer geworden ist. Der Anteil der Schülerinnen in den Schulen der allgemeinen Ausbildung, deren Besuch in der Regel der Schulpflicht unterliegt, hat sich dagegen nur unwesentlich verändert.

In bezug auf einzelne Schularten sind hingegen z.T. recht deutliche Veränderungen des weiblichen Anteils der Schüler festzustellen: So hat sich in diesem Zeitraum z.B. der Anteil der Schülerinnen an Grund- und Hauptschulen um 1,4 Prozentpunkte auf 47,5 % im Schuljahr 1981/82 verringert, während sich der Anteil der Schülerinnen an Gymnasien gleichzeitig um 4,7 Prozentpunkte auf 50,4 % vergrößerte. Der Anteil der Schülerinnen an Realschulen ist mit 53,6 % fast gleich geblieben.

Die Bildungssituation der Mädchen hat sich in den letzten neun Jahren erheblich verbessert: Betrug der Anteil der Schülerinnen, die weiterführende Schulen (ohne Gesamtschulen) besuchten, im Schuljahr 1972/73 noch 27,0 %, so war er im Schuljahr 1981/82 auf 41,4 % angestiegen. Daß aus früheren Jahren ein "Nachholbedarf" vorhanden ist, zeigt u.a. der wachsende Anteil der Schülerinnen an Schulen der allgemeinen Fortbildung. Dabei ist auffallend, daß dieser Anteil an den Abendgymnasien im Schuljahr 1981/82 mit 53,3 % mehr als die Hälfte der Schüler ausmachte. Bezogen auf die Gesamtheit der Schülerinnen an Schulen der allgemeinen Fortbildung ist festzustellen, daß sich das Schwergewicht weiter zu den Schulformen hin verschoben hat, die den Erwerb der Hochschulreife ermöglichen: Entfielen im Schuljahr 1972/73 72,7 % dieser Schülerinnen auf Abendgymnasien und Kollegs, so waren es im Schuljahr 1981/82 80,0 %.

4.2 Schüler in der allgemeinen Aus- und Fortbildung *)

Schulart	Schüler im Schuljahr							
	1972/73				1981/82			
	insgesamt		weiblich		insgesamt		weiblich	
	1 000	%	1 000	%1)	1 000	%	1 000	%1)
Schulen der allgemeinen Ausbildung								
Grund- und Hauptschulen	6 510	68,5	3 180	48,9	4 776	54,5	2 268	47,5
Sonderschulen ²⁾	365	3,8	146	40,1	337	3,8	132	39,2
Realschulen	981	10,3	527	53,7	1 323	15,1	709	53,6
Gymnasien	1 567	16,5	716	45,7	2 106	24,0	1 062	50,4
Gesamtschulen	83	0,9	40	48,1	225	2,6	108	48,0
Insgesamt ...	9 506	100	4 610	48,5	8 768	100	4 279	48,8
Schulen der allgemeinen Fortbildung								
Abendrealschulen	10	30,8	3	36,0	9	22,5	4	44,3
Abendgymnasien	12	39,5	5	40,3	17	41,5	9	53,3
Kollegs	9	29,7	3	28,0	15	36,1	7	44,5
Insgesamt ...	31	100	11	35,3	42	100	20	48,1

*) Ergebnisse der jährlichen schulstatistischen Erhebungen.

1) Anteil jeweils an Spalte Insgesamt.

2) Bisher als Schulen für Behinderte bezeichnet.

4.3 Schüler in der beruflichen Aus- und Fortbildung

Die Tendenz zu einer besseren Ausbildung der Mädchen und Frauen läßt sich auch im beruflichen Schulwesen nachweisen. In den Berufsschulen, die in der Regel pflichtmäßig von unter 18jährigen Auszubildenden bzw. sonstigen Erwerbstätigen besucht werden und die den weitaus größten Teil der Schüler und Schülerinnen des beruflichen Schulwesens aufweisen, zeigt der Anteil der Schülerinnen eine leicht rückläufige Tendenz. Dagegen haben die Anteile der Schülerinnen in den höheren Stufen des beruflichen Schulwesens vom Schuljahr 1972/73 auf das Schuljahr 1981/82 durchweg zugenommen. Bei den Berufsaufbauschulen hat dieser Anteil, bei insgesamt abnehmender Schülerzahl, von 18,8 auf 29,0 % zugenommen. In den Berufsfachschulen, die bereits im Schuljahr 1972/73 mehrheitlich von Schülerinnen (61,6 %) besucht wurden, ist deren Anteil im Schuljahr 1981/82 auf knapp zwei Drittel (65,6 %) angewachsen, und auch an den Fachoberschulen bzw. Fachgymnasien ist der Anteil im gleichen Zeitraum von 25,2 auf 36,8 % angestiegen.

Eine ähnliche Zunahme zeigt der Anteil der Schülerinnen im Bereich der beruflichen Fortbildung an den Fachschulen (1972/73: 36,0 %; 1981/82: 42,6 %). An den Schulen des Gesundheitswesens ist der entsprechende Anteil leicht rückläufig (von 86,6 auf 86,0 %). Hier wird möglicherweise im Ansatz die Auflösung traditionell geschlechtsspezifischer Berufsbilder sichtbar, die auf längere Sicht die Pflegeberufe möglicherweise nicht mehr als typische Frauenberufe erscheinen läßt.

4.3 Schüler in der beruflichen Aus- und Fortbildung *)

Schulart	Schüler im Schuljahr							
	1972/73				1981/82			
	insgesamt		weiblich		insgesamt		weiblich	
	1 000	%	1 000	%1)	1 000	%	1 000	%1)

Schulen der beruflichen Ausbildung

Berufsschulen	1 619	81,0	674	41,6	1 947	78,1	777	39,9
Vollzeitform	5	0,2	.	.	123	4,9	45	37,1
Teilzeitform	1 607	80,4	.	.	1 811	72,7	727	40,1
Berufssonderschulen ²⁾	8	0,4	3	43,3	13	0,5	4	32,8
Berufsaufbauschulen ...	37	1,8	7	18,8	24	0,9	7	29,0
Vollzeitform	15	0,8	3	22,6	19	0,8	6	32,3
Teilzeitform	22	1,1	3	16,1	5	0,2	1	16,3
Berufsfachschulen	237	11,8	146	61,6	371	14,9	243	65,6
Fachoberschulen/Fach- gymnasien	106	5,3	27	25,2	150	6,0	55	36,8
Insgesamt ...	1 998	100	853	42,7	2 491	100	1 082	43,4

Schulen der beruflichen Fortbildung

Fachschulen	123	63,6	44	36,0	103	50,4	44	42,6
Vollzeitform	89	43,8	39	43,3
Teilzeitform	13	6,6	5	37,5
Schulen des Gesund- heitswesens	70	36,5	61	86,6	101	49,6	87	86,0
Insgesamt ...	193	100	105	54,4	204	100	131	64,1

*) Ergebnisse der jährlichen schulstatistischen Erhebungen.

1) Anteil jeweils an Spalte Insgesamt.

2) Bisher als Berufsschulen für Behinderte bezeichnet.

4.4 Schulabgänger nach Abschlußart

Die Aufgliederung der Schulabgänger nach der Art des Schulabschlusses bestätigt die bei den Schulbesuchern festzustellende Tendenz, einen höheren Abschluß zu erreichen. Diese Tendenz ist bei den Schülerinnen besonders ausgeprägt. 1972 waren noch 17,0 % der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluß, bis 1980 verringerte sich der Anteil auf 10,1 %. Gleichzeitig ging der Anteil der Mädchen an den Schulabgängern ohne Hauptschulabschluß von 41,7 % im Jahre 1972 auf 38,1 % im Jahre 1980 zurück. Auch bei den Schulabgängern mit Hauptschulabschluß zeigt der Anteil der Mädchen eine rückläufige Tendenz: Verließen 1972 noch 49,4 % der Mädchen das allgemeinbildende Schulsystem mit diesem Abschluß, so waren es 1980 nur 45,8 %.

Was die Abschlüsse an weiterführenden allgemeinbildenden Schulen betrifft, so ist der Anteil der Schulabgängerinnen durchweg angestiegen, am stärksten beim Erwerb der Fachhochschulreife von 17,4 % im Jahre 1972 auf 38,5 % im Jahre 1980. Aber auch bei den Abschlüssen an Realschulen sowie beim Erwerb der allgemeinen Hochschulreife sind die Anteile der Schulabgängerinnen um 3,9 bzw. 6,3 Prozentpunkte auf 55,4 % bzw. 47,5 % angestiegen.

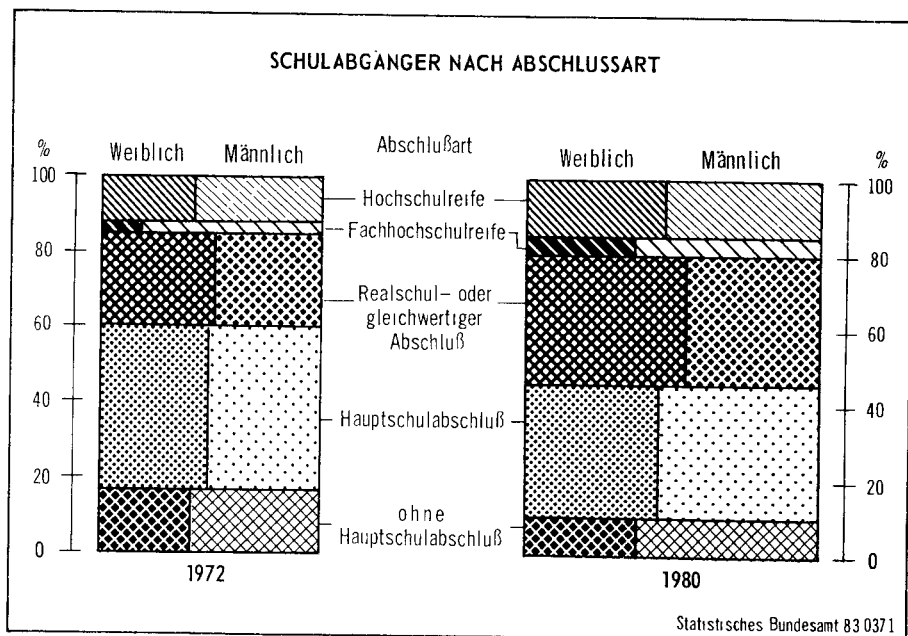
Aus den Daten über Schulbesuch und die Schulabschlüsse wird deutlich, daß die eingangs konstatierte Benachteiligung der Mädchen hinsichtlich des Schulbesuchs und der beruflichen Ausbildung in früheren Jahrzehnten heute nicht mehr festzustellen ist. Im Gegenteil zeigt sich gerade im Verlauf des letzten Jahrzehnts, daß die Mädchen nicht nur in verstärktem Maße weiterführende Schulen besuchen bzw. höher qualifizierte Abschlüsse erwerben, sondern daß sie darin die Jungen bereits überflügelt haben.

4.4 Schulabgänger nach Abschlußart *)

Abschlußart	Schulabgänger							
	1972				1980			
	insgesamt		weiblich		insgesamt		weiblich	
	1 000	%	1 000	%)	1 000	%	1 000	%)
Ohne Hauptschulabschluß	141	17,0	59	41,7	112	10,1	43	38,1
Mit Hauptschulabschluß	363	43,6	179	49,4	394	35,6	180	45,8
Mit Realschul- oder gleichwertigem Abschluß	202	24,3	104	51,5	381	34,5	211	55,4
Mit Fachhochschulreife	27	3,2	5	17,4	51	4,6	19	38,5
Mit Hochschulreife	98	11,8	41	41,2	168	15,2	80	47,5
Insgesamt ...	832	100	388	46,6	1 105	100	533	48,2

*) Ergebnisse der jährlichen schulstatistischen Erhebung.

1) Anteil jeweils an Spalte Insgesamt.



4.5 Studenten und Studienanfänger nach Fächergruppen im Wintersemester 1980/81

Der verstärkte Zustrom von Frauen an die Hochschulen äußert sich darin, daß im Wintersemester 1980/81 36,7 % der Studierenden Frauen waren, gegenüber 30,9 % im Wintersemester 1970/71.

Mehr als die Hälfte der Studenten hatte Fächer der Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften (26,7 %) sowie der Ingenieurwissenschaft (25,7 %) belegt. Mit deutlichem Abstand folgten die Fächergruppen Mathematik, Naturwissenschaften (16,3 %) und Sprach- und Kulturwissenschaften (15,1 %). Bei den Studentinnen war hingegen ein eindeutiger Vorrang der Sprach- und Kulturwissenschaften mit einem Anteil von 36,3 % festzustellen. Die Fächer der Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften kamen in der Beliebtheit bei den weiblichen Studierenden mit weitem Abstand auf den zweiten Platz (24,1 %). Dann erst folgte die Fächergruppe Mathematik, Naturwissenschaften mit 14,1 %. Bei der Humanmedizin war der Anteil der Studenten (7,8 %) und der Studentinnen (7,2 %), bezogen auf die Gesamtzahl, ungefähr gleich groß. Die Ingenieurwissenschaften spielten bei den Studentinnen im Gegensatz zu ihren männlichen Kollegen nur eine untergeordnete Rolle: nur 4,6 % der im Wintersemester 1980/81 an deutschen Hochschulen eingeschriebenen Studentinnen hatten Fächer dieses Bereichs belegt.

Bei den Studentinnen und Studenten, die im Wintersemester 1980/81 ihr Studium begannen, ergab sich eine ähnliche Verteilung auf die Fächergruppen wie bei den Studierenden insgesamt, wobei allerdings einige Verschiebungen der Anteilswerte zu konstatieren waren. So standen bei den Studienanfängern die Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften mit 29,7 % deutlich an der Spitze, gefolgt von den Sprach- und Kulturwissenschaften, die mit 20,8 % hier ebenfalls ein höheres Gewicht aufzuweisen hatten, als bei den Studierenden insgesamt. Die Fächergruppen Ingenieurwissenschaften (19,7 %) sowie Mathematik, Naturwissenschaften (14,8 %) hatten hingegen an Gewicht verloren. Zwar haben sich von den Studienanfängerinnen die meisten für die Sprach- und Kulturwissenschaften entschieden (33,2 %), aber im Vergleich zu den Studentinnen insgesamt (36,3 %) war deren Anteil etwas niedriger. An zweiter Stelle folgten auch bei den Studienanfängerinnen, jedoch mit höherem Anteil (29,8 %) als bei den Studentinnen insgesamt (24,1 %), die Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften. An dritter Stelle

4.5 Studenten und Studienanfänger nach Fächergruppen im Wintersemester 1980/81*)

Fächergruppe	Insgesamt			Deutsche		
	insgesamt	weiblich		insgesamt	weiblich	
	Anzahl		%	Anzahl		%
Studenten insgesamt						
Sprach- und Kulturwissen- schaften	236 279	137 371	58,1	222 812	129 745	58,2
Sport	21 085	8 649	41,0	20 568	8 511	41,4
Wirtschafts- und Gesell- schaftswissenschaften	265 256	91 074	34,3	255 774	88 757	34,7
Mathematik, Naturwissen- schaften	159 541	53 386	33,5	151 706	51 520	34,0
Humanmedizin	78 289	27 168	34,7	73 429	25 424	34,6
Veterinärmedizin	5 218	2 276	43,6	4 813	2 113	43,9
Agrar-, Forst- und Er- nährungswissenschaften	28 421	12 701	44,7	26 959	12 424	46,1
Ingenieurwissenschaften	184 951	17 333	9,4	169 102	16 284	9,6
Kunst, Kunstwissenschaft ...	52 200	28 431	54,5	48 552	26 510	54,6
Sonstige Fächer/Ohne Angabe	350	267	47,7	162	77	47,5
Insgesamt ...	1 031 590	378 556	36,7	973 877	361 365	37,1
darunter:						
Studienanfänger						
Sprach- und Kulturwissen- schaften	40 518	26 311	64,9	35 761	23 521	65,8
Sport	3 164	1 397	44,2	3 050	1 361	44,6
Wirtschafts- und Gesell- schaftswissenschaften	57 851	23 665	40,9	55 605	22 963	41,3
Mathematik, Naturwissen- schaften	28 814	11 179	38,8	27 150	10 690	39,4
Humanmedizin	10 306	3 959	38,4	9 655	3 715	38,5
Veterinärmedizin	844	427	50,6	751	398	53,0
Agrar-, Forst- und Er- nährungswissenschaften	5 952	2 695	45,3	5 651	2 639	46,7
Ingenieurwissenschaften	38 348	4 464	11,6	35 505	4 236	11,9
Kunst, Kunstwissenschaft ...	9 001	5 139	57,1	8 086	4 679	57,9
Sonstige Fächer/Ohne Angabe	144	83	57,6	11	10	90,9
Insgesamt ...	194 942	79 319	40,7	181 225	74 212	41,0

*) Ergebnisse der Studentenindividualerhebung (semesterweise).

kam wiederum (mit jeweils 14,1 %) die Fächergruppe Mathematik, Naturwissenschaften. Die angehenden Ärzte und Ärztinnen waren zwar auch hier (mit 5,5 bzw. 5,0 %) fast gleich stark vertreten, aber gegenüber den Studenten der höheren Semester doch in deutlich geringerem Maße.

4.6 Studenten nach Hochschularten

Die Zahl der Studierenden an Universitäten und Hochschulen hat im abgelaufenen Jahrzehnt erheblich zugenommen und im Wintersemester 1981/82 deutlich mehr als eine Million erreicht. Gegenüber dem Wintersemester 1972/73 bedeutet dies einen Anstieg um 70,3 %. Die Universitäten, an denen der Großteil (im Wintersemester 1981/82 69,7 %) der Studierenden eingeschrieben waren, hatten mit 78,4 % eine noch etwas stärkere Zunahme zu verzeichnen. Die pädagogischen Hochschulen, an denen im Wintersemester 1981/82 1,7 % der Studierenden eingeschrieben waren, wiesen im Vergleich zum Wintersemester 1972/73 einen Rückgang von 71,8 % auf. Dies mag nicht nur auf die verminderten Berufschancen für Lehrkräfte, sondern überwiegend auf die Übernahme von Lehramtsstudiengängen in den universitären Bereich zurückzuführen sein. Die Kunsthochschulen, auf die im Wintersemester 1981/82 die wenigsten Studierenden entfielen, hatten im Vergleich zum Wintersemester 1972/73 eine Zunahme um 36,1 % zu verzeichnen. Die Fachhochschulen, auf die im Wintersemester 1981/82 20,0 % der Studierenden entfielen, wiesen mit 103,7 % den stärksten Zuwachs im gleichen Zeitraum auf.

Die Zunahme der Zahl der Studentinnen in dem zuvor erwähnten Zeitraum betrug 112,9 %. Von den Studentinnen, die im Wintersemester 1981/82 eine Hochschule besuchten, waren 73,0 % an einer Universität eingeschrieben. 3,1 % befanden sich an Pädagogischen Hochschulen. Wenn ihre Zahl vom Wintersemester 1972/73 bis zum Wintersemester 1981/82 auch um 69,6 % zurückgegangen ist, so stellten sie doch über zwei Drittel der Studierenden an dieser Hochschulart und charakterisierten damit das Lehramt an Grund- und Hauptschulen als "typischen Frauenberuf". An den Kunsthochschulen waren im Wintersemester 1981/82 2,1 % der Studentinnen eingeschrieben. Gegenüber dem Wintersemester 1972/73 war hier eine Zunahme der Studentinnen um 59,0 % zu verzeichnen. Auch an den Fachhochschulen, die vor 9 Jahren noch einen relativ niedrigen Anteil von Studentinnen aufwiesen, hat deren Zahl im gleichen Zeitraum überproportional (+ 245,6 %) zugenommen. Im Wintersemester 1981/82 waren 16,0 % der Studentinnen an den Fachhochschulen eingeschrieben.

4.6 Studenten nach Hochschularten *)

Winter- semester	Insgesamt	Darunter an			
		Universitäten	Pädagogischen Hochschulen	Kunsthoch- schulen	Fach- hochschulen
Insgesamt					
1972/73	658 204	437 662	68 396	14 015	109 934
1973/74	726 900	476 895	78 398	14 848	122 639
1974/75	788 792	521 084	78 865	15 160	133 149
1975/76	836 002	551 966	79 113	15 343	144 713
1976/77	872 125	575 754	73 149	15 304	156 980
1977/78	905 897	599 426	68 368	15 356	165 454
1978/79	938 752	632 724	55 013	16 191	171 698
1979/80	970 284	655 093	54 099	16 780	179 928
1980/81	1 031 590	727 736	19 131	18 044	195 088
1981/82	1 120 892	780 722	19 259	19 072	223 938
Frauen					
1972/73	198 050	122 249	43 104	5 618	19 471
1973/74	231 265	140 362	49 714	5 989	25 647
1974/75	262 397	163 438	50 561	6 236	29 999
1975/76	282 113	177 469	51 044	6 436	33 347
1976/77	293 064	187 219	47 649	6 524	36 551
1977/78	311 826	202 079	45 261	6 821	40 503
1978/79	331 562	222 938	36 804	7 322	45 383
1979/80	349 425	235 160	36 359	7 584	50 560
1980/81	378 556	278 288	12 756	8 360	57 240
1981/82	421 635	307 704	13 115	8 930	67 291
Prozent					
Anteil der weiblichen Studierenden					
1972/73	30,1	27,9	63,0	40,1	17,7
1973/74	31,8	29,4	63,4	40,3	20,9
1974/75	33,3	31,4	64,1	41,1	22,5
1975/76	33,7	32,2	64,5	41,9	23,0
1976/77	33,6	32,5	65,1	42,6	23,3
1977/78	34,4	33,7	66,2	44,4	24,5
1978/79	35,3	35,2	66,9	45,2	26,4
1979/80	36,0	35,9	67,2	45,2	28,1
1980/81	36,7	38,2	66,7	46,3	29,3
1981/82	37,6	39,4	68,1	46,8	30,0

*) Ergebnisse der Studentenindividualerhebungen (semesterweise).- Einschl.Ausländer.

4.7 Von deutschen Studenten bestandene Prüfungen an Hochschulen

Die Zahl der von deutschen Studierenden bestandenen Prüfungen an Hochschulen zeigt nach einem Höchststand im Prüfungsjahr 1977 in den Prüfungsjahren 1978 bis 1980 eine abfallende Tendenz. Jedoch wurden in diesem letzten Jahr 14,2 % mehr Prüfungen bestanden als z.B. im Prüfungsjahr 1973. Die zeitliche Entwicklung der von deutschen Studentinnen abgelegten Prüfungen zeigt einen ähnlichen Verlauf, wobei allerdings hier eine erheblich stärkere Zunahme als bei den Studenten zu verzeichnen ist: Im Prüfungsjahr 1980 legten 29,6 % mehr Studentinnen erfolgreich eine Prüfung ab als sieben Jahre zuvor. Bei den Studenten betrug die Steigerung hingegen nur 6,3 %.

Die Anzahl der Absolventinnen, die eine Diplomprüfung oder eine entsprechende Abschlußprüfung bestanden haben, hat sich zwar vom Prüfungsjahr 1973 auf das Prüfungsjahr 1980 mehr als verdoppelt (+ 121,9 %), jedoch war ihr Anteil an den bestandenen Prüfungen dieser Art in diesem letzten Jahr mit 28,3 % immer noch vergleichsweise niedrig. Bei den Promotionen ist eine Entwicklung festzustellen, die sich in einer langsamen und fast stetigen Zunahme ausdrückt. Auch wenn der Anteil der Frauen, die eine Doktorprüfung bestanden hatten, relativ niedrig war (im Prüfungsjahr 1980 19,8 %), so war doch die relative Zunahme der Zahl der Promotionen gegenüber dem Prüfungsjahr 1973 bei den Frauen (44,5 %) mehr als zweieinhalbmals so hoch als bei den Männern (16,8 %).

Die zeitliche Entwicklung der Lehramtsprüfungen ist durch einen beträchtlichen Anstieg bis zum Prüfungsjahr 1976 (+ 42,3 % gegenüber 1973) und danach durch einen starken Rückgang bis zum Prüfungsjahr 1980 (- 33,1 % gegenüber 1976) gekennzeichnet. Dieser Rückgang wirkte sich relativ stärker bei der Anzahl der männlichen Lehramtsprüflinge (- 36,2 %) als bei der Anzahl der weiblichen Absolventinnen (-30,7 %) aus. Der Anteil der Absolventinnen von Lehramtsprüfungen ist von 54,9 % im Prüfungsjahr 1973 auf 57,2 % im Prüfungsjahr 1980 angestiegen.

Von den Absolventinnen einer Hochschulprüfung haben sich 1980 57,0 % einer Lehramtsprüfung unterzogen (1973: 74,4 %). Bei den männlichen Hochschulprüflingen betrug 1980 der entsprechende Anteil nur 26,6 % (1973: 31,3 %).

4.7 Von deutschen Studenten bestandene Prüfungen an Hochschulen *)

- Fallzählung -

Jahr 1)	Bestandene Prüfungen insgesamt	Davon			
		Diplom und entspr. Abschluß- ²⁾ prüfungen	Doktor- prüfungen	Lehramts- ³⁾ prüfungen	Diplom- prüfungen (FH) und Graduierungen ⁴⁾
Insgesamt					
1973	125 780	30 349	9 342	57 771	28 318
1974	134 538	31 692	9 887	63 885	29 074
1975	150 609	31 802	10 497	77 735	30 575
1976	155 393	34 446	10 634	82 188	28 125
1977	155 692	35 489	10 521	77 748	31 934
1978	151 963	37 498	10 805	74 087	29 573
1979	148 134	40 436	11 033	63 823	32 842
1980	143 592	43 828	11 341	54 950	33 473
Frauen					
1973	42 598	5 594	1 554	31 699	3 751
1974	47 366	5 493	1 465	35 385	5 023
1975	58 212	5 849	1 677	44 056	6 630
1976	60 830	7 057	1 676	45 356	6 741
1977	60 097	8 012	1 664	42 315	8 106
1978	60 398	9 200	1 769	42 288	7 141
1979	58 514	10 782	2 064	37 016	8 652
1980	55 197	12 413	2 245	31 440	9 099
Prozent					
Anteil der von Frauen bestandenen Prüfungen					
1973	33,9	18,4	16,6	54,9	13,2
1974	35,2	17,3	14,8	55,4	17,3
1975	38,7	18,4	16,0	56,7	21,7
1976	39,1	20,5	15,8	55,2	24,0
1977	38,6	22,6	15,8	54,4	25,4
1978	39,7	24,5	16,4	57,1	24,1
1979	39,5	26,7	18,7	58,0	26,3
1980	38,4	28,3	19,8	57,2	27,2

*) Ergebnisse der Prüfungsstatistik. - Befragung der Prüfungsämter der Hochschulen (semesterweise).

1) Prüfungsjahr = Wintersemester und darauffolgendes Sommersemester (z.B. 1980 = WS 1979/80 und SS 1980).

2) Einschl. Abschlußprüfungen an staatlichen und kirchlichen Prüfungsämtern. - Ohne Lehramtsprüfungen, Doktorprüfungen und Abschlußprüfungen in Fachhochschulstudiengängen.

3) Erste Staatsprüfung für das Lehramt sowie Zusatz-, Ergänzungs- oder Erweiterungsprüfungen; einschl. Abschlußprüfungen an staatlichen und kirchlichen Prüfungsämtern. Mehrfachzählung: In der Regel erwirbt jeder Absolvent die Lehrbefähigung für zwei Unterrichtsfächer.

4) Einschl. Abschlußprüfungen in Fachhochschulstudiengängen an Gesamthochschulen.

4.8 Lehrer an Schulen der allgemeinen und beruflichen Aus- und Fortbildung

Der Beruf des Lehrers an allgemeinbildenden Schulen hat insbesondere nach dem 2. Weltkrieg eine besondere Anziehungskraft auf Frauen ausgeübt. Inzwischen sind - mit steigender Tendenz - mehr als die Hälfte der hauptberuflichen Lehrer an solchen Schulen Frauen. Dabei fällt jedoch auf, daß dieser Anteil an weiterführenden Schulen deutlich geringer als an den Grund- und Hauptschulen ist, auch wenn hier die Anteilswerte ebenfalls eine steigende Tendenz aufweisen.

Im Schuljahr 1980/81 waren 62,3 % der Lehrer an Grund- und Hauptschulen Frauen - gegenüber 57,3 % acht Jahre zuvor -, so daß man hier, was durch die Zahl der Lehramtsstudentinnen nahegelegt wird, allmählich von einem "typischen" Frauenberuf sprechen kann. Auch die Mehrzahl der Lehrer an Realschulen (53,9 %) waren im Schuljahr 1980/81 Frauen, wobei zu bemerken ist, daß hier die relative Veränderung gegenüber dem Schuljahr 1972/73 (+ 2,1 Prozentpunkte) vergleichsweise gering ausfiel. An den Gymnasien überwog dagegen auch im Schuljahr 1980/81 noch die Zahl der männlichen Lehrer, wenngleich auch hier der Anteil der Lehrerinnen mit 33,5 % um einiges höher war als im Schuljahr 1972/73 (29,5 %). Bei den hauptberuflichen Lehrkräften an Schulen der beruflichen Aus- und Fortbildung ist der Anteil der Frauen hingegen rückläufig (1972/73 = 34,8 %; 1980/81 = 31,7 %).

4.8 Lehrer an Schulen der allgemeinen und beruflichen Aus- und Fortbildung *)

Beschäftigungsverhältnis Lehramtsprüfung für das Lehramt	Lehrer im Schuljahr					
	1972/73			1980/81		
	insgesamt	weiblich		insgesamt	weiblich	
	1 000	1 000	%	1 000	1 000	%

Schulen der allgemeinen Aus- und Fortbildung

Hauptberufliche Lehrer 1)						
an Grund- und Hauptschulen	167	96	57,3	212	132	62,3
an Sonderschulen 2)	9	4	39,2	18	9	47,6
an Realschulen	58	30	51,8	83	45	53,9
an Gymnasien	65	19	29,5	107	36	33,5
Fachlehramtsprüfung	16	13	84,6	21	17	78,8
Sonstige und ohne Lehramt bzw. Lehrerprüfung	42	30	70,9	59 ^{a)}	39 ^{a)}	66,1
Zusammen ...	358	192	53,7	500	277	55,4
Nebenberufliche Lehrer 3)	116	73	62,4	68	30	44,1

Schulen der beruflichen Aus- und Fortbildung

Hauptberufliche Lehrer 1)						
an beruflichen Schulen	12	4	33,4	35	8	21,9
an Schulen der allgemeinen Aus- und Fortbildung 4)	2	1	36,6	4	1	39,0
Fachlehramtsprüfung und sonstige ohne Lehramt bzw. Lehrerprüfung	34	12	35,2	38 ^{b)}	15 ^{b)}	40,0
Zusammen ...	48	17	34,8	77	24	31,7
Nebenberufliche Lehrer 3)	80	19	23,3	80	22	27,7

*) Ergebnisse der jährlichen schulstatistischen Erhebungen.

1) Voll- und teilbeschäftigt.

2) Bisher als Schulen für Behinderte bezeichnet.

3) Stundenweise beschäftigt.

4) Lehramtsprüfung für: Grund- und Hauptschulen, Sonderschulen, Realschulen, Gymnasien.

a) Einschl. 20 311 (weiblich: 11 427) Lehrer in Schleswig-Holstein, die nach Lehramt nicht aufgegliedert werden können.

b) Einschl. 2 843 (weiblich: 852) Lehrer in Schleswig-Holstein und 15 413 (weiblich: 4 680) Lehrer in Baden-Württemberg, die nach Lehramt nicht aufgegliedert werden können.

4.9 Hauptberufliches wissenschaftliches und künstlerisches Personal an Hochschulen

In den oberen Stufen der allgemeinbildenden Schulen sowie in den Universitäten ist auch in den letzten Jahren noch eine Zunahme des Anteils der Schülerinnen bzw. Studentinnen zu verzeichnen. Im schulischen Bereich ist die Angleichung an die Geschlechterrelation der Gesamtbevölkerung schon sehr weitgehend erreicht. Bei den Studenten insgesamt ist dies - mit Ausnahme in den Sprach- und Kulturwissenschaften, Kunst und Kunstwissenschaften - jedoch noch nicht der Fall. Der Anteil der Studentinnen an den Hochschulen betrug im Wintersemester 1980/81 37,6 %. Wie weit die Frauen noch davon entfernt sind, in den Spitzenpositionen des Bildungssystems einen Gleichstand mit ihren männlichen Kollegen zu erreichen, zeigte der Anteil der Professorinnen und Assistentinnen an den Hochschulen. Von den am 30. Juni 1980 hauptberuflich tätigen Professoren waren 5,3 % Frauen. Bei den Assistenten, dem sogenannten akademischen Mittelbau, betrug der Anteil der Frauen 8,8 % und bei den wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeitern 15,6 %.

Wie bei den Studierenden zeigen sich wesentliche Unterschiede ebenfalls zwischen den einzelnen Fächergruppen: Nur 0,8 % der Professoren der Ingenieurwissenschaften und 2,4 % der Professoren im Bereich Mathematik, Naturwissenschaften waren Frauen. Überdurchschnittlich war der Anteil der Professorinnen in den Fächergruppen Sprach- und Kulturwissenschaften (8,5 %), Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften (8,2 %) sowie Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften (6,2 %). Am häufigsten waren Professorinnen in den Fächergruppen Sport (12,4 %) und Kunst, Kunstwissenschaften (12,1 %). Assistentinnen waren relativ am häufigsten in der Fachgruppe Sprach- und Kulturwissenschaften (16,6 %) sowie in den Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften (14,3 %) bzw. in der Veterinärmedizin (13,3 %). Unter den wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeitern der Fachgruppe Kunst, Kunstwissenschaften waren 27,9 % Frauen; in der Veterinärmedizin betrug ihr Anteil 25,5 % und in der Humanmedizin 23,6 %.

4.9 Hauptberufliches wissenschaftliches und künstlerisches
Personal an Hochschulen *)

Fächergruppen	Ins- gesamt	Profes- soren	Assi- stenten	Wiss. u. künstl. Mit- arbeiter	Lehrkräfte für besondere Aufgaben
Insgesamt					
Sprach- und Kulturwissenschaften	13 527	5 273	163	6 906	1 185
Sport	862	177	1	466	218
Wirtschafts- und Gesellschafts- wissenschaften	10 872	4 986	111	5 212	563
Mathematik, Naturwissenschaften	17 474	4 921	173	12 223	157
Humanmedizin	17 788	3 226	179	14 352	31
Veterinärmedizin	870	209	15	646	-
Agrar-, Forst- und Ernährungs- wissenschaften	2 230	771	7	1 409	43
Ingenieurwissenschaften	14 902	6 427	24	8 234	217
Kunst, Kunstwissenschaft	2 941	1 717	17	573	634
Zentrale Einrichtungen und ohne Angabe	3 772	514	30	2 864	364
Fächergruppen insgesamt ...	85 234	28 220	720	52 882	3 412
Anteil der Frauen in %					
Sprach- und Kulturwissen- schaften	17,9	8,5	16,6	22,4	33,8
Sport	18,7	12,4	-	18,7	23,9
Wirtschafts- und Gesellschafts- wissenschaften	12,1	8,2	9,0	14,9	20,2
Mathematik, Naturwissenschaften	7,1	2,4	2,3	9,0	14,0
Humanmedizin	20,0	4,6	8,9	23,6	29,0
Veterinärmedizin	20,1	3,8	13,3	25,5	-
Agrar-, Forst- und Ernährungs- wissenschaften	12,6	6,2	14,3	16,4	4,7
Ingenieurwissenschaften	2,1	0,8	-	3,0	8,8
Kunst, Kunstwissenschaft	17,5	12,1	-	27,9	23,0
Zentrale Einrichtungen und ohne Angabe	18,7	6,4	10,0	18,0	42,3
Fächergruppen zusammen ...	12,5	5,3	8,8	15,6	26,9

*) Ergebnisse der jährlichen Personalerhebungen an Hochschulen; Stand 30.6.1980.

5 Sozialwesen

Im sozialen Rechtsstaat bzw. in der sozialen Marktwirtschaft fällt dem Sozialwesen die Aufgabe zu, dort wirksam zu werden, wo materielle Disparitäten ein staatliches Eingreifen erforderlich machen. Derartige Eingriffe können zum einen dadurch erfolgen, daß der Gesetzgeber die Rahmenbedingungen für eine versicherungsrechtliche Lösung festlegt. Zum anderen kann der Staat direkt durch Gesetz für eine Verminderung von Ungleichgewichten sorgen.

Im folgenden Kapitel werden zunächst die Unterhaltsquellen der Bevölkerung dargestellt, wobei deutliche Differenzen zwischen den Anteilswerten von Männern und Frauen sichtbar werden, während bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen (bis unter 20 Jahre) keine geschlechtsspezifischen Unterschiede feststellbar sind.

Als Beispiel für eine versicherungsrechtliche Verringerung von Disparitäten werden zunächst die Leistungen der Arbeitsförderung abgehandelt. In deren Rahmen werden auf der Grundlage der Arbeitslosenversicherung, deren Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in gleichen Teilen entrichtet werden, Beträge an Arbeitslose (Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe) und Kurzarbeiter bezahlt; außerdem erhalten Teilnehmer an Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Bildung u.a. Unterhaltsgeld. Ein weiteres Beispiel dieser Art ist die Krankenversicherung.

Als Beispiel für den direkten staatlichen Eingriff seien hier die Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz angeführt. Die Sozialhilfe wird aus Steuereinnahmen als laufende Hilfe zum Lebensunterhalt oder als Hilfe in besonderen Lebenslagen Personen gewährt, die sich in einer Notlage befinden und die von anderen Personen, Institutionen bzw. Sozialleistungssystemen keine oder keine ausreichenden Hilfen erhalten. Die Sozialhilfe soll den Hilfsbedürftigen sowohl ein Leben ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht, als auch sie wieder zur Selbstvorsorge befähigen. Der Umstand, daß über 60 % der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt weiblich sind, zeigt ein weiterhin bestehendes Defizit in der materiellen Stellung der Frauen auf, das derzeit ohne den Eingriff des Gesetzgebers nicht verringert werden könnte.

5.1 Überwiegender Lebensunterhalt der Bevölkerung

Von der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland erzielte 1981 etwas mehr als vier Zehntel die hauptsächlichsten Einnahmen zur Bestreitung des Lebensunterhalts aus eigener Erwerbstätigkeit. Weitere knapp vier Zehntel lebten überwiegend von Zuwendungen durch Angehörige. Rente oder dergleichen war für ein Fünftel die wesentlichste Einnahmequelle, während einem Prozent der Bevölkerung hauptsächlich nur Arbeitslosengeld oder -hilfe zur Verfügung stand.

Getrennt nach Geschlechtern, ergaben sich für den überwiegenden Lebensunterhalt im Durchschnitt z.T. erhebliche Unterschiede. Die Männer lebten zu knapp 55 % von Einnahmen aus eigener Erwerbstätigkeit, Frauen aber nur zu 27 %. Dagegen lebte die Hälfte der weiblichen Bevölkerung von Zuwendungen der Angehörigen, bei der männlichen Bevölkerung betrug dieser Anteil etwas über 27 %. War die Rente oder dergleichen die wesentlichste Einnahmequelle, so lag hier der Anteil der weiblichen Bevölkerung mit 21 % etwas über dem der männlichen Bevölkerung mit 17 %, während bei Arbeitslosengeld oder -hilfe die Anteile von Männern und Frauen etwa gleich gering waren (1,1 bzw. 0,8 %).

Bei diesen Angaben muß berücksichtigt werden, daß Personen bis zum fünfzehnten Lebensjahr zu fast 100 % von Angehörigen unterhalten wurden. In der Altersgruppe der 15- bis 19jährigen lag dieser Anteil immerhin noch bei etwa sieben Zehnteln. Der Unterhalt durch Angehörige spielte bei den Männern ab dem zwanzigsten Lebensjahr keine wesentliche Rolle mehr. Im Alter von 20 bis 59 Jahren dominierte die eigene Erwerbstätigkeit als Haupteinnahmequelle und erreichte bei den 35- bis 44jährigen das Maximum mit rd. 96 %. Ab dem sechzigsten Lebensjahr überwog dann bei den Männern die Rente als wichtigste Einnahmequelle bereits die Erwerbstätigkeit.

Die Bedeutung der Zuwendungen von Angehörigen als wesentlichste Quelle des Einkommens ist, wie schon erwähnt, bei der weiblichen Bevölkerung sehr groß. Die unter 20jährigen sowie die 35- bis 59jährigen lebten im Durchschnitt überwiegend vom Unterhalt durch Angehörige, während die 60 Jahre oder älteren Frauen, wie auch die Männer, im wesentlichen von ihrer Rente oder dergleichen lebten. Nur die 20 bis 34 Jahre alten Frauen hatten als Haupteinnahmequelle die

eigene Erwerbstätigkeit mit einem Maximum von rd. 63 % bei den 20- bis 24jährigen. Dieser Anteil ging mit zunehmendem Alter kontinuierlich zurück. Er stieg also nicht, als evtl. vorhandene Kinder ein Alter erreicht hatten, das eine notwendige Betreuung durch die Mutter nicht mehr erforderte.

Die Angaben für die Frauen verschieben sich allerdings, wenn der Familienstand mit berücksichtigt wird. So bezogen von den ledigen Frauen die 20- bis 55jährigen ihre wesentlichsten Einnahmen aus der Erwerbstätigkeit. Den höchsten Wert erreichten die 35- bis 44jährigen mit fast 86 %. Der Unterhalt durch Angehörige spielte bei den ledigen Frauen von 25 und mehr Jahren keine Rolle mehr. Verheiratete Frauen wurden dagegen, mehr als andere, überwiegend von Angehörigen versorgt. Nur bei den 20- bis 24jährigen überwogen mit rd. 56 % die Einnahmen aus eigener Erwerbstätigkeit. Verwitwete oder geschiedene Frauen im Alter von 20 bis 54 Jahren lebten wiederum überwiegend von der Erwerbstätigkeit als Einnahmequelle, wovon die 25- bis 34jährigen mit etwas mehr als sieben Zehnteln den größten Anteil hatten. Die Rente war ab 55 Jahren die Haupteinnahmequelle, während der Unterhalt durch Angehörige kaum ins Gewicht fiel.

5.1 Überwiegender Lebensunterhalt der Bevölkerung*)

Alter von... bis unter... Jahren	Ins- gesamt	Überwiegender Lebensunterhalt			
		Erwerbs- tätigkeit	Arbeitslosen- geld/-hilfe	Rente oder dergleichen	Angehörige
	1 000		%		

Insgesamt

unter 15	10 832	-	-	1,6	98,4
15 - 20	5 357	27,4	0,6	3,0	69,0
20 - 25	4 564	69,5	2,3	6,7	21,5
25 - 35	8 063	70,5	2,0	3,6	23,9
35 - 45	8 946	71,4	1,3	2,4	24,9
45 - 55	7 985	67,5	1,3	6,0	25,2
55 - 60	3 661	51,9	1,6	18,5	28,1
60 - 65	2 641	22,4	0,8	53,1	23,8
65 und mehr ..	9 606	2,3	/	84,0	13,7
Insgesamt ...	61 655	40,2	1,0	19,1	39,7

Männer

unter 15	5 566	-	-	1,6	98,4
15 - 20	2 783	28,5	0,6	2,7	68,2
20 - 25	2 345	75,2	2,1	7,3	15,3
25 - 35	4 078	89,4	2,0	4,1	4,6
35 - 45	4 577	95,7	1,5	2,1	0,6
45 - 55	4 030	92,5	1,5	5,3	0,6
55 - 60	1 540	78,6	2,1	18,7	0,7
60 - 65	1 071	40,7	1,6	56,9	0,9
65 und mehr ..	3 492	3,7	/	95,1	1,2
Zusammen ...	29 483	54,6	1,1	17,1	27,3

Frauen

unter 15	5 267	-	-	1,5	98,5
15 - 20	2 574	26,1	0,6	3,4	69,8
20 - 25	2 219	63,4	2,4	6,1	28,0
25 - 35	3 985	51,2	2,0	3,1	43,7
35 - 45	4 369	45,9	1,1	2,7	50,4
45 - 55	3 955	42,0	1,1	6,7	50,2
55 - 60	2 120	32,5	1,3	18,3	48,0
60 - 65	1 570	9,9	/	50,4	39,4
65 und mehr ..	6 113	1,5	-	77,7	20,9
Zusammen ...	32 172	27,1	0,8	21,0	51,1

5.1 Überwiegender Lebensunterhalt der Bevölkerung*)

Alter von... bis unter... Jahren	Ins- gesamt	Überwiegender Lebensunterhalt			
		Erwerbs- tätigkeit	Arbeitslosen- geld/-hilfe	Rente oder dergleichen	Angehörige
	1 000			%	

davon:

ledige Frauen

unter 15	5 267	-	-	1,5	98,5
15 - 20	2 493	25,5	0,5	3,5	70,6
20 - 25	1 365	68,1	2,0	8,8	21,0
25 - 35	630	80,7	2,4	8,4	8,5
35 - 45	251	85,8	/	8,4	3,9
45 - 55	264	82,6	/	12,2	3,6
55 - 60	194	74,1	/	21,1	/
60 - 65	133	23,7	/	73,5	/
65 und mehr ..	577	4,1	-	93,3	2,6
Zusammen ...	11 174	24,2	0,6	9,6	65,6

verheiratete Frauen

unter 15	-	-	-	-	-
15 - 20	81	44,5	/	/	47,6
20 - 25	829	55,6	3,1	1,5	39,9
25 - 35	3 143	43,9	1,8	1,1	53,2
35 - 45	3 763	40,8	0,8	0,6	57,8
45 - 55	3 229	36,6	0,9	1,7	60,8
55 - 60	1 493	25,5	1,0	6,4	67,2
60 - 65	916	8,2	/	25,3	66,4
65 und mehr ..	1 887	1,7	-	33,5	64,7
Zusammen ...	15 340	33,1	1,1	7,1	58,8

verwitwete/geschiedene Frauen

unter 15	-	-	-	-	-
15 - 20	/	/	-	-	/
20 - 25	25	68,3	/	/	/
25 - 35	213	72,0	3,5	18,1	6,4
35 - 45	355	71,0	3,1	21,3	4,7
45 - 55	462	55,9	2,3	39,0	2,9
55 - 60	433	37,8	1,8	58,2	2,2
60 - 65	521	9,4	/	88,8	1,5
65 und mehr ..	3 650	0,9	-	98,0	1,1
Zusammen ...	5 659	16,4	0,7	81,1	1,8

*) Ergebnis des Mikrozensus 1981.- Wohnbevölkerung.

5.2 Leistungen der Arbeitsförderung

Zu den Aufgaben nach dem Arbeitsförderungsgesetz gehören die Berufsberatung, Arbeitsvermittlung, Förderung der beruflichen Bildung, Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen sowie Zahlung von Arbeitslosengeld und -hilfe.

Anspruch auf Arbeitslosengeld hat, wer sich beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet hat, der Arbeitsvermittlung zur Verfügung steht, die Anwartschaft erfüllt hat sowie Arbeitslosengeld beantragt hat. Die Dauer des Anspruchs richtet sich nach der vorherigen Beschäftigungsdauer. Arbeitslosenhilfe bekommt, wer Voraussetzungen erfüllt, die auch für den Bezug von Arbeitslosengeld bestimmt sind, aber keinen Anspruch auf dieses hat, weil die Anwartschaft nicht erfüllt ist. Die Arbeitslosenhilfe wird ohne zeitliche Begrenzung geleistet.

Im Jahr 1981 waren von den rd. 698 000 Empfängern von Arbeitslosengeld knapp die Hälfte Frauen. Dieser Anteil lag bei dem Wert von 1976, während in den Jahren 1977 bis 1980 stets mehr als die Hälfte der Bezieher von Arbeitslosengeld Frauen waren. Die Anzahl dieser Frauen ist seit 1976 ständig gesunken und erreichte 1980 den Tiefpunkt mit etwas über 246 000. Bei den männlichen Beziehern von Arbeitslosengeld war der Rückgang allerdings noch stärker ausgeprägt, erreichte aber schon 1979 den tiefsten Stand. Für 1980 war wieder eine leichte Zunahme zu verzeichnen. 1981 stieg die Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld auf den höchsten Stand seit 1976 an. Im Vergleich zu 1980 betrug die Zunahme bei den Frauen knapp 40 %, bei den Männern sogar 70 %.

Der Anteil der Frauen, die Arbeitslosenhilfe bezogen haben, ist von etwas über 23 % im Jahr 1976 auf fast 32 % im Jahr 1980 gestiegen. 1981 ist der Anteil auf rd. 30 % gesunken, was einer Anzahl von 51 000 Frauen entsprach.

Von den rd. 130 000 Empfängern von Unterhaltsgeld im Jahre 1981 waren über ein Drittel Frauen. Dieser Anteil ist seit 1976 (27 %) kontinuierlich gestiegen. Bei den Beziehern von Kurzarbeitergeld war der Anteil der Frauen in dem Zeitraum von 1976 bis 1980 sehr unterschiedlich, zuletzt lag er bei 31 %, was etwa 108 000 Frauen entsprach. In absoluten Zahlen gesehen, war das, im Vergleich zu 1980, eine Zunahme um fast das Zweifache.

5.2 Leistungen der Arbeitsförderung *)

Merkmal	1976	1977	1978	1979	1980	1981
Empfänger von Arbeitslosengeld						
Insgesamt	615 352	557 271	516 267	448 440	454 329	697 614
Frauen	301 354	291 924	278 645	247 500	246 292	344 360
Frauen in %	49,0	52,4	54,0	55,2	54,2	49,4
Empfänger von Arbeitslosenhilfe						
Insgesamt	164 476	163 390	157 116	134 019	121 632	169 731
Frauen	38 269	43 020	43 664	40 507	38 428	51 065
Frauen in %	23,3	26,3	27,8	30,2	31,6	30,1
Empfänger von Unterhaltsgeld ¹⁾						
Insgesamt	85 454	64 081	64 661	77 309	98 734	129 882
Frauen	23 064	20 735	22 841	27 781	35 725	47 177
Frauen in %	27,0	32,4	35,3	35,9	36,2	36,3
Empfänger von Kurzarbeitergeld						
Insgesamt	277 008	231 329	190 714	87 613	136 562	346 859
Frauen	67 011	50 073	41 979	28 404	38 353	107 514
Frauen in %	24,2	21,6	22,0	32,4	28,1	31,0

*) Bundesanstalt für Arbeit.

1) Für die Teilnahme an Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Bildung einschl. Übergangsgeld für Rehabilitanten.

5.3 Empfänger von Sozialhilfe

Von den 2 144 000 Personen, die 1980 Leistungen der Sozialhilfe in Anspruch genommen hatten, waren sechs von zehn weiblichen Geschlechts. Damit waren von 1 000 weiblichen Einwohnern der Bundesrepublik Deutschland vierzig Sozialhilfeempfänger. Ein großer Teil der Hilfeempfängerinnen waren Frauen im Alter von 65 Jahren oder mehr mit einem Anteil von fast vier Zehntel, sowie die unter 18jährigen mit mehr als einem Fünftel.

Die Anzahl der weiblichen Sozialhilfeempfänger hat in den Jahren von 1965 bis 1980 mit 46 % weniger stark zugenommen als die der männlichen Hilfeempfänger mit 64 %. Den stärksten Anstieg, und zwar um mehr als das Dreifache von 23 000 auf 97 000 Personen, hatten in dem genannten Zeitraum die 18- bis unter 25jährigen Frauen zu verzeichnen. Lag ihr Anteil an allen Hilfeempfängerinnen 1965 noch bei 2,6 %, so betrug er 1980 schon 7,6 %. Im Gegensatz hierzu nahm die Anzahl der 50 bis unter 65 Jahre alten Frauen um rd. ein Viertel auf 145 000 ab. Ihr Anteil halbierte sich von knapp 23 % im Jahr 1965 auf etwas mehr als 11 % im Jahr 1980.

Rund 790 000 weibliche Personen erhielten 1980 laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, wobei die unter 18jährigen mit fast drei Zehntel die größte Gruppe bildeten. Von den 682 000 Personen weiblichen Geschlechts, die 1980 Hilfe in besonderen Lebenslagen erhalten hatten, war die Hälfte 65 Jahre oder älter gewesen. Diese Hilfe umfaßt eine Reihe von Hilfearten, die eine individuelle Anpassung der Sozialhilfeleistungen an die unterschiedlichen persönlichen und familiären Verhältnisse der Bedürftigen ermöglicht. Der Anteil der weiblichen Personen an den einzelnen Arten der Hilfe in besonderen Lebenslagen lag, außer bei der Eingliederungshilfe für Behinderte, teilweise erheblich über dem der männlichen Hilfeempfänger. Die Hilfe zur Pflege wurde 1980 am häufigsten gewährt. An zweiter Stelle folgte die Krankenhilfe, die außerdem auch Leistungen bei der Schwangerschaft, Sterilisation sowie der Familienplanung umfaßt.

5.3 Empfänger von Sozialhilfe*)

1 000

Jahr Hilfearten	Empfänger insgesamt	Darunter weiblich	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren				
			unter 18	18 - 25	25 - 50	50 - 65	65 und mehr
1965	1 404	876	195	23	161	198	298
1970	1 491	934	211	30	160	172	361
1975	2 049	1 268	305	63	229	175	497
1980	2 144	1 280	288	97	274	145	476
und zwar:							
Laufende Hilfe zum Lebens- unterhalt 1)	1 322	789	216	68	209	89	206
Hilfe in besonderen Lebens- lagen 1)	1 125	682	102	44	114	82	341
darunter:1)							
Vorbeugende Gesundheits- hilfe	65	43	16	1	11	5	11
Krankenhilfe (einschl. Hilfe bei Schwangerschaft oder bei Sterilisation sowie Hilfe zur Familien- planung)	377	241	32	17	52	37	103
Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen	5	5	0	2	2	0	-
Eingliederungshilfe für Behinderte	194	82	32	14	20	7	9
Hilfe zur Pflege	463	307	15	9	29	35	219
Altenhilfe	30	25	-	-	0	2	24

*) Statistik der Sozialhilfe (außerhalb von- und/oder in Einrichtungen).

1) Die Angaben enthalten Mehrfachnennungen.

5.4 Bevölkerung nach der Art des Krankenversicherungsschutzes

Angaben über den Krankenversicherungsschutz der Bevölkerung werden jährlich im Mikrozensus erhoben. Der Krankenversicherungsschutz der Bevölkerung, der 1957 schon relativ hoch war - 95,3 % der Bevölkerung hatte damals in irgendeiner Form einen Krankenversicherungsschutz - ist bis Mai 1981 auf 99,8 % angestiegen, so daß für die Bevölkerung praktisch ein vollkommener Krankenversicherungsschutz besteht.

In der gesetzlichen Krankenversicherung waren 90,2 % der Bevölkerung versichert, 7,6 % hatten einen Versicherungsschutz durch private Krankenversicherungen und 2,0 % einen sonstigen Versicherungsschutz. Bei der männlichen Bevölkerung war der Anteil der in den Privatkrankenkassen oder durch sonstigen Versicherungsschutz Krankenversicherten etwas höher (11,4 %) als bei der weiblichen Bevölkerung (8,0 %).

Von den weiblichen Versicherten waren fast die Hälfte (47,3 %) als Familienmitglieder versichert, während sich dieser Anteil bei den männlichen Versicherten auf ein knappes Viertel (24,8 %) belief. Umgekehrt waren 42,2 % der männlichen gegenüber 26,8 % der weiblichen Versicherten in den gesetzlichen Krankenkassen pflichtversichert. In diesen Zahlen spiegelt sich sehr deutlich die unterschiedliche Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern wider. Die unterschiedlich hohen Anteilswerte bei den freiwillig Versicherten - 6,6 % der weiblichen bzw. 16,3 % der männlichen Versicherten waren freiwillig krankenversichert - sind zusätzlich auch durch die unterschiedliche Höhe der Erwerbseinkommen von Männern und Frauen bedingt.

Bei den als Rentner Krankenversicherten war der Anteil der weiblichen Versicherten (18,1 %) wiederum höher als derjenige der männlichen Versicherten (13,5 %). Ursächlich hierfür ist vor allem die Tatsache, daß die Mehrzahl der Personen im "Rentenalter" Frauen sind.

Die rd. 100 000 Personen ohne Krankenversicherungsschutz, die im Mai 1981 festgestellt wurden, spielen anteilmäßig (0,1 % der weiblichen bzw. 0,2 % der männlichen Bevölkerung) nur eine geringfügige Rolle. Das bedeutet jedoch nicht, daß diese Gruppe zu vernachlässigen sei, in der sich vermutlich eine Reihe schwerer Schicksale verbirgt.

5.4 Bevölkerung nach der Art des Krankenversicherungsschutzes *)

Versicherungsschutz	Insgesamt		Davon					bes.Ver- siche- rungs- schutz ¹⁾ u.nicht kranken- ver- sichert
			pflicht- ver- sichert	frei- willig ver- sichert	als Rentner ver- sichert	als Familien- mitglied mitver- sichert		
	1 000	%					% 2)	
	Männlich							
Ortskrankenkasse ³⁾	12 321	41,8	53,9	5,2	16,7	24,2	x	
Betriebskrankenkasse 4)	4 012	13,6	49,7	9,0	16,4	24,9	x	
Innungskrankenkasse ...	1 536	5,2	56,9	9,4	9,4	24,2	x	
Landwirtschaftliche Krankenkasse	927	3,1	56,3	0,7	16,3	26,7	x	
Bundesknappschaft	744	2,5	37,9	2,0	39,9	20,3	x	
Ersatzkasse	6 529	22,1	32,8	26,4	10,4	30,5	x	
Private Krankenver- sicherung	2 481	8,4	x	77,8	x	22,2	x	
Sonstiger Versicherungs- schutz	883	3,0	x	x	x	x	100	
Nicht krankenversichert	52	0,2	x	x	x	x	100	
Zusammen ...	29 483	100	42,2	16,3	13,5	24,8	3,2	
Erwerbstätige	16 773	56,9	70,5	24,6	0,7	0,2	3,9	
Erwerbslose und Nicht- erwerbspersonen	12 710	43,1	4,9	5,4	30,4	57,2	2,1	
	Weiblich							
Ortskrankenkasse ³⁾	13 717	42,6	27,2	2,1	25,8	44,9	x	
Betriebskrankenkasse 4)	3 861	12,0	19,6	2,4	17,8	60,2	x	
Innungskrankenkasse ...	1 246	3,9	24,6	2,9	11,2	61,3	x	
Landwirtschaftliche Krankenkasse	941	2,9	21,3	0,8	17,5	60,5	x	
Bundesknappschaft	829	2,6	3,8	/	35,2	60,4	x	
Ersatzkasse	8 964	27,9	40,0	6,2	11,3	42,5	x	
Private Krankenver- sicherung	2 217	6,9	x	51,6	x	48,4	x	
Sonstiger Versicherungs- schutz	350	1,1	x	x	x	x	100	
Nicht krankenversichert	48	0,1	x	x	x	x	100	
Zusammen ...	32 172	100	26,8	6,6	18,1	47,3	1,2	
Erwerbstätige	10 174	31,6	79,4	10,9	1,1	8,5	0,1	
Erwerbslose und Nicht- erwerbspersonen	21 998	68,4	2,4	4,7	26,0	65,2	1,8	

*) Ergebnis des Mikrozensus 1981.

1) Anspruchsberechtigt als Sozialhilfeempfänger, Kriegsschadenrentner oder Empfänger von Unterhalt aus dem Lastenausgleich, freier Heilfürsorge der Polizei und Bundeswehr.

2) Anteil an Spalte "Insgesamt".

3) Einschl. ausländische Krankenkasse.

4) Einschl. der Betriebskrankenkasse der Deutschen Bundesbahn, der Deutschen Bundespost und des Bundesverkehrsministeriums sowie der See-Krankenkasse.

6 Gesundheitswesen

Im Gesundheitszustand der Bevölkerung sind mehr oder weniger deutliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen festzustellen. Diese Unterschiede werden in einer Reihe von Statistiken des Gesundheitswesens erfaßt und nachgewiesen.

In zweijähriger Folge werden im Rahmen des Mikrozensus Fragen zur Gesundheit gestellt. Bei dieser Befragung gilt eine Person dann als krank, wenn sie sich zum Zeitpunkt der Befragung oder in einem vierwöchigen Berichtszeitraum davor in ihrem Befinden so beeinträchtigt fühlte, daß sie ihre üblichen Beschäftigungen (Erwerbstätigkeit, Hausarbeit, Schulbesuch usw.) nicht voll ausführen konnte. Im April 1980 wurden rd. 58 000 Haushalte, das entspricht 0,25 % aller Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland, zu diesem Thema befragt.

Die Zahl der Behinderten wurde erstmals zum 31. Dezember 1979 aufgrund des Schwerbehindertengesetzes aus den Unterlagen der Versorgungsämter ermittelt. Hierbei handelt es sich um Personen mit einer anerkannten Minderung der Erwerbsfähigkeit von 30 % und mehr. Die Statistik wird zweijährlich jeweils zum Jahresende durchgeführt.

Um Maßnahmen zur Abwendung von Ansteckungsgefahren treffen zu können, schreibt der Gesetzgeber im Bundes-Seuchengesetz eine Meldepflicht für die an aktiver Tuberkulose Erkrankten vor. Jeder Arzt muß umgehend dem zuständigen Gesundheitsamt den an Tuberkulose Erkrankten melden. Diese Meldungen bilden die Grundlage für die Tuberkulosestatistik.

Bei jedem Sterbefall muß ein Arzt die Todesursache auf dem Leichenschauschein vermerken. Damit ist die Möglichkeit gegeben, eine Todesursachenstatistik durchzuführen. Als ein Sonderfall dieser Statistik wird die Müttersterblichkeit besonders dargestellt.

Seit Ende Juni 1976 gibt es aufgrund des 5. Gesetzes zur Reform des Strafrechts für die Bundesrepublik Deutschland eine Statistik der Schwangerschaftsabbrüche, die auf Angaben der ausführenden Ärzte beruht. Schließlich werden jährlich die im Gesundheitswesen tätigen Personen nach Geschlecht und Berufen erfaßt und nachgewiesen.

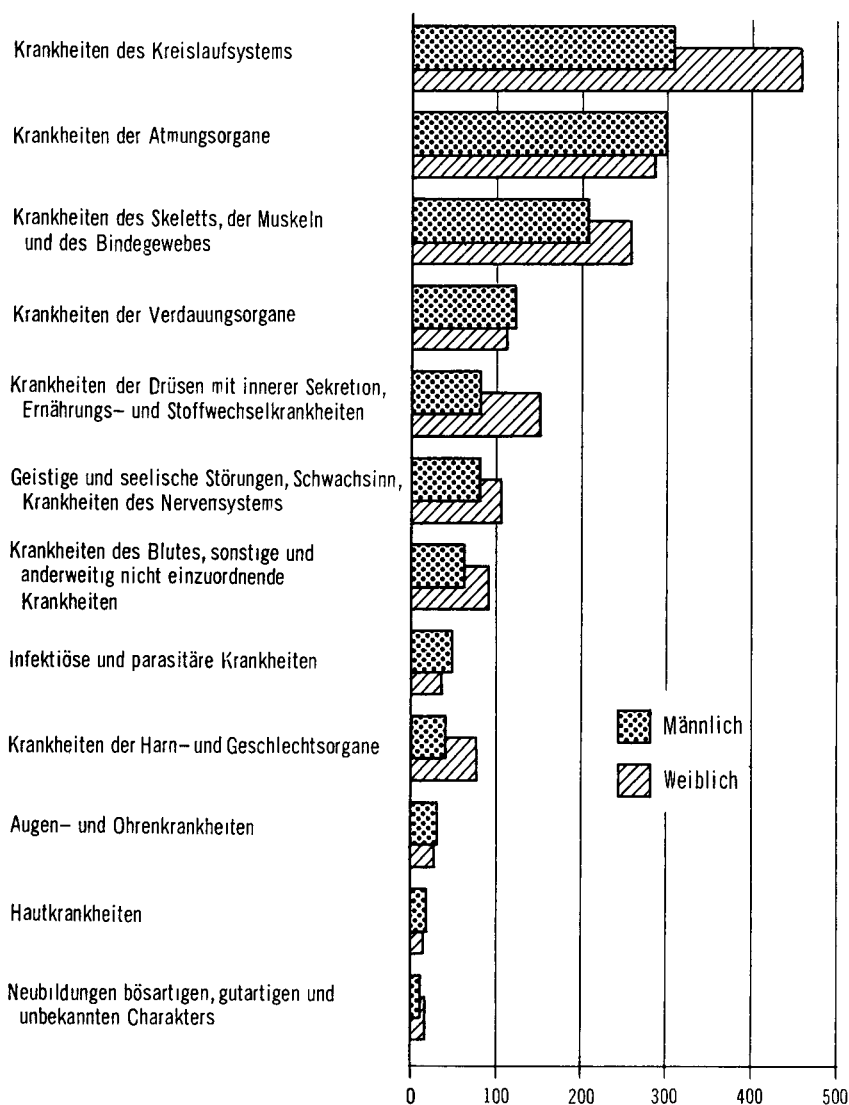
6.1 Kranke Personen nach Krankheitsarten

Im April 1980 gaben 9,1 Mill. Bundesbürger an, krank (gewesen) zu sein, das entspricht 14,8 % der gesamten Wohnbevölkerung. Von diesen waren 5,3 Mill. (58,3 %) Frauen und 3,8 Mill. (41,7 %) Männer. Bezogen auf 10 000 waren Frauen relativ häufiger krank als Männer, nämlich von 10 000 Frauen 1 641, von 10 000 Männern dagegen nur 1 308. Die höhere Krankheitshäufigkeit der Frauen ist vor allem darauf zurückzuführen, daß in der älteren Generation ein besonders starker Frauenüberschuß vorhanden ist, daß die Frauen eine höhere Lebenserwartung haben als die Männer und daß sich gerade im hohen Alter viele Gebrechen einstellen.

Als häufigste Krankheitsarten wurden von den Männern und von den Frauen Krankheiten des Kreislaufsystems (Bluthochdruck, ischämische und sonstige Herzkrankheiten, Krankheiten der Venen und sonstige Krankheiten des Kreislaufsystems) sowie Krankheiten der Atmungsorgane (hierzu zählen Infektionen der oberen Luftwege, Grippe, Bronchitis, Emphysem und Asthma) bezeichnet. Die Häufigkeit an Kreislaufkrankheiten bei Frauen entspricht nicht den landläufigen Vorstellungen, nach denen Männer als gefährdeter gelten als Frauen. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß der Mikrozensus die Antworten zum Krankheitsgeschehen so widerspiegelt, wie sie von den Befragten den Interviewern gegeben wurden. Nach der Schwere der Erkrankung wurde nicht gefragt. Die Ergebnisse der Befragung sind folglich von den subjektiven Vorstellungen der Befragten über den Krankheits- bzw. Gesundheitszustand der einzelnen Haushaltsmitglieder mehr oder weniger stark beeinflusst.

KRANKE PERSONEN NACH KRANKHEITSARTEN IM APRIL 1980¹⁾

Je 10 000 Einwohner



1) Ergebnis des Mikrozensus.

Statistisches Bundesamt 83 0372

6.1 Kranke Personen nach Krankheitsarten *)

6.1.1 in 1 000

Art der Krankheiten	Ins- gesamt	Männlich					Weiblich				
		davon im Alter von ... bis unter ... Jahren									
		zu- sammen	unter 15	15 - 40	40 - 65	65 und mehr	zu- sammen	unter 15	15 - 40	40 - 65	65 und mehr
Infektiöse und parasitäre Krankheiten .	256	145	70	28	31	/	111	46	24	26	/
Neubildungen bösartigen, gutartigen und unbekannten Charakters	92	36	/	/	/	/	56	/	/	26	24
Krankheiten der Drüsen mit innerer Sekretion, Ernährungs- und Stoff- wechselkrankheiten	722	234	/	24	91	112	487	/	35	157	292
Geistige und seelische Störungen, Schwachsinn, Krankheiten des Nervensystems	574	234	/	67	112	46	340	/	76	161	102
Augen- und Ohrenkrankheiten	184	92	/	/	29	30	92	/	/	28	42
Krankheiten des Kreislaufsystems	2 376	903	/	53	389	458	1 472	/	89	482	897
Krankheiten der Atmungsorgane	1 789	874	176	289	252	156	916	165	334	249	168
Krankheiten der Verdauungsorgane	721	354	/	104	165	70	367	/	97	142	113
Krankheiten der Harn- und Geschlechts- organe	377	123	/	/	54	46	254	/	84	110	54
Fehlgeburt, Komplikationen in der Schwangerschaft, bei Entbindung und im Wochenbett	/	x	x	x	x	x	/	-	/	-	x
Hautkrankheiten	109	57	/	23	21	/	52	/	24	/	/
Krankheiten des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes	1 430	605	/	127	330	141	825	/	82	348	390
Krankheiten des Blutes, sonstige und anderweitig nicht einzuordnende Krankheiten	475	186	/	42	66	64	289	/	53	79	149
Insgesamt ...	9 115	3 843	331	798	1 557	1 156	5 273	270	928	1 820	2 255

*) Ergebnis des Mikrozensus 1980.

6.1.2 Je 10 000 Einwohner

Art der Krankheiten	Ins- gesamt	Männlich					Weiblich				
		davon im Alter von ... bis unter ... Jahren									
		zu- sammen	unter 15	15 - 40	40 - 65	65 und mehr	zu- sammen	unter 15	15 - 40	40 - 65	65 und mehr
Infektiöse und parasitäre Krankheiten .	42	49	122	25	35	/	35	85	23	26	/
Neubildungen bösartigen, gutartigen und unbekannten Charakters	15	12	/	/	/	/	17	/	/	26	39
Krankheiten der Drüsen mit innerer Sekretion, Ernährungs- und Stoff- wechselkrankheiten	117	80	/	22	102	310	152	/	33	159	473
Geistige und seelische Störungen, Schwachsinn, Krankheiten des Nervensystems	93	80	/	60	125	127	106	/	71	163	165
Augen- und Ohrenkrankheiten	30	31	/	/	33	82	29	/	/	29	68
Krankheiten des Kreislaufsystems	386	307	/	48	435	1 270	458	/	84	487	1 456
Krankheiten der Atmungsorgane	291	297	306	261	283	433	285	302	315	251	272
Krankheiten der Verdauungsorgane	117	121	/	94	185	194	114	/	91	144	184
Krankheiten der Harn- und Geschlechts- organe	61	42	/	/	61	128	79	/	79	112	87
Fehlgeburt, Komplikationen in der Schwangerschaft, bei Entbindung und im Wochenbett	/	x	x	x	x	x	/	-	/	-	x
Hautkrankheiten	18	19	/	21	24	/	16	/	23	/	/
Krankheiten des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes	232	206	/	115	370	392	257	/	77	352	632
Krankheiten des Blutes, sonstige und anderweitig nicht einzuordnende Krankheiten	77	63	/	38	74	178	90	/	49	80	242
Insgesamt ...	1 482	1 308	575	719	1 746	3 206	1 641	494	873	1 841	3 659

*) Ergebnis des Mikrozensus 1980.

6.2 Kranke Personen nach der Beteiligung am Erwerbsleben und der Art der Behandlung

Von den rd. 9,1 Mill. Personen, die sich im April 1980 als krank bezeichnet hatten, waren 3,0 Mill. (33,1 %) erwerbstätig und 6,1 Mill. (66,9 %) nichterwerbstätig. Für die männliche Bevölkerung wurde zu diesem Befragungszeitpunkt eine Krankenquote von 13,1 % und für die weibliche Bevölkerung von 16,4 % ermittelt. Am niedrigsten war diese Quote in der Gruppe der unter 15jährigen, wo sie für die weiblichen Jugendlichen 5,0 % und für die männlichen 5,8 % betrug. Mit zunehmendem Alter erhöhte sich die Krankenquote: Bei den 40- bis unter 65jährigen Männern erreichte sie 17,5 %, bei den gleichaltrigen Frauen 18,4 %. In der Altersgruppe der 65 Jahre und Älteren hatten sich von den Männern 32,1 % und von Frauen 36,6 % als krank bezeichnet. Für die erwerbstätigen Personen lagen die Krankenquoten allgemein niedriger, und zwar für Männer bei 10,6 % und für Frauen bei 12,2 %.

Die Arbeitsunfähigkeitsquote lag bei den 40- bis unter 65jährigen Erwerbstätigen mit 5,6 % (männliche Erwerbstätige 5,8 und weibliche Erwerbstätige 5,4 %) am höchsten. Die niedrigste Quote ergab sich für die 65 Jahre und älteren Erwerbstätigen mit 3,2 % (Männer 3,4 % und Frauen 3,0 %). Am stärksten wichen die Quoten der Arbeitsunfähigkeit zwischen männlichen und weiblichen Erwerbstätigen in der Altersgruppe der 15- bis unter 40jährigen voneinander ab (3,9 % Männer und 5,2 % Frauen). Von den nichterwerbstätigen männlichen Personen hatten sich 16,8 % und von den nichterwerbstätigen weiblichen Personen 18,7 % als krank bezeichnet. Die entsprechenden Häufigkeiten bzw. Quoten nach Behandlungsarten lagen im Niveau fast durchweg höher als in der Gruppe der erwerbstätigen Personen.

6.2 Kranke Personen nach der Beteiligung am Erwerbsleben
und der Art der Behandlung^{*)}

Alter von ... bis unter ... Jahren Beteiligung am Erwerbsleben	Ins- gesamt	Und zwar:			Ins- gesamt	Und zwar:		
		nur sta- tionär im Kranken- haus	nur in ambu- lanter ärzt- licher Behand- lung	ar- beits- un- fähig		nur sta- tionär im Kranken- haus	nur in ambu- lanter ärzt- licher Behand- lung	ar- beits- un- fähig
1 000				je 10 000 Einwohner				
Männlich								
unter 15								
Nichterwerbstätige ¹⁾	331	6	220	-	575	10	381	-
15 - 40								
Erwerbstätige	642	13	439	339	731	15	500	386
Nichterwerbstätige ¹⁾	156	21	90	-	673	88	388	-
Zusammen ...	798	34	529	339	716	30	477	386
40 - 65								
Erwerbstätige	1 090	26	772	445	1 409	34	998	575
Nichterwerbstätige ¹⁾	468	34	338	-	3 941	282	2 845	-
Zusammen ...	1 557	60	1 110	445	1 746	67	1 244	575
65 und mehr								
Erwerbstätige	53	/	38	9	1 990	/	1 434	342
Nichterwerbstätige ¹⁾	1 103	20	850	-	3 303	60	2 546	-
Zusammen ...	1 156	20	888	9	3 206	56	2 464	342
Zusammen								
Erwerbstätige	1 785	40	1 249	793	1 063	24	745	473
Nichterwerbstätige ¹⁾	2 058	79	1 497	-	1 633	63	1 188	-
Zusammen ...	3 843	119	2 747	793	1 308	40	935	473
Weiblich								
unter 15								
Nichterwerbstätige ¹⁾	270	/	197	-	494	/	360	-
15 - 40								
Erwerbstätige	562	14	384	300	977	25	668	522
Nichterwerbstätige ¹⁾	365	13	230	-	751	27	472	-
Zusammen ...	928	28	614	300	873	26	578	522
40 - 65								
Erwerbstätige	625	14	459	226	1 503	34	1 103	542
Nichterwerbstätige ¹⁾	1 195	32	905	-	2 086	55	1 579	-
Zusammen ...	1 820	46	1 363	226	1 841	46	1 379	542
65 und mehr								
Erwerbstätige	41	-	33	5	2 299	-	1 819	296
Nichterwerbstätige ¹⁾	2 213	34	1 749	-	3 699	56	2 923	-
Zusammen ...	2 255	34	1 782	5	3 659	55	2 891	296
Zusammen								
Erwerbstätige	1 228	29	876	531	1 217	28	868	526
Nichterwerbstätige ¹⁾	4 044	83	3 080	-	1 835	38	1 398	-
Zusammen ...	5 273	112	3 956	531	1 641	35	1 231	526

*) Ergebnis des Mikrozensus 1980.

1) Erwerbslose und Nichterwerbspersonen.

6.3 Rauchgewohnheiten der Bevölkerung

Im April 1978 zum Zeitpunkt der Mikrozensusserhebung hatten 33,6 % der 49,3 Mill. 15jährigen und älteren Personen angegeben, Raucher zu sein. Hierbei gab es einen sehr deutlichen Unterschied zwischen der männlichen Bevölkerung mit 47,8 % und der weiblichen Bevölkerung mit 21,0 %. Von den Rauchern rauchten z.Z. der Befragung 82,5 % regelmäßig, 17,5 % waren Gelegenheitsraucher. Von den regelmäßigen Zigarettenrauchern (77,6 % aller Raucher) rauchten 73,1 % täglich bis zu 20 Zigaretten und 20,4 % täglich 21 und mehr Zigaretten. Auch hier bestand ein deutlicher Unterschied zwischen Männern und Frauen: während 73,7 % der männlichen Zigarettenraucher täglich bis zu 20 Zigaretten und 25,7 % 21 und mehr Zigaretten rauchten, waren es bei den Frauen 86,2, bzw. 13,4 %. Von den Personen, die sich z.Z. der Befragung als krank bezeichnet hatten, waren 29,3 % Raucher, 12,8 % hatten früher und 57,9 % hatten niemals geraucht. 82,8 % der kranken Raucher rauchten regelmäßig. Von den 13 % der Kranken, die nicht mehr rauchten, hatten früher 72,5 % regelmäßig und 27,5 % gelegentlich geraucht. Bei den erkrankten männlichen Personen nimmt der Anteil der Raucher zunächst zu, erreicht in der Altersgruppe der 20- bis unter 30jährigen mit 60 % seinen Höhepunkt und nimmt danach mit zunehmendem Alter wieder ab, während der Anteil der früheren Raucher mit Älterwerden kontinuierlich steigt. Bei den erkrankten weiblichen Personen ist der Unterschied des Raucheranteils zwischen den jüngeren und älteren Altersgruppen sehr viel stärker ausgeprägt als bei den Männern. Auch hier ist zunächst ein Ansteigen des Raucheranteils bis zur Altersgruppe der 20- bis unter 25jährigen (51 %) zu verzeichnen, danach nimmt er - wie bei den Männern - ständig ab. Der Anteil der früheren Raucherinnen veränderte sich dagegen nicht so auffällig wie bei den Männern, im Gegensatz zu diesen ist mit steigendem Alter sogar eine leicht rückläufige Tendenz zu erkennen.

6.3 Rauchgewohnheiten der Bevölkerung *)

1 000

Gesundheits- zustand Ausgewählte Krankheiten	Männer 1)				Frauen 2)			
	zu- sammen	davon			zu- sammen	davon		
		zur Zeit Raucher	früher	nie		zur Zeit Raucher	früher	nie
			geraucht				geraucht	
Kranke Personen ...	3 293	1 562	738	993	4 825	818	299	3 708
darunter: mit Neubil- dungen bösart., gutartigen u. unbekannten Charakters.....	32	12	9	11	73	10	6	57
mit Krankheiten des Kreislauf- systems	773	315	233	225	1 261	133	74	1 054
mit Krankheiten der Atmungs- organe	681	334	132	215	780	209	62	509
mit Krankheiten der Verdauungs- organe	356	194	71	92	384	83	28	273
Nichtkranke Per- sonen	19 753	9 463	2 376	7 664	21 392	4 687	1 000	15 491
Insgesamt ...	23 046	11 025	3 114	8 657	26 217	5 505	1 300	19 198

*) Ergebnis des Mikrozensus 1978 (Wohnbevölkerung 15 Jahre und älter).

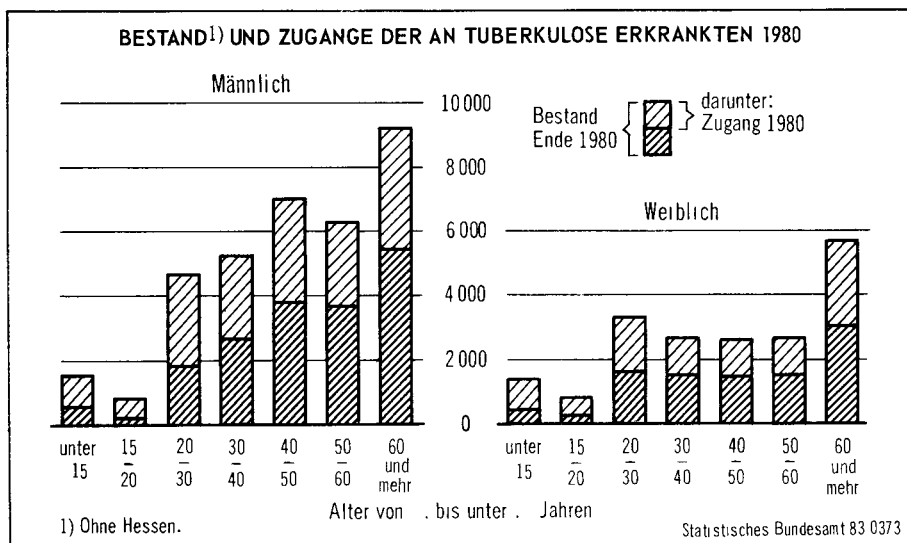
1) Für 250 000 (hochgerechnet in 1 000) Fällen lagen keine Angaben vor.

2) Für 213 000 (hochgerechnet in 1 000) Fällen lagen keine Angaben vor.

6.4 An Tuberkulose Erkrankte

Die aktive Tuberkulose, an der noch vor 50 Jahren viele Menschen starben (79 Todesfälle auf 100 000 Einwohner), hat heute viel von ihrem Schrecken verloren. Die Sterbeziffer ist ständig zurückgegangen; 1980 starben von 100 000 Einwohnern nur 3 an aktiver Tuberkulose.

Der in der Tabelle ausgewiesene Bestand an Tuberkulosekranken betrug 1980 (ohne das Bundesland Hessen) 54 007 Fälle, wobei die Frauen mit 19 290 einen Anteil von 36 % hatten. Von den erfaßten Personen litten 8 924 an einer ansteckenden, d.h. durch Nachweis von Bakterien bestätigten, Form der Lungentuberkulose; hiervon waren 28 % Frauen. 1980 meldeten die Gesundheitsämter im Bundesgebiet 25 924 Aktiv-Tuberkuloseerkrankte als Zugänge, darunter waren 9 318 Frauen (35,9 %). Wie in früheren Jahren entfiel auch im Berichtsjahr der überwiegende Teil aller Zugänge (85,8 %) auf die Tuberkulose der Atmungsorgane. Unter den Gesamtzugängen der Tuberkulose der Atmungsorgane waren 7 384 (33,2 %) Frauen. Bei etwas mehr als einem Drittel dieser Neuzugänge wurde eine ansteckende Tuberkulose der Atmungsorgane diagnostiziert. Der Anteil der Frauen machte dabei fast ein Drittel aus. Bei der Tuberkulose anderer Organe lag der Anteil der Frauen mit 52,4 % der Zugänge höher.



6.4 An Tuberkulose Erkrankte *)

Alter von... bis unter ... Jahren	Insgesamt		Tuberkulose der Atmungsorgane				Tuberkulose anderer Organe	
			mit Nachweis von Tuberkulose- bakterien		ohne Nachweis von Tuberkulose- bakterien			
	ins- gesamt	weib- lich	zu- sammen	weib- lich	zu- sammen	weib- lich	zu- sammen	weib- lich

Bestand ¹⁾

unter 15	2 961	1 417	110	57	2 549	1 204	302	156
15 - 20	1 737	884	279	140	1 288	654	170	90
20 - 30	7 987	3 307	1 250	426	5 844	2 431	893	450
30 - 40	7 933	2 698	1 253	321	5 306	1 702	1 374	675
40 - 50	9 554	2 610	1 654	292	6 151	1 482	1 749	836
50 - 60	8 958	2 700	1 493	321	5 659	1 499	1 806	880
60 u.mehr	14 877	5 674	2 885	962	9 475	3 152	2 517	1 560
Insgesamt	54 007	19 290	8 924	2 519	36 272	12 124	8 811	4 647

Zugänge

unter 15	1 941	959	88	52	1 678	814	175	93
15 - 20	1 260	625	341	177	827	393	92	55
20 - 30	4 470	1 645	1 512	542	2 467	882	491	221
30 - 40	3 758	1 184	1 280	296	1 895	626	583	262
40 - 50	4 305	1 153	1 543	282	2 078	534	684	337
50 - 60	3 788	1 137	1 240	261	1 873	526	675	350
60 u.mehr	6 402	2 615	2 600	961	2 814	1 038	988	616
Insgesamt	25 924	9 318	8 604	2 571	13 632	4 813	3 688	1 934

*) Tuberkulosestatistik 1980.

1) Ohne Hessen.

6.5 Behinderte nach Art der schwerwiegendsten Behinderung

Nach § 51 Abs. 1 des Schwerbehindertengesetzes ist alle zwei Jahre eine Bundesstatistik über die Behinderten durchzuführen. Grundlage dieser Statistik sind die Dateien der Versorgungsämter. Die erste Erhebung wurde zum Stichtag 31. Dezember 1979 durchgeführt. Die Behindertenstatistik liefert Angaben über die Zahl der am Erhebungsstichtag amtlich anerkannten Behinderten mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von mindestens 30 %; ferner Angaben über persönliche Merkmale, wie Alter und Geschlecht, sowie über Art und Ursache der Behinderung.

Die Zahl der Behinderten betrug am 31. Dezember 1981 rd. 5,5 Mill., hiervon waren rd. 2,5 Mill. (46,5 %) Frauen. Die weit überwiegende Zahl der behinderten Frauen war 45 Jahre oder älter. Bei den unter 25jährigen waren 12 von 1 000 behindert, bei den 25- bis unter 45jährigen Frauen waren es bereits 36. Während von 1 000 Frauen im Alter von 45 bis unter 65 Jahren 141 behindert waren, belief sich dieser Anteil bei den 65jährigen oder älteren auf 176 an 1 000 Frauen gleichen Alters.

Eine Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen war bei den weiblichen Behinderten mit 35,8 % am häufigsten. Funktionseinschränkung der Wirbelsäule und des Rumpfes, Deformierung des Brustkorbes wurde bei 15,9 % der weiblichen Behinderten als schwerwiegendste Behinderung festgestellt. An dritter Stelle stehen mit 12,7 % Funktionseinschränkungen von Gliedmaßen.

6.5 Behinderte nach Art der schwerwiegendsten Behinderung*)

Art der schwerwiegendsten Behinderung	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren			
		unter 25	25 - 45	45 - 65	65 und mehr
Insgesamt					
Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen	132 035	4 292	11 295	67 983	48 465
Funktionseinschränkung von Gliedmaßen	800 060	41 998	107 247	366 200	284 615
Funktionseinschränkung der Wirbel- säule und des Rumpfes, Deformierung des Brustkorbes	786 692	15 350	98 257	433 096	239 989
Blindheit und Sehbehinderung	214 880	14 355	27 660	69 484	103 381
Sprach- oder Sprechstörungen, Taub- heit, Schwerhörigkeit, Gleich- gewichtsstörungen	166 546	19 682	22 878	63 909	60 077
Kleinwuchs, Entstellungen u.a.	98 167	1 247	12 421	55 780	28 719
Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen bzw. Organsystemen ..	1 917 317	38 903	167 437	905 630	805 347
Querschnittslähmung, zerebrale Störungen, geistig-seelische Behinderungen, Suchtkrankheiten	518 674	117 344	122 951	162 882	115 497
Sonstige und ungenügend bezeichnete Behinderungen	640 296	24 849	99 449	383 233	132 765
Behinderte, für die eine Aufglieder- ung nach Art der schwerwiegendsten Behinderung nicht möglich ist	211 572	11 555	30 703	90 322	78 992
Insgesamt ...	5 486 239	289 575	700 298	2 598 519	1 897 847
Weiblich					
Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen	17 217	1 496	2 311	6 196	7 214
Funktionseinschränkung von Glied- maßen	323 235	17 665	39 728	122 096	143 746
Funktionseinschränkung der Wirbel- säule und des Rumpfes, Deformierung des Brustkorbes	404 575	7 831	39 325	199 631	157 788
Blindheit und Sehbehinderung	104 208	5 246	9 681	26 113	63 168
Sprach- oder Sprechstörungen, Taub- heit, Schwerhörigkeit, Gleich- gewichtsstörungen	71 850	8 401	9 588	22 521	31 340
Kleinwuchs, Entstellungen u.a.	93 027	684	11 377	53 339	27 627
Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen bzw. Organsystemen ..	912 330	16 710	77 161	354 935	463 524
Querschnittslähmung, zerebrale Störungen, geistig-seelische Be- hinderungen, Suchtkrankheiten	235 409	48 917	51 703	69 134	65 655
Sonstige und ungenügend bezeichnete Behinderungen	297 142	10 231	48 783	171 974	66 154
Behinderte, für die eine Aufglieder- ung nach Art der schwerwiegendsten Behinderung nicht möglich ist	89 537	4 831	12 409	34 935	37 362
Zusammen ...	2 548 530	122 012	302 066	1 060 874	1 063 578

*) Statistik der Behinderten 1981.

6.6 Sterbefälle nach Todesursachen

Eine Vorstellung von den gesundheitlichen Risiken läßt sich anhand der Sterbefälle nach Todesursachen, gegliedert nach Alter und Geschlecht, gewinnen.

Bei der Einschätzung der Ergebnisse ist zu beachten, daß bei jedem Todesfall nur eine Krankheit (Todesursache) - das sogenannte Grundleiden - statistisch erfaßt wird. Daß Menschen in höherem Alter im Regelfall an mehreren Gebrechen leiden, ist mit dieser Statistik nicht zu erkennen.

Die Zahl der Gestorbenen sagt allein auch noch nichts über die Sterbehäufigkeit aus. Es werden deshalb Sterbeziffern, d.h. Todesfälle je 100 000 Einwohner gleichen Alters und Geschlechts, berechnet.

Im Jahre 1980 starben 366 102 Personen weiblichen und 348 015 männlichen Geschlechts. Bei beiden Geschlechtern überwiegen eindeutig die natürlichen, also durch Krankheiten bedingten Todesursachen mit 94,1 %. Bei den Frauen lag mit 95,4 % der Anteil um 2,8 Prozentpunkte höher als bei den Männern. Relativ mehr Männer fallen indessen einem Unfall oder einer sonstigen nicht natürlichen Todesursache zum Opfer.

Bei der Betrachtung der verschiedenen Todesursachen ist zu berücksichtigen, daß 1980 84,3 % der Frauen und 71,4 % der Männer zum Zeitpunkt des Todes 65 Jahre und älter waren. Hierin drückt sich auch die etwa 6 1/2 Jahre längere Lebenserwartung der Frauen gegenüber den Männern aus.

Beide Geschlechter starben überwiegend an Krankheiten des Herz-Kreislaufsystems. Mit 53,5 % lag der Anteil dieser Todesursachen bei den Frauen um 6,5 Prozentpunkte höher als bei den Männern. Weitere häufige Todesursachen für Frauen waren bösartige Neubildungen mit 20,3 %, Krankheiten der Verdauungsorgane mit 4,6 %, Krankheiten der Atmungsorgane mit 4,3 % und Unfälle mit 3,1 %. Etwa die gleiche Reihenfolge der Todesursachen ergibt sich auch bei den Männern, allerdings mit jeweils etwas größeren Anteilen (Krebs: 21,2 %; Krankheiten der Atmungsorgane: 6,9 %; Krankheiten der Verdauungsorgane: 5,8 %; Unfälle: 4,7 %). Für beide Geschlechter waren die Infektionskrankheiten in weniger als 1 % der Fälle die Todesursache. Betrachtet

man die Zahl der Gestorbenen nach Altersgruppen, so ergibt sich, daß die chronischen Krankheiten mit Schwergewicht erst nach dem 35. Lebensjahr Ursache für den Tod sind. Demgegenüber spielen die Unfälle sowohl bei Frauen als auch bei Männern schon in früheren Lebensjahren eine größere Rolle.

Die Sterbeziffern (Todesfälle pro 100 000 Einwohner gleichen Alters und Geschlechts) bestätigen diese Aussage. Bei allen genannten Todesursachen war die Sterblichkeit der Frauen im Jahre 1979 geringer als die der Männer. Bei den besonders häufigen Krankheiten des Kreislaufsystems ergibt sich rein rechnerisch für die Frauen mit 607,5 eine höhere Sterbeziffer als für die Männer (554,9).

6.6 Sterbefälle nach Todesursachen *)

6.6.1 Anzahl

Todesursachen	Insgesamt		Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren							
			0 - 15		15 - 35		35 - 65		65 und mehr ¹⁾	
	männ- lich	weib- lich	männ- lich	weib- lich	männ- lich	weib- lich	männ- lich	weib- lich	männ- lich	weib- lich
Natürliche Todesursachen	322 253	349 389	5 327	4 036	4 199	2 751	70 961	43 836	241 766	298 766
Infektiose und parasitäre Krankheiten	2 672	2 112	264	186	75	89	760	395	1 573	1 442
Bosartige Neubildungen ausgen. der Lymphat.u.blutbildenden Organe ..	73 907	74 202	138	98	686	585	19 305	18 704	53 778	54 815
Bosartige Neubildungen des Lymphat. u.haematopoetischen Gewebes	4 329	4 296	151	95	351	221	1 318	1 067	2 509	2 913
Diabetesmellitus	4 627	9 098	-	2	55	46	937	861	3 635	8 189
Krankheiten des Kreislaufsystems ..	163 669	195 834	53	67	743	465	29 725	12 461	133 148	182 841
Krankheiten der Atmungsorgane	23 856	15 647	294	214	194	209	3 045	1 496	20 323	13 728
Krankheiten der Verdauungsorgane ..	20 327	16 987	92	77	545	271	8 494	3 940	11 196	12 699
Krankheiten der Harn- und Ge- schlechtsorgane	5 337	5 015	24	10	44	47	651	704	4 618	4 254
Komplikationen der Schwangerschaft, bei Entbindung und im Wochenbett, Altersschwache ohne Angabe einer Psychose	x	128	x	-	x	101	x	27	x	-
Alle sonstigen natürlichen Todesursachen	1 843	4 717	-	-	-	-	2	3	1 841	4 714
Unnatürliche Todesursachen	21 686	21 353	4 311	3 287	1 506	717	6 724	4 178	9 145	13 171
Unfälle	25 762	16 713	1 436	868	8 288	2 144	9 389	3 961	6 649	9 740
Selbstmord und Selbstbeschädigung, Alle sonstigen unnatürlichen Todesursachen	16 264	11 428	1 301	798	5 769	1 285	4 788	1 452	4 406	7 893
Selbstmord und Selbstbeschädigung, Alle sonstigen unnatürlichen Todesursachen	1 166	749	68	58	408	192	522	281	168	218
Insgesamt ...	348 015	366 102	6 763	4 904	12 487	4 895	80 350	47 797	248 415	308 506

*) Statistik der Todesursachen 1980.

1) Einschl. Sterbefälle unbekannten Alters.

6.6.2 Je 100 000 Einwohner

Todesursachen	Insgesamt		Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren							
			0 - 15		15 - 35		35 - 65		65 und mehr ¹⁾	
	männ- lich	weib- lich	männ- lich	weib- lich	männ- lich	weib- lich	männ- lich	weib- lich	männ- lich	weib- lich
Natürliche Todesursachen	1 092,5	1 083,8	92,7	73,8	44,8	31,1	648,5	371,6	7 018,0	4 872,1
Infektiose und parasitäre Krankheiten	9,0	6,6	4,6	3,4	0,8	1,0	6,9	3,3	45,7	23,5
Bosartige Neubildungen ausgen. der Lymphat.u.blutbildenden Organe ..	250,6	230,2	2,4	1,8	7,3	6,6	176,4	158,6	1 561,1	893,9
Bosartige Neubildungen des Lymphat. u.haematopoetischen Gewebes	14,7	13,3	2,6	1,7	3,7	2,5	12,0	9,0	72,8	47,5
Diabetesmellitus	15,7	28,2	-	0,04	0,6	0,5	8,6	7,3	105,5	133,5
Krankheiten des Kreislaufsystems ..	554,9	607,5	0,9	1,2	7,9	5,3	271,6	105,6	3 865,1	2 981,7
Krankheiten der Atmungsorgane	80,9	48,5	5,1	3,9	2,1	2,4	27,8	12,7	589,9	223,9
Krankheiten der Verdauungsorgane ..	68,9	52,7	1,6	1,4	5,8	3,1	77,6	33,4	325,0	207,1
Krankheiten der Harn- und Ge- schlechtsorgane	18,1	15,6	0,4	0,2	0,5	0,5	5,9	6,0	134,1	69,4
Komplikationen der Schwangerschaft, bei Entbindung und im Wochenbett ²⁾ Altersschwache ohne Angabe einer Psychose	x	20,6	x	-	x	17,5	x	62,0	x	-
Alle sonstigen natürlichen Todesursachen	6,2	14,6	-	-	-	-	0,02	0,03	53,4	76,9
Unnatürliche Todesursachen	73,5	66,2	75,0	60,1	16,1	8,1	61,4	35,4	265,5	214,8
Unfälle	87,3	51,9	25,0	15,9	88,5	24,3	85,8	33,6	192,9	158,8
Selbstmord und Selbstbeschädigung, Alle sonstigen unnatürlichen Todesursachen	55,1	35,5	22,6	14,6	61,6	14,5	43,8	12,3	127,9	128,7
Selbstmord und Selbstbeschädigung, Alle sonstigen unnatürlichen Todesursachen	28,2	14,1	1,2	0,2	22,5	7,5	37,3	18,9	60,2	26,5
Alle sonstigen unnatürlichen Todesursachen	4,0	2,3	1,2	1,1	4,4	2,2	4,8	2,4	4,9	3,6
Insgesamt ...	1 179,8	1 135,7	117,7	89,6	133,4	55,4	734,3	405,2	7 211,0	5 030,9

*) Statistik der Todesursachen 1980.

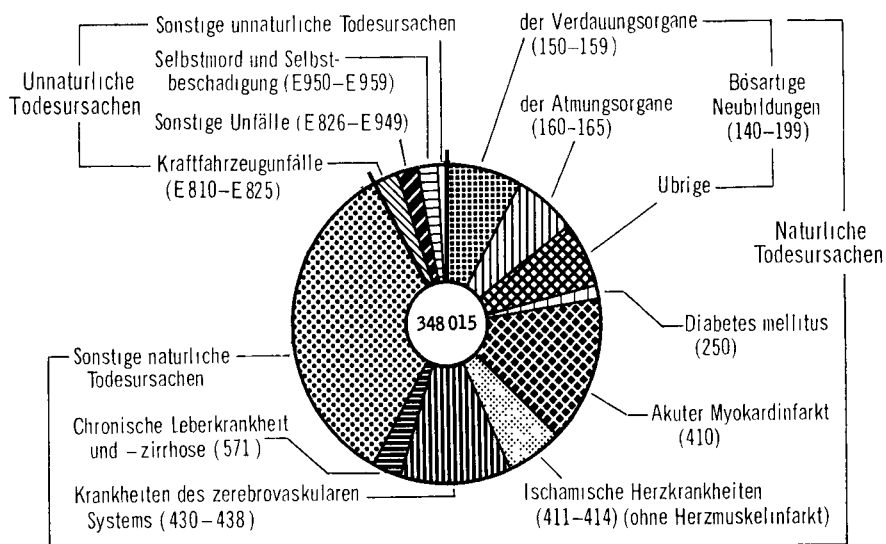
1) Einschl. Sterbefälle unbekannten Alters.

2) Je 100 000 Lebendgeborene nach Altersjahren der Mutter.

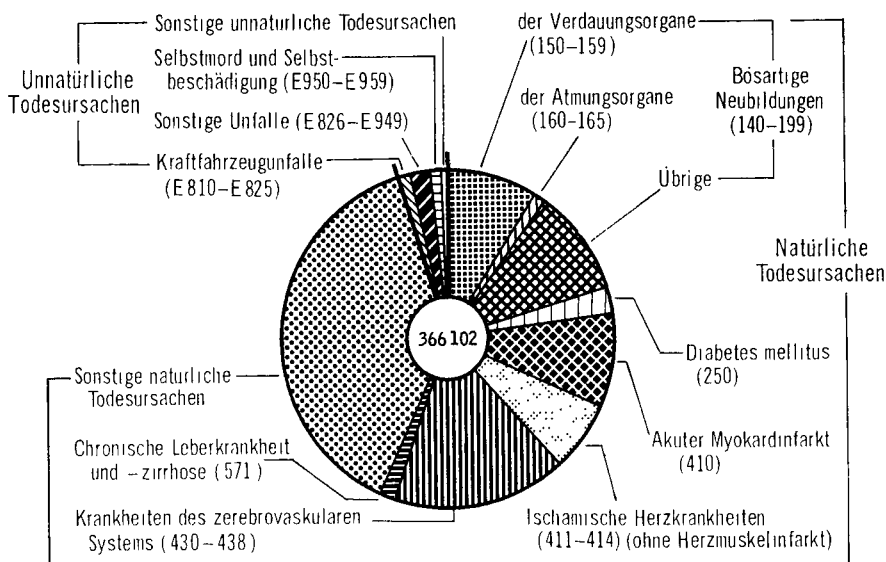
STERBEFÄLLE 1980 NACH AUSGEWÄHLTEN TODESURSACHEN

(Klammerzahlen - Pos.-Nrn. der ICD 1979)

MÄNNLICH



WEIBLICH



Statistisches Bundesamt 83 0375

6.7 Müttersterblichkeit

Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern - insbesondere den skandinavischen Ländern - besteht in der Bundesrepublik Deutschland noch eine relativ hohe Müttersterblichkeit¹⁾, die regional jedoch erheblich differiert. So war z.B. in Rheinland-Pfalz die Müttersterblichkeit 1980 etwa 3 mal höher als im Saarland. Über die Ursachen gibt es auch bei den Experten verschiedene Auffassungen. Gründe können Unterschiede in der Schwangerschaftsbetreuung, verschiedene Lebensgewohnheiten u.a.m. sein. Es ist unverkennbar, daß die Risiken für Mutter und Kind steigen, je älter die Schwangeren sind und je mehr Belastungen sie ihrem Körper zumuten, wie z.B. Rauchen oder schwere Tätigkeit.

Die Tabelle und das Schaubild verdeutlichen die Entwicklung der Müttersterblichkeit in den letzten Jahren.

Die Fallzahlen gegliedert nach dem Alter zeigen, daß Komplikationen im Wochenbett mit 37 Fällen und Komplikationen, die hauptsächlich im Zusammenhang mit der Schwangerschaft auftreten, mit 36 Fällen in fast gleichem Umfang zu den insgesamt 128 Todesfällen im Jahre 1980 geführt haben. Mit zunehmendem Alter erhöht sich die Müttersterblichkeit und ist bei Müttern über 35 Jahren dreieinhalbmal so hoch wie bei jüngeren Müttern.

1) Nach der Definition der Weltgesundheitsbehörde (WHO) gilt als Müttersterbefall der Tod jeder Frau während der Schwangerschaft oder innerhalb von 42 Tagen nach Beendigung der Schwangerschaft, unabhängig von Dauer und Sitz der Schwangerschaft. Dabei gilt jede Ursache, die in Beziehung zur Schwangerschaft oder deren Behandlung steht oder durch diese verschlimmert wird, nicht aber Unfälle und zufällige Ereignisse.

6.7 Müttersterblichkeit *)

6.7.1 Nach Altersgruppen

Jahr	Ins- gesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren						
		15-20	20-25	25-30	30-35	35-40	40-45	45 und mehr

Gestorbene Mütter

Anzahl

1970	420	21	51	97	116	92	37	6
1971	393	30	62	56	98	96	44	7
1972	300	19	44	50	64	81	38	4
1973	292	15	60	52	71	55	34	5
1974	213	6	32	44	54	50	25	2
1975	238	18	42	59	47	49	23	-
1976	219	15	45	60	41	41	16	1
1977	198	14	37	57	38	37	12	3
1978	147	10	28	35	35	25	13	1
1979	128	13	32	31	24	20	8	-
1980	128	11	22	35	33	14	12	1

Je 100 000 Lebendgeborene nach Altersjahren

der Mütter

1970	51,8	22,9	21,9	42,3	68,4	136,5	201,7	463,0
1971	50,5	32,8	26,0	27,5	61,0	147,1	253,1	610,8
1972	42,7	23,0	19,9	27,5	45,7	136,9	256,4	387,2
1973	45,9	20,8	29,4	30,4	58,9	101,5	265,9	581,4
1974	34,0	8,8	15,6	24,6	48,3	98,6	214,8	246,9
1975	39,6	29,6	21,7	31,6	46,6	103,3	217,9	-
1976	36,3	25,5	23,3	30,0	43,5	90,2	162,0	154,3
1977	34,0	25,7	20,0	28,2	42,0	90,7	134,3	490,2
1978	25,5	19,1	15,5	17,1	37,7	67,4	162,4	197,6
1979	22,0	25,6	17,7	14,9	24,2	56,4	104,7	-
1980	20,6	21,1	11,3	15,9	29,7	39,9	151,2	190,8

*) Statistik der Todesursachen.

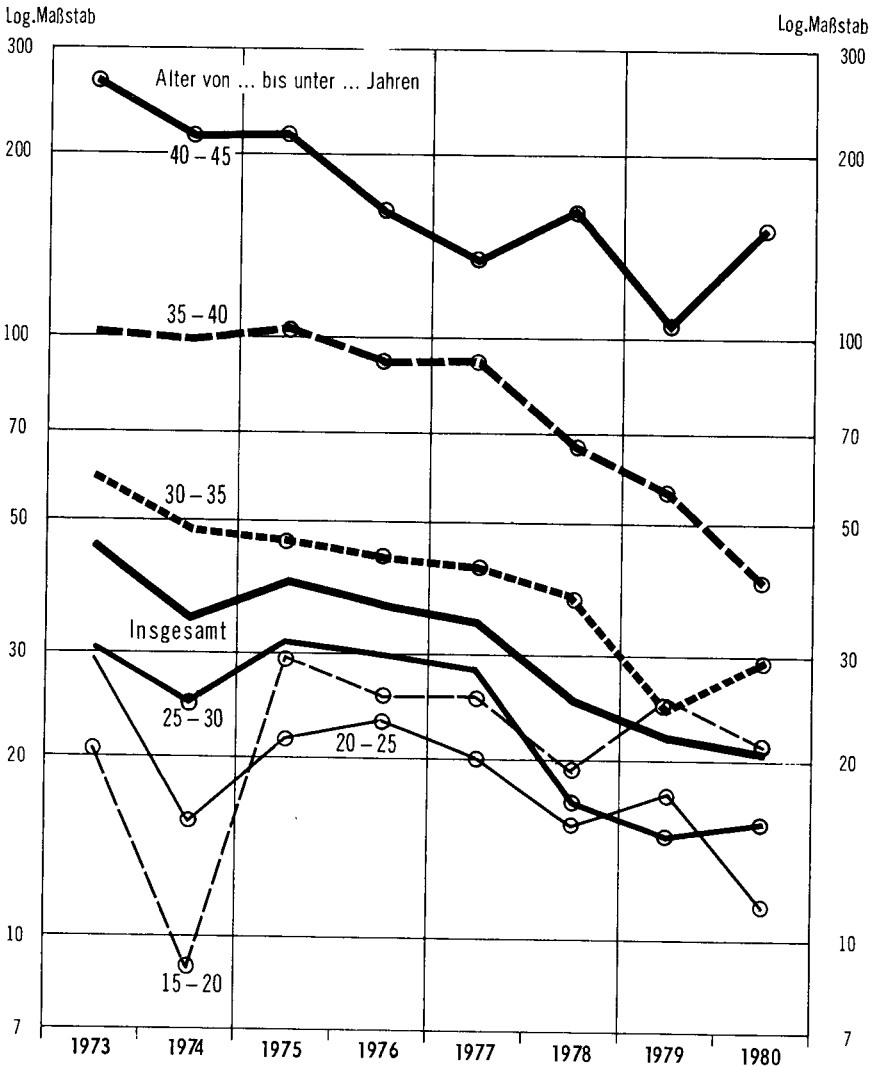
6.7 Müttersterblichkeit *)

6.7.2 Nach Todesursachen

Todesursache	Ins- gesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren						
		15-20	20-25	25-30	30-35	35-40	40-45	45 und mehr
Komplikationen der Schwangerschaft, Entbindung und im Wochenbett	128	11	22	35	33	14	12	1
Schwangerschaft mit nachfolgender Fehlgeburt	16	-	3	4	6	1	2	-
Komplikat. die hauptsächl. im Zusammenhang mit der Schwangerschaft auftreten	36	4	3	10	11	5	2	1
Präeklampsie und Eklampsie	18	2	3	5	5	2	1	-
Sonstige Komplikat. während der Schwangerschaft, Entbindung und im Wochenbett ...	7	-	-	2	3	1	-	1
Andere Indikationen zur Behandlung der Schwangerschaft bei Wehen und Entbindung	7	-	2	1	1	2	1	-
Komplikat. die hauptsächl. im Verlauf der Wehen und der Entbindung auftreten	32	3	5	10	6	3	5	-
Komplikationen im Wochenbett	37	4	9	10	9	3	2	-
Puerperalfieber ..	12	2	4	5	1	-	-	-

*) Statistik der Todesursachen 1980.

MUTTERSTERBLICHKEIT¹⁾ Je 100 000 Lebendgeborene



○ Ziffern, die auf weniger als 50 Sterbefällen beruhen, besitzen infolge zu großer Zufallsschwankungen keinen sicheren Aussagewert.

1) Bezogen auf die Lebendgeborenen von Müttern entsprechenden Alters.

Statistisches Bundesamt 83 0374

6.8 Schwangerschaftsabbrüche

Seit Ende Juni 1976 gibt es für die Bundesrepublik eine Statistik der Schwangerschaftsabbrüche. Wenn sich auch die Statistik bemüht, eine vollständige Erfassung aller legalen Schwangerschaftsabbrüche zu erreichen, muß doch noch mit einer Untererfassung gerechnet werden. Andererseits hat die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche deutscher Frauen im Ausland (Großbritannien 1972: 17 531, 1980: 600 Fälle; Niederlande 1975: 61 000, 1981: 21 000 Fälle) seit Inkrafttreten des 5. Gesetzes zur Reform des Strafrechts vom 18.6.1974 stark abgenommen.

Als Begründung des Abbruchs werden von der Statistik folgende, aus § 218 a StGB abgeleitete Indikationen erhoben:

allgemein-medizinische Indikation,
psychiatrische Indikation,
eugenische Indikation,
ethische (kriminologische) Indikation sowie
sonstige schwere Notlage.

Drei Viertel aller gemeldeten Abbrüche wurden mit einer "sonstigen schweren Notlage" begründet. Die allgemein-medizinische Indikation wurde in knapp einem Fünftel der Fälle gestellt. Während bei den unter 18jährigen die Schwangerschaft nur in 9,9 % der Fälle aufgrund einer allgemein-medizinischen Indikation abgebrochen wurde, betrug ihr Anteil bei den über 45jährigen 31,1 %. Hingegen wurde eine sonstige schwere Notlage vor allem bei jungen Mädchen und Frauen anerkannt.

Von den Frauen, die im Jahr 1981 eine Schwangerschaft legal abbrechen ließen, waren 36,4 % unter 25 Jahre alt, 40,2 % waren zwischen 25 und 34 Jahre alt; 22,1 % waren älter.

6.8 Schwangerschaftsabbrüche*)

6.8.1 Nach Begründung des Abbruchs sowie Dauer der abgebrochenen Schwangerschaft

Alter der Schwangeren von... bis unter ... Jahren	Ins- gesamt	Davon nach Begründung des Abbruchs					
		allgemein medi- zinische	psychia- trische	euge- nische	ethische (kriminolo- gische)	sonstige schwere Notlage	un- be- kannt
Familienstand		Indikation					
Dauer der abgebroche- nen Schwangerschaft von... bis unter ... Wochen							

1978	73 548	16 872	3 686	2 731	104	49 252	903
1979	82 788	17 261	2 802	3 162	101	58 412	1 050
1980	87 702	17 655	2 444	3 053	101	63 289	1 160
1981	87 535	15 382	2 524	2 797	103	65 466	1 263

1981 nach dem Alter der Schwangeren

unter 15	163	29	5	3	4	119	3
15 - 18	4 277	411	101	41	13	3 638	73
18 - 25	27 381	3 322	641	639	36	22 362	381
25 - 30	18 645	3 001	553	631	22	14 173	265
30 - 35	16 578	3 317	525	541	16	11 937	242
35 - 40	11 279	2 580	394	428	7	7 718	152
40 - 45	7 106	2 088	239	411	3	4 271	94
45 und mehr	993	309	28	64	-	582	10
Unbekannt	1 113	325	38	39	2	666	43

1981 nach dem Familienstand der Schwangeren

Ledig	34 850	4 119	868	686	72	28 599	506
Verheiratet	45 841	10 205	1 449	1 961	27	31 593	606
Verwitwet	572	104	18	19	-	425	6
Geschieden	4 898	698	144	100	3	3 869	84
Unbekannt	1 374	256	45	31	1	980	61

1981 nach der Dauer der abgebrochenen Schwangerschaft

unter 6	2 317	250	71	43	-	1 931	22
6 - 8	24 286	3 618	618	703	27	19 072	248
8 - 10	35 506	6 320	1 005	973	41	26 808	359
10 - 13	17 286	3 544	502	527	23	12 429	261
13 - 23	1 077	286	99	226	1	453	12
23 und mehr	42	11	1	23	1	4	2
Unbekannt	7 021	1 353	228	302	10	4 769	359

*) Statistik der Schwangerschaftsabbrüche.

6.8 Schwangerschaftsabbrüche *)

6.8.2 Nach Alter der Schwangeren und vorangegangenen Schwangerschaften

Vorangegangene Schwangerschaften Vorangegangene Lebendgeburten	Ins- gesamt	Davon Schwangere im Alter von ... bis unter ... Jahren				
		unter 20	20 - 30	30 - 40	40 und mehr	unbe- kannt
1978	73 548	9 409	31 103	24 971	6 913	1 152
1979	82 788	11 089	35 594	27 166	7 599	1 340
1980	87 702	11 761	38 164	28 534	8 220	1 023
1981	87 535	11 491	38 975	27 857	8 099	1 113

1981 nach vorangegangenen Schwangerschaften

Keine Schwangerschaft .	35 612	10 364	19 696	4 316	795	441
1 Schwangerschaft	15 388	944	8 313	4 915	1 014	202
2 Schwangerschaften ...	16 712	156	6 345	7 848	2 160	203
3 Schwangerschaften ...	9 634	18	2 776	4 967	1 732	141
4 Schwangerschaften ...	5 134	7	1 206	2 802	1 058	61
5 Schwangerschaften ...	2 382	2	386	1 420	543	31
6 Schwangerschaften ...	1 271	-	142	788	325	16
7 Schwangerschaften ...	670	-	62	416	182	10
8 und mehr	732	-	49	385	290	8

1981 nach vorangegangenen Lebendgeburten

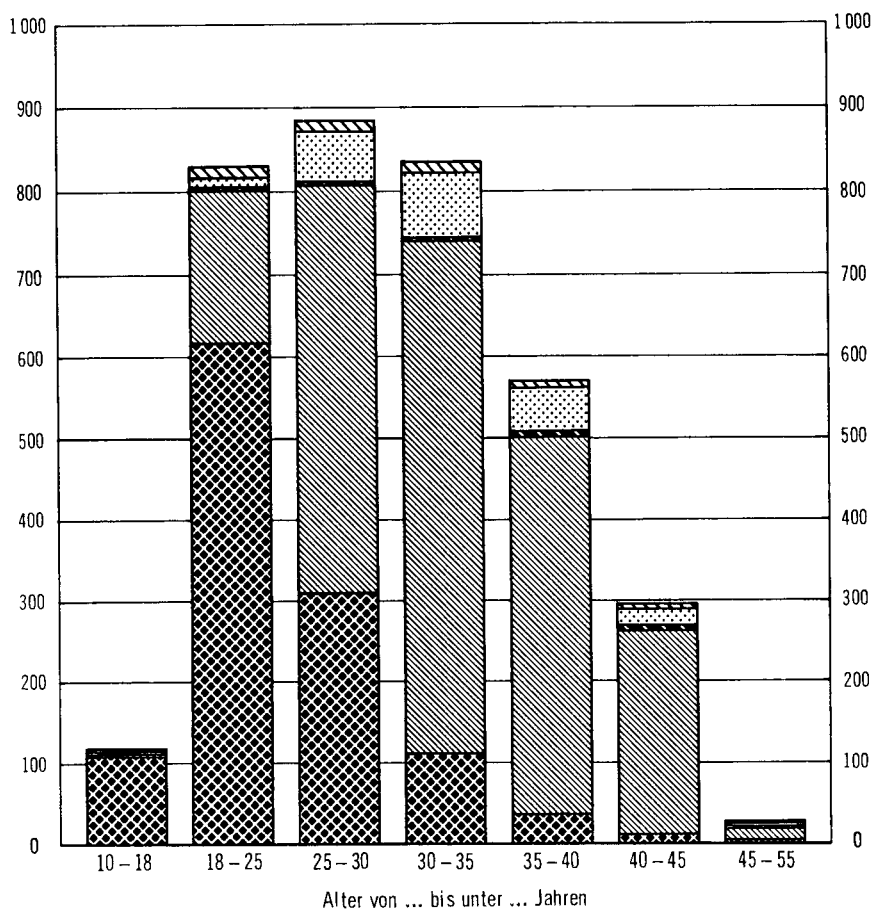
Keine Lebendgeburt	40 374	10 800	22 556	5 486	1 017	515
1 Lebendgeburt	14 881	603	7 423	5 465	1 206	184
2 Lebendgeburten	18 512	81	6 332	9 226	2 627	246
3 Lebendgeburten	8 001	6	1 947	4 308	1 648	92
4 Lebendgeburten	3 305	1	524	1 939	798	43
5 Lebendgeburten	1 371	-	137	831	385	18
6 Lebendgeburten	623	-	35	375	205	8
7 Lebendgeburten	258	-	11	134	108	5
8 und mehr	210	-	10	93	105	2

*) Statistik der Schwangerschaftsabbrüche.

SCHWANGERSCHAFTSABBRÜCHE 1981 **NACH DEM FAMILIENSTAND UND ALTERSGRUPPEN**

Je 100 000 Frauen gleichen Alters

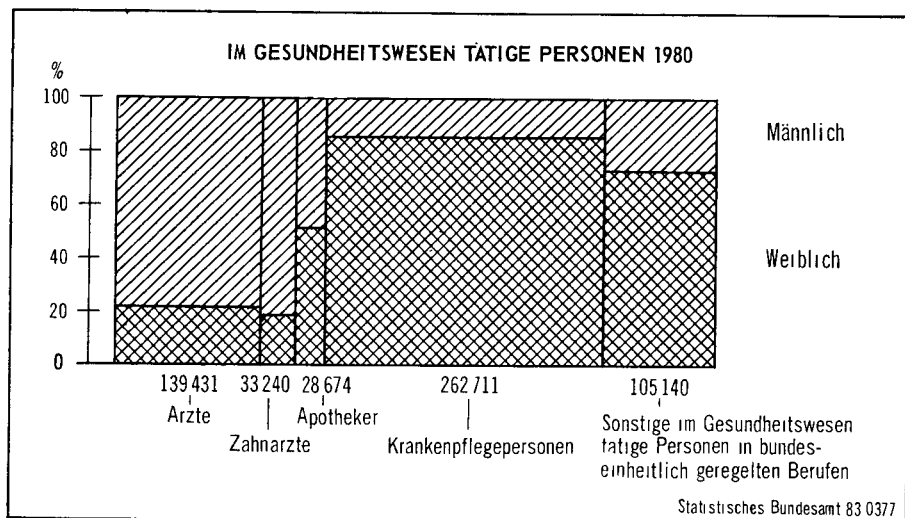
Ledig
 Verheiratet
 Verwitwet
 Geschieden
 Unbekannt



Statistisches Bundesamt 83 0376

6.9 Im Gesundheitswesen tätige Personen

Ende 1980 waren 569 196 Personen mit staatlicher Prüfung in bundesrechtlich geregelten Berufen des Gesundheitswesens tätig. Die Zahl der berufstätigen Ärzte betrug 139 431, das waren 3 720 oder 2,7 % mehr als im Jahr 1979 und rd. 40 % mehr als 1970. Im Jahre 1980 betreute ein Arzt im Durchschnitt 442 Einwohner. Der Anteil der Frauen unter den berufstätigen Ärzten machte Ende 1980 mehr als ein Fünftel (21,6 %) aus und war damit gegenüber dem Vorjahr wieder leicht gestiegen. Die Anzahl der Zahnärzte hat 1980 gegenüber 1979 ebenfalls zugenommen und betrug 33 240. Im Durchschnitt hatte damit ein Zahnarzt 1 855 Einwohner zu versorgen. Der Anteil der Frauen unter den Zahnärzten hat sich seit 1970 kontinuierlich erhöht. Er belief sich Ende 1980 auf 18,5 %, d.h. fast jeder fünfte berufstätige Zahnarzt war eine Frau. Ende 1980 wurden im Bundesgebiet 16 244 Apotheken gezählt. Gegenüber 1979 nahm ihre Zahl um 452 (2,9 %) zu. Die Zahl der in den Apotheken tätigen Apotheker erhöhte sich um 2,8 % auf 28 674. 51,4 % der Apotheker waren Frauen. Unter allen Berufen des Gesundheitswesens, die einen Hochschulabschluß erfordern, lag bei den Apothekern der Frauenanteil am höchsten. Einen noch höheren Anteil hatten die Frauen unter dem Krankenpflegepersonal (85,6 %) und unter den medizinisch-technischen Assistenten (95,4 %).



6.9 Im Gesundheitswesen tätige Personen*)

Beruf	Insgesamt	Frauen	
	Anzahl		%
Ärzte 1)	139 431	30 127	21,6
Zahnärzte	33 240	6 152	18,5
Apotheker 2)	28 674	14 752	51,4
Heilpraktiker 3)	6 654	2 168	32,6
Krankenpflegepersonen 4).....	262 711	224 880	85,6
Krankenschwestern bzw. -pfleger 4)	192 727	162 756	84,4
Kinderkrankenschwestern bzw. -pfleger 4)	25 437	25 404	99,9
Krankenpflegehelfer 4)	44 547	36 720	82,4
Hebammen	5 566	5 566	100,0
Wochenpflegerinnen 4)	579	579	100,0
Masseure 4)	5 645	3 126	55,4
Masseure und medizinische Bademeister 4) 5)	14 965	5 985	40,0
Krankengymnasten 4)	10 924	10 206	93,4
Beschäftigungstherapeuten/Arbeitstherapeuten 4) ..	2 895	1 901	65,7
Med.-techn. Assistenten 4)	16 005	15 326	95,8
Med.-techn. Laboratoriumsassistenten 4)	8 893	8 503	95,6
Med.-techn. Radiologieassistenten 4)	5 151	4 831	93,8
Diätassistenten 4)	3 337	3 137	94,0
Apothekerassistenten 2)	4 540	3 666	80,7
Pharmazeutisch-techn. Assistenten 2)	11 530	11 129	96,5
Rettungssanitäter 3)	8 456	203	2,4
Audiometristen 4)	182	134	73,6
Desinfektoren 6).....	2 259	274	12,1
Logopäden 4).....	654	500	76,5
Orthoptisten 4)	197	177	89,8
Zytologieassistenten 4)	186	181	97,3

*) Statistik der im Gesundheitswesen tätigen Personen,Stand: 31.12.1980.

1) In Bremen ohne Assistenten bei Ärzten in freier Praxis.

2) In Niedersachsen ohne Oldenburg (Stadt und Landkreis).

3) Ohne Bremen.

4) In Bremen nur im Krankenhaus Tätige.

5) Einschl. nur medizinische Bademeister.

6) In Bremen einschl. Gesundheitsaufseher.

7 Öffentliches Leben

Die Beteiligung von Frauen am öffentlichen Leben war vor dem 1. Weltkrieg im Deutschen Reich noch eine weithin unerfüllte Forderung. Z.B. waren erstmals am 19. Januar 1919, bei der Wahl zur Weimarer Nationalversammlung, alle Frauen und Männer ab dem vollendeten 20. Lebensjahr aktiv und passiv wahlberechtigt. Vorher waren Frauen sowie alle Personen, die unter Vormundschaft standen, sich im Konkurs befanden, öffentliche Armenunterstützung erhielten oder das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten, vom Wahlrecht ausgeschlossen. Auch die Mitgliedschaft von Frauen in Vereinen und Berufsverbänden war keine Selbstverständlichkeit.

Welchen Wandel die gesellschaftliche Position der Frauen seit dem Ende des Kaiserreiches erfahren hat, wird zunächst darin deutlich, daß gegenwärtig Frauen und Männer in fast gleichem Ausmaß vom aktiven Wahlrecht Gebrauch machen. In bezug auf die Ausübung des passiven Wahlrechts zeigen sich jedoch auch in der Gegenwart noch deutliche Unterschiede in der Repräsentanz von Frauen und Männern in den Parlamenten: Sowohl im Deutschen Bundestag als auch in den Landtagen der Bundesländer entspricht der Anteil der weiblichen Abgeordneten bei weitem nicht dem Anteil der Frauen an den Wählern (z. B. 53,4 % bei der Wahl zum 9. Deutschen Bundestag am 5. Oktober 1980).

Auch was den Anteil der Frauen an den Mitgliedern von Gewerkschaften und Berufsverbänden angeht, bleibt nach wie vor ein im Vergleich zu den Männern geringerer Organisationsgrad (Anteil der Mitglieder an den Erwerbspersonen) festzustellen. Ähnliches gilt für die im Deutschen Sportbund und im Deutschen Sängerbund zusammengeschlossenen Vereine, in denen der Anteil der Frauen an der gesamten Mitgliedschaft im Jahre 1981 34,2 bzw. 28,9 % betrug, obgleich 52,2 % der Wohnbevölkerung Mädchen und Frauen waren.

7.1 Wahlbeteiligung der Männer und Frauen

Die nachfolgend dargestellten Ergebnisse entstammen der repräsentativen Wahlstatistik, die 3,4 % der bei der Bundestagswahl 1980 Wahlberechtigten erfaßte.

Bei einem Vergleich der Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik mit den Totalergebnissen ist zu beachten, daß

- die Feststellungen über die Wahlbeteiligung auf die Wahlberechtigten ohne Wahlschein beschränkt bleiben mußten (wegen der im Vergleich zu den übrigen Wahlberechtigten höheren Wahlbeteiligung der Wähler mit Wahlschein wird in den Ergebnissen der repräsentativen Wahlstatistik die Wahlbeteiligung deshalb etwas zu niedrig ausgewiesen; Bundesgebiet total: 88,6 %, Stichprobe: 87,6 %),
- für die Auszählungen über die Stimmverteilung die Briefwähler nicht einbezogen werden konnten (in den Ergebnissen spiegelt sich also nur die Stimmabgabe der Urnenwähler wider).

Die hohe Wahlbeteiligung von 90,7 % bei der Bundestagswahl 1976 (1972 sogar 91,1 %) wurde 1980 nicht erreicht. Sie blieb mit 88,6 % um 2,1 Prozentpunkte unter der von 1976. Die Wahlbeteiligung der Frauen (1980: 87,1 %) war, wie bei allen bisherigen Bundestagswahlen, im gesamten etwas niedriger als die der Männer (1980: 88,2 %). Der Rückgang der Wahlbeteiligung 1980 gegenüber 1976 war bei den Frauen mit 2,9 Prozentpunkten geringfügig höher als bei den Männern (2,6 Prozentpunkte).

Im einzelnen zeigt die Untersuchung der Wahlbeteiligung einige altersspezifische Besonderheiten. Unter dem Bundesdurchschnitt liegt 1980 die Wahlbeteiligung in den Altersgruppen unter "35 Jahre" und "70 Jahre und älter". Die überhaupt niedrigste Wahlbeteiligung hatten - wie bei allen Bundestagswahlen seit 1953 - nicht die jüngsten Wahlberechtigten, d.h. die Gruppe der 18- bis 20jährigen (Wahlbeteiligung 80,4 %), sondern die 21- bis 24jährigen mit 78,9 %. Ab dem 25. Lebensjahr nimmt mit steigendem Alter die Wahlbeteiligung zu, wobei die Männer mit 93,5 % im Alter zwischen 60 und 69 Jahren und die Frauen im Alter zwischen 50 und 59 Jahren (91,6 %) die höchste Wahlbeteiligung hatten. Vom 70. Lebensjahr bei den Männern und vom 60. Lebensjahr bei den Frauen nimmt die Wahlbeteiligung ab; sie liegt jedoch bei den Männern noch über der Wahlbeteiligung der unter 40jährigen und bei den Frauen noch über der Wahlbeteiligung der unter 30jährigen.

7.1 Wahlbeteiligung der Männer und Frauen *)

Alter von ... bis unter ... Jahren	Wahlbe- rechtigte ¹⁾		Wähler ¹⁾					
	1980			1979	1976	1972	1969	1965
	Anzahl		von 100 Wahlberechtigten					
Insgesamt								
unter 21	2 341 800	1 883 600	80,4	55,1	84,1	84,6	-	-
21 - 25	2 932 000	2 314 000	78,9	50,2	82,9	84,4	76,6	76,8
25 - 30	3 257 700	2 678 400	82,2	51,8	86,5	88,2	81,4	81,7
30 - 35	3 130 000	2 698 000	86,2	56,0	89,2	90,8	86,1	86,2
35 - 40	3 229 700	2 862 900	88,6	61,0	91,5	92,3	87,8	88,2
40 - 45	4 076 700	3 682 700	90,3	66,2	92,7	93,1	89,4	89,0
45 - 50	3 250 600	2 963 500	91,2	67,6	93,6	93,9	89,6	88,8
50 - 60	6 069 400	5 600 000	92,3	69,7	93,8	94,1	89,6	89,4
60 - 70	4 555 400	4 198 000	92,2	73,2	93,7	93,2	88,6	88,5
70 und mehr ...	5 103 300	4 375 700	85,7	67,5	88,0	85,9	79,5	79,3
Insgesamt ...	37 946 600	33 256 800	87,6	63,6	90,4	90,8	86,1	85,9
Männer								
unter 21	1 183 600	966 000	81,6	56,1	84,9	85,0	-	-
21 - 25	1 495 000	1 193 100	79,8	51,1	83,0	83,9	76,3	76,1
25 - 30	1 641 900	1 344 400	81,9	51,5	86,3	87,6	80,4	81,6
30 - 35	1 582 200	1 357 000	85,8	54,9	88,8	90,4	86,2	86,6
35 - 40	1 622 300	1 429 300	88,1	59,5	91,0	92,4	88,5	89,2
40 - 45	2 056 900	1 857 400	90,3	65,5	92,8	93,4	90,4	90,3
45 - 50	1 631 500	1 493 700	91,6	68,1	93,9	94,5	91,3	90,8
50 - 60	2 749 400	2 560 200	93,1	70,5	94,8	95,2	91,6	91,3
60 - 70	1 778 700	1 663 900	93,5	74,7	94,8	94,5	91,1	91,2
70 und mehr ...	1 827 100	1 636 300	89,6	72,3	91,2	90,2	85,9	86,4
Zusammen ...	17 568 700	15 501 200	88,2	63,6	90,8	91,4	87,5	87,5
Frauen								
unter 21	1 158 200	917 600	79,2	54,1	83,2	84,3	-	-
21 - 25	1 437 000	1 120 900	78,0	49,2	82,9	85,0	77,0	77,5
25 - 30	1 615 800	1 334 000	82,6	52,1	86,8	88,8	82,5	81,7
30 - 35	1 547 800	1 341 000	86,6	57,0	89,7	91,3	86,0	85,7
35 - 40	1 607 400	1 433 700	89,2	62,4	92,0	92,3	87,0	87,3
40 - 45	2 019 800	1 825 300	90,4	67,1	92,6	92,8	88,5	88,0
45 - 50	1 619 100	1 469 800	90,8	67,7	93,3	93,5	88,5	87,4
50 - 60	3 319 900	3 039 800	91,6	69,1	93,0	93,3	88,2	88,1
60 - 70	2 776 700	2 534 100	91,3	72,3	93,0	92,2	86,7	86,4
70 und mehr ...	3 276 200	2 739 400	83,6	64,7	86,0	83,3	75,7	74,8
Zusammen ...	20 377 900	17 755 600	87,1	63,6	90,0	90,2	84,9	84,6

*) Bundestagswahlen 1965 bis 1980 sowie Wahl zum Europäischen Parlament 1979.

1) Ohne Personen mit Wahlschein.

7.2 Stimmabgabe der Männer und Frauen

Die Veränderungen der Stimmanteile für die einzelnen Parteien zwischen der Bundestagswahl 1976 und 1980 sind in der Tendenz sowohl bei den männlichen als auch bei den weiblichen Wählern wiederzufinden. Nur sind sie bei den Männern und Frauen von unterschiedlicher Höhe. 1976 hatten 43,6 % der männlichen Wähler und 43,1 % der weiblichen Wähler ihre Zweitstimme der SPD gegeben. Bei der Bundestagswahl 1980 betrug der Anteil der SPD bei den Männern 43,1 % und bei den Frauen 43,9 %. Der Anteil der SPD-Wählerschaft ging gegenüber 1976 bei den Männern um 0,5 Prozentpunkte zurück und stieg bei den Frauen um 0,8 Prozentpunkte an.

Für die CDU und CSU ist 1980 gegenüber 1976 eine beachtliche Abnahme der Stimmanteile eingetreten, die sich bei den Wählerinnen stärker als bei den männlichen Wählern zeigte. Der Stimmanteil der CDU lag 1976 bei den Wählerinnen um 4,5 und bei den männlichen Wählern um 2,8 Prozentpunkte höher als 1980. Bei der CSU waren es 0,6 bzw. 0,2 Prozentpunkte mehr. 1980 haben von den männlichen Wählern 34,0 % CDU und 10,2 % CSU gewählt. Dies sind zusammengenommen insgesamt 3,0 Prozentpunkte Männerstimmen weniger als bei der Wahl 1976. Die gleiche Feststellung gilt für die Wählerinnen, die 1980 mit 33,5 % CDU und mit 10,2 % CSU gewählt hatten. Sie haben gegenüber 1976 damit insgesamt um 5,1 Prozentpunkte weniger diesen beiden Parteien ihre Zweitstimme gegeben. 1980 war der auf die CDU und CSU entfallene Stimmenanteil der Wählerinnen der niedrigste aller seitherigen Bundestagswahlen.

Die F.D.P. hatte 1980 gegenüber 1976 eine Zunahme um 2,4 Prozentpunkte bei den männlichen Wählern und um 3,2 Prozentpunkte bei den Wählerinnen erfahren. 10,5 % männliche bzw. 10,8 % weibliche Wähler hatten der F.D.P. ihre Zweitstimme gegeben. Einen noch höheren Anteil hatte sie 1953 mit 11,7 % und 1961 mit 13,6 % bei den männlichen Wählern und mit 12,2 % im Jahr 1961 bei den Wählerinnen erreicht.

Die übrigen Parteien hatten insgesamt 1980 gegenüber 1976 erhebliche Stimmengewinne aufzuweisen, sodaß sie ihren Stimmanteil auf 1,9 % mehr als verdoppeln konnten. Dabei ist die Differenz zwischen den Wählern (1976: 1,2 %; 1980: 2,2 %) und den Wählerinnen (1976: 0,5 %; 1980: 1,5 %) dieser Parteien mit jeweils 0,7 Prozentpunkten gleich geblieben.

Bei der Bundestagswahl 1980 war die SPD in allen ausgewiesenen Altersgruppen der Männer und Frauen stärkste Partei. Nimmt man jedoch die Stimmen der CDU und der CSU zusammen, so ergibt sich, wie auch schon 1976, ein Überwiegen der SPD-Stimmen nur bei den 18- bis 34jährigen Männern und Frauen. Mit steigendem Alter bleiben die Stimmanteile der SPD zugunsten der CDU und CSU-Stimmen zurück, wobei diese Zunahme bei der CDU deutlicher als bei der CSU erkennbar wird. Bei der F.D.P. ist, ausgehend von der jüngsten Altersgruppe, bei den Männern wie auch bei den Frauen ein Ansteigen des Stimmenanteils bis zur Altersgruppe der 24- bis 34jährigen festzustellen. Mit zunehmendem Alter vermindern sich die Stimmanteile bis auf 7,1 % bei den Männern und 7,5 % bei den Frauen im Alter von 60 und mehr Jahren. Die größten Abweichungen zwischen den Anteilen der Männer- und Frauenstimmen gab es in der Altersgruppe der 18- bis 24jährigen. Dort war bei der SPD der Anteil der Frauenstimmen um 2,7 Prozentpunkte größer als derjenige der Männer und bei der CDU der Anteil der Männerstimmen um 2,1 % höher als derjenige der Frauen. Bei der SPD und der F.D.P. überwogen in allen Altersgruppen die Anteile der Frauenstimmen. Bei der CSU war dies nur in der Altersgruppe der 45- bis 59jährigen der Fall.

Im Vergleich zu 1976 haben bei der jüngsten Altersgruppe der Männer (18 bis 24 Jahre) die SPD, die CDU sowie die CSU und bei den Frauen nur die CDU und die CSU Stimmeneinbußen erfahren müssen. Bei den Männern waren es bei der SPD 1,8, bei der CDU 4 und bei der CSU 0,7 Prozentpunkte. Bei den Frauen in dieser Altersgruppe waren es bei der CDU sogar 6,3 und bei der CSU 0,9 Prozentpunkte. Die höchsten Stimmeneinbußen hatte die CDU bei den männlichen Wählern (5,8 Prozentpunkte) und bei den Wählerinnen (8,2 Prozentpunkte) in der Altersgruppe der 25- bis 34jährigen. Geringe Stimmeneinbußen hatte die SPD gegenüber der Wahl 1976 bei den männlichen Wählern in allen Altersgruppen ab 35 Jahre und bei den Frauen in der Altersgruppe 35 bis 44 Jahre. Die Stimmanteile der CDU lagen bei den Männern und bei Frauen in allen Altersgruppen beachtlich unter und diejenigen der F.D.P. über den Anteilen der Bundestagswahl 1976. Die CSU hat lediglich von den 25- bis 34jährigen Männern etwas mehr Stimmen als 1976 bekommen. Bei den 35- bis 59jährigen Männern sind die Anteile gleichgeblieben, in den übrigen Altersgruppen der Männer sowie in allen Altersgruppen der Frauen lagen sie geringfügig unter den Anteilen von 1976.

7.2 Stimmabgabe der Männer und Frauen

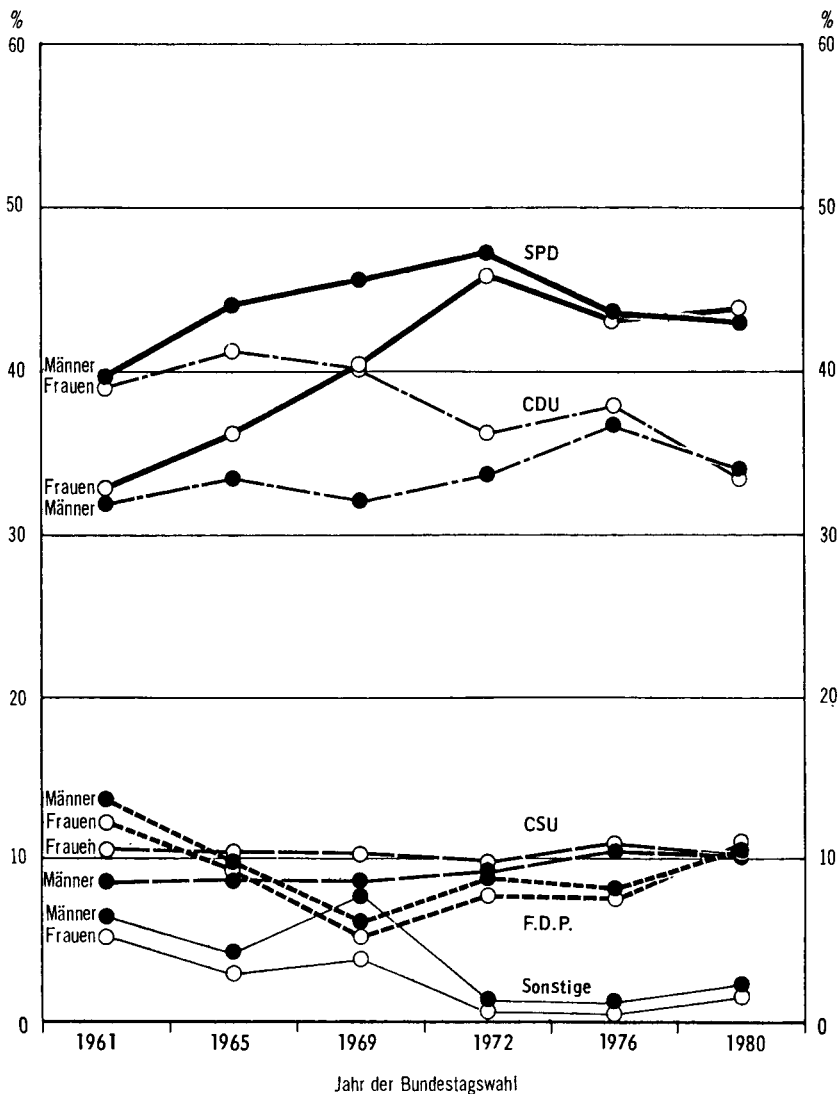
Alter von ... bis unter ... Jahren	Wahljahr	Von 100 gültigen Zweitstimmen 1) nebenstehender Altersgruppen entfielen auf				
		SPD	CDU	F.D.P.	CSU	Sonstige

Männer						
18 - 25	1972	54,3	26,1	9,6	8,7	1,4
	1976	49,4	30,0	8,5	10,3	1,8
	1980	47,6	26,0	10,9	9,6	6,0
25 - 35	1972	48,1	31,6	10,5	8,9	0,9
	1976	45,3	33,2	10,3	10,1	1,1
	1980	46,4	27,4	12,8	10,2	3,3
35 - 45	1972	48,4	32,3	8,9	9,2	1,1
	1976	41,4	38,4	9,0	10,4	0,8
	1980	40,3	35,3	12,6	10,4	1,3
45 - 60	1972	45,0	35,2	8,9	9,2	1,7
	1976	42,7	38,3	7,7	10,1	1,2
	1980	42,2	36,8	9,7	10,1	1,2
60 und mehr ...	1972	42,5	39,6	6,7	9,7	1,5
	1976	42,0	40,3	5,7	10,9	1,1
	1980	41,2	39,9	7,1	10,7	1,1
Zusammen ...	1972	46,9	33,8	8,8	9,2	1,3
	1976	43,6	36,8	8,1	10,4	1,2
	1980	43,1	34,0	10,5	10,2	2,2

Frauen						
18 - 25	1972	55,0	26,9	8,5	9,0	0,6
	1976	50,2	30,2	8,6	10,0	1,0
	1980	50,3	23,9	11,9	9,1	4,7
25 - 35	1972	47,5	32,9	10,1	9,0	0,4
	1976	44,5	34,1	10,7	10,1	0,6
	1980	47,9	25,9	13,9	9,7	2,6
35 - 45	1972	47,3	34,2	8,3	9,6	0,6
	1976	40,9	39,3	8,7	10,7	0,4
	1980	40,7	34,4	13,6	10,2	1,1
45 - 60	1972	43,6	37,9	7,7	10,0	0,7
	1976	42,1	39,0	7,4	10,9	0,6
	1980	42,5	35,9	10,1	10,6	0,9
60 und mehr ...	1972	42,0	41,6	5,7	10,1	0,6
	1976	42,0	41,1	5,2	11,4	0,4
	1980	42,6	38,7	7,5	10,6	0,6
Zusammen ...	1972	45,7	36,3	7,7	9,7	0,6
	1976	43,1	38,0	7,6	10,8	0,5
	1980	43,9	33,5	10,8	10,2	1,5

1) Ohne Stimmen der Briefwähler.

**ZWEITSTIMMEN DER MÄNNER UND FRAUEN
BEI DEN BUNDESTAGSWAHLEN 1961 BIS 1980 NACH PARTEIEN**
Stimmenanteil der Parteien in %



Statistisches Bundesamt 83 0378

7.3 Kombination der Erst- und Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 1980

Bei Bundestagswahlen hat der Wähler seit der Wahl 1953 jeweils zwei Stimmen zu vergeben: Eine Erststimme für die Wahl eines Kandidaten im Wahlkreis und eine Zweitstimme für die Wahl der Landesliste einer Partei. Dieses System läßt es zu, daß der Wähler seine beiden Stimmen verschiedenen Parteien geben kann. Von der Möglichkeit dieses "Stimmensplittings" machen nicht allzuvielen Wähler Gebrauch. 1980 gaben von den Wählern, deren Zweitstimme gültig war, 89,2 % beide Stimmen derselben Partei; 10,2 % wählten mit der Erststimme Wahlkreiskandidaten einer anderen Partei (bei 0,7 % der Stimmzettel mit gültiger Zweitstimme war die Erststimme ungültig). Von der Möglichkeit des Stimmensplittings bei früheren Bundestagswahlen, bei denen solche Untersuchungen durchgeführt worden waren, hatten Gebrauch gemacht: 1961 4,3 %, 1965 6,6 %, 1969 8,8 %, 1972 8,8 %, 1976 6,0 %.

Bezogen auf die Parteien unterscheidet sich das Wahlverhalten von Männern und Frauen nur in Nuancen. Dabei zeigt sich, daß Unterschiede in der Stimmabgabe mit dem Umfang des Stimmensplittings größer werden. Bei der Bundestagswahl 1980 haben die Wähler der CDU und der CSU am wenigsten von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Hier sind auch die Differenzen am geringsten: 93,9 % der Wähler bzw. 93,6 % der Wählerinnen, die mit ihrer Erststimme CDU wählten, gaben dieser Partei auch ihre Zweitstimme. Bei den für die CSU abgegebenen Erststimmen waren diese Prozentsätze mit 95,5 bzw. 95,2 % noch etwas höher. Für die SPD war die Übereinstimmung in der Stimmabgabe etwas geringer: 88,8 % der Wähler und 89,9 % der Wählerinnen, die ihre Erststimme für diese Partei abgaben, gaben ihr auch die Zweitstimme. 8,9 % dieser Wähler sowie 8,0 % dieser Wählerinnen gaben ihre Zweitstimmen der F.D.P. Bei denjenigen, die ihre Erststimme der CDU oder der CSU, ihre Zweitstimme hingegen der F.D.P. gaben, war nach dem Geschlecht kein Unterschied hinsichtlich des Stimmensplittings festzustellen.

Bei den für die F.D.P. abgegebenen Stimmen erreichte das Splitting ein deutlich höheres Ausmaß: Von den Wählern und Wählerinnen, die ihre Erststimme für diese Partei abgaben, erhielt diese von 72,7 % bzw. 71,7 % auch die Zweitstimme. Hier war der Anteil der Frauen, die ihre Zweitstimme der SPD gaben, mit 22,2 % deutlich höher als der der Männer mit 20,3 %. Auf CDU und CSU entfielen dagegen mehr von Männern (5,3 %) als von Frauen (4,8 %) abgegebene Zweitstimmen.

7.3 Kombination der Erst- und Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 1980

Partei	Geschlecht	Von 100 Wählern ¹⁾ , die mit der Erststimme bzw. Zweitstimme nebenstehende Partei wählten, wählten mit der anderen Stimme				
		SPD	CDU	F.D.P.	CSU	Sonstige
Erststimmen = 100						
SPD	Insgesamt ...	89,4	0,9	8,4	0,3	0,7
	Männer	88,8	1,0	8,8	0,4	0,9
	Frauen	89,9	0,9	8,0	0,3	0,5
CDU	Insgesamt ...	2,0	93,7	3,5	-	0,5
	Männer	1,8	93,9	3,5	-	0,5
	Frauen	2,1	93,6	3,5	-	0,4
F.D.P.	Insgesamt ...	21,4	3,7	72,2	1,3	1,2
	Männer	20,3	3,9	72,7	1,4	1,5
	Frauen	22,2	3,6	71,7	1,2	1,0
CSU	Insgesamt ...	2,1	-	1,7	95,4	0,5
	Männer	1,9	-	1,7	95,5	0,5
	Frauen	2,2	-	1,7	95,2	0,4
Sonstige	Insgesamt ...	27,8	5,3	10,2	2,5	53,7
	Männer	27,2	5,6	9,5	2,5	54,9
	Frauen	28,5	5,0	11,0	2,6	52,2
Zweitstimmen = 100						
SPD	Insgesamt ...	92,4	1,6	3,5	0,5	1,4
	Männer	93,0	1,5	3,1	0,4	1,6
	Frauen	91,9	1,7	3,9	0,5	1,2
CDU	Insgesamt ...	1,2	97,1	0,8	-	0,3
	Männer	1,3	97,1	0,8	-	0,4
	Frauen	1,1	97,1	0,8	-	0,3
F.D.P.	Insgesamt ...	35,5	11,6	48,5	1,7	2,1
	Männer	38,0	11,8	45,5	1,7	2,3
	Frauen	33,4	11,3	51,1	1,6	1,9
CSU	Insgesamt ...	1,5	-	0,9	96,1	0,5
	Männer	1,6	-	0,9	96,0	0,6
	Frauen	1,4	-	0,9	96,2	0,5
Sonstige	Insgesamt ...	16,8	8,8	4,8	2,5	63,1
	Männer	17,3	8,6	4,5	2,6	62,6
	Frauen	16,1	9,2	5,1	2,5	63,8

1) Ohne Stimmen der Briefwähler.

7.4 Abgeordnete des Deutschen Bundestages seit 1949

Die politische Repräsentanz der Frauen entspricht bei weitem nicht ihrem Anteil an der wählbaren Bevölkerung. In allen seit 1949 gewählten Bundestagen waren sie mit Anteilswerten von weniger als 10 % vertreten. Dies gilt auch für den am 5. Oktober 1980 gewählten 9. Deutschen Bundestag, der mit 8,5 % einen der höchsten Frauenanteile aufweist. Lediglich im 3. bzw. im 2. Deutschen Bundestag waren mit 9,2 bzw. 8,8 % die Anteile der Frauen an den Abgeordneten höher. Den niedrigsten Anteil weiblicher Abgeordneter wies mit 5,8 % der 1972 gewählte 7. Deutsche Bundestag auf.

Der Anteil der weiblichen Abgeordneten an den drei Fraktionen ist unterschiedlich hoch. In der Fraktion der SPD war er in den Anfangsjahren der Bundesrepublik höher als heute. In bezug auf die Fraktion der F.D.P. verhält es sich umgekehrt, während der Anteil der Frauen an der Fraktion der CDU/CSU im Zeitablauf keine markanten Unterschiede aufweist. Der höchste Anteilswert von 13,0 % war in der Fraktion der SPD im 2. Bundestag und in der Fraktion der F.D.P. im 9. Bundestag zu verzeichnen. Den niedrigsten Anteil weiblicher Abgeordneter überhaupt wies die Fraktion der F.D.P. im 1. Bundestag mit 1,9 % auf. Der niedrigste Prozentsatz in der Fraktion der SPD betrug im 7. Bundestag 5,4 %. In der Fraktion der CDU/CSU belief sich der höchste Anteil auf 7,9 % im 3. und der niedrigste auf 5,6 % im 6. Deutschen Bundestag.

7.4 Abgeordnete des Deutschen Bundestages seit 1949

Tag der Wahl	Einheit	Abgeordnete ¹⁾				
		ins- gesamt	davon			
			SPD	CDU, CSU 2)	F.D.P.	Sonstige
14.08.1949	Anzahl	410 ^{a)}	136 ^{b)}	141 ^{b)}	53	80
	Frauen %	7,1	9,6	7,8	1,9	5,0
06.09.1953	Anzahl	509 ^{c)}	162	249 ^{a)}	53	45 ^{b)}
	Frauen %	8,8	13,0	7,6	5,7	4,4
15.09.1957	Anzahl	519 ^{c)}	181	277 ^{c)}	43	18
	Frauen %	9,2	12,2	7,9	7,0	5,6
17.09.1961	Anzahl	521 ^{d)}	203	251 ^{d)}	67	-
	Frauen %	8,3	10,3	6,8	7,5	-
19.09.1965	Anzahl	518	217	251	50	-
	Frauen %	6,9	8,3	6,4	4,0	-
28.09.1969	Anzahl	518	237	250	31	-
	Frauen %	6,6	7,6	5,6	6,5	-
19.11.1972	Anzahl	518	242	234	42	-
	Frauen %	5,8	5,4	6,4	4,8	-
03.10.1976	Anzahl	518	224	254	40	-
	Frauen %	7,3	6,7	7,5	10,0	-
05.10.1980	Anzahl	519 ^{b)}	228 ^{b)}	237	54	-
	Frauen %	8,5	8,3	7,6	13,0	-

1) Jeweils nach dem Stand bei der Wahl; einschl. der Berliner Abgeordneten.

2) CSU nur in Bayern; 1957 auch im Saarland neben der CDU.

a) Einschl. 2 Überhangmandate.

b) Einschl. 1 Überhangmandat.

c) Einschl. 3 Überhangmandate.

d) Einschl. 5 Überhangmandate.

7.5 Abgeordnete in den deutschen Landtagen

Die Repräsentanz der Frauen in der gegenwärtigen Legislaturperiode der Landtage unterscheidet sich nicht wesentlich von der im Deutschen Bundestag. Die Bürgerschaften der beiden Stadtstaaten Hamburg und Bremen haben mit 16,7 bzw. 14,0 % die höchsten Anteile weiblicher Abgeordneter. Die niedrigsten sind in Schleswig-Holstein mit 5,5 und in Baden-Württemberg mit 5,6 % zu verzeichnen. Relativ niedrige Werte weisen auch die Landtage des Saarlandes mit 5,9 %, von Niedersachsen mit 6,4 % und von Nordrhein-Westfalen mit 6,5 % auf. Der Anteil der Frauen an den einzelnen Fraktionen der deutschen Landtage bewegt sich zwischen 0,0 und 55,6 %. Diese Extremwerte sind allerdings ausschließlich bei den Fraktionen zu verzeichnen, die sich aus weniger als zehn Abgeordneten zusammensetzen.

Bei den Landtagsfraktionen der CDU und der CSU bewegt sich der Anteil der weiblichen Abgeordneten im Bereich zwischen 2,3 % bzw. 2,7 % in Niedersachsen bzw. Schleswig-Holstein sowie 12,5 % in Hamburg. Der Anteil der weiblichen Abgeordneten an den Fraktionen der SPD liegt fast durchweg höher. Am höchsten ist er in Bremen mit 17,3 %, am niedrigsten in Nordrhein-Westfalen mit 6,6 %.

7.5 Abgeordnete in den deutschen Landtagen

Land	Tag der Wahl	Einheit	Abgeordnete ¹⁾				
			ins- gesamt	davon			
				SPD	CDU, CSU 2)	F.D.P.	Son- stige
Schleswig-Holstein	29.04.1979	Anzahl	73	31	37	4	1 ^{a)}
		Frauen %	5,5	9,7	2,7	-	-
Hamburg	06.06.1982	Anzahl	120	55	56	-	9 ^{b)}
		Frauen %	16,7	14,5	12,5	-	55,6
Niedersachsen	21.03.1982	Anzahl	171	63	87	10	11 ^{c)}
		Frauen %	6,4	9,5	2,3	10,0	18,2
Bremen	07.10.1979	Anzahl	100	52	33	11	4 ^{d)}
		Frauen %	14,0	17,3	9,1	9,1	25,0
Nordrhein-Westfalen	11.05.1980	Anzahl	201	106	95	-	-
		Frauen %	6,5	6,6	6,3	-	-
Hessen	26.09.1982	Anzahl	110	49	52	-	9 ^{c)}
		Frauen %	11,8	10,2	7,7	-	44,4
Rheinland-Pfalz	18.03.1979	Anzahl	100	43	51	6	-
		Frauen %	10,0	9,3	11,8	-	-
Baden-Württemberg	16.03.1980	Anzahl	124	40	68	10	6 ^{e)}
		Frauen %	5,6	7,5	2,9	10,0	16,7
Bayern	10.10.1982	Anzahl	204	71	133	-	-
		Frauen %	7,4	9,9	6,0	-	-
Saarland	27.04.1980	Anzahl	51	24	23	4	-
		Frauen %	5,9	8,3	4,3	-	-
Berlin (West)	18.03.1979	Anzahl	135	61	63	11	-
		Frauen %	9,6	9,8	9,5	9,1	-

1) Jeweils nach dem Stand bei der Wahl.

2) CSU nur in Bayern.

a) Südschleswigscher Wählerverband.

b) Grün-Alternative Liste (GAL).

c) DIE GRÜNEN (GRÜNE).

d) Bremer Grüne Liste.

e) DIE GRÜNEN Baden-Württemberg.

7.6 Mitglieder in Gewerkschaften

Die Mitgliederzahlen der großen Gewerkschaften und Berufsverbände weisen in den Jahren 1976 bis 1981 fast durchweg eine steigende Tendenz auf. Die stärkste Zunahme hatte der Deutsche Gewerkschaftsbund mit 7,5 % zu verzeichnen, gefolgt von der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (+ 5,5 %), dem Deutschen Handels- und Industrieangestellten-Verband (+ 4,8 %) und dem Deutschen Beamtenbund (+ 2,1 %).

Der Anteil der weiblichen Mitglieder hat dabei in den einzelnen Gewerkschaften und Verbänden mehr oder weniger stark zugenommen. Die Anzahl der Frauen im Deutschen Gewerkschaftsbund nahm von 1976 auf 1981 um 21,9 % zu. Die prozentual größte Zunahme war dabei bei den weiblichen Angestellten mit 35,3 % zu verzeichnen, gefolgt von den Beamtinnen mit 23,0 und den Arbeiterinnen mit 13,0 %. Die Zunahme der Zahl weiblicher Mitglieder in der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft stand diesem Ergebnis mit 17,6 % kaum nach. Die Zahl der weiblichen Mitglieder im Deutschen Beamtenbund stieg im gleichen Zeitraum um 11,3 % an. Nur im Deutschen Handels- und Industrieangestellten-Verband war die Zunahme der Zahl der weiblichen Mitglieder mit 7,2 % geringer, lag aber über der Zunahme der männlichen Mitglieder (3,9 %).

Sieht man einmal von den kleineren Gewerkschaften und Berufsverbänden ab, die in der vorliegenden Aufstellung nicht enthalten sind, und läßt man ferner außer Betracht, daß sich unter den Mitgliedern der hier aufgeführten großen Gewerkschaften und Berufsverbände auch Nichterwerbspersonen befinden, so lassen sich durch den Vergleich der Mitgliederzahlen dieser Verbände mit der Gesamtzahl der Erwerbspersonen ungefähre Aufschlüsse über deren Organisationsgrad gewinnen.

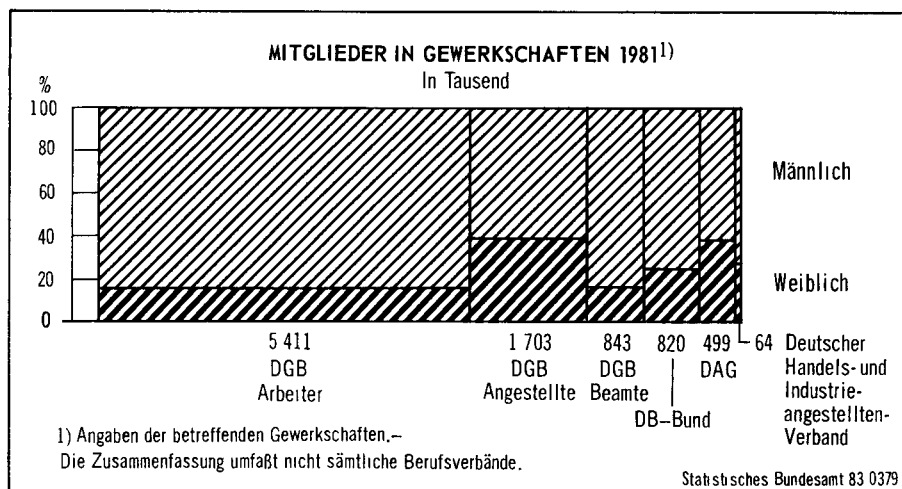
7.6 Mitglieder in Gewerkschaften *)

Mitglieder	1976	1978	1980	1981
Deutscher Gewerkschaftsbund¹⁾				
Insgesamt	7 400 021	7 751 523	7 882 527	7 957 512
Frauen in %	18,3	19,1	20,3	20,7
davon:				
Arbeiter	5 265 983	5 370 488	5 376 454	5 410 578
Frauen in %	14,3	14,9	15,6	15,8
Angestellte	1 435 724	1 548 947	1 658 121	1 703 449
Frauen in %	34,2	36,5	37,9	39,0
Beamte	698 314	832 088	847 952	843 485
Frauen in %	15,4	13,9	15,2	15,7
Deutscher Beamtenbund (Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes)²⁾				
Insgesamt	803 747	800 671	821 012	820 262
Frauen in %	23,5	23,7	24,5	25,6
Deutsche Angestellten-Gewerkschaft¹⁾				
Insgesamt	473 463	481 628	494 874	499 439
Frauen in %	35,3	36,6	38,1	38,9
Deutscher Handels- und Industrieangestellten-Verband²⁾				
Insgesamt	60 720	61 174	62 758	63 647
Frauen in %	27,0	27,1	27,6	27,6

*) Angaben der betreffenden Gewerkschaften. - Die Zusammenfassung umfaßt nicht sämtliche vorhandenen Berufsverbände.

1) Stichtag 31.12.

2) Stichtag 30.9.



7.7 Mitglieder im Deutschen Sängerbund

Insgesamt gesehen ist die aktive Mitgliedschaft in dem im Deutschen Sängerbund und dessen Mitgliedsbünden zusammengeschlossenen Gesangsvereinen weitgehend eine Sache der Männer, auch wenn der Anteil der Frauen hier von 1975 (= 21,2 %) auf 1981 (= 28,9 %) deutlich zugenommen hat. In den regional gegliederten Mitgliedsbünden weichen die Anteile der Frauen zum Teil recht stark von diesem Durchschnittswert ab. Den höchsten Anteil der Frauen wies 1981 der mit rd. 2 700 Mitgliedern kleinste regionale Sängerbund, der Berliner Sängerbund, mit 48,8 % auf. Im größten der Mitgliedsbünde, dem im Jahre 1981 rd. 110 500 Mitglieder umfassenden Sängerbund Nordrhein-Westfalen, war der Anteil der Frauen mit 20,0 % am niedrigsten.

Die Extremwerte werden jedoch von den relativ mitgliederschwachen überregionalen Mitgliedsbünden erreicht. Von den 1981 rd. 600 Mitgliedern des Sudetendeutschen Sängerbundes waren etwas mehr als die Hälfte (52,9 %) Frauen, während sich unter den rd. 400 Mitgliedern der Deutschen Sängerschaft traditionell keine einzige Frau befand. Von den 1981 rd. 11 500 Mitgliedern der dem Deutschen Sängerbund angeschlossenen deutschen Chöre im Ausland war etwa jedes dritte (35,1 %) eine Frau.

Die Anzahl der Frauen, die aktive Mitglieder im Deutschen Sängerbund waren, hat von 1975 bis 1981 insgesamt um 69,4 % auf rd. 161 000 zugenommen. Auch in dieser Hinsicht waren zwischen den einzelnen Mitgliedsbünden erhebliche Unterschiede feststellbar: Am stärksten nahm die Zahl der weiblichen Mitglieder im Sängerbund Rheinland-Pfalz (+ 128,6 %) und im Hessischen Sängerbund (+ 113,3 %) zu. Die geringste Zunahme war beim Sudetendeutschen Sängerbund zu verzeichnen, während der Sondershäuser Verband, dem 1975 noch rd. 300 Frauen angehörten, 1981 keine weiblichen Mitglieder mehr aufwies.

7.7 Mitglieder im Deutschen Sängerbund *)

1 000

Mitgliedsbund	Aktive Mitglieder					
	1975			1981		
	ins- gesamt	weib- lich	%	ins- gesamt	weib- lich	%
Badischer Sängerbund	49,0	8,4	17,2	62,1	15,6	25,1
Bayerischer Sängerbund	9,0	2,4	27,0	11,6	3,9	33,5
Berliner Sängerbund	2,3	0,8	34,8	2,7	1,3	48,8
Fränkischer Sängerbund	37,5	8,4	22,5	47,1	13,9	29,5
Sängerbund Hamburg	2,6	0,6	24,9	2,9	1,1	37,7
Hessischer Sängerbund	43,1	8,3	19,2	60,8	17,7	29,1
Maintal-Sängerbund	5,1	0,9	16,8	7,3	1,9	26,0
Mitteldeutscher Sängerbund	17,5	4,7	26,6	22,3	7,8	35,0
Sängerbund Nordrhein-Westfalen	96,8	12,7	13,1	110,5	22,1	20,0
Sängerbund Nordwestdeutschland	39,8	13,6	34,1	46,1	18,7	40,6
Pfälzischer Sängerbund	19,2	3,7	19,3	24,8	6,6	26,5
Sängerbund Rheinland-Pfalz	33,1	4,9	14,7	45,8	11,2	24,4
Saar-Sängerbund	11,0	1,8	15,9	12,5	2,6	21,1
Sängerbund Schleswig-Holstein	9,8	3,1	31,9	11,9	4,7	39,3
Schwäbischer Sängerbund	52,8	15,3	28,9	66,3	24,7	37,3
Schwäbisch-Bayerischer Sängerbund .	7,8	1,6	25,0	10,7	3,1	28,9
Deutsche Sängerschaft	0,4	-	-	0,4	-	-
Sondershäuser Verband	0,6	0,3	45,5	0,7	-	-
Sudetendeutscher Sängerbund	0,7	0,3	43,9	0,6	0,3	52,9
Deutsche Chöre im Ausland	10,7	3,6	33,7	11,5	4,0	35,1
Insgesamt ...	448,8	95,2	21,2	558,6	161,3	28,9

*) Deutscher Sängerbund e.V.

7.8 Mitglieder im Deutschen Sportbund

Obwohl Männer und Frauen in ihrer Kindheit und Jugend unterschiedslos mit dem Sport als Pflichtfach an den Schulen in Berührung kommen, schlägt sich das nicht in gleicher Weise in der Mitgliedschaft in Sportvereinen nieder. So waren im Jahre 1981 nur 34,2 % der Mitglieder in den Vereinen, die im Deutschen Sportbund zusammengeschlossen sind, Frauen. Ihre Zahl hat zwar gegenüber 1975 um 49,1 % auf 5,2 Mill. zugenommen, bleibt aber gegenüber den 10,0 Mill. Männern im Deutschen Sportbund immer noch in der Minderheit.

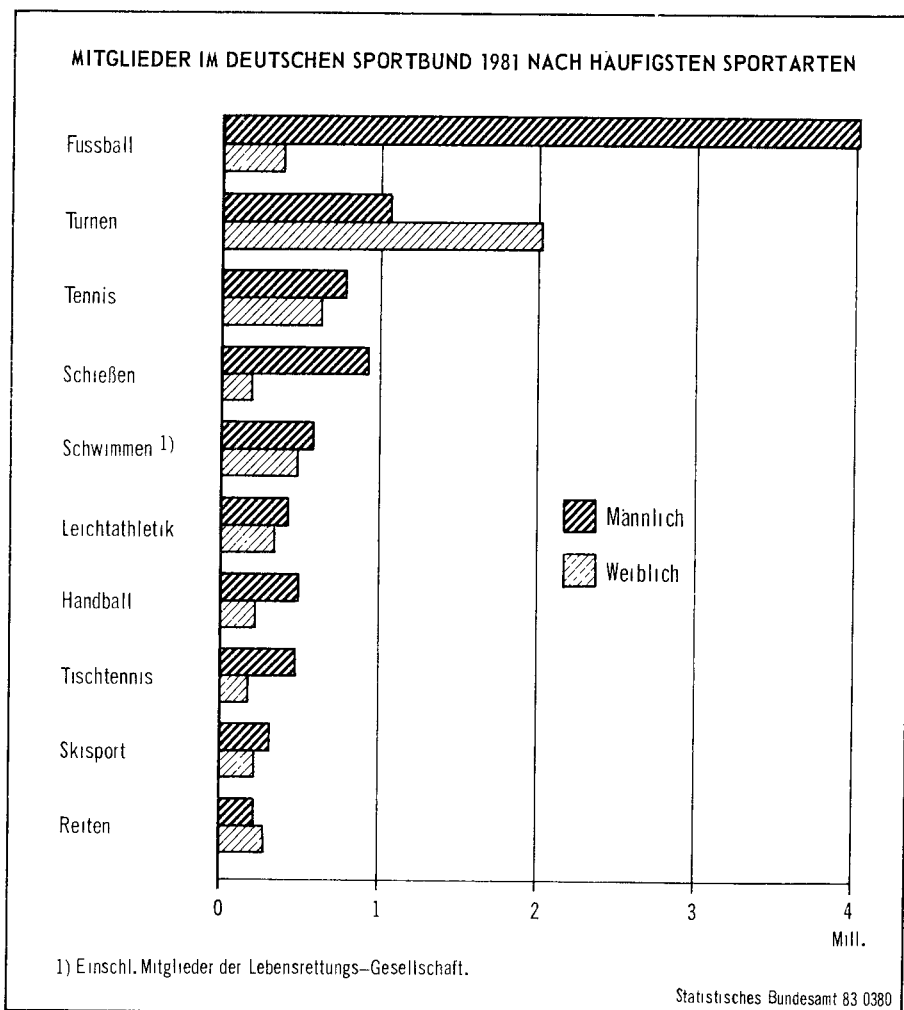
Die Beteiligung der Frauen an den einzelnen Sportarten ist durchaus unterschiedlich, wobei diese Unterschiede sowohl von der Tradition als auch von speziellen körperlichen Anforderungen bedingt sein können. So waren z.B. im Deutschen Fußballbund Frauen bis vor wenigen Jahren nicht spielberechtigt. Demzufolge belief sich der Anteil der Frauen an diesem mit 4,4 Mill. 1981 mitgliederstärksten Sportverband auf nur 8,7 %. Bei den Ringern gab es auch 1981 fast keine weiblichen Mitglieder; wohl aber bei einem der kleinsten Sportverbände, den Boxern, wo 7,3 % der aktiven und passiven Mitglieder Frauen waren. Dieser Anteil war immerhin noch fast doppelt so hoch wie bei den Schachspielern (3,9 %), und er betrug mehr als das Zweieinhalbfache des Anteils der Frauen an den Mitgliedern der Sportfischervereine.

Nur in drei Sportarten erreichte der Anteil der Frauen an den Vereinsmitgliedern im Jahr 1981 mehr als fünfzig Prozent: und zwar allen voran das Turnen, eine Sportart, die fast von Anfang an für Frauen offen stand, mit 65,5 %, gefolgt vom Reiten mit 56,0 und vom Tanzsport mit 51,5 %. Nach der Zahl seiner Mitglieder stellte der Deutsche Turnerbund mit rd. 3,1 Mill. Mitgliedern 1981 hinter den Fußballern den zweitstärksten Verband. Bezogen auf die Zahl der weiblichen Mitglieder (rd. 2,0 Mill.) lag er jedoch vor dem Tennis (rd. 0,6 Mill. weibliche Mitglieder) weit an der Spitze.

In weiteren acht Mitgliedsverbänden des Deutschen Sportbundes waren 1981 zwischen 40 und 50 % der Vereinsmitglieder Frauen. Dazu zählten u.a. die Schwimmerinnen (48,3 %), die Tennisspielerinnen (44,5 %), die Leichtathletinnen (44,2 %) und die Skiläuferinnen mit 40,5 %. In sechs Verbänden betrug der Anteil der Frauen zwischen 30 und 40 %, darunter im Eis- und Rollsport (33,3 %) und beim Fechten (32,6 %).

Zwischen 20 und 30 % der Mitglieder stellten die Frauen in weiteren neun Verbänden, darunter Rudern (22,3 %) und Tischtennis (26,8 %).

Insgesamt gesehen ist die Zahl der weiblichen Mitglieder in allen Mitgliedsverbänden des Deutschen Sportbundes von 1975 bis 1981 größer geworden. Die größte relative Zunahme war mit 200,0 % bei den Volleyballspielerinnen zu verzeichnen; den stärksten absoluten Zuwachs an weiblichen Mitgliedern wiesen jedoch die Turnerinnen mit + 381 000 (= 23,3 %) auf.



7.8 Mitglieder im Deutschen Sportbund *)

1 000

Spitzenverband/Sportart	Aktive und passive Mitglieder 1)					
	1975			1981		
	ins- gesamt	weib- lich	%	ins- gesamt	weib- lich	%
Badminton	38	15	40,6	78	34	44,3
Basketball	53	15	27,5	87	30	34,5
Behindertensport	-	-	-	106	30	28,7
Boxen	37	2	4,3	39	3	7,3
Eis- und Rollsport	93	34	36,8	122	41	33,3
Fechten	19	7	35,6	25	8	32,6
Fußball	3 574	198	5,5	4 403	383	8,7
Golf	30	13	43,7	49	20	40,1
Handball	521	116	22,3	705	216	30,6
Hockey	36	10	27,3	44	13	30,0
Judo	161	34	21,0	204	52	25,4
Kanu	78	24	30,7	87	29	33,5
Kegeln	147	38	25,5	214	63	29,6
Lebensrettungsgesellschaft	-	-	-	473	191	40,3
Leichtathletik	664	273	41,1	761	336	44,2
Radsport	57	13	22,0	80	19	23,9
Reiten	320	149	46,6	488	273	56,0
Ringern	-	-	-	68	0	0,1
Rudern	74	14	18,3	68	15	22,3
Schach	-	-	-	69	3	3,9
Schützen	861 ^{a)}	96 ^{a)}	11,1	1 113	182	16,3
Schwimmen	557	260	46,7	581	280	48,3
Segeln	-	-	-	147	30	20,3
Skisport	318	115	36,3	525	213	40,5
Sportfischer	-	-	-	421	12	2,8
Squash	-	-	-	29	7	24,9
Tanzsport	39	21	53,5	76	39	51,5
Tennis	658	290	44,0	1 404	625	44,5
Tischtennis	459	106	23,2	648	174	26,8
Turnen	2 697	1 634	60,6	3 076	2 015	65,5
Volleyball	112	41	36,6	260	123	47,2
Wasserski	-	-	-	7	2	29,1
Insgesamt ...	11 179	3 485	31,2	15 177	5 195	34,2

*) Deutscher Sportbund e.V.

1) Einschl. Mehrfachmitgliedschaften.

a) Die Schützen sind nicht in allen Landesverbänden erfaßt.

8 Definitionen

Bevölkerung

Wohnbevölkerung: Personen mit nur einer Wohnung werden der Gemeinde zugerechnet, in der sich die Wohnung befindet. Bei Personen, die mehr als eine Wohnung oder sonstige Unterkunft haben, sei es in derselben Gemeinde oder in verschiedenen Gemeinden, ist für die Zuordnung zur Wohnbevölkerung diejenige Wohnung bzw. Unterkunft maßgebend, von der aus sie ihrer Arbeit oder Ausbildung nachgehen. Soweit sie weder berufstätig sind noch in der Ausbildung stehen, ist die Wohnung oder Unterkunft entscheidend, in der sie sich überwiegend aufhalten.

Wohnberechtigte Bevölkerung: Hierzu zählen a l l e in der Gemeinde wohnhaften Personen, unabhängig davon, ob sie noch eine weitere Wohnung oder Unterkunft besitzen und von wo aus sie zur Arbeit oder Ausbildung gehen bzw. wo sie sich überwiegend aufhalten (Doppelzählungen). Auch ist es unerheblich, ob sie in Privathaushalten (außerhalb oder innerhalb eines Anstaltsbereiches) leben oder zur Anstaltsbevölkerung zählen, d.h. im Anstaltsbereich wohnen und keinen eigenen Haushalt führen.

Bevölkerung in Privathaushalten: Alle Personen, die allein oder zusammen mit anderen eine wirtschaftliche Einheit (Privathaushalt) bilden, sind die Bevölkerung in Privathaushalten. Privathaushalte im Anstaltsbereich sind darin enthalten. Die Bevölkerung in Privathaushalten ergibt sich somit aus der wohnberechtigten Bevölkerung abzüglich der Anstaltsbevölkerung. Da eine Person in mehreren Privathaushalten wohnberechtigt sein kann, sind Doppelzählungen möglich. So ist z.B. der abwesende Haushaltsvorstand, der in einer anderen Gemeinde arbeitet und dort als Mieter eine zweite Wohnung hat, Angehöriger von zwei Haushalten. Einmal zählt er zum Haushalt seiner Familie, zum anderen bildet er als Mieter einen Einpersonenhaushalt.

Bevölkerung am Familienwohnsitz: Wird von der Bevölkerung in Privathaushalten abgeleitet und ist zahlenmäßig geringer als diese. Personen mit mehr als einem Wohnsitz werden nur am Wohnsitz der Familien-

angehörigen, Alleinlebende an ihrem Hauptwohnsitz erfaßt. Alleinlebende ledige Personen zählen nicht zur Bevölkerung am Familienwohnsitz, da sie keine Familie sind. Diese Personen werden, sofern sie in einem Privathaushalt leben, der Bevölkerung in Privathaushalten zugeordnet. Die Anstaltsbevölkerung gehört nicht zur Bevölkerung am Familienwohnsitz.

Ausländer: Alle Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Art. 116 Abs. 1 Grundgesetz sind. Dazu zählen auch die Staatenlosen und die Personen mit "ungeklärter" Staatsangehörigkeit. Deutsche, die zugleich eine fremde Staatsangehörigkeit besitzen, gehören nicht zu den Ausländern. Die Mitglieder der Stationierungsstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen im Bundesgebiet unterliegen mit ihren Familienangehörigen nicht den Bestimmungen des Ausländergesetzes und werden somit auch statistisch nicht erfaßt.

Haushalte und Familien

Haushalt (Privathaushalt): Zusammenwohnende und eine wirtschaftliche Einheit bildende Personengemeinschaft sowie Personen, die allein wohnen und wirtschaften (z.B. Einzeluntermieter). Zum Haushalt können verwandte und familienfremde Personen gehören (z.B. Hauspersonal). Anstalten gelten nicht als Haushalte, können aber Privathaushalte beherbergen (z.B. Haushalt des Anstaltsleiters). Haushalte mit mehreren Wohnungen werden unter Umständen mehrfach gezählt.

Familie: Familien sind Ehepaare bzw. alleinstehende Väter oder Mütter, die mit ihren ledigen Kindern zusammenleben (Zweigenerationenfamilie). Auch Ehepaare bzw. verheiratet Getrenntlebende, Verwitwete oder Geschiedene ohne Kinder gelten als Familien, nicht jedoch Ledige, die allein leben. Durch die Begrenzung des Familienbegriffs auf die Eltern-Kind-Gemeinschaft, wobei nur ledige Kinder zur elterlichen Familie zählen, können in einem Privathaushalt mehrere Familien leben.

Familienstand: Hier wird unterschieden zwischen ledig, verheiratet zusammenlebend, verheiratet getrenntlebend, geschieden und verwitwet.

Personen, deren Ehepartner vermißt ist, gelten als verheiratet und Personen, deren Ehepartner für tot erklärt worden ist, als verwitwet. Verheiratet Getrenntlebende sind solche Personen, deren Ehepartner sich am Stichtag der Erhebung zeitweilig oder dauernd nicht im befragten Haushalt aufgehalten hat.

Bezugspersonen: Die Bezugsperson in Haushalten bzw. Familien dient dazu, die Haushalte bzw. Familien nach sozialen Merkmalen darzustellen. Bezugsperson ist, wer sich im Erhebungsbogen als solche bezeichnet. Nach dem Gleichheitsgrundsatz können dies beide Ehepartner sein.

Alleinstehende Personen: Verheiratet getrenntlebende, verwitwete und geschiedene Personen unabhängig davon ob sie mit Kindern zusammenleben, sowie Ledige mit Kindern. Personen, die für sich alleine in einem Haushalt wohnen und wirtschaften (Einpersonenhaushalte) werden auch als Alleinlebende bezeichnet.

Kinder: Ledige Personen, die mit ihren Eltern oder einem Elternteil, etwa der geschiedenen Mutter, in einem Haushalt zusammenleben. Eine Altersbegrenzung für die Zählung als Kind besteht nicht.

Natürliche Bevölkerungsbewegung

Eheschließungen: Standesamtliche Trauungen, auch von Ausländern, mit Ausnahme der Fälle, in denen beide Ehegatten zu den im Bundesgebiet stationierten ausländischen Streitkräften bzw. zu den ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen und ihren Familienangehörigen gehören.

Ehelösungen: Durch gerichtliches Urteil (drei Arten: Nichtigkeit der Ehe, Aufhebung der Ehe und Ehescheidung) oder durch Tod.

Geborene (= Geburten): Die Unterscheidung zwischen ehelich und nicht-ehelich Geborenen richtet sich nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches. Als Totgeborene zählen seit 1.7.1979 nur Kinder, deren Geburtsgewicht mindestens 1 000 g beträgt (vorher mindestens 35 cm Körperlänge). Fehlgeburten (seit 1.7.1979 unter 1 000 g Geburtsgewicht, vorher weniger als 35 cm lang) werden vom Standesbeamten nicht registriert und bleiben daher in der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung außer Betracht.

Gestorbene: Ohne Totgeborene, standesamtlich beurkundete Kriegssterbefälle und gerichtliche Todeserklärungen.

Wanderungen

Die Wanderungsstatistik wertet die nach den landesgesetzlichen Bestimmungen über das Meldewesen bei einem Wohnungswechsel gegenüber den Meldebehörden abzugebenden An- und Abmeldungen aus. Es wird jeder Wohnungswechsel von einer Gemeinde nach einer anderen gezählt, einschließlich der Fälle, in denen jemand unter Beibehaltung seiner bisherigen Wohnung eine weitere Wohnung bezieht oder unter Aufgabe dieser weiteren Wohnung in die beibehaltene Wohnung zurückkehrt. Umzüge innerhalb der Gemeinden werden nicht nachgewiesen.

Es wird zwischen Wanderungen über die Grenzen des Bundesgebiets (Bundesaußenwanderung) und Wanderungen innerhalb des Bundesgebiets (Bundesbinnenwanderung) unterschieden.

Erwerbstätigkeit

Beteiligung am Erwerbsleben (Erwerbskonzept): In der Gliederung nach der Beteiligung am Erwerbsleben wird zwischen Erwerbspersonen und Nichterwerbspersonen unterschieden.

Erwerbspersonen sind Personen mit Wohnsitz im Bundesgebiet (Inländerkonzept), die eine unmittelbar oder mittelbar auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen (Selbständige, Mithelfende Familienangehörige, Abhängige), unabhängig von der Bedeutung des Ertrages dieser Tätigkeit für ihren Lebensunterhalt und ohne Rücksicht auf die von ihnen tatsächlich geleistete oder vertragsmäßig zu leistende Arbeitszeit.

Selbständige: Personen, die einen Betrieb oder eine Arbeitsstätte gewerblicher oder landwirtschaftlicher Art wirtschaftlich und organisatorisch als Eigentümer oder Pächter leiten (einschl. selbständige Handwerker) sowie alle freiberuflich Tätigen, Hausgewerbetreibende und Zwischenmeister.

Mithelfende Familienangehörige: Familienangehörige, die in einem landwirtschaftlichen oder nichtlandwirtschaftlichen Betrieb, der von einem Familienmitglied als Selbständiger geleitet wird, mithelfen, ohne hierfür Lohn oder Gehalt zu erhalten und ohne daß für sie Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt werden.

Abhängige: Beamte, Angestellte, Arbeiter und Auszubildende.

Beamte: Personen in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis des Bundes, der Länder, der Gemeinden und sonstiger Körperschaften des öffentlichen Rechts (einschl. der Beamtenanwärter und der Beamten im Vorbereitungsdienst), Richter und Soldaten, ferner Geistliche der zur Evangelischen Kirche in Deutschland gehörenden Kirchen und der Römisch-Katholischen Kirche.

Angestellte: Alle nichtbeamteten Gehaltsempfänger. Für die Zuordnung ist grundsätzlich die Stellung im Betrieb und nicht die Art des Versicherungsverhältnisses bzw. der Mitgliedschaft in der Rentenversicherung für Angestellte entscheidend. Leitende Angestellte gelten ebenfalls als Angestellte, sofern sie nicht Miteigentümer sind.

Arbeiter: Alle Lohnempfänger, unabhängig von der Lohnzahlungs- und Lohnabrechnungsperiode und der Qualifikation, ferner Heimarbeiter und Hausgehilfinnen.

Auszubildende in anerkannten Ausbildungsberufen: Personen, die in praktischer Berufsausbildung stehen (einschl. Praktikanten und Volontäre). Normalerweise münden kaufmännische und technische Ausbildungsberufe in einen Angestelltenberuf, gewerbliche Ausbildungsberufe in einen Arbeiterberuf ein. Die Auszubildenden sind, sofern nicht gesondert nachgewiesen, in den Zahlen der Angestellten bzw. Arbeiter enthalten.

Arbeitslose bzw. offene Stellen: Personen ohne (dauerhaftes) Arbeitsverhältnis, die als Arbeitsuchende beim Arbeitsamt registriert sind, bzw. zu besetzende Arbeitsplätze, die die Arbeitgeber dem Arbeitsamt gemeldet haben.

Arbeitsvermittlungen: Durch Arbeitsämter in abhängige Beschäftigungsverhältnisse vermittelte Arbeitsuchende.

Arbeitskräfte der landwirtschaftlichen Betriebe: Im landwirtschaftlichen Betrieb beschäftigte Personen im Alter von 14 Jahren und darüber.

Familienarbeitskräfte: Betriebsinhaber und seine mit ihm auf dem Betrieb lebenden Familienangehörigen und Verwandten.

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer: Arbeiter, Angestellte und Personen in beruflicher Ausbildung, die in der gesetzlichen Rentenversicherung, Krankenversicherung und/oder Arbeitslosenversicherung pflichtversichert sind oder für die Beitragsteile zur gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt werden.

Nichterwerbspersonen sind alle Personen, die keinerlei auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen.

Einkommensbezieher: Alle Personen, die erwerbstätig sind ohne Rücksicht darauf, ob sie auch überwiegend von Erwerbstätigkeit leben. Ferner alle Personen, die ihren Lebensunterhalt überwiegend von Arbeitslosengeld/-hilfe, Rente und/oder dergleichen bestreiten. Unberücksichtigt bleiben Personen, die nicht erwerbstätig sind und überwiegend von Angehörigen (Eltern, Ehemann) leben.

Erwerbstätigenquoten: Prozentualer Anteil der Erwerbstätigen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe.

Wöchentliche Arbeitszeit: Die in einer Woche normalerweise geleistete Arbeitszeit. Bei Personen mit mehr als einer Erwerbstätigkeit wird nur die wöchentliche Arbeitszeit der ersten Tätigkeit angegeben.

Nettoeinkommen: Das monatliche Nettoeinkommen ergibt sich für die abhängigen Erwerbstätigen aus dem Bruttoeinkommen im Monat März abzüglich Steuern und Sozialversicherung (ggf. auch abzüglich der Beiträge für private, kommunale oder staatliche Zusatzversorgungskassen). Bei unregelmäßigem Einkommen war der Nettodurchschnitt im Jahr anzugeben. Bei Selbständigen in der Landwirtschaft und Mithelfenden Familienangehörigen wurde das Nettoeinkommen nicht erfragt.

Leistungsgruppen: Die Einordnung in Leistungsgruppen richtet sich nach der Berufsausbildung und -erfahrung der Arbeitnehmer. Bei den Arbeitern entspricht weitgehend die Leistungsgruppe 1 den Facharbeitern, die Leistungsgruppe 2 den angelernten Arbeitern, die Leistungsgruppe 3 den Hilfsarbeitern. Bei den Angestellten werden folgende Leistungsgruppen erfaßt und nachgewiesen:

Leistungsgruppe II: Kaufmännische und technische Angestellte mit besonderen Erfahrungen und selbständigen Leistungen in verantwortlicher Tätigkeit mit eingeschränkter Dispositionsbefugnis, die Angestellte anderer Tätigkeitsgruppen einzusetzen und verantwortlich zu unterweisen haben. Ferner Angestellte mit umfassenden kaufmännischen oder technischen Kenntnissen. Außerdem Angestellte, die als Obermeister, Oberrichtmeister oder Meister mit hohem beruflichen Können und besonderer Verantwortung großen Werkstätten oder Abteilungen vorstehen.

Leistungsgruppe III: Kaufmännische und technische Angestellte mit mehrjähriger Berufserfahrung oder besonderen Fachkenntnissen und Fähigkeiten bzw. mit Spezialtätigkeiten, die nach allgemeiner Anweisung selbständig arbeiten, jedoch keine Verantwortung für die Tätigkeit anderer tragen. Außerdem Angestellte mit qualifizierter Tätigkeit, die die fachlichen Erfahrungen eines Meisters,

Richtmeisters oder Gießereimeisters aufweisen, bei erhöhter Verantwortung größeren Abteilungen vorstehen und denen Aufsichtspersonen und Hilfsmeister unterstellt sind.

L e i s t u n g s g r u p p e IV: Kaufmännische und technische Angestellte ohne eigene Entscheidungsbefugnis in einfacher Tätigkeit, deren Ausbildung eine abgeschlossene Berufsausbildung oder durch mehrjährige Berufstätigkeit, den erfolgreichen Besuch einer Fachschule oder privates Studium erworbene Fachkenntnisse voraussetzt. Außerdem Angestellte, die als Aufsichtspersonen einer kleineren Zahl von überwiegend ungelernten Arbeitern vorstehen, sowie Hilfsmeister, Hilfswerkmeister oder Hilfsrichtmeister.

L e i s t u n g s g r u p p e V: Kaufmännische und technische Angestellte in einfacher, schematischer oder mechanischer Tätigkeit, die keine Berufsausbildung erfordert.

Wirtschaftszweige: Ab Mai 1975 wurde für die Gliederung der Erwerbstätigen nach Wirtschaftszweigen statt der früher verwendeten "Systematik der Wirtschaftszweige für die Berufszählung 1961" die aus der Grundsystematik der Wirtschaftszweige abgeleitete "Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für den Mikrozensus ab April 1971" verwendet.

Bei der Verwendung von Zahlen des Mikrozensus, die nach Wirtschaftsabteilungen gegliedert sind, ist zu berücksichtigen,

- daß die Erwerbstätigen den Wirtschaftsabteilungen nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt der örtlichen Einheit (nicht des Unternehmens), in der sie beschäftigt sind, zugeordnet sind,
- daß die Angabe des wirtschaftlichen Schwerpunktes des Betriebes bei Personenbefragungen nicht so genau sein kann wie bei Betriebsbefragungen,
- daß bei der Zuordnung zu den Wirtschaftsabteilungen im Mai 1976 die Systematik der Volks- und Berufszählung 1970 verwendet wurde, d.h. daß eine Reihe von Anstalten und Einrichtungen der öffentlichen Hand und der Organisationen ohne Erwerbscharakter (z.B. auf dem Gebiete des Unterrichts und Gesundheitswesens usw.) der Wirtschaftsabteilung 7 "Dienstleistungen" und nicht, wie bei der Systematik der Wirtschaftszweige und den hiervon abgeleiteten Spezialsystematiken für Betriebszählungen, den Wirtschaftsabteilungen 8 und 9 "Organisationen ohne Erwerbscharakter und Private Haushalte" und "Gebietskörperschaften und Sozialversicherung" zugeordnet sind.

Beruf: Unter dem Begriff Beruf ist die ausgeübte Tätigkeit zu verstehen, die eine Person zu einem bestimmten Zeitpunkt verrichtet oder verrichtet hat, unabhängig von ihrer Qualifikation, Stellung im Beruf oder im Betrieb.

Grundlage für die berufliche Gliederung der Erwerbstätigen ist die Klassifizierung der Berufe. Dort sind von den über 25 000 Berufsbezeichnungen diejenigen mit vergleichbarer Tätigkeit zu berufssystematischen Einheiten zusammengefaßt. Kleinste berufssystematische Einheit, die ausgewertet wird, ist die Berufsordnung (3-Steller), von der die Klassifizierung 328 Positionen enthält.

Unmittelbarer öffentlicher Dienst: Behörden, Gerichte und Einrichtungen (einschl. rechtlich unselbständige Wirtschaftsunternehmen) des Bundes und der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost.

Gebietskörperschaften: Behörden, Gerichte und Einrichtungen (einschließlich rechtlich unselbständige Wirtschaftsunternehmen) des Bundes und der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände.

Gemeindeverbände: Landkreise, Ämter und Verbandsgemeinden, Bezirksverbände.

Zweckverbände: Juristische Personen zwischengemeindlicher Zusammenarbeit, soweit sie anstelle kommunaler Körperschaften kommunale Aufgaben erfüllen und mindestens eine kommunale Gebietskörperschaft zum Mitglied haben.

Bildung

Schulen der allgemeinen Ausbildung

Grundschulen werden von allen Kindern besucht. Sie umfassen die ersten vier - in Berlin (West) die ersten sechs - Schuljahre und bereiten durch die Vermittlung von Grundkenntnissen auf den Besuch weiterführender Schulen vor.

Hauptschulen sind weiterführende Schulen; sie umfassen fünf Schuljahre (Klassen 5 bis 9), bei sechsjähriger Grundschule (Berlin (West)) oder zweijähriger schulformunabhängiger Orientierungsstufe (Bremen und Niedersachsen) drei Schuljahre (Klassen 7 bis 9) und vermitteln eine allgemeine Bildung als Grundlage für eine praktische Berufsausbildung.

Grund- und Hauptschulen sind häufig zu einer Schuleinheit zusammengefaßt und können in diesem Fall auch die Bezeichnung **V o l k s - s c h u l e** tragen.

Schulen für Behinderte sind Einrichtungen mit Vollzeitschulpflicht zur Förderung und Betreuung körperlich, geistig oder seelisch benachteiligter oder sozial gefährdeter Kinder, die nicht oder nicht mit ausreichendem Erfolg in normalen Schulen unterrichtet werden können.

Realschulen sind weiterführende Schulen, die im Anschluß an die Grundschule oder an Klasse 6 der Hauptschule besucht werden. Das Abschlußzeugnis der Realschule bietet im allgemeinen die Grundlage für gehobene Berufe aller Art und berechtigt zum Besuch der Fachoberschule oder des Fachgymnasiums.

Gymnasien sind ebenfalls weiterführende Schulen, die im Normalfall unmittelbar an die Grundschule oder an Klasse 6 der Hauptschule anschließen. Die Schulbesuchsdauer beträgt im Regelfall neun (Klassen 5 bis 13) bzw. sieben Jahre (Klassen 7 bis 13). Es gibt außerdem Gymnasien in Aufbauform, deren Besuch im allgemeinen den Realschulabschluß voraussetzt. Das Abschlußzeugnis des Gymnasiums gilt als Befähigungsnachweis zum Studium an Hochschulen.

Gesamtschulen sind Schulen, in denen die verschiedenen Schularten in unterschiedlicher organisatorischer und inhaltlicher Ausgestaltung zusammengefaßt sind. Hier werden nur die **i n t e g r i e r t e n** Gesamtschulen, in denen alle Schüler ohne Zuordnung zu einer bestimmten Schulart unterrichtet werden, ab 1971 gesondert nachgewiesen. Zu den integrierten Gesamtschulen werden hier auch die Freien Waldorf-

schulen gezählt. Die Angaben für die k o o p e r a t i v e n Gesamtschulen, bei denen die verschiedenen Schularten in einer gemeinsamen Schulanlage weiterbestehen, sind - soweit möglich - den Zahlen für die jeweiligen Schularten zugeordnet worden.

Schulen der allgemeinen Fortbildung

(Einrichtungen des sogenannten zweiten Bildungsweges)

Abendrealschulen führen Berufstätige in Abendkursen (sechs Semester) zum Realschulabschluß.

Abendgymnasien ermöglichen befähigten Berufstätigen, in einem Zeitraum von in der Regel drei Jahren, den Erwerb der Hochschulreife. Die Bewerber müssen eine abgeschlossene Berufsausbildung bzw. eine mindestens dreijährige geregelte Berufstätigkeit nachweisen, mindestens 19 Jahre alt sein und in der Regel vor Eintritt in den Hauptkurs einen einsemestrigen Vorkurs absolvieren. Die Teilnehmer müssen mit Ausnahme der letzten drei Semester berufstätig sein.

Kollegs sind Vollzeitschulen zur Erlangung der Hochschulreife. Die Aufnahmebedingungen sind die gleichen wie bei den Abendgymnasien. Die Kollegiaten dürfen keine berufliche Tätigkeit ausüben.

Die Technischen Oberschulen in Baden-Württemberg und die Berufsoberschulen in Bayern sind bei den Kollegs nachgewiesen, weil sie, obwohl zur fachgebundenen Hochschulreife führend, ähnliche Schulbesuchsbedingungen haben wie die Kollegs.

Schulen der beruflichen Ausbildung

Berufsschulen haben die Aufgabe, die Allgemeinbildung der Schüler zu vertiefen und die für den Beruf erforderliche fachtheoretische Grundausbildung zu vermitteln. Die Berufsschulen in Teilzeitform werden in der Regel pflichtmäßig nach Erfüllung der neunjährigen Vollzeit-

schulpflicht von Personen besucht, die in der beruflichen Erstausbildung mit Ausbildungsvertrag oder in einem anderen Arbeitsverhältnis stehen und das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Als Berufsschulen in Vollzeitform werden hier das Berufsgrundbildungs- und das Berufsvorbereitungsjahr bezeichnet, in denen seit 1972 eine allgemeine und auf ein Berufsfeld bezogene berufliche Grundbildung vermittelt wird.

Berufsschulen für Behinderte sind meist Vollzeitschulen, die der beruflichen Förderung körperlich, geistig oder seelisch benachteiligter oder sozial gefährdeter Jugendlicher dienen.

Berufsaufbauschulen werden von Jugendlichen, die in einer Berufsausbildung oder Berufstätigkeit stehen oder gestanden haben, nach mindestens halbjährigem Besuch der Berufsschule neben derselben oder nach erfüllter Berufsschulpflicht besucht. Sie sind meist nach Fachrichtungen gegliedert; die Unterrichtsdauer beträgt bei Vollzeitschulen ein bis eineinhalb, bei Teilzeitschulen drei bis dreieinhalb Jahre. Der erfolgreiche Abschluß vermittelt die dem Realschulabschluß gleichgestellte Fachschulreife.

Berufsfachschulen sind Vollzeitschulen mit mindestens einjähriger Schulbesuchsdauer, die in der Regel freiwillig nach Erfüllung der Vollzeitschulpflicht zur Berufsvorbereitung oder auch zur vollen Berufsausbildung ohne vorherige praktische Berufsausbildung besucht werden können. Die Ausbildung endet mit einer Abschlußprüfung. Bei zweijährigem Schulbesuch entspricht der Abschluß der Fachschulreife.

Fachoberschulen bauen auf dem Realschulabschluß oder einem als gleichwertig anerkannten Abschluß auf. Der Schulbesuch dauert zwei Jahre (Klassen 11 und 12). Der erfolgreiche Abschluß gilt als Befähigungsnachweis zum Studium an Fachhochschulen.

Fachgymnasien sind berufsbezogene Gymnasien, für deren Besuch der Realschulabschluß oder ein gleichwertiger Abschluß vorausgesetzt wird. Der Schulbesuch dauert drei Jahre (Klassen 11 bis 13). Der Abschluß des Fachgymnasiums gilt als Befähigungsnachweis für das Studium an Hochschulen.

Schulen der beruflichen Fortbildung

Fachschulen (einschl. Schulen des Gesundheitswesens) werden freiwillig nach einer bereits erworbenen Berufsausbildung und praktischen Berufserfahrung, teilweise auch nach langjähriger praktischer Arbeitserfahrung oder mit dem Nachweis einer fachspezifischen Begabung besucht und vermitteln eine weitergehende fachliche Ausbildung im Beruf (z.B. Meisterschulen, Technikerschulen). Die Dauer des Schulbesuchs liegt bei Vollzeitunterricht zwischen sechs Monaten und drei Jahren, bei Teilzeitunterricht beträgt sie im allgemeinen sechs bis acht Halbjahre. Die Schulen des Gesundheitswesens vermitteln die Ausbildung für Gesundheitsdienstberufe (z.B. Kranken- und Kinderkrankenpfleger, Hebammen, Masseure, Beschäftigungstherapeuten).

Schulabgänger

Schulabgänger nach Beendigung der Vollzeitschulpflicht sind Schüler der Grund- und Hauptschulen (Volksschulen), Schulen für Behinderte, Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen, die nach Beendigung der Vollzeitschulpflicht aus den allgemeinbildenden Schulen mit oder ohne Hauptschulabschluß entlassen werden.

Schulabgänger mit Realschul- oder gleichwertigem Abschluß sind Schüler mit dem Abschlußzeugnis einer Realschule, einer Realschulklasse an Hauptschulen oder einer Abendrealschule. Als gleichwertig gilt das Versetzungszeugnis in den 11. Schuljahrgang, das Abgangszeugnis aus dem 11., 12. oder 13. Schuljahrgang (ohne Hochschulreife) eines Gymnasiums oder einer Gesamtschule sowie das Abschlußzeugnis einer Berufsaufbau- oder Berufsfachschule.

Schulabgänger mit allgemeiner- oder fachgebundener Hochschulreife sind Schüler mit dem Abschlußzeugnis der Gymnasien, Abendgymnasien und Kollegs (einschl. Technische und Berufsoberschule) sowie der Fachgymnasien. Schulabgänger mit Fachhochschulreife sind überwiegend Schüler mit dem Abschlußzeugnis der Fachoberschulen.

Lehrer

Hauptberufliche Lehrer sind alle im Schulunterricht tätigen Personen, die eine Planstelle innehaben oder im Angestelltenverhältnis stehen. Sie sind in der Regel mit voller Pflichtstundenzahl beschäftigt (vollbeschäftigte Lehrer). Die Pflichtstundenzahl kann aufgrund ländergesetzlicher Regelungen bis zu 50 % ermäßigt werden (teilbeschäftigte Lehrer).

Berufliche Bildung

Hochschulen

Als Hochschulen werden alle nach Landesrecht anerkannten Hochschulen, unabhängig von der Trägerschaft, ausgewiesen. Sie dienen der Pflege und der Entwicklung der Wissenschaften und der Künste durch Forschung, Lehre und Studium und bereiten auf berufliche Tätigkeiten vor, die die Auswertung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden oder die Fähigkeit zu künstlerischer Gestaltung erfordern.

Das Studium an Universitäten, pädagogischen und theologischen Hochschulen sowie in den wissenschaftlichen Studiengängen der Gesamthochschulen setzt die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife voraus.

Zu den Universitäten zählen die technischen Universitäten und andere gleichrangige wissenschaftliche Hochschulen (außer den selbständigen pädagogischen und theologischen Hochschulen).

Pädagogische Hochschulen einschl. erziehungswissenschaftlicher Hochschulen sind größtenteils wissenschaftliche Hochschulen mit Promotions- und Habilitationsrecht. Sie bestehen nicht mehr in allen Ländern als selbständige Einrichtungen.

Kunsthochschulen sind Hochschulen für bildende Künste, Gestaltung, Musik, Film und Fernsehen. Die Aufnahmebedingungen sind unterschiedlich; die Aufnahme kann aufgrund von Begabungsnachweisen oder Eignungsprüfungen erfolgen.

Fachhochschulen umfassen größtenteils die früheren Ingenieurschulen und höheren Fachschulen. Ihr Besuch setzt die Fachhochschulreife voraus. Bei erfolgreichem Abschluß wird die allgemeine Hochschulreife erworben. Die Fachhochschulen werden seit 1972 bei den Hochschulen nachgewiesen.

Studenten sind ordentliche (vollimmatrikulierte/eingeschriebene) männliche und weibliche Studierende, ohne Beurlaubte, Gast- und Nebenhörer.

Studienanfänger sind Studenten im 1. Hochschulsemester (Erstimmatrikulierte) an einer Hochschule im Bundesgebiet.

Prüfungen (Abschlußprüfungen) werden aufgrund von Meldungen der Prüfungsämter der Hochschulen, der Fakultäten sowie der staatlichen und kirchlichen Prüfungsämter nachgewiesen. Absolventen von wissenschaftlichen Studiengängen legen meist Diplom- oder Staatsprüfungen (einschl. Lehramtsprüfungen) ab. Doktorprüfungen setzen häufig eine andere erste Abschlußprüfung voraus, können aber auch der erste Abschluß sein. Das Studium an Fachhochschulen führt zur Graduierung. Kunsthochschulstudien werden z.T. mit Diplom- oder Staatsprüfungen abgeschlossen, z.T. legen die Absolventen keine förmliche Prüfung ab.

Personal an Hochschulen

Zum w i s s e n s c h a f t l i c h e n u n d k ü n s t l e - r i s c h e n Personal gehören neben den Hochschullehrern im engeren Sinne (Professoren, Fachhochschullehrer, Dozenten) auch wissenschaftliche Räte, Oberärzte, Obergeringenieure, wissenschaftliche Assistenten und Angestellte, Lehrkräfte für besondere Aufgaben (Instrumentallehrer, Werkstatthehrer), Lehrbeauftragte, Tutoren und nichtstudentische wissenschaftliche Hilfskräfte.

Weiterbildung

Die Angaben über die Beteiligung der Erwerbspersonen an Maßnahmen zur b e r u f l i c h e n W e i t e r b i l d u n g umfassen Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen, zu denen Vorträge oder Wochenend-

kurse, der Besuch von Techniker- oder Meisterschulen sowie der Besuch von Lehrgängen, Kursen, Seminaren usw. zählen. Lehrgänge, die der Allgemeinbildung, der Berufsvorbereitung und -ausbildung dienen, sind hier nicht erfaßt.

Sozialwesen

Sozialhilfe: Die Sozialhilfe wird nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) als Hilfe zum Lebensunterhalt oder als Hilfe in besonderen Lebenslagen an Personen, die sich in einer Notlage befinden, innerhalb und außerhalb von Einrichtungen gewährt. Sie greift immer dann ein, wenn andere Personen, andere Sozialleistungssysteme oder sonstige Stellen Leistungen nicht vorsehen oder keine zulänglichen Hilfen erbringen. Im Gegensatz zu den Leistungen anderer Sozialleistungsträger ist die Gewährung von Sozialhilfe nicht an die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Personenkreis oder an Vorleistungen gebunden. Durch individuelle Leistungen nach dem Subsidiaritätsprinzip soll die Sozialhilfe dem Hilfeempfänger ein der Würde des Menschen entsprechendes Leben ermöglichen und ihn wieder zur Selbstversorgung befähigen. Die Hilfe zum Lebensunterhalt, die die notwendigen Bedürfnisse des täglichen Lebens abdeckt, wird weitgehend nach Leistungspauschalen (Regelsätzen) berechnet; spezielle Notstände werden durch Hilfe in besonderen Lebenslagen behoben (u.a. Eingliederungshilfe für Behinderte, Tuberkulosehilfe, Hilfe zur Pflege, Krankenhilfe, Hilfe zum Aufbau oder zur Sicherung der Lebensgrundlage und Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten).

Gesundheitswesen

Kranke Personen werden nach dem Mikrozensus-Gesetz vom 15.7.1975 alle zwei Jahre mit wechselndem Auswahlstich erhoben. Im April 1978 wurde die schwerwiegendste Krankheit für den Befragungstag und/oder den vorausgegangenen Vier-Wochenzeitraum ermittelt.

Behinderte

Zum Personenkreis der Behinderten zählen auch Beschädigte, d.h. Personen deren Behinderung auf einer Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigung oder einer dabei erworbenen Krankheit beruht.

Behinderung ist nach den "Anhaltspunkten für die ärztliche Begutachtung Behinderter nach dem Schwerbehindertengesetz" jeder regelwidrige körperliche, geistige und seelische Zustand, der nicht nur vorübergehend besteht und eine Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE) bedingt. Regelwidrig ist der Zustand, der von dem für das Lebensalter typischen abweicht. Als nicht nur vorübergehend gilt ein Zeitraum von mindestens sechs Monaten. Zu den Körperbehinderungen rechnen auch innere Leiden.

Todesursachen: Für jeden Sterbefall muß vom Arzt eine Todesbescheinigung (Leichenschauschein) ausgestellt werden. In die Todesursachenstatistik geht nur das sogenannte Grundleiden ein, d.h. jene Krankheit oder Verletzung, die den Ablauf der zum Tode führenden Ereignisse ausgelöst hat (unkausale Statistik). Die Verschlüsselung der Todesursachen und die Auswahl des Grundleidens richten sich nach der vierstelligen Internationalen Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (ICD) 1968 der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und deren Klassifizierungsregeln. Die Säuglingssterbefälle werden nach ausgewählten Todesursachen gesondert nachgewiesen.

Berufe des Gesundheitswesens: Die im Gesundheitswesen tätigen Personen werden von den Gesundheitsämtern auf der Grundlage der polizeilichen An- bzw. Abmeldungen erfaßt. Da keine besondere Meldepflicht für diesen Personenkreis besteht, muß mit Erfassungslücken gerechnet werden. Einbezogen werden Ärzte (nach Facharztstätigkeit und Berufsausübung), Zahnärzte, Apotheker und Tierärzte sowie Krankenpflegepersonen, Hebammen und sonstige im Gesundheitswesen tätige Personen mit staatlicher Prüfung.

Öffentliches Leben

Wahlen

Wahlberechtigt sind bei Bundestagswahlen nur Deutsche. Voraussetzung für die Stimmabgabe (aktives Wahlrecht) sind u.a. die Vollendung des 18. Lebensjahres am Wahltag (erstmals bei der Bundestagswahl 1972) und das Innehaben einer Wohnung oder eines gewöhnlichen Aufenthalts im Geltungsbereich des Bundeswahlgesetzes seit mindestens drei Monaten. Für die Wählbarkeit (passives Wahlrecht) muß seit der Bundestagswahl von 1976 ebenfalls das 18. Lebensjahr am Wahltag vollendet sein. Gewählt wird nach einem Mischsystem von Mehrheitswahl (Erststimme: Persönlichkeitswahl im Wahlkreis) und Verhältniswahl (Zweitstimme: Listenwahl).

Wahlberechtigt bei der Europawahl waren alle Deutsche, die am 10. Juni 1979 u.a. das 18. Lebensjahr vollendet hatten, seit mindestens drei Monaten in den europäischen Gebieten der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften eine Wohnung innehatten oder sich sonst gewöhnlich aufhielten und im Bundesgebiet in ein Wählerverzeichnis eingetragen waren. Die Wahl erfolgte nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Jeder Wähler hatte nur eine Stimme.

Seit 1953 sind nach dem Bundeswahlgesetz in den vom Bundeswahlleiter im Einvernehmen mit den Landeswahlleitern und den Statistischen Landesämtern jeweils zu bestimmenden Wahlbezirken auch Statistiken über Geschlechts- und Altersgliederung der Wahlberechtigten und Wähler unter besonderer Berücksichtigung der Stimmabgabe für die einzelnen Wahlvorschläge zu erstellen. Die Auswahl der Wahlbezirke erfolgt nach einem Stichprobenplan und ist repräsentativ für die Länder und damit zugleich für das Wahlgebiet als Ganzes. Die repräsentative Bundestagswahlstatistik dient der Analyse der Wahlergebnisse unter wahlpolitischen und soziologischen Gesichtspunkten.

9 Stichwortverzeichnis

	Seite
Abgeordnete der Parlamente	186, 188
Altersaufbau, Altersstruktur	
- Arbeitslose	114
- Bevölkerung	10, 13, 22, 32, 34, 90, 162, 166
- Bildungsabschluß	120
- Einpersonenhaushalte	48, 50
- Erwerbstätige	64, 68, 74, 90 102, 106, 114
- Heiratsalter	19
- Kinder in Familien	52
- Kranke, Behinderte	151, 154, 156, 158
- Schwangerschaftsabbrüche	170
- Sozialhilfeempfänger	146
- Sterbefälle	28, 162, 166
- Überwiegender Lebensunterhalt	140
- Wähler	178, 180
Arbeitslose	114, 144
Ausländer	
- Altersaufbau	10, 102
- Aufenthaltsdauer	16
- Berufe, Wirtschaftszweige	97, 100
- Eheschließungen	19
- Erwerbstätige	88, 102
- Familien	54, 56
- Familienstand	54, 56, 102
- Geburtenentwicklung	26
- Staatsangehörigkeit	16
- Stellung im Beruf	88, 100
- Wanderungen	36
Auszubildende	70
Berufe, berufliche Ausbildung	72, 74, 86, 97, 114, 116, 120, 124
Bevölkerungsvorausschätzung	32
Ehescheidungen	22
Eheschließungen	19
Einkommen	
- der Ehepartner	60
- der erwerbstätigen Frauen	79, 84, 86

9 Stichwortverzeichnis

	Seite
- der Familien	60
- der Haushalte	42
Erwerbstätige, erwerbstätige Frauen	
- Altersaufbau	90, 94, 106, 108
- Ausländer	97, 100, 102
- Berufe, berufliche Ausbildung	72, 74, 86, 134, 136, 174
- Einkommen	79, 84
- Einpersonenhaushalte	50
- Erwerbsquoten	64
- Familien	58
- Familienstand	90
- Kinderzahl	88
- Kranke	154
- Stellung im Beruf	88, 94, 104, 106, 111
- Wirtschaftszweige	66, 68, 108
- Wochenarbeitszeit	76, 79, 94, 106
Familien	52, 54, 56, 58, 60
Familienstand	
- Bevölkerung	13, 90
- Einpersonenhaushalte	48
- Erwerbstätige	64, 84, 90, 102
- Familien	52, 54, 56, 58, 60
Geburtenentwicklung	26
Haushalte, Haushaltsgröße	40, 42, 44, 46, 48, 50
Kinderzahl	54, 56, 88
Kranke, Behinderte	151, 154, 156, 158, 160
Krankenversicherungsschutz	148
Lebenserwartung	28
Mitglieder in Gewerkschaften	190
Mitglieder im Deutschen Sängerbund	192
Mitglieder im Deutschen Sportbund	194
Mobilität	34, 36
Schulbesuch, Schulabschluß	72, 114, 120, 122, 126, 128 130, 132
Säuglingssterblichkeit	28
Schwangerschaftsabbrüche	170

9 Stichwortverzeichnis

	Seite
Sozialhilfe	146
Stellung im Beruf	
- Alter	68
- Arbeitslose	114
- Ausländer	100
- Einkommen	84
- Einpersonenhaushalte	50
- Familien	58
- Familienstand	84
- Kinderzahl der Frauen	88
- Wirtschaftszweige	68, 76, 104, 106, 111
- Wochenarbeitszeit	76, 94, 106
Sterbefälle	28, 162, 166
Überwiegender Lebensunterhalt	140
Wahlbeteiligung	178, 180, 184
Wanderungen	34, 36
Wirtschaftszweige	66, 68, 76, 100, 108
Wochenarbeitszeit	76, 79, 94, 106

10 Quellenverzeichnis

10.1 Fachserien

Bevölkerung

- Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit
 - Reihe 1.1: Stand und Entwicklung der Bevölkerung
 - Reihe 1.3: Bevölkerung nach Alter und Familienstand
 - Reihe 1.4: Ausländer
- Reihe 2: Bevölkerungsbewegung
 - Reihe 2.1: Eheschließungen, Geborene und Gestorbene
 - Reihe 2.2: Gerichtliche Ehelösungen
 - Reihe 2.3: Wanderungen

Haushalte und Familien

- Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit
 - Reihe 3: Haushalte und Familien

Beteiligung am Erwerbsleben

- Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit
 - Reihe 3: Haushalte und Familien
 - Reihe 4.1.1: Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit
 - Reihe 4.1.2: Beruf, Ausbildung und Arbeitsbedingungen der Erwerbstätigen
 - Reihe 4.2: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer
- Fachserie 3: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
 - Reihe 2.2: Arbeitskräfte
- Fachserie 11: Bildung und Kultur
 - Reihe 3: Berufliche Bildung
- Fachserie 14: Finanzen und Steuern
 - Reihe 6: Personal des Öffentlichen Dienstes
- Fachserie 16: Löhne und Gehälter
 - Reihe 2.1: Arbeiterverdienste in der Industrie
 - Reihe 2.2: Angestelltenverdienste in Industrie und Handel

Bildung

- Fachserie 11: Bildung und Kultur
 - Reihe 1: Allgemeines Schulwesen
 - Reihe 2: Berufliches Schulwesen
 - Reihe 4.1: Studenten an Hochschulen
 - Reihe 4.2: Prüfungen an Hochschulen
 - Reihe 4.4: Personal an Hochschulen

Sozialwesen

- Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit
 - Reihe 4.1.1: Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit

Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA)

- Fachserie 13: Sozialleistungen
 - Reihe 1: Versicherte in der Kranken- und Rentenversicherung
 - Reihe 2: Sozialhilfe

Gesundheitswesen

- Fachserie 12: Gesundheitswesen
 - Reihe 1: Ausgewählte Zahlen für das Gesundheitswesen
 - Reihe 2: Meldepflichtige Krankheiten
 - Reihe 3: Schwangerschaftsabbrüche
 - Reihe 4: Todesursachen
 - Reihe 5: Berufe des Gesundheitswesens
- Fachserie 13: Sozialleistungen
 - Reihe 5.1: Behinderte

Öffentliches Leben

- Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Einzelveröffentlichungen

Wahl zum 9. Deutschen Bundestag am 5. Oktober 1980

10 Quellenverzeichnis
10.2 Ausgewählte Aufsätze aus "Wirtschaft und
Statistik"

Bevölkerung

- Heft 8/81 Laufende Beobachtung und Analyse der Veränderungen
der Geburtenhäufigkeit
- Heft 12/81 Ehescheidungen 1980
- Heft 1/82 Ausgewählte Daten zur Entwicklung von Eheschließungen
und Geburtenzahlen
- Heft 1/82 Ausländer im Bundesgebiet
- Heft 2/82 Eheschließungen, Ehescheidungen, Geburten und
Sterbefälle von Ausländern 1980
- Heft 7/82 Bevölkerungsentwicklung 1981

Beteiligung am Erwerbsleben

- Heft 3/82 Verdienste der Arbeitnehmer in Industrie
und Handel 1981
- Heft 3/82 Erwerbstätigkeit im Mai 1981 (Ergebnis des Mikrozensus)
- Heft 4/82 Entwicklung der Erwerbstätigkeit 1981
- Heft 6/82 Beruf und Tätigkeitsmerkmale der Erwerbstätigen
(Ergebnis des Mikrozensus April 1980)
- Heft 8/82 Öffentlicher Dienst am 30. Juni 1981
- Heft 9/82 Auszubildende 1981 (Ergebnis der Berufsbildungs-
statistik)

Bildung

- Heft 3/81 Prüfungen an Hochschulen 1979
- Heft 5/81 Studenten im Wintersemester 1980/81
- Heft 4/82 Personal an Hochschulen 1972 bis 1980

Sozialwesen

- Heft 4/82 Sozialhilfeempfänger 1980

Gesundheitswesen

- Heft 12/80 Kranke und unfallverletzte Personen, Körpergewicht
und Rauchgewohnheiten als Risikofaktoren
- Heft 2/82 Berufe des Gesundheitswesens 1980
- Heft 3/82 Tuberkulose 1980
- Heft 5/82 Sterbefälle 1980 nach Todesursachen
- Heft 5/82 Schwangerschaftsabbrüche 1981
- Heft 9/82 Behinderte 1981

Öffentliches Leben

- Heft 6/79 Erste Direktwahl zum Europäischen Parlament
am 10. Juni 1979
- Heft 10/79 Wählerverhalten nach Geschlecht und Alter bei
der Wahl zum Europäischen Parlament 1979
- Heft 6/80 Wahl zum 9. Deutschen Bundestag am 5. Oktober 1980
- Heft 10/80 Endgültiges Ergebnis
- Heft 11/80 Sitzverteilung bei der Bundestagswahl und
Erfolgswert der Stimmen
- Heft 1/81 Wählerverhalten bei der Bundestagswahl 1980 nach
Geschlecht und Alter (Ergebnis der repräsentativen
Wahlstatistik)